BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 20. Wahlperiode Plenarprotokoll 43. Sitzung 25.01.2023 und 26.01.2023

43. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. Januar 2023, und Donnerstag, dem 26. Januar 2023

Inhalt

Gesetz zur Änderung des	Abgeordneter Martin Michalik (CDU)6377
Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023	Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)6378
Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023	Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)6379
(Drucksache 20/1737)	Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)6380
(Brucksuche 20/1707)	Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)6381
Information gemäß Stabilitätsratsgesetz § 9 (StabiRatG)	Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)6383
Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2023	Senatorin Kristina Vogt6384
(Drucksache 20/1725)	Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)6386
Senator Dietmar Strehl	Aktuelle Stunde
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU)6353	
Abgeordneter Dr. Carsten Sieling (SPD) 6358	21 196 Menschen warten auf die
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	Bearbeitung ihrer Strafanzeigen, Tendenz steigend – Senat vernachlässigt die innere Sicherheit
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE	Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)6387
LINKE)	Abgeordneter Holger Welt (SPD)
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)6392
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU)	Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE)6393
Senator Dietmar Strehl	Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis
Abstimmung	90/Die Grünen)6395
Aktueller Stand der Transformation der	Abgeordneter Jan Timke (BIW)6397
Bremer Stahlindustrie sowie der Bremer	Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)6397
IPCEI-Großprojekte zur Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft	Senator Ulrich Mäurer6399
Große Anfrage der Fraktion der CDU	Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)6403
vom 15. Juni 2022	, ,
(Drucksache 20/1502)	Ergebnisse der Vergleichsarbeiten in
_	Jahrgangsstufe 3 und 8 (VERA-3/-8): Ist Rot-Grün-Rot unfähig zur Trendwende in
Dazu	der Bildungspolitik?
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022 (Drucksache 20/1540)	Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP)6404

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen)	Anfrage 6: Wie ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag) zur Einhaltung der DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven?
LINKE)6411	Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe,
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD)6414	Christopher Hupe, Björn Fecker und
Senatorin Sascha Karolin Aulepp6417	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP)6421	vom 6. Dezember 20226440
Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU)6423	Die schriftlich beantworteten Anfragen
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis	der Fragestunde finden Sie im Anhang.
90/Die Grünen)	ä-dd D-dld td
	Änderung der Bedrohungslage in der Cybersicherheit: Bremische IT in
Fragestunde	Großkrisenlagen
Anfrage 1: Überfüllung der Tierheime	Große Anfrage der Fraktion der FDP
Bremens mit teuren Exoten	vom 19. August 2022
Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion	(Drucksache 20/1550)
der SPD	Darri
vom 1. Dezember 20226428	Dazu
Anfrage 2: Fortschritte bei der Bereitstellung digitaler	Mitteilung des Senats vom 27. September 2022
Barrierefreiheit und mehrsprachiger	(Drucksache 20/1611)
Webauftritt der Jobcenter im Land	Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) 6444
Bremen Anfrage der Abgeordneten Birgitt	Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis
Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion	90/Die Grünen)6446
der SPD	Abgeordneter Martin Günthner (SPD)6447
vom 1. Dezember 20226430	Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE) 6449
Anfrage 3: Planungsstand einer	Abgeordneter Marco Lübke (CDU)6451
Bahnwerkstatt für SPNV-Fahrzeuge	Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)6452
auf Flächen der Bremischen	Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis
Hafeneisenbahn in Bremen Oslebshausen	90/Die Grünen)6454
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und	Staatsrat Dr. Martin Hagen6455
Fraktion der FDP	Kurze Wege zur Arbeit bewahren – Die
vom 1. Dezember 20226432	gemischte Stadt stärken, neue Orte der
Anfrage 4: Umsetzung der	produktiven Stadt identifizieren Antrag der Fraktion der SPD, Bündnis
Energieeinsparmaßnahmen in	90/Die Grünen und DIE LINKE
öffentlichen Gebäude? Anfrage der Abgeordneten Martin	vom 4. Oktober 2022
Michalik, Heiko Strohmann und	(Drucksache 20/1616)
Fraktion der CDU	Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)6458
vom 1. Dezember 20226435	Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)6458
Anfrage 5: Lehren aus der	Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis
Elbverschlickung für die geplanten	90/Die Grünen)6460
Weservertiefungen	Abgeordneter Thore Schäck (FDP)6461
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und	Abgeordnete Susanne Grobien (CDU)6462
Fraktion DIE LINKE	Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis
vom 1. Dezember 20226437	90/Die Grünen)6463
	Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)6465
	Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)6465

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	Für mehr Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt: Ehegattensplitting abschaffen, Minijobs eindämmen, Tarifbindung stärken! Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2022 (Drucksache 20/1430)	vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/1739)
Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern! Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 9. November 2022 (Drucksache 20/1660) Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU)	Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE)6489 Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen)
Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU)	Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)
Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen)	(Drucksache 20/1710)
	(Drucksache 20/375)

Gesetz zur rechtskreisübergreifenden	Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)6507
Zusammenarbeit am Übergang von der	Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) 6508
Schule in den Beruf ("JBA-Gesetz") Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023	Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)
(Drucksache 20/1735)6506	Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE)6511
Abstimmung6506	Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD)6512
Kinderrechte im Land Bremen	Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)6513
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE	Senatorin Sascha Karolin Aulepp6514
vom 18. Juli 2022 (Drucksache 20/1537)	Anhang zum Plenarprotokoll Schriftlich vom Senat beantwortete
Dazu	Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom
Mitteilung des Senats vom 6. September 2022	26. Januar 2023
(Drucksache 20/1572)	
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD)	

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten: Peter Beck, Arno Gottschalk, Kevin Lenkeit, Thorsten Raschen, Klaus-Rainer Rupp, Kai-Lena Wargalla, Olaf Zimmer (25.01.2023)

Peter Beck, Arno Gottschalk, Kevin Lenkeit, Thorsten Raschen, Klaus-Rainer Rupp, Detlef Scharf, Kai-Lena Wargalla, Olaf Zimmer (26.01.2023)

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) um 10:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Einen wunderschönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die 43. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist hiermit eröffnet. Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer:innen und die Vertreter:innen der Medien. Auf der Besuchstribüne begrüße ich recht herzlich die Klasse 9d des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums und die 11. Klasse der Tobias-Schule in Bremen. Herzlich willkommen hier bei uns in Bremen in der Bürgerschaft!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Sitzung beginnt heute Vormittag mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 35 und 30. Nach der Mittagspause geht es weiter mit der Aktuellen Stunde. Fortgesetzt wird die Tagesordnung dann in der Reihenfolge der weiteren Tagesordnungspunkte.

Die Sitzung wird am Donnerstag mit der Fragestunde fortgesetzt. Weiter geht es danach mit den Tagesordnungspunkten 8 und 11. Danach geht es dann weiter mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 15 und 16. Fortgesetzt wird die Tagesordnung dann mit den Tagesordnungspunkten 29 und 37. Danach wird die Tagesordnung dann ebenfalls in der Reihenfolge der weiteren Tagesordnungspunkte fortgesetzt.

Die übrigen interfraktionellen Absprachen können Sie der digital versandten Tagesordnung entnehmen. Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen – es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkt 38.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(einstimmig)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Meine Damen und Herren, Sie haben für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste sind die Tagesordnungspunkte 22, 26, 28, 31, 34 und 36. Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag).

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(einstimmig)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden. Entsprechend § 22 der Geschäftsordnung rufe ich nun die Konsensliste zur Abstimmung auf.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(einstimmig)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste zu.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch drei unserer Abgeordneten zum heutigen Geburtstag gratulieren. Es ist unsere Vizepräsidentin Frau Grotheer – herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Es ist unser Abgeordneter Martin Günthner – herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Es ist unsere Abgeordnete Frau Görgü-Philipp.

Herzlichen Glückwunsch Ihnen dreien, viel Spaß heute hier an ihrem Ehrentag!

(Heiterkeit)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023

Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/1737)

Wir verbinden hiermit:

Information gemäß Stabilitätsratsgesetz § 9 (StabiRatG)

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2023 (Drucksache 20/1725)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dietmar Strehl.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort Senator Dietmar Strehl.

Senator Dietmar Strehl: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste! Ich darf Ihnen heute den Entwurf für den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr vorstellen. So nüchtern könnte ich meine Rede beginnen, und das würden Sie vermutlich auch nicht anders von mir erwarten, Sie kennen mich ja als sachlichen Finanzsenator. Ich möchte diese Einbringungsrede heute jedoch mal ganz anders beginnen.

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste! Heute ist ein sehr besonderer Tag, denn Bremen macht sich heute mutig auf den Weg, dem Klimawandel die Stirn zu bieten. Ich weiß, Bremen kann das nicht allein. Aber wir sind uns doch einig alle hier im Hause: Den Klimawandel aufzuhalten ist Aufgabe von uns allen, und Bremen fängt jetzt entschlossen damit an.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich lege Ihnen also heute den Entwurf für den Nachtragshaushalt 2023 vor. Der ermöglicht es Bremen, Maßnahmen gegen den Klimawandel umzusetzen. Der Bund hat das in den vergangenen Jahren aus Sicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nicht gemacht. Deswegen hat der BUND ganz aktuell die Bundesregierung verklagt. Das können Sie heute im "Weser-Kurier" nachlesen, und ich glaube auch, da sieht man, wie ernst das Thema insgesamt in der Gesellschaft aufgenommen wird.

Der Bremer Senat macht sich jetzt auf den Weg, Maßnahmen nicht nur zu planen, nicht nur herbeizureden oder sich zu wünschen, sondern sie umzusetzen. Ich werde Ihnen dazu gleich einige Beispiele nennen. Wir tun dies, weil es richtig und weil es höchste Zeit ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, und nicht nur das. Bremen nimmt Geld in die Hand, um die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in Bremen und Bremerhaven und die damit einhergehende Energiekrise abzufedern. Klima- und Energiekrise sind ineinander verschränkt, verstärken sich gegenseitig und sind deswegen auch als eine Krise zu bekämpfen. Was dem Klima hilft – regenerative Energien und Energieeinsparungen –, hilft auch dabei, besser durch die Energiekrise zu kommen. Was dem Klima hilft, macht uns unabhängig von fossilen Energieträgern und damit unabhängig von Putin und hoffentlich auch von anderen Autokraten und Diktatoren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, der Bremer Senat nimmt die Beschlüsse des Souveräns der Bremischen Bürgerschaft ernst. Im Bericht der Klima-Enquetekommission stehen aufgelistet 190 Maßnahmen, wie dem Klimawandel beizukommen ist. Das kostet, so steht es Schwarz auf Weiß in dem Bericht, sechs bis sieben Milliarden Euro. Mit diesem Nachtragshaushalt stellen wir die ersten Mittel bis 2027 bereit. Wir machen das, weil wir die Ergebnisse und die Aufgaben, die die Klima-Enquetekommission dem Senat aufgeschrieben hat, umsetzen wollen.

Im Bericht der Klima-Enquetekommission stehen folgende Sätze, ich zitiere: "Die bevorstehende Aufgabe für diese und künftige Regierungen ist zugegebenermaßen enorm aber machbar. Mehrere Faktoren bilden dafür die Voraussetzungen, unter anderem der politische Wille zur Umsetzung", und weiter heißt es, eine weitere Voraussetzung sei die ausreichende Verfügbarkeit finanzieller Kapazitäten. Sehr geehrte Damen und Herren, der Senat

möchte mit dem Nachtragshaushalt heute diese Kapazitäten schaffen und stellt insgesamt drei Milliarden Euro bereit, um damit Maßnahmen umzusetzen, die Bremen und Bremerhaven zu klimaneutralen Städten machen.

Aus Bordmitteln können das weder die beiden Städte noch das Land Bremen. Wir möchten daher die im Gesetz festgeschriebene Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nutzen und die Klimanotlage ausrufen. Das erlaubt uns, dieses Geld auf dem Kreditmarkt zu besorgen. Dass der Klimawandel eine echte Bedrohung für unser Leben bedeutet, zeigen uns die Extremwetterereignisse der letzten Jahre: Dürren und Hitze auf der einen Seite, extreme Niederschläge und Überflutungen auf der anderen Seite. Übrigens, wenn man gestern die Nachrichten gehört hat, 56 Grad Minus in Russland und Amerika, hat man auch ein komisches Gefühl, ich jedenfalls. Bei wem tauchen nicht sofort Bilder vom zerstörten Ahrtal auf nach der Katastrophe im Juli vergangenen Jahres?

Ich sehe dieses Haus, das über einem Abhang zu schweben scheint, weil das Wasser den Untergrund weggespült hat. Ich erinnere mich an einen Krater, wo vorher eine Straße war. Ich habe noch die zerstörten Brücken im Kopf, die die Wassergewalt weggerissen hat. Das ist nur der materielle Schaden. Er beträgt wohl weit mehr als 30 Milliarden Euro. Ich sehe aber auch fassungslose und verängstigte Menschen, und es sind viele Menschen gestorben. Es waren mehr als 130. Sie sind gestorben, weil der Klimawandel sich mit seiner zerstörerischen Kraft gezeigt hat. Dem müssen wir entschieden entgegentreten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wem das Ahrtal noch zu weit weg ist: Der Klimawandel ist auch bei uns in Bremen schon angekommen. Die Dürre der vergangenen Jahre hat den Landwirten auch hier das Leben schwergemacht. Die Feuerwehr hat im vergangenen Sommer die Pflanzen im Bürgerpark mit einem Löschfahrzeug mit Wasser versorgen müssen; oder vor knapp einem Jahr fegten drei Sturmtiefs hintereinander über uns hinweg und ließen die Weser bedrohlich anschwellen. Unserer Deiche haben gehalten, dieses Mal. Die steigenden Meeresspiegel machen uns noch verletzlicher für die Auswirkungen des Klimawandels - hier in Bremen oder an der Nordsee – als die meisten anderen Regionen in Deutschland. Das sind alles Beispiele aus der nahen Vergangenheit, die logisch und ja, auch emotional deutlich machen: Wir stecken in einer Notsituation und müssen handeln.

Wir können diese Notsituation aber auch ganz nüchtern juristisch herleiten und so die ausnahmsweise Aufnahme von Krediten begründen. Wir haben dazu ein rechtswissenschaftliches Gutachten von Professor Dr. Joachim Wieland erbeten. Er sagt glasklar: "Der Klimawandel ist eine außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die den Haushalt des Staates erheblich beeinträchtigt." Das sind die Kriterien, die eine Ausnahme von der Schuldenbremse rechtfertigen. Die Energiekrise, so sagt es Wieland, sei ein Brennglas, das das Voranschreiten der Krise beschleunige. Diese Klima- und Energiekrise, davon bin ich überzeugt, ist Grund genug, um die Ausnahme von der Schuldenbremse zu ziehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Eine Kritik lautet ja immer, die Klimakrise käme nicht überraschend und sei daher keine Notlage im Sinne der Schuldenbremse. Wissenschaftler sagen uns jedoch, die Situation spitzt sich dramatisch zu, weil wir bestimmte Kipppunkte erreicht und zum Teil bereits überschritten haben. Wir müssen jetzt gegensteuern, und zwar schnell. Das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem April 2021 sieht das ähnlich und untermauert unser Vorgehen. In dem Urteil heißt es: Der Staat – und das Gericht meint damit Bund und Länder – darf die Freiheit künftiger Generationen nicht gefährden. Daher muss er gegen den Klimawandel etwas tun.

Meine Damen und Herren, genau das bringen wir heute auf den Weg. Wir finanzieren mit dem Geld nur solche Maßnahmen, die schnelle und große CO₂-Einsparungen bringen. Wir tun dies in vier Bereichen. Wir nennen sie eben, weil sie so effektiv sind, "Fast Lanes", auf Deutsch Überholspuren. Wir sanieren erstens die öffentlichen Gebäude, wir machen zweitens die Wärmeversorgung fossilfrei, drittens stellen wir die Mobilität in unseren Städten um auf klimaneutrale Energieträger und viertens, wir helfen der Industrie und Wirtschaft dabei, künftig CO₂-neutral zu produzieren und zu arbeiten. Konkret heißt das, wir bringen Kitas, Schulen, die Gebäude der Hochschulen und Kliniken auf den neuesten energetischen Stand. Dabei installieren wir natürlich auch bei allen Neubauten Photovoltaikanlagen.

Wir stellen nach und nach die Busflotten der BSAG und von Bremerhaven Bus auf klimaneutrale Energieträger um. Die Polizei wird bald schon mit E-Autos unterwegs sein, wir fördern E-Mobilität für alle Menschen in unseren Städten, indem wir die Ladeinfrastruktur ausbauen. Wir bauen das Fernwärmenetz aus. Wir werden Bremerhaven zum Wasserstoffzentrum machen und somit die Klimaneutralität für ganz Deutschland mit ermöglichen. Und wir werden die Bremer Stahlwerke dabei unterstützen, grünen Stahl zu produzieren. Die Stahlwerke, das wissen Sie alle, sind heute für mehr als die Hälfte der CO2-Emissionen im Land Bremen verantwortlich. Wenn die Stahlwerke grün umgestellt sind, ist das ein großer Schritt für das Klima, und es ist eine gute Nachricht für die Menschen, die in dem Werk arbeiten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Denn grüner Stahl wird künftig im weltweiten Wettbewerb die Nase vorn haben, da gehen wir von aus. Wir sind überzeugt: Klimaneutrales Wirtschaften wird zu einem der wichtigsten, wenn nicht gar dem wichtigsten Standortfaktor der Zukunft.

All diese Maßnahmen kosten Geld, sehr viel Geld. Für diese Überholspurmaßnahmen stehen insgesamt 2,5 Milliarden Euro bis 2027 zur Verfügung. Dieses Geld aber nicht zur Verfügung zu stellen, meine Damen und Herren, käme uns noch teurer zu stehen, und darum schlagen wir Ihnen das jetzt so vor.

Noch für dieses Jahr 2023 stehen im Haushalt 235 Millionen für die "Fast Lanes" bereit. Wir können also sofort in die Planungen einsteigen oder Maßnahmen unverzüglich umsetzen. 2,265 Milliarden stehen dann noch für die Jahre 2024 bis 2027 zur Verfügung. Hinzu kommen weitere 500 Millionen, die wir in diesem Jahr dafür einsetzen, der Energiekrise infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zu begegnen. Hierzu wird der Senat bis März konkrete Maßnahmen vorlegen, die dann natürlich auch in der Bürgerschaft im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen werden.

Wichtig ist, und das ist mir als Finanzsenator von Anfang an klar gewesen: Das Parlament, die Bremische Bürgerschaft hat stets das letzte Wort, wofür die Mittel ausgegeben werden. Darin unterscheidet sich unser Weg grundsätzlich von dem anderer Bundesländer. Das Saarland zum Beispiel nimmt ebenfalls drei Milliarden Euro Kredite auf. Das Saarland packt diese aber in ein Sondervermögen,

aus dem die Landesregierung dann Maßnahmen finanzieren kann. Wir machen das anders. Wir machen das transparent, demokratisch und nachvollziehbar. Anders ist das mit mir auch nicht zu machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt muss ich noch einen wichtigen Aspekt einmal ganz deutlich erklären. Ich bitte um Verzeihung, aber jetzt muss ich mit dem Blick auf die Kritik der Opposition mal tief ins Finanzerlexikon abtauchen.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Da sind wir jetzt aber gespannt!)

Mit diesem Nachtragshaushalt erhält das Land Bremen drei Milliarden Euro an Kreditermächtigungen, so heißt das Wort. Was bedeutet das? Das bedeutet, wir, also der Senat kann Kredite in Höhe von drei Milliarden Euro aufnehmen. Denn selbstverständlich nutzen wir zuerst andere Geldquellen, bevor wir Kredite hinzuziehen. Dazu gehören zum Beispiel Förderprogramme des Bundes, die vielleicht heute noch gar nicht beschlossen sind, die aber noch kommen werden, oder der EU. Wenn sich der Bedarf zur Abfederung der Energiekrise als geringer erweist, dann müssen wir die bereitgestellten 500 Millionen Euro in diesem Jahr auch nicht komplett aufnehmen.

Warum ist das so wichtig? Wir nehmen Kredite im Rahmen der Ausnahmeregel der Schuldenbremse auf. Das bedeutet, wir müssen jede Maßnahme, jeden ausgegebenen Euro gut begründen können, damit uns nicht Gerichte einmal sagen: Ihr habt das Grundgesetz und die Landesverfassung gebrochen. Diese Kredite müssen wir selbstverständlich auch zurückzahlen. Jeder Euro, den wir nicht durch diese Notlagenkredite ausgeben, sondern uns andere besorgen oder vernünftigerweise einsparen, belastet künftige Haushalte weniger. Das ist auch unser Ziel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt bin ich an einem Punkt angekommen, den ich überhaupt nicht auf die leichte Schulter nehme, nämlich ab 2028 muss das Land Bremen in die Tilgung einsteigen und 30 Jahre lang – so schlagen wir es vor, das ist ja auch Teil der Debatte – jährlich bis zu 100 Millionen Euro zurückzahlen. Hinzu kommen die Zinsen, auch das eine höhere zweistellige Millionensumme. Dieses Geld wird dem regulären Haushalt dann nicht zur Verfügung stehen. Glau-

ben Sie mir, das kann keinem Finanzsenator gefallen, und es gefällt auch mir nicht. Ich stehe dennoch hier vor Ihnen und bitte Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt, weil wir eine Verantwortung tragen für diesen Planeten, für das Klima und dafür, dass wir unseren Kindern eine Welt hinterlassen, in der sie überleben können. Denn um nichts Geringeres geht es.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Schuldenbremse hat ihre Berechtigung. Ich finde sie nach wie vor richtig. Aber die Schuldenbremse lässt in sehr engen Grenzen die Ausnahme von der Regel zu, damit der Staat in außergewöhnlichen Notsituationen handlungsfähig bleibt. Diese Möglichkeit nutzen wir mit diesem Nachtragshaushalt. Lassen Sie mich dazu eine Anmerkung machen: Wer ernsthaft glaubt und erzählt, Bremen könnte die Klimaund Energiekrise aus Bordmitteln ohne Kredite stemmen, wer so etwas behauptet, der hat die Finanzlage Bremens und die Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht verstanden.

Wer sagt, das Land Bremen könnte verlässlich in den kommenden 15 Jahren jedes Jahr Hunderte Millionen aufbringen, ohne dass es an anderer Stelle wehtut, der spricht die Unwahrheit. Wir nehmen diese Kredite auf, weil wir eine Notlage bewältigen wollen, aus der wir uns aus eigener Finanzkraft nicht befreien können. Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt 2023 arbeitet das Paket zur Bekämpfung der Energie- und Klimakrise in die Haushaltspläne ein und bereitet den Pfad bis 2027. Im Nachtragshaushalt gibt es jedoch auch noch andere nicht ganz so schwergewichtige Änderungen, die ich Ihnen aber nicht verschweigen möchte.

So sind im Nachtragshaushalt die veränderten Werte aus der Herbst-Steuerschätzung eingearbeitet. Demnach darf der Stadtstaat in diesem Jahr mit Steuermehreinnahmen von rund 540 Millionen Euro rechnen. Das werden wir ja vielleicht danach noch diskutieren, die Frage. Durch die veränderten erwarteten Steuereinnahmen müssen auch Anpassungen im strukturellen Haushalt vorgenommen werden. Wir beenden mit diesem Nachtragshaushalt – das ist vielleicht jetzt eine Kleinigkeit, muss aber gesagt werden – auch die Corona-Notlage. Mittel aus dem Bremen-Fonds, die ursprünglich 2023 veranschlagt waren, haben wir in den Haushalt des vergangenen Jahres umgeschichtet.

Nicht zuletzt erhöhen wir die Verpflichtungsermächtigung für die Stadt und das Land. Damit können die Ressorts in den kommenden Monaten flexibler auf unerwartete Anforderungen reagieren. Der Stadtstaat Bremen wird laut Entwurf des Nachtragshaushalts in diesem Jahr knapp 7,5 Milliarden Euro ausgeben. Das sind rund 500 Millionen Euro mehr, als im Anschlag vorgesehen waren. Meine Damen und Herren, diesen Nachtragshaushalt aufzustellen, war ein gemeinsamer Kraftakt. Die beteiligten Ressorts, der Senat und insbesondere mein Haus haben hart diskutiert und auch mal miteinander gerungen. Denn uns allen war und ist bewusst, dass dieser Nachtragshaushalt die Weichen für Bremen neu stellt.

Ich möchte also herzlich danken meinem Staatsrat Dr. Martin Hagen, dem Haushaltsdirektor Holger Duveneck und allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus bei uns, aber auch der Abteilung Q, die hier die energetische Sanierung vorantreibt und natürlich auch den Mitarbeitern der anderen Häuser, die an dem Projekt sehr intensiv mitgearbeitet haben, und ich glaube, der Senat hat wieder bewiesen, dass er auch in dieser Zeit zu gemeinsamen Beschlüssen kommen kann. Vielen Dank auch dafür.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, heute ist ein besonderer Tag. Mit dem Entwurf zum Nachtragshaushalt macht sich Bremen mutig und entschlossen auf den Weg, der Klima- und Energiekrise die Stirn zu bieten. Ich bitte Sie, diesen Weg mit uns zu gehen und diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat legt uns heute einen Nachtragshaushalt in einer Größenordnung von drei Milliarden vor, und er packt dies im Endeffekt auf fünf entscheidende Punkte und begründet diese damit: Erstens, die Klimakrise ist eine außergewöhnliche Notlage. Zweitens, die Mittel stehen im normalen Haushalt nicht zur Verfügung. Drittens, konkrete Maßnahmen sind beschrieben, und die Mittel werden dafür auch genutzt und das umgesetzt. Viertens, Politik, der Senat wird sich an diesen Rahmen halten. Fünf-

tens, ein Gutachten hat den Weg des Senats abgesichert. Ich werde Ihnen in den nächsten Monaten, in den nächsten Minuten versuchen zu zeigen,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch in den nächsten Monaten!)

auch in den nächsten Monaten, die Debatte geht weiter, also in den nächsten Minuten versuchen zu zeigen, dass alle fünf Annahmen, die der Senat uns hier weismachen will, falsch sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Eins allerdings vorweg: Die Finanzierung der Klimakrise ist für uns als CDU-Fraktion eine ganz wichtige Aufgabe für die Zukunft. Wir waren es, die die Klima-Enquetekommission in Bremen initiert haben, wir waren es, die das entsprechend auf den Weg gebracht haben.

(Abgeordnete Antje Grotheer [SPD]: Gut, dass wir darüber gesprochen haben!)

Der Kollege Michalik war derjenige, der die Klimaenquete entsprechend geleitet hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich kann sagen, es
ist uns in der Enquete gelungen, in einer großen
Zusammenarbeit auch tatsächlich die Maßnahmen,
die beschrieben worden sind, über die Parteigrenzen hinweg zu einen. Meine sehr verehrten Damen
und Herren, umso ärgerlicher ist es, dass wir uns
heute, drei Monate vor der Wahl, mit diesem Nachtragshaushalt auch politisch streiten müssen.

Ich möchte zur ersten Behauptung kommen. Ist dies wirklich eine außergewöhnliche Notlage, die uns jetzt auf die Füße fällt? Ich habe da noch mal zurückgegriffen auf den Club-of-Rome-Bericht aus dem Jahr 1972, "Grenzen des Wachstums". Dort gab es drei zentrale Aussagen. Erstens, auf einer begrenzten Erde ist grenzenloses Wachstum nicht möglich. Wir werden diese Grenzen erreichen. Drittens, wir müssen und können etwas dagegen tun. Diese Aussagen sind 51 Jahre alt, und wie heißt es auf Seite 139? Ich zitiere: "Das Wachstum wird dann durch Lasten abgewürgt, die sich dem menschlichen Einfluss entziehen und, wie das Weltmodell erkennen lässt, sehr viel schwerwiegender sein können als die, welche sich die Gesellschaft selbst auferlegen müsste."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nicht behaupten, in den letzten 50 Jahren ist nichts passiert, aber in den letzten 50 Jahren ist zu wenig passiert. Aber davon heutzutage zu sprechen, dass wir uns jetzt in diesem Jahr, in diesem ersten Quartal des Jahres 2023 mit dieser außergewöhnlichen Notlage auseinandersetzen müssen, ist schlichtweg falsch. Wir, die Politik, wissen dies seit mehr als 50 Jahren, dass diese Situation kommt.

(Beifall CDU)

Sie sagen: "Aber wir haben ja das Gutachten von Herrn Professor Wieland." Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch lieber Senator Strehl. Ist es wirklich Ihr Ernst? Sie haben ein Zwischengutachten. Sie haben noch nicht mal das finale Gutachten abgewartet, um eine Basis für die Beschlüsse zu haben. Auf 22 Seiten wird relativ dünn - nicht nur vom Umfang her, sondern auch inhaltlich - begründet, warum diese außergewöhnliche Notlage bestehen soll. Unsere Hauptkritik an diesem Zwischengutachten ist erstens: Die Begrifflichkeiten Klimaschutz, Klimawandel, Klimanotlage, Klimanotsituation, Klimakrise, Klimaneutralität, Energiekrise, Energienotstand werden völlig beliebig in diesem Gutachten ohne jegliche Definition durcheinandergewirbelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer will bezweifeln – der Finanzsenator hat es gerade auch noch einmal ausgeführt –, dass die vorgeschlagene Rücklagenbildung natürlich zukünftige Generationen ganz erheblich bindet? Der Senator hat es gerade beschrieben: Ab 2028 muss getilgt werden, und auch werden die Zinsen darauf bezahlt.

Drittens, warum die Klimakrise, die uns seit Jahren bekannt ist, und ihre Folgen nun auf einmal jetzt die außergewöhnliche Notsituation darstellen, beschreibt Wieland in seinem Zwischengutachten mit keinem Wort. Viertens, er behauptet sogar, dass wir heutzutage eine außergewöhnliche Notsituation der Energieversorgung haben. Natürlich haben wir eine besondere Situation, aber meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der letzten Woche den dritten LNG-Terminal eröffnet, die Speicherstände sind bei über 90 Prozent. Wir können deutlich mehr machen im Bereich der erneuerbaren Energien. Dies zu nutzen, um diese Ausnahmesituation zu beschreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird zumindest von uns als CDU-Fraktion bezweifelt.

(Beifall CDU)

Die zentrale Behauptung von ihm ist: Wieland behauptet, im Haushaltsjahr 2023 bestehen keine Möglichkeiten, innerhalb dieses Haushaltes das zu

generieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zum einen darauf eingehen, der Finanzsenator hat es gerade selbst beschrieben: Uns stehen 540 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen zur Verfügung. Geplante Ausgaben von Ihnen in diesem Jahr sind 235 Millionen. Sie haben das gerade ausgeführt. Selbst, da Sie einen Großteil der Steuereinnahmen - Herr Senator, Sie haben es beschrieben – aufgrund der Berechnung des Corona-Fonds – wir haben das vor zwei Monaten oder drei Monaten hier ausführlich debattiert schon benutzt haben, obwohl Sie nachholen müssen die Investitionsmittel in einer Größenordnung von 50 Millionen Euro, die Sie im letzten Jahr im Haushalt gestrichen haben, stehen Ihnen trotzdem noch genügend Steuermehreinnahmen zur Verfügung, um diese 235 Millionen Euro für Klima, auch tatsächlich Klimamaßnahmen zu finanzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten diese nicht reichen, dann greifen Sie auf die Rücklagen zurück, die in Ihrem Haushalt mit mehr als 600 Millionen Euro noch zur Verfügung stehen. Dieser Betrag wird in den nächsten Wochen höher werden. Alle Mitglieder des Finanzausschusses wissen das: Nach Abrechnung des sogenannten 13. Monats, also wo Umbuchungen et cetera schon berücksichtigt sind, gibt es aus dem letzten Haushaltsjahr noch einen Überschuss von mehr als 200 Millionen Euro. Diese werden jetzt nach und nach in die Rücklagen der Ressorts eingeführt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die zentrale Annahme, dass Sie im Haushalt kein Geld haben, um die 235 Millionen Euro, die Sie sich selbst für Klimaschutz in diesem Jahr vorgenommen haben, dass diese Mittel nicht zur Verfügung stehen, ist falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Ich möchte auf das zentrale Thema eingehen, weil das ja immer wieder gesagt wird: Die Stahlwerke sind wichtig. Jawohl, die Stahlwerke haben oberste Priorität auch bei uns. Aber lieber Herr Bürgermeister, sowohl Ihre Demagogie als auch die Ihrer Wirtschaftssenatorin bei der Pressekonferenz, zu behaupten, wenn jetzt dieser Haushalt nicht beschlossen wird, dann geht bei den Stahlwerken das Licht aus, ist schlichtweg falsch.

Wir haben insgesamt eine Fördersumme, die bei den Stahlwerken notwendig ist nach heutigem Stand – so steht es selbst in Ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage – von knapp 1,1 Milliarden. Davon kommen 750 Millionen ungefähr durch den Bund und 320 Millionen aus Bremen. Für dieses Jahr brauchen wir für die Stahlwerke 21 Millionen Euro, also nicht einmal ein Zehntel der Mittel, die in den 235 Millionen vorgesehen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch diese Mittel haben wir in diesem Haushalt zur Verfügung. Es besteht keine Notwendigkeit für diesen Nachtragshaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Frau Senatorin Vogt, weil Sie ja von Wüste gesprochen haben: Ich wusste nicht so genau in der Pressekonferenz, ob Sie die industrielle Wüste meinen oder tatsächlich die Wüste. Vielleicht kurz noch mal, wie Sie sich bisher mit den Mitteln für die Stahlwerke erfolgreich im Senat durchgesetzt haben: Sie haben eine Anmeldung für den Haushalt 2021 gehabt, nämlich für 2020 drei Millionen und für 2021 sieben Millionen. Damit konnten Sie sich im Senat nicht durchsetzen, das ist abgelehnt worden. Für den Klimatopf 2021 haben Sie angemeldet drei Millionen für 2020, sieben Millionen für 2021, die Maßnahmen wurden abgelehnt.

Für den Bremen-Fonds haben Sie zehn Millionen für 2021 angemeldet, die wurden auch beschlossen, aber der Mittelabfluss im Jahr 2021 betrug nur 4,5 Prozent. Für 2022, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurden diese beschlossenen Mittel wieder gestrichen. Mittelabfluss null Prozent. Vielleicht sollten Sie sich konkret um die Maßnahmen kümmern, Frau Senatorin, und nicht mit solchen dollen Worten in der Öffentlichkeit auftreten.

(Beifall CDU)

Etwas mehr Bescheidenheit würde an dieser Stelle einmal guttun. 235 Millionen werden gebraucht, behaupten Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Werden aber diese auch tatsächlich ausgegeben? Können Sie das überhaupt? Dazu reicht vielleicht mal ein Blick in die letzten Jahre, wo Sie ja auch Klimatöpfe gebildet haben. 2020 haben Sie diesen Klimatopf mit zehn Millionen gefüllt. Mittelabfluss am Ende des Jahres: null Euro. 2021 haben Sie den Klimatopf dann mit 20 Millionen gefüllt. Mittelabfluss immerhin 13,1 Millionen Euro. 2022 haben Sie 30 Millionen reingepackt, das ist eine Summe inklusive der zehn Millionen aus 2020. Der Mittelabfluss bis zum 30. September liegt bei 11,5 Millionen, in der Prognose bei 26. Ich weiß nicht, ob er jetzt mittlerweile final schon abgerechnet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie waren bis jetzt nicht einmal in der Lage, deutlich geringere Summen in den Klimaschutz zu investieren und die Mittel, die Ihnen das Parlament zur Verfügung gestellt hat, auch tatsächlich auszugeben, aber Sie wollen uns weismachen, dass Sie in diesem Jahr 235 Millionen dafür ausgeben können. Dazu sind Sie gar nicht in der Lage, liebe Senatsmitglieder.

(Beifall CDU)

Es ist ein Trauerspiel, dass nach 13 Jahren grünem Klimaressort – es hieß Umweltressort in den meisten Jahren –

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Sie wollen jetzt aber anfangen!)

offensichtlich noch nicht mal Projekte in den Schubladen waren, wo wir den Klimawandel bekämpfen können. Das ist eine Bankrotterklärung für die Grünen in dieser Regierung.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte die Erfolgsnummer Solardächer gar nicht angesprochen

(Heiterkeit CDU)

auf öffentlichen Gebäuden, aber der Finanzsenator hat es jetzt selbst reingeschrieben. Da habe ich gedacht: Wie viel Chuzpe muss man eigentlich haben? Jetzt wollen wir das Geld endlich für Solardächer ausgeben. Da gibt es ja einen Superantrag der Koalition, beschlossen im Juni 2020. Da haben wir alle gedacht, das geht jetzt richtig los. Ist drei Jahre her. Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus: 2020, Solardächer auf öffentlichen Dächern neu geschaffen: null. 2021, Solardächer, also Solaranlagen auf öffentlichen Dächern geschaffen, man hat sich deutlich gesteigert: eine.

(Heiterkeit CDU – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Eine Steigerung um 100 Prozent!)

Ehrlich gesagt, dann hat man uns ja Vorlagen gegeben. Ab 2022 sollten es dann mindestens – –, eigentlich war mal die Vorhersage 30, die hatte man schon auf zehn reduziert. Wie viel sind es geworden, Herr Senator? Wissen Sie es?

(Senator Dietmar Strehl: Drei oder vier?)

Drei. Gut geschätzt.

(Heiterkeit CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen nimmt das keiner mehr ab, dass Sie es wirklich können,

(Beifall CDU)

meine sehr verehrten Damen und Herren vom Senat! Sie sind gut in klimapolitischen Sonntagsreden, aber Sie sind schlecht in der Umsetzung der konkreten Maßnahmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir konnten ja auch gestern in der Zeitung lesen, bei den E-Ladesäulen belegen wir auch nur den Platz 13, was die Steigerung betrifft. Das sind die neuesten Zahlen der Bundesnetzagentur. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen Maßnahmen, und Sie haben unsere größte Unterstützung. Noch mehr Unterstützung haben Sie, wenn Sie wirklich Maßnahmen machen, wo das CO_2 reduziert wird. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, ist da was gemacht worden?

Es gab mal eine super Grundlage für die Beschlüsse des Klimatopfes 2021. Da gab es eine Vorlage, die hatte knapp 1 100 Seiten. Da war für jede Maßnahme die CO₂-Reduktion berechnet. Wir haben gedacht, jetzt geht es voran. Dann kam der Beschlusskatalog, und wir haben festgestellt, komischerweise, die Maßnahmen mit der größten CO₂-Reduktion, die wurden gar nicht genommen, aus welchen Gründen auch immer. Dann haben wir mal nachgerechnet und haben festgestellt: Beim Klimatopf wurden auch die Mittel nach koalitionärem Proporz aufgeteilt, nach den jeweiligen Ressorts. Da hat ein bisschen was die Wirtschaftssenatorin bekommen, ein bisschen was die Umweltsenatorin, und ich glaube, selbst der Innensenator hat sogar auch dann noch Bereiche abdecken können, die bei ihm schon lange in den Schubladen lagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Ansatz von Koalitionsproporz werden wir das Klima in Bremen nicht retten. Das ist ein Alle-Mann/Frau-, Alle-Personen-Manöver, meine sehr verehrten Damen und Herren, und da reicht es nicht, wenn man das irgendwie zwischen den Parteien verschachert. Wir wollen das ganzheitlich angehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir können dort deutlich mehr.

(Beifall CDU)

Ich möchte auch kurz auf die anderen 500 Millionen zur Bewältigung der Krise durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dort fehlt nun eine völlige Beschreibung von Maßnahmen. Das ist so eine Pauschalsumme, die in Höhe von 500 Millionen zur Verfügung gestellt wird. Wir haben dann aus dem Senat erfahren: Härtefallfonds ist im Gespräch. Wollen wir aber auch die Größenordnung einmal festhalten: zehn, maximal 20 Millionen sind dort bisher im Gespräch, und ich glaube, der Senat hat gestern Maßnahmen beschlossen, um die mittelständische Wirtschaft auch zu unterstützen. Beide Maßnahmen, will ich ganz konkret sagen, werden von uns unterstützt, inhaltlich, aber es ist nicht so, dass man, wenn man 40 Millionen braucht, sich vom Parlament 500 Millionen dafür beschließen lassen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dies ist tatsächlich nicht seriös.

(Beifall CDU, FDP)

Ich komme zum Fazit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Erstens, der Haushalt ist verfassungsrechtlich unsicher. Er verstößt gegen die Schuldenbremse. Es ist fahrlässig, sich, wenn man dies machen möchte, auf ein Gutachten, auf ein Zwischengutachten von 22 Seiten zu verlassen. Es ist weder mit dem Finanzsenator - was Wieland uns übrigens in den Konsultationen mit ihm in der Klimaenquete immer wieder empfohlen hat -, es ist auch nicht mit dem Stabilitätsrat abgestimmt und auch nicht mal mit dem grünen Bundeswirtschaftsminister. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies passiert in einer Situation, in der der Stabilitätsrat dem Senat eine drohende Haushaltsnotlage attestiert. Der Stabilitätsrat bezieht sich ausdrücklich auf die Planungen, wie sie uns heute vorliegen.

Es steht im Beschluss des Stabilitätsrats: "Der Stabilitätsrat sieht außerdem Überlegungen Bremens mit Sorge, einen kreditfinanzierten Klimafonds einzurichten und hierbei den Ausnahmetatbestand der Schuldenbremse in Anspruch zu nehmen. Hierdurch würden sich die zukünftigen Werte der Haushaltsüberwachung Bremens noch weiter vom Länderdurchschnitt entfernen", so der Stabilitätsrat in seinem Beschluss vom 16. Dezember, meine sehr verehrten Damen und Herren. Damit wird Ihr Haushalt fahrlässig und rechtlich wackelig. Wir werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Klage – –, diesen Haushalt auf jeden Fall überprüfen und uns rechtlichen Rat einholen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Dies alles für Maßnahmen, wofür wir keinen Extrahaushalt brauchen. Für die geplanten Maßnahmen in Höhe von 235 Millionen für das Klima, wenn Sie überhaupt in der Lage sind, diese auszugeben, und 20 bis 30 Millionen für die Energie ist im Haushalt genug da. Sie könnten die Steuereinnahmen dieses Jahres oder die Rücklagen dafür nutzen, um dies problemlos zu finanzieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 235 Millionen werden Sie nach unserer Aussage sowieso nicht ausgeben. Sie waren bisher nicht in der Lage, die zur Verfügung gestellten Gelder auszugeben, und das waren deutlich geringere Mittel, und so wird es auch in 2023 sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Drei Monate vor der Wahl einen solchen Nachtragshaushalt zu beschließen, ist politisch unanständig. Man wartet den Wählerwillen ab, setzt sich anschließend zusammen und findet Lösungen. Mit alten Mehrheiten noch Milliarden auf den Weg zu bringen und zukünftige Generationen über die Maßen zu belasten, das ist schon verwerflich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition.

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das ist eine Kreditermächtigung! Die künftige Regierung kann über das Geld verfügen!)

Aber lieber Herr Güngör, dass Sie gerade als SPD-Fraktionsvorsitzender das reinrufen: "Kreditermächtigung" haben wir sehr wohl zur Kenntnis genommen. Aber Sie waren bisher immer in der Lage, jede Mittel, die man Ihren Regierungen zur Verfügung gestellt hat, auch auszugeben. Deshalb ist Bremen ja in dieser Schuldendramatik, in der wir uns befinden.

(Beifall CDU – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben haben Sie noch das Gegenteil behauptet!)

Ja, ich weiß, dass das die Sozialdemokraten ungern hören. Seit den Siebzigerjahren haben wir diese Schuldenpolitik hier. Sie haben immer gesagt, es wird alles besser, haben es den Menschen versprochen. Es ist in aller Regel nicht besser, sondern schlechter geworden.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Mit Ihnen wäre es auf jeden Fall schlechter geworden!)

Herr Güngör, nehmen Sie das doch einfach mal zur Kenntnis.

Letzte Bemerkung: Die Belastung der zusätzlichen Generationen. Diese Anmerkung nur: Wenn man sich das anguckt, ab 2028 - natürlich wieder nach dem Ende einer Legislaturperiode - soll dann getilgt werden. Sie haben es beim Bremen-Fonds schon gemacht. Da muss ab 2024 getilgt werden. Jetzt soll beim Klimafonds ab 2028 getilgt werden. Wenn Sie das mal hochrechnen, 100 Millionen Euro Tilgung im Jahr plus maximal circa 75 Millionen Euro Zinsen, wenn Sie das mit den aktuellen 2,5 Prozent rechnen, so werden wir die zukünftigen Generationen und die zukünftigen Haushalte massiv belasten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Weg ist mit uns nicht zu machen. Wir lehnen das heute aus voller Überzeugung ab. -Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben eine Reihenfolge vereinbart!)

Wir haben eine Reihenfolge? Entschuldigen Sie bitte, das habe ich übersehen. Wir haben eine Reihenfolge, und jetzt hat das Wort nicht Herr Schäck, sondern Dr. Carsten Sieling.

Abgeordneter Dr. Carsten Sieling (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren und beraten heute den Nachtragshaushalt in einer Zeit, die geprägt ist von einer großen Zahl an Herausforderungen, vielfach auch Krisen genannt.

Wir sind im Krieg in Europa, wir haben einen dramatischen Klimawandel zu stoppen, wir kämpfen mit Energieknappheit und explodierenden Energiepreisen, da beißt die Maus keinen Faden ab. Auch wenn sich in den letzten Tagen und Wochen dort vielleicht Besserung abzeichnet, es ist immer noch explosiv, und das alles findet sich wieder in der Inflation. Das ist der Rahmen, und ich will hier ganz klar sagen: In diesem Rahmen ist unser Bundesland, wenn man sich die wirtschaftlichen Daten anguckt, wie wir im Wirtschaftswachstum dastehen, wie wir am Arbeitsmarkt dastehen, welche Verbesserungen sich dort zeigen und wenn man sich die Entwicklung der Steuereinnahmen anguckt, ist unser Bundesland Bremen mit seinen zwei Städten Bremen und Bremerhaven stark durch diese Krisensituation gekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir als Koalition stehen hier und legen Ihnen diesen Nachtragshaushalt vor, weil wir wollen, dass es so bleibt, dass Bremen und Bremerhaven starke Städte bleiben. Dafür ist die Grundlage zu legen, und das tun wir heute, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Denn man darf ja trotz der guten Entwicklung der letzten Monate in diesem schwierigen Umfeld nicht außer Acht lassen, dass wir in unserer Wirtschaft stark exportabhängig sind, und was auf den Weltmärkten passiert, wissen alle: Dass die Binnenwirtschaft in unterschiedlichen Dingen und an unterschiedlichen Seiten betroffen ist, dass natürlich in der Transformation Arbeitsplätze gefährdet werden können, dass der gesellschaftliche Zusammenhang bedroht wird.

Deshalb gilt es jetzt umso mehr, dass wir deutlich machen: Wir wollen keinen Nachtwächterstaat, meine Damen und Herren, wir wollen einen aktiv handelnden Staat, auch in Bremen und Bremerhaven. Auch deshalb brauchen wir diese Möglichkeiten. Wir müssen die Optionen, die Kreditermächtigungen, wie das finanztechnisch heißt, schaffen, damit wir handlungsfähig sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wer aus der Entwicklung der vergangenen Jahre mit ihren Prozessen nicht gelernt hat, dass wir nicht allein auf den Markt setzen können, nicht allein darauf setzen können, dass die Kräfte der Gesellschaft es schon schaffen, wer nicht gelernt hat, dass man sich Instrumente verschaffen muss, der handelt leichtfertig und hat offensichtlich mehr Angst davor, den Menschen zu erklären, dass in gewissen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Phasen auch Verschuldung notwendig ist, denn das sind Kredite: Das sind Investitionen in die Zukunft. Das ist richtig, eine Versicherung für die Zukunft. Wir stellen die Arbeit nicht ein, nur, weil in drei Monaten Wahl ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nein, wir zeigen das und handeln an dieser Stelle mit diesem Haushalt.

Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Das ist deshalb auch das, was hier als Nachtragshaushalt zur Verstärkung dessen beraten wird, was wir schon haben. Es ist der Nachtragshaushalt, der jetzt sozusagen an den wesentlichen Stellen unterstützend ist. Das ist die Tatsache: Dass wir die Folgen des Ukraine-Krieges für die Menschen mit Energiemangel und Inflation, dass wir diese Bedrohung, diese Folgen natürlich versuchen, abzufangen, aber das wir damit vor allem auch die konkrete Solidarität zeigen. Denn wer fliehende Menschen aufnehmen will – und das wollen wir, aus der Ukraine und aus vielen Teilen der Welt, was wir können, machen wir an der Stelle –, der braucht auch die Kraft seines Haushalts dafür.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das ist der erste Grund und die richtige Begründung für die 500 Millionen Euro.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das Zweite ist natürlich, dass dieser Klimawandel bekämpft werden muss und wir dazu zusätzliche Mittel brauchen. Wir wollen die Anstrengungen verstärken. Wir wollen das auf den Weg bringen, was in der Enquetekommission erarbeitet worden ist. Wir wollen dort die ersten Akzente bringen. Das ist der zweite Grund für diesen Nachtragshaushalt.

Und, Strich drunter, der dritte, und da bin ich bei dem Kernpunkt, um den es geht: Wenn man eine Gesellschaft und eine Wirtschaft hat, die nicht die Kraft hat, das anzugehen, dann begeht man einen zentralen Fehler. Darum geht es uns mit diesem Haushalt: Die Wirtschaftskraft zu stärken, Transformation zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern. Ich will hier sehr deutlich sagen: Den Klimawandel erfolgreich zu bekämpfen, wird das größte Wachstumsprogramm, wirtschaftliche Wachstumsprogramm sein, das wir seit Jahren gesehen haben. Die Umstellung, der Aufbau neuer Energieträger, die Produktion von Windenergieanlagen, von Solaranlagen, die Implementation dieses Gesamten und des Bringens auf Dächer, neue Wärme, das wird ein Wachstumsprogramm sein, und ich bin froh, dass hier niemand Nullwachstumsthemen bringt.

Jedenfalls, wer hier sagt, er braucht diesen Haushalt nicht, der ist da ein bisschen gefährdet, meine Damen und Herren, und geht das nicht richtig an. Wir stehen zu Wirtschaftswachstum, wir stehen zu stabilen Arbeitsplätzen und einer starken Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Maßnahmen im Einzelnen will ich gern ansprechen, weil hier kritisiert worden ist, dass die 500 Millionen Euro, die Kreditermächtigung, die in den Haushalt als Globalmittel eingestellt werden, um die Folgen des Krieges, die Folgen, die sich dort auch für unsere Gesellschaft ergeben, zu flankieren – Das ist eine Notwendigkeit, und das ist dem Haushalt und dem Nachtragshaushalt in seinen Zielen klar zu entnehmen. Damit stabilisieren wir das, was in den privaten Haushalten die Menschen in ihren Portemonnaies haben und wie sie durchkommen mit den steigenden Preisen. Wir haben damit entsprechende flankierende Maßnahmen zu dem, was die Bundesregierung glücklicherweise und richtigerweise konsequent angeht.

Ebenso im Bereich der Unternehmen: Es geht darum, den Mittelstand und die mittelständischen, die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stützen. Auch das ist eine wichtige Säule, und meine Damen und Herren: Bundesprogramme müssen gebunden werden, in der Tat, und richtigerweise haben wir eine Bundesregierung, die eine ganze Reihe von Maßnahmen entfaltet, die dann natürlich die Komplementärfinanzierung erfordern. Das braucht bremisches Geld, und das braucht auch das Aufnehmen dessen, was das alles für unsere Haushalte heißt. Deshalb ist es richtig, dass der Senat uns einen Vorschlag gemacht hat, den diese Koalition mit ihrer ganzen Kraft heute beschließen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das sind 500 Millionen Euro, die in diesem Jahr anstehen, für diesen Nachtragshaushalt. Wir reden ja von einem größeren Gesamtvolumen von insgesamt drei Milliarden Euro. 500 Millionen Euro hierfür, 2,5 Milliarden Euro für die Maßnahmen des Klimaschutzes, davon in dem ersten Jahr zehn Prozent der Gesamtsumme, also 234 Millionen Euro. Die betten sich ein in diese "Fast Lane", so hat der Senat das genannt, Überholspur hat der Finanzsenator hier richtigerweise übersetzt. Ich will einmal sagen, wir als Sozialdemokraten sind jedenfalls sehr froh über diese Art der Umsetzung der Empfehlung der Klima-Enquete, weil wir immer gesagt haben, wir müssen Prioritäten setzen. Wir müssen sagen, aus dem großen Katalog der Notwendigkeiten ist keine einzige Maßnahme infrage gestellt. Aber wer loslegen will, der muss wissen, wo er anfängt, was der zweite, der dritte und der vierte Schritt ist. Das ist Prioritätenbildung, und ich bin froh, dass der Senat das so umgesetzt hat und mit dem Vorschlag, den wir ja schon verschiedentlich

diskutiert haben, diese Prioritäten auf den Weg bringt.

Das heißt im Einzelnen erstens, den großen Tanker im Bereich der Wirtschaft in eine neue Richtung zu bringen. Das ist die Bindung der Mittel, die über Bundes- und Europarahmen, IPCEI – das sind die Projekte von europäischer besonderer Bedeutung – , insbesondere im Stahl vorangebracht wird.

Aber ich darf hier an der Stelle sagen, es gibt eine Zusatzleistung, die im Senat auf den Weg gebracht worden ist, die ich auch vor dem Hintergrund unserer Beratungen in der Klima-Enquetekommission für absolut prioritär und bedeutend halte und für einen wichtigen eigenen Akzent: Es wird immer knapp sein mit dem Geld. Das liegt in der Natur der Sache, das kennt jede und jeder. Aber neuerdings wird es auch knapp werden mit den Arbeitskräften und den Fachkräften. Von daher ist es richtig, dass der Senat ein Fachkräfteprogramm auf den Weg bringt, dass 100 Millionen Euro dafür bereitgestellt werden, denn aktive Förderung am Arbeitsmarkt ist aktiver Klimaschutz, und das machen dieses Programm und dieser Nachtragshaushalt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dass Zweite sind die Gebäude mit energetischer Wirkung. Wir wissen, was für einen Bedarf wir im Gebäudebestand haben, und wir wissen auch alle, dass das entstanden ist, weil wir in den letzten zehn, 15 Jahren eine harte Haushaltspolitik machen mussten, um die Ziele zu erreichen und deshalb dort nicht investieren konnten. Jetzt muss man darangehen, aber das wird mit energetischer Wirkung sein. Natürlich sind alle damit unzufrieden, eben ist ja skizziert worden, wie hoch die Ergebniszahlen sind. Ja, da muss mehr kommen, aber ich will gerade an dieser Stelle einmal sagen, wie bedeutend auch die Rahmenbedingungen sind und darf mal fragen: Welche Koalition auf Bundesebene, wer hat die Koalition geführt, als die Windenergie im Offshore-Bereich ausgebremst wurde?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wer hat die Regierung geführt, als Solar nicht weiter befürwortet wurde? Und heute stehen wir da. Und wenn wir unseren Gebäudebestand angehen

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Wer war dabei?)

Ja, Kollege Hilz, wir ändern es doch auf Bundesebene. Sie können mir doch nur zustimmen. Ich bedanke mich für die Zustimmung der FDP an dieser Stelle.

(Heiterkeit CDU)

Also: Wenn es an der Stelle so ist, dann zeigt sich das doch bei uns. Wenn wir unseren Gebäudebestand angehen, dann hat das nicht nur vermittelnd eine wirtschaftliche Dynamik, sondern das muss sich auch betriebswirtschaftlich rechnen. Dafür müssen Rahmendaten stimmen. Die Rahmendaten aber stimmen - und Herr Hilz, da sind wir wieder beieinander - mit dieser neuen Koalition auf Bundesebene und machen das möglich. Darum werden wir an der Stelle jetzt mehr machen und stellen mit diesem Nachtragshaushalt hier in Bremen die Weichen dafür, dass wir mehr, in der Tat mehr Solar auf die öffentlichen Dächer kriegen, dass wir die Gebäude, vor allem die Schulen und Kindergärten, meine Damen und Herren, das ist der größte Teil der Gebäude, dass wir die vernünftig sanieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der dritte Sektor ist die Mobilität. Wir brauchen die Mobilitätswende, wir brauchen deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Darum ist es gut, dass in diesem Programm unter der Linie ÖPNV und auch in der Linie Dekarbonisierung der ÖPNV so stark gefördert wird. Das ist das richtige Signal. Genauso ist es richtig, den Fahrradverkehr vernünftig zu fördern. Bremen und Bremerhaven sind Städte der kurzen Wege. Diese kurzen Wege kann man unterschiedlich bewältigen, und wir appellieren daran, im Privaten möglichst weniger mit dem Pkw zu machen und möglichst mehr mit dem Fahrrad; auch zu Fuß zu gehen aber vor allem die Angebote im ÖPNV-Bereich zu nutzen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Vierte ist natürlich das ganze Thema der Wärmeversorgung. Dort wird jetzt sehr notwendig die Planung auf den Weg gebracht werden müssen, damit wir mehr Fernwärme aber vor allem auch mehr Wärmepumpentechnik, in welcher Art und Weise auch immer, in dezentraler Weise voranbringen. Dafür muss man aber erst mal wissen, was man in unseren beiden Städten an welcher Stelle macht. Dafür legt dieser Haushalt in diesem Jahr auch die Grundlage. Wie das, das kann ich allen zur Beruhigung sagen, wie das genau aussieht, das werden Sie nach der Wahl beschließen müssen, die

neue Bürgerschaft. Von daher: Alles kommt zu seiner Zeit.

In jedem Fall ist es so, dass wir darauf achten müssen, und das hat der Finanzsenator ja noch mal sehr richtig gesagt: Die Kreditermächtigungen erfordern, dass das einzelne Projekt in seiner Bedeutung, Rationalität, Wichtigkeit, in seinem Effekt nachgewiesen werden muss. Von daher werden wir Punkt für Punkt konkrete Maßnahmen brauchen, um diese Kreditermächtigung entsprechend umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich will jetzt noch ein paar Sätze verlieren zu der Frage der finanzpolitischen Seite und der Einordnung in diese Handlungsmöglichkeiten, die wir haben. Es ist hier schon angesprochen worden, das von Professor Wieland vorgelegte Kurzgutachten. Da habe ich die Erregung nicht ganz verstanden, weil das setzt exakt auf das auf, was wir in der Enquetekommission beauftragt haben, sehr mit Unterstützung und wirklich Push dahinter von der CDU, und ich darf hier mal verraten: Der Grundtext im Finanzteil der Enquetekommission, der stammt auch aus der Feder der CDU, und da ist doch unter anderem auch das Bekenntnis drin, dass wir dieses Wieland-Gutachten damals in Auftrag gegeben haben. Was wir jetzt lesen, geht genau in die Richtung. Es ist als Zwischengutachten noch kurzgefasst. Da ist viel möglich an Begründung.

Aber, und das will ich an der Stelle auch sagen, wir müssen aufpassen, dass wir immer auf zwei Beinen stehen. Es wird nicht ausreichen, wenn wir als Bremen argumentieren, dass die Klimakrise der Grund ist, dass wir jetzt solche Maßnahmen ergreifen, sondern ich empfehle sehr den Blick ins Grundgesetz. Im Grundgesetz ist, als wir die Sanierungshilfen in Höhe von 400 Millionen jährlich bekommen haben, der Satz in Artikel 143 d Absatz 4 eingefügt worden, wer es nachlesen möchte, dass wir den Haushalt im Blick haben sollen, dass die Maßnahmen aber - und ich zitiere den zweiten Aspekt -"zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft dienen" sollen. Ich bin sehr überzeugt davon, dass, wenn man den Bundesfinanzminister - auch da wird Herr Hilz uns helfen, den zu überzeugen überzeugen will und wenn man den Stabilitätsrat überzeugen will, dass man diese Verbindung herstellen muss und dass man dieses Bein stärken

Also: Das Ziel dieses Nachtragshaushaltes, Bremen stark zu machen, Bremerhaven stark zu machen, Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft zu stärken, das passt zum Grundgesetz und dem Auftrag, den wir dort haben, und so sollten wir auch argumentieren, ergänzend zu dem, was Wieland uns aufgeschrieben hat. Das passt zum Grundgesetz, das ist die Grundlage, auf der wir die 400 Millionen Euro bekommen haben. Deshalb, Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft muss eine Hauptüberschrift dieses Nachtragshaushalts sein, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was die Kritik betrifft, bin ich in freudiger Erwartung auf die nächsten Runden. Ich habe mir die Mühe gemacht, es war auch ein bisschen Spaß, mir diesen neuen Text der "vernetzen" Stadt, der "vernetzen" Städte anzugucken.

(Zurufe)

Da habe ich mir auch die "vernetze" Finanzpolitik angesehen, und ich habe da relativ wenig gesehen: Appelle, man soll mehr investieren aber auch mehr sparen. Man soll da mehr machen, und dann soll man privat finanzieren und private Fonds auflegen. Ich bin gespannt, wie das hier noch "vernetz" dargelegt wird, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit)

Aber ich glaube, das reicht nicht. Das ist zu dünn, um Bremen und Bremerhaven regieren zu können. Darum ist es gut, dass dieser Nachtragshaushalt heute so daliegt, weil er eine Grundlage auch für zukünftige Regierungen bildet, dieses Bundesland vernünftig und stark voranzubringen. Natürlich hätten wir als Koalition alle einen Wunsch. Meine Güte, meinen Sie nicht, dass in Berlin die Debatten und das Zerreden solcher Haushalte, dass das nicht verfolgt wird?

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Natürlich wird das verfolgt, ja, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie reden Bremen schlecht!)

Es wäre hilfreich, wenn Sie sich der Verantwortung für Bremen stellen würden und wenn wir hier zusammenstehen würden

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

und das nicht zerreden. Mein Appell: Fassen wir das gemeinsam an und schaffen das für Bremen und Bremerhaven. Wir werden diesem Haushalt zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachtragshaushalte haben Haushälter und Finanzpolitiker ja eigentlich nicht so gern im Grundsatz, weil sie nämlich klarmachen: Der Plan, den man hatte, der ist am Ende nicht ganz aufgegangen, und man muss noch mal nachsteuern. Das ist heute deutlich anders, denn heute müsste die Überschrift eigentlich lauten: "Rot-Grün-Rot handelt verantwortlich in schwierigen Zeiten" oder sogar "Rot-Grün-Rot packt an und geht mutig voran", meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Unruhe CDU)

Die wie immer sehr aufmerksame und leidenschaftliche Opposition sieht das naturgemäß anders, aber wie so oft irrt die CDU auch in dieser Frage. Dazu später mehr.

Lassen Sie mich auf die beiden konkreten Punkte des Nachtragshaushaltes eingehen, die jetzt hier schon Gegenstand der Beratung waren. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat auch Auswirkungen auf unser Bundesland. Denen stellen wir uns heute, aber das heißt nicht – –, und deswegen legen wir ja dieses Programm auf, wir legen es auch deswegen auf, weil wir in unserer Haltung in dieser Frage weiterhin sehr klar sind, dass wir nämlich unsere Solidarität zur Ukraine nicht von der Konjunkturlage unseres Landes abhängig machen, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es gehört, finde ich, am Anfang immer einordnend dazu, warum wir diese 500 Millionen überhaupt aufnehmen. Diese Herausforderungen, die auf vielen Ebenen auf unser Land jetzt zukommen, haben ja schon dazu geführt, dass der Bund viele gute und wirksame Projekte beschlossen hat. Die Ampel in Berlin handelt verlässlich und im Sinne der Menschen, das kann man an der Stelle mit Fug und Recht sagen, und trotzdem – –.

(Beifall FDP)

Wenn ich mal die Ampel lobe, kommt gleich Beifall von der FDP, vielen Dank!

(Zuruf FDP)

Ja, ich kann Ihnen auch versprechen: Es bleibt so. Trotzdem bleiben ja Herausforderungen, machen wir uns nichts vor. Das beste Paket des Bundes wird trotzdem uns dazu auffordern, auch auf unserer Ebene im Bundesland und in unseren beiden Städten parallel zu handeln, indem wir die Auswirkungen der Energiepreise, die Auswirkungen der Inflation zum Beispiel auf unsere Initiativen und Vereine abfedern. Da gibt es mehrere Programme mittlerweile, die aufgelegt worden sind, die richtig und die wichtig sind. Wir haben es mit eventuellen Förderlücken zu tun, die vielleicht noch bei den Programmen im Bereich der Unternehmen auftauchen könnten, wo wir feststellen, dass wir an der einen oder anderen Stelle noch eine besondere bremische Antwort brauchen. Auch dafür sind diese Mittel vorgesehen.

Natürlich hat die Energiekrise, hat die Inflation auch Auswirkungen auf unsere eigenen öffentlichen Unternehmen, auf die öffentliche Hand in vielfältiger Art und Weise. Deswegen ist es gut und richtig, Vorsorge zu treffen und dieses Paket mit 500 Millionen Euro zu schnüren, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Auch hier gilt – –. Ich weiß, es wird immer so nonchalant gesagt: "Dann macht doch! Ihr organisiert euch jetzt 500 Millionen Euro und gebt dann das Geld aus, wofür ihr es irgendwie braucht." Das ist doch aber total falsch, weil auch hier gilt, dass wir jede Maßnahme durch die parlamentarischen Gremien laufen lassen, dass wir gemeinsam entscheiden, welche Maßnahmen diese Kriterien der Folgen des russischen Angriffskrieges erfüllen, weil natürlich Schulden kein Selbstzweck sind und wir auch weiterhin möglichst wenig davon aufbauen möchten. Wir handeln da, wo es notwendig ist. Wir werden uns auch weiterhin kein "Wünsch dir was" in dieser Frage erlauben dürfen, und deswegen ist auch die Beteiligung des Parlaments aus unserer Sicht richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Geradezu putzig finde ich ja, am 25. Januar zu fordern, schon sehr konkret zu sagen, wie wir die

500 Millionen in diesem Jahr ausgeben wollen. Im Kern erwarten Sie, dass wir Ihnen schon heute sagen, welche individuellen Auswirkungen auf welche Teile der öffentlichen Hand, auf welche Vereine, Initiativen, auf welche Unternehmen das Auswirkungen hat, meine Damen und Herren. Das ist doch so etwas von hanebüchen, was Sie hier von uns fordern! Das ist am 25. Januar noch gar nicht möglich, sondern wir erteilen eine Kreditermächtigung - da hatte ich eben auch den Eindruck, dass würde ein bisschen durcheinandergehen -, das heißt, der Senat hat die Erlaubnis, bis zu 500 Millionen für Maßnahmen auszugeben, nachdem die Fachdeputation, nachdem der Haushalts- und Finanzausschuss jeweils zugestimmt haben. Das werden wir bei den Fällen tun, wo es notwendig ist, die sind heute aber noch gar nicht komplett definierbar. Deswegen ist es vollkommen abwegig, schon heute von uns den Einzelplan zu verlangen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Das ist wirklich – –, dazu fällt mir auch nicht mehr viel ein.

Ich komme zum zweiten Punkt. Der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel und dessen Verhinderung begegnen wir mit einem 2,5-Milliarden-Euro-Paket. Die besondere Notlage und Bedrohung ist uns, glaube ich, allgegenwärtig, sodass auch hier die Ausnahmeregelung der Landesverfassung anzuwenden ist. Tun wir doch bitte nicht so, als ob diese Krisen nicht miteinander verschränkt wären. Die Energiekrise und die Klimakrise bringen uns im Kern in dieselbe Richtung: bei der Frage, wo die Energie herkommt, bei der Frage, wie viel Energie wir verbrauchen, beim Heizen, beim Strom, bei Fragen der Mobilität. Da muss man schon ziemlich ideologisch unterwegs sein, meine Damen und Herren, wenn man diese Zusammenhänge nicht erkennt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Was wir hier machen, ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität in Bremen und Bremerhaven. Mit den Klimaschutzinvestitionen machen wir unser Land fit für die Zukunft. Das sichert Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in unseren beiden Städten. Heute nicht energisch zu handeln, meine Damen und Herren, wäre fatal, denn das Zeitfenster bis zum Erreichen der gefährlichen Klima-Kipppunkte schließt sich doch jeden Tag, und jeden Tag ein weites Stück. Jetzt zu wenig zu tun, was bedeutet das denn dann? Das würde doch am Ende wesentlich teurer werden! Gerade für küstennahe

Städte, wie es Bremen und Bremerhaven sind, ist ambitionierter Klimaschutz mit der notwendigen Finanzierung unsere einzige Überlebensgarantie, meine Damen und Herren, und auch das vernachlässigen Sie in der Opposition!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich finde das ja total toll, dass Sie den Club of Rome zitieren, lieber Herr Kollege Eckhoff, und es ist auch immer gut, Bücher zu lesen und Zeitschriften und sich damit auseinanderzusetzen, doch die Frage bleibt: Was folgt eigentlich aus der Erkenntnis, und welches konkrete politische Handeln folgt eigentlich aus dieser Erkenntnis? Da würde ich mit einem historischen Blick auf die letzten Jahrzehnte der Bundesrepublik, aber auch auf Ihre Regierungsbeteiligung hier im Bremen feststellen: So richtig angewandt haben Sie das erlernte Wissen in der Zeit, in der Sie Verantwortung hatten, nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Das unterscheidet Sie im Übrigen auch von uns, denn diese rot-grüne Regierung in früheren Zeiten hat sich auf den Weg gemacht, Bremen finanziell wieder unabhängiger zu machen, das haben wir hingekriegt. Gemeinsam in dieser Koalition mit Rot-Grün-Rot haben wir angefangen, beispielsweise das Handlungsfeld Klimaschutz aufzulegen, eine Maßnahme, auf die Sie früher gar nicht gekommen wären, weil wir gesagt haben, wir haben themenübergreifend, ressortübergreifend Projekte,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir haben Straßenbahnen gebaut, das stimmt!)

die wir entsprechend finanzieren möchten. Meine Damen und Herren, wir haben gehandelt, im Gegensatz zu Ihrer Verantwortungszeit, und wir sind da auf einem wirklich – –, wir haben da den richtigen Schritt gemacht, aber wir stoßen finanziell an unsere Grenzen. Das, was jetzt im Haushalt steht, da kann man nicht einfach sagen, da hauen wir noch mehr drauf.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Herr Kollege, Sie haben das Geld nicht mal ausgegeben, das Sie zur Verfügung haben!)

Das verstehe ich, meine Damen und Herren bei der CDU, bis heute nicht. Wir haben in unserem Haushalt bisher alles, was finanziell möglich war, für den Klimaschutz unternommen, und wir gehen jetzt eben noch einen zusätzlichen Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Herr Dr. Buhlert, wir werden jetzt anfangen. Ich habe Ihnen vor zwei Sätzen gerade erklärt, dass diese Regierungskoalition im Haushalt ein Handlungsfeld Klimaschutz veranlagt hat, und jetzt können Sie verdammt noch mal kritisieren, dass die eine oder andere Maßnahme Ihnen nicht schnell genug geht. Auch da empfehle ich eher mal einen Blick ins Detail und in die Begründung, warum das vielleicht an der einen oder anderen Stelle so ist, dann ist man nämlich an verschiedenen Problemen.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Sie haben immer Probleme!)

Da können Sie zum Teil wiederum sagen: "Jawohl, das liegt vielleicht an euch." Vielleicht liegt es aber auch an der Weltwirtschaftssituation, vielleicht liegt es an Lieferketten, vielleicht liegt es am Fachkräftemangel. Ihre einfachen Antworten helfen uns bei der Bewältigung der Klimakrise null weiter!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Was werden wir jetzt machen? Wir werden die Wirtschaft bei der Transformation unterstützen und somit tausende Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven sichern. Die Stahlwerke sind angesprochen, aber ich will auch noch mal deutlich Bremerhaven nennen mit der Zielsetzung, das zu einem wichtigen Wasserstoffstandort in Deutschland zu machen. Lassen Sie uns doch gemeinsam dieses Ziel angehen, nicht ständig im Klein-Klein verharren und einmal diese Perspektiven für unser Bundesland gemeinsam aufzeigen. Wir brauchen eine starke Wirtschaft, wir brauchen zwei starke Städte, auch im wirtschaftlichen Segment, und damit werden wir die Grundlagen legen, dass es auch zukünftig so ist, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Natürlich gehört da auch die Verkehrswende zu, natürlich müssen wir den ÖPNV weiter ausbauen. Wenn jetzt die Kritik käme, wir bauen zu langsam Straßenbahnen aus, dann wäre ich sogar bei Ihnen und sage, ja, das stimmt. An einer Stelle, wo jetzt gerade in unserer Stadt gebaut wird, würde ich sagen, vielleicht lag es aber auch an der desaströsen Planung des damaligen Amtsinhabers, warum das

alles erst umgebaut werden musste, aber das ist auch egal. Fakt ist, wir müssen bei diesen Projekten schneller werden. Es ist doch aber der richtige Weg zu sagen, wir wollen den ÖPNV im Ausbau und in der Qualität stärken, wir wollen den Radverkehr stärken, wir wollen den Fußverkehr stärken. Das sind doch alles Maßnahmen, die richtig sind und die auch von Ihnen, so war mein Eindruck jedenfalls aus der Enquetekommission, mitgetragen werden, meine Damen und Herren von der CDU.

Natürlich ist es auch richtig, die öffentlichen Gebäude energetisch zu modernisieren, das ist doch auch vollkommen unstrittig, das ist eine zwingend notwendige Maßnahme. Ein Ergebnis all der Politik der letzten Jahrzehnte – dafür sind wir dann alle in unterschiedlicher Länge mitverantwortlich - ist doch, dass wir einen erheblichen Stau an Sanierungen bei den öffentlichen Gebäuden haben, gerade bei Schulen. Da ist es doch dann richtig, das gemeinsam miteinander zu kombinieren, zu sagen, wir modernisieren energetisch und wir gehen aber auch gleich an alle anderen Probleme ran, damit wir zwei Dinge haben: hervorragend energetisch modernisierte Gebäude für Schülerinnen und Schüler und gleichzeitig eine noch bessere Lernatmosphäre durch vernünftige Gebäude. Meine Damen und Herren, das ist eine Win-win-Situation, ich weiß nicht, wie man sich allen Ernstes gegen solche Lösungen wehren kann.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Zur Wärmewende ist, glaube ich, schon ganz viel gesagt worden. Auch das ist unstrittig: Das Weggehen - Dietmar Strehl hatte darauf hingewiesen der Abhängigkeit nicht nur von Russland, sondern es kann einen ja auch nicht glücklich machen, wo dann jetzt die Energieträger eingekauft werden. Insofern ist es doch auch richtig, dass wir da diesen Weg gehen, und da wissen wir doch auch, was das noch für ein Weg ist. Wir sagen immer so leicht, wir müssen die Wärmewende einleiten. Wenn man sich das anguckt in den Regionen, in denen das jetzt gerade stattfindet, dann ist das nicht so, dass da sofort alle "Juhu" schreien, wenn ich das mal so sagen darf. Da würde ich mir gelegentlich - gestatten Sie mir diesen kleinen Hinweis - wünschen, dass diejenigen, die in der Enquetekommission mit viel Verve gekämpft haben, auch in den Stadtteilen dann an unserer Seite stehen, wenn es nämlich darum geht, diese Wärmewende voranzubringen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich will einmal kurz darauf hinweisen, weil Dietmar Strehl das aus meiner Sicht vollkommen zu Recht gesagt hat: Wir belasten mit dieser Entscheidung zukünftige Haushalte. Ich halte nichts davon, das jetzt hin- und herzurechnen mit Inflation und Co. Fakt ist, wir werden zukünftige Haushalte damit belasten, aber wir halten das für einen richtigen Schritt auch in der Abwägung all der unterschiedlichen Faktoren, weil es eben eine zwingende Notwendigkeit ist und weil wir uns hier im Bereich einer existenziellen Herausforderung befinden, und, ich sage es noch mal sehr deutlich, weil aus unserer Sicht vollkommen klar ist, dass, wenn wir heute diese Investitionen nicht tätigen, die finanziellen Belastungen in der Zukunft für künftige Generationen viel, viel höher sein werden, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich will die verbliebene Zeit nutzen, um kurz noch auf zwei, drei Punkte einzugehen, die der Kollege Eckhoff gesagt hat. Das zum Thema Kreditermächtigung erspare ich mir jetzt, das ist, glaube ich, eben schon deutlich geworden. Gelegentlich habe ich mich gefragt, ob der Vorwurf, wir geben mehr Geld aus, versus der Vorwurf, wir gegeben kein Geld aus - -, dieses Verhältnis, glaube ich, war nicht nur bei mir eines, das mich ein bisschen fragend bei Ihrer Rede hat zweifeln lassen. Ich habe gestern, auch wenn es schwerfällt, bei der Aktuellen Stunde Ihrer Kollegin zugehört. Da hatte ich nicht den Eindruck, als würde die CDU mit uns jetzt einen rigiden Sparkurs wollen, sondern eher noch deutlich mehr Investitionen im Personalsektor.

Dann will ich noch drei Sätze zur Klimaanleihe sagen, weil das ja der Gegenentwurf ist, sagen wir jetzt mal so, mit dem Sie immer werben. Ich will für alle noch mal sehr deutlich sagen: Auch bei Klimaanleihen handelt es sich um die Aufnahme von fremdem Geld! Vielleicht können wir uns an der Stelle zumindest darauf committen.

(Vizepräsidentin Sülmez Çolak übernimmt den Vorsitz.)

Selbst mit einer Landesbürgschaft müsste die Aufbaubank aber höhere Zinsen zahlen als das Land. Das macht in erster Linie schon mal keinen Sinn. Die Frage ist auch, ob man da nicht am Ende gegen die Landeshaushaltsordnung sogar verstößt. Natürlich muss, wenn wir das über die Bremer Aufbaubank abwickeln, das Ganze nicht nur mit Zins und

Tilgung, sondern eben auch mit den Verwaltungskosten berechnet werden. Insofern sind wir – das haben wir schon sehr oft diskutiert – nicht der Überzeugung, dass das sinnvoll ist, was Sie vorgeschlagen haben, meine Damen und Herren von der CDII

Die Lücke, die Sie lassen – 1,5 Milliarden Euro waren, glaube ich, vorgeschlagen – ist: Was machen wir denn mit den anderen Milliarden, die wir noch brauchen, so 6,5 bis sieben oder noch mehr Milliarden, die nicht von der Klimaanleihe gedeckt sind? Da habe ich, wenn ich ehrlich bin – –. Haben Sie jetzt 21 Millionen irgendwo im Haushalt gefunden? Okay, aber wo holen wir das Geld her? An der Stelle bleiben Sie weiterhin alle Antworten schuldig. Sie haben keine Antwort auf das ambitionierte Programm, das Sie selbst miterstellt haben, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Insgesamt, glaube ich, ist das eine eher wacklige Lösung und unsichere Lösung, und das führt natürlich schon zu dem Punkt, dass wir uns fragen, und darüber haben wir beim letzten Mal auch schon diskutiert - -. Ich höre mir ja total gern an, dass Sie die Klima-Enquetekommission initiiert haben. Ich höre mir auch gern an, dass Sie den Vorsitzenden gestellt haben. Dann ist der Moment, dass Sie freundlicherweise mittlerweile auch erklären: Übrigens, ja, die anderen haben auch mitgearbeitet, und es war total konstruktiv und gut. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das wird bei uns auch so gespiegelt, der ganze Prozess der Klima-Enquetekommission wird als unheimlich positiv bewertet. Eine gute sachliche Zusammenarbeit jenseits dieser klassischen Linien, die man sonst im politischen Geschäft hat.

Dann haben sich also alle darauf committet, was ungefähr zu tun ist, und natürlich gibt es da Maßnahmen, die mal ausgetauscht werden können, darauf will ich gar nicht eingehen. Jetzt haben wir aber diesen Enquetekommissionsbericht, und dann erwarte ich auch – und ich glaube, auch diejenigen, die da mitgearbeitet haben und die Öffentlichkeit – , dann erwarten wir auch, dass die CDU in diesen Fragen endlich einmal Verantwortung übernimmt und sich nicht wie üblich in die Büsche versteckt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir werden die Klimaschutzmaßnahmen aus dem Enquetekommissionsbericht ordentlich im Landeshaushalt veranschlagen, das heißt, am Ende entscheidet dieses Parlament über die Mittelverwendung. Das heißt, wir sind im Übrigen auch ein bisschen transparenter und demokratischer unterwegs als Sie bei Ihrer Klimaanleihe.

Ich will zum Abschluss kurz noch darauf eingehen: Auch das Thema Reste ist eines Ihrer Lieblingsthemen in letzter Zeit. Auch darüber will ich gar nicht so lange reden, weil es natürlich auch Reste gibt, die a) gebunden sind, die b) nach der Landeshaushaltsordnung haushaltsrechtlich vorgeschlagen werden müssen. Insgesamt glaube ich, meine Damen und Herren von der CDU, haben wir als Koalition hier einen gemeinsamen, auch einen durchaus innovativen und mutigen Vorschlag gemacht. Sie bleiben wie immer alle Alternativen schuldig. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein haushaltspolitisch herausragender Tag, das kann man, glaube ich, schon so sagen, und das wurde bereits vom Finanzsenator genauso eingeleitet. Wir beschließen heute zentrale Maßnahmen und betreten damit auch haushaltspolitisch ein Stück weit Neuland.

Ich möchte mit einem Dank an das Team und den Senator für Finanzen selbst und sein Haus einsteigen. Wir haben hier die vorliegenden Haushaltsunterlagen mit einer großen Bedeutung für das Land Bremen, und darin steckt natürlich auch jede Menge Detailarbeit und auch Aushandlung, und diese war sehr produktiv, und dafür möchte ich dem Senator Dietmar Strehl und seinem Staatsrat und seinem Haus noch einmal ausdrücklich danken.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist klar, und die Auswirkungen der Klimakrise sind schon heute weltweit spürbar. In Pakistan wird der Wiederaufbau der Infrastruktur nach der Flutkatastrophe im letzten Jahr im Sommer Einschätzungen zufolge 30 Milliarden Dollar kosten. So weit müssen wir gar nicht gucken. Wir haben das Ahrtal erlebt mit seinen gravierenden Auswirkungen für die

Menschen dort, für die Infrastruktur und mit den verheerenden Folgen für das Ahrtal und für die beteiligten Länder. Auch dort gehen Einschätzungen zufolge die Kosten um 80 Milliarden Euro in die Höhe.

Auch in Bremen sind die Folgen immer mehr spürbar. Im Sommer haben wir eine höhere Sterblichkeit. Es wird deutlich bestätigt, das haben Klimaforscher:innen und auch Ökonom:innen bereits seit vielen Jahren prognostiziert: Keinen Klimaschutz zu machen ist teurer, als das Klima zu schützen. Deswegen ist es höchste Zeit, die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft zu stellen. Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist ein Auftakt dafür!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Mit ähnlicher Dringlichkeit, das ist klar, müssen wir die Folgen der Preis- und Energiekrise angehen, und auch das machen wir mit diesem Nachtragshaushalt. Es geht um ökologische Resilienz, es geht um soziale Resilienz, und beides gehört untrennbar miteinander verbunden. Das eine geht nicht ohne das andere. Im Nachtragshaushalt sind 2,5 Milliarden Euro, das wurde bereits gesagt, für die Erreichung der Klimaziele vorgesehen. Damit werden die wichtigsten Eckpfeiler des klimaneutralen Umbaus bis 2027 finanziert: ein klimaneutraler Verkehr, klimaneutrale Wärmeversorgung, energetische Gebäudesanierung und die klimaneutrale Wirtschaft.

Für die Dekarbonisierung in der Wirtschaft sind in diesem Zeitraum 600 Millionen Euro veranschlagt, insbesondere die Stahlwerke sind da zu nennen. Sie verursachen aktuell, auch das wurde genannt, ungefähr 50 Prozent der Emissionen im Land Bremen. Ich kann mich noch gut an die Debatten erinnern, dass diese Emissionen nicht in die Klimabilanz des Landes aufgenommen werden sollten. Zum Glück sind wir da heute weiter.

Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass das CO₂ aller Betriebe in die Klimabilanz des Landes rein muss, und nicht nur das, sondern auch, dass wir hin zu einem Umbau zu klimaneutraler Strahlstahlproduktion kommen müssen. Die Umstellung von Kohle auf erneuerbare Energien und Wasserstoff ist nicht nur wesentlich für den langfristigen Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlwerke, sondern auch eine wesentliche Stellschraube, um die Emissionen im Land zu senken, Stichwort: 50 Prozent CO₂-Emissionen.

Bremen wird deshalb die entsprechenden EU-Projekte mit gut 300 Millionen Euro kofinanzieren, und dieses Geld ist extrem sinnvoll angelegt, denn niemand kann ernsthaft wollen, dass die Stahlwerke hier schließen, weil sie vor dem Hintergrund steigender CO₂-Zertifikate nicht mehr wettbewerbsfähig sind, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch niemand kann wollen, dass die Stahlwerke ins außereuropäische Ausland abwandern. Diese Art von Emissionsimperialismus war lange Zeit gängige Methode, wie Industriestaaten auf dem Papier ihre Klimabilanz verbessert haben, diese global gesehen aber womöglich sogar noch verschlechtert haben.

Das kann nicht unser Ziel sein, wenn man Arbeitsplätze und klimaverträgliche Industrieproduktion und auch systemrelevante Industrieproduktion hier erhalten möchte. Dann kann man nicht gegen diesen Haushalt stimmen. Das sage ich auch mal so klar in Richtung CDU oder auch in Richtung des sogenannten Steuerzahlerbundes.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Herr Eckhoff – ah, da hinten sitzt er –, Sie haben bemängelt, dass offenbar Anträge nicht bewilligt worden seien oder Gelder zu spät abgeflossen seien. Das möchte ich einmal hier an dieser Stelle klipp und klar richtigstellen. Die Stahlwerke warten seit zwei Jahren auf die Freigabe der IPCEI-Anträge bei der EU-Kommission. Vielleicht können Sie da ja mal ein Wort bei Frau von der Leyen einlegen, aber nicht die Schuld in Richtung Senat weisen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zur "Fast Lane" klimaneutrale Wirtschaft gehört ebenfalls die Fachkräftestrategie, die der Senat beschlossen hat. Hier steht ganz zentral der Aus- und Weiterbildungscampus erneuerbare Energien im Mittelpunkt, und es wurde bereits gesagt: Es gibt keinen Klimaschutz ohne die dafür nötigen Fachkräfte. Deswegen, das ist aktiver Klimaschutz, und die Stärkung der berufsschulischen Infrastruktur, auch das war Bestandteil des Abschlussberichtes der Klima-Enquetekommission.

Dafür hat die Arbeitnehmerkammer auch eine Studie vorgelegt, und diese hat untersucht, welches die Schlüsselberufe für den Klimawandel sind, die dringend ausgebaut werden müssen. Hier werden die Ergebnisse der Klima-Enquetekommission in ganz konkret bezifferte Maßnahmen in der Planung des Nachtragshaushalts überführt.

Das sind nur einige wenige Beispiele aus den vier "Fast Lane"-Bereichen. Die vollständige Aufzählung würde hier den Rahmen komplett sprengen. Ich möchte aber noch einmal betonen: Ja, wir betreten haushaltspolitisches Neuland mit der Klimanotlage. Wir tun das bewusst, und wir tun es auch selbstbewusst aus der Überzeugung heraus: Wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, ich zitiere: "Artikel 20a Grundgesetz verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität", dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann bindet das auch uns, dann bindet das auch die Bundesländer und nicht nur den Bund.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Klima-Enquetekommission, die die CDU ja wollte, davon ausgeht, dass sich – auch das zitiere ich mal aus der Klimaschutzstrategie 38 – "die Finanzbedarfe der öffentlichen Hand auf circa sechs bis sieben Milliarden als einmalige Investitionskosten und circa 200 bis 380 Millionen pro anno als dauerhafte Betriebskosten für die Realisierung der im Abschlussbericht enthaltenen Klimaschutzund Klimaanpassungsmaßnahmen belaufen", dann wissen wir, das geht aus dem Kernhaushalt nicht mal eben on top.

Genau das, die Umsetzung der Enquetekommissionsmaßnahmen, fordert die CDU zu Recht ja immer. Uns von DIE LINKE war immer wichtig, dass die Klimamaßnahmen auch ein Preisschild bekommen, dass klar ist, was die kosten, und dass sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln unterlegt werden. Deswegen haben wir das auch in unserem Minderheitenvotum zum Abschlussbericht der Klima-Enquetekommission genauso dargelegt, dass wir erwarten, dass das ohne eine Ausnahme von der Schuldenbremse und ohne die Erklärung der Notlage nicht finanzierbar sein wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir adressieren mit dem Nachtragshaushalt auch die Folgen der Energiekrise. Uns als DIE LINKE ist wichtig, dass die Menschen wissen, wir kümmern uns um die Weichenstellung zur Klimaneutralität, und wir kümmern uns genauso darum, wie die Familien, die Beschäftigten, die Haushalte mit kleinen bis mittleren Einkommen durch die Inflationskrise kommen.

Deshalb wird die Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse auch ausdrücklich mit einer Mehrfachkrise begründet, und dafür stellen wir auch 500 Millionen Euro, also bis zu 500 Millionen Euro, für die Bekämpfung der Energie- und Preiskrise zu Verfügung. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat zu massiven Steigerungen bei den Energiepreisen, Störungen bei Lieferketten, rapiden Preisanstiegen auch bei Lebensmitteln geführt.

Während die gestiegenen Gas- und Strompreise erst im Laufe dieses Jahres durch die Abschläge, aber eben möglicherweise auch erst zu Beginn des nächsten Jahres mit den Abrechnungen selbst, nicht nur für die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch für die Institutionen, für die Vereine et cetera deutlich werden – darauf ist Kollege Fecker eingegangen, das können wir doch zum heutigen Tage noch gar nicht genau sagen –, so treffen die Preisanstiege bei den Lebensmitteln Verbraucherinnen und Verbraucher bereits jetzt direkt und natürlich diejenigen mit schmalem Portemonnaie besonders hart.

Die Baukosten steigen, Mieten werden angehoben, und auch das trifft wieder Haushalte, die bereits einen Großteil des Monatseinkommens für die Miete aufwenden mussten, stärker. Der krisenbedingte Anstieg der Zinsen verteuert letztlich auch alle Güter. Da wollen wir als DIE LINKE unterstützend tätig werden. Verbraucher:innen, die an die Belastungsgrenze kommen, müssen wir unter die Arme greifen.

Der Bund hat Einmalzahlungen aufgelegt, eine sehr gute Wohngeld-Plus-Reform, und die Preisdeckel sind gut, aber möglicherweise könnte sich herausstellen, dass sie nicht ausreichen. Die Gas- und die Strompreisbremse sorgen ja dafür, dass die Energiepreise nicht noch weiter steigen. An der hohen Belastung aber, die bis jetzt entstanden ist, gerade auch in Bremen und Bremerhaven, ändern sie nichts, weil die Preise der swb zwar im bundesweiten Vergleich moderat sind, aber eben auch die Armutsbetroffenheit besonders groß ist und wir Preisanstiege von 60 Prozent zu verschmerzen haben. Wir wollen daher Verbraucher:innen mit geringen und mittleren Einkommen, die jetzt den Gürtel enger schnallen müssen, gezielt entlasten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ein 9-Euro-Ticket wurde in Berlin eingeführt, ein 9-Euro-Stadtticket und ein 29-Euro-Ticket landesseitig. Berlin hat es also vorgemacht, und Bayern hat angekündigt, das geplante Deutschland-Ticket, das 49 Euro kosten soll und irgendwann kommt, für Schülerinnen und Studierende günstiger anzubieten. Die positiven Erfahrungen mit dem

9-Euro-Ticket haben doch gezeigt: Auch der Preis macht die Musik. Wenn ÖPNV günstig ist, dann lassen viele das Auto stehen.

Das 49-Euro-Ticket ist da nur bedingt attraktiv, und es kommt irgendwie so pünktlich wie die Bahn. Da muss der Bundesverkehrsminister Wissing endlich liefern, denn das hat tatsächlich mit "solidarisch durch den Winter" nicht mehr viel zu tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben zudem weitere Vorschläge gemacht, die werden zu diskutieren sein. Ein Beispiel ist ein Sozialtarif für Strom und die gestiegenen Lebensmittelpreise in der Gemeinschaftsverpflegung durch öffentliche Zuschüsse auszugleichen. Bei den Verbraucher:innenpreisen - ich möchte die Vorschläge als Diskussionsgrundlage hier jetzt nicht vollständig aufführen – anzusetzen, das gebietet auch die wirtschaftspolitische Vernunft, denn eine Inflation, die durch einen externen Schock wie durch den Angriffskrieg Russlands mit der Ukraine verursacht worden ist, die kann man nicht nur durch Zinspolitik bekämpfen. Das wird durch die EZB gemacht, aber man muss sie vor allem dadurch bekämpfen, dass man die Preise auf zentrale Güter senkt, vor allem für Menschen mit kleinen Einkommen. Kroatien hat deswegen einen Lebensmittelpreisedeckel eingeführt. Auch das ist eine bedenkenswerte Idee.

(Beifall DIE LINKE)

Wichtig sind auch der Ausbau und die Unterstützung der solidarischen Infrastruktur. Wir haben das in der Coronakrise gesehen. Wir haben gesehen, wir sind sehr gut durch die Coronakrise gekommen, zum einen, indem wir investiert haben, indem wir die Struktur, die Wirtschaftsstruktur, die Arbeitsmarktstruktur, resilient gemacht haben, aktiv unterstützt haben. Das hat sich ausgezahlt. Wenn wir uns die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten heute anschauen, dann haben sich genau diese Investitionen gelohnt. Wir stehen mit 6 000 Beschäftigungsverhältnissen mehr als im letzten Jahr da.

Ich glaube, dass die Coronapolitik des Bremer Senats mit dem Bremen-Fonds ein klares Erfolgsmodell ist, und gleichzeitig sind wir gut durch die Krise gekommen, weil wir aufsuchende Strukturen in den Stadtteilen aufgebaut haben, weil wir zu den Menschen gegangen sind. Wie wir jetzt sehen, die Preiskrise ist eine leise Krise. Diejenigen, die den

Gürtel enger schnallen müssen, die sind nicht diejenigen, die sofort beim "Weser-Kurier" auf der Matte stehen, sondern die machen das, die sparen sich das vom Mund ab, und möglicherweise kriegt die Öffentlichkeit das gar nicht mit, sondern das kriegen die Beratungsstellen mit, es kriegt die Verbraucherzentrale mit, wenn es um Energie- und Stromsperren geht. Da laufen die Probleme auf, aber es ist im Wesentlichen eine leise Krise, und es ist eine Krise – –.

Das hatten wir doch gestern in der Fragestunde, ich glaube, es war eine Frage der CDU-Fraktion: Wie viele Wohngeld-Plus-Anträge sind eigentlich bisher gestellt worden? Es sind nicht die Tausenden Anträge, mit denen wir gerechnet haben, und da muss man sich doch tatsächlich auch fragen: Ist es eigentlich so, dass diejenigen, die ein Anrecht darauf hätten, über die Informationen darüber verfügen und über die Mittel verfügen, solche Anträge zu stellen?

Deswegen glauben wir von DIE LINKE, wir brauchen eine Informationskampagne, die auch auf Stadtteilscouts, auf die Stadtteilinfrastrukturen, auf die sozialen Infrastrukturen in den Stadtteilen setzt, um die Menschen zu ihrem Recht zu bringen, die davon möglicherweise noch nichts wissen. Auch das ist aktive soziale Inflations- und Energiepreiskrisenbekämpfung.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind uns wie gesagt unserer Verantwortung bewusst. Wir sind uns auch bewusst, dass der Stabilitätsrat jetzt die Gefahr einer Haushaltsnotlage sieht. Damit gehen wir verantwortungsbewusst um. Es gibt zwei Rechtsgutachten, wir müssen aber doch auch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch das ist gesagt worden:

Hätte die Merkel-geführte, 16 Jahre CDU-geführte Bundesregierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Folgen der Klimakrise ernst genommen, hätte sie den Offshore-Ausbau nicht gedeckelt, hätte sie nicht eine Energieabhängigkeit von Russland eingeführt und gestärkt, hätte sie auf Innovationen, auf Klimaschutz, auf Umbau zu Klimaneutralität gesetzt, dann wären wir jetzt nicht in der Situation, so akut handeln zu müssen. Wir müssten trotzdem noch handeln, aber das sind auch die unrühmlichen Hinterlassenschaften der CDU-Ära. Das ist die gleiche CDU, die heute immer noch von sich behauptet, die höchste Wirtschaftskompetenz zu haben und die Hüterin des Haushalts zu sein.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Das war DIE LINKE!)

Praktikable Vorschläge, lieber Kollege Eckhoff, liebe CDU-Fraktion, praktikable Vorschläge suche ich bis heute bei Ihnen vergeblich. Das, was Sie mit der Klimaanleihe machen wollen, das wurde bereits gesagt, das würde die öffentliche Hand und damit die Steuerzahler und die Steuerzahlerinnen noch teurer zu stehen kommen.

Es ist keine nachhaltige Lösung, und Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge mit der Rücklage und den Steuermehreinnahmen würden insgesamt, wenn man mal einen einfachen Dreisatz anwendet, 1,1 Milliarden Euro an Summe betragen, einmalig, denn die Rücklage ist dann ja weg. Das wird dann für künftige Investitionen auch nicht möglich sein.

Das ist nur ein Bruchteil dessen, was die von Ihnen mit eingesetzte Klima-Enquetekommission als erforderliche Investitionen in den Klimaschutz erbracht hat. Das wird also von vorne bis hinten nicht reichen, und, wie gesagt, die Klimaanleihe kommt den Steuerzahler, die Steuerzahlerin noch teurer. Ich finde nicht, dass das nachhaltige Haushaltspolitik ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir könnten noch lange über den Sinn und den Unsinn der Schuldenbremse diskutieren. Ich möchte das jetzt hier einmal aussparen. Was ich aber zum Abschluss sagen möchte, ist: Die Schuldenbremse darf keine Klimaschutzbremse, keine Investitionsbremse und keine Sozialbremse sein. Aus unserer Sicht als DIE LINKE gehört sie abgeschafft und, noch wichtiger, die Einnahmen müssen durch gerechte Steuern erhöht werden.

(Beifall DIE LINKE)

Bis es aber so weit ist – und ich denke, es wird irgendwann dazu kommen, weil es eine sehr objektive Einschätzung ist, dass bestimmte Notwendigkeiten einfach unumgänglich sind –, ist es richtig und nötig, dass die rot-grün-rote Koalition jetzt die Ausnahme von der Schuldenbremse erklärt. Ehrlich gesagt, und das ist eine politische Feststellung, sollte für uns alle die Abmilderung einer krassen und existenziell bedrohlichen Klimanotlage wichtiger sein, als dass der Stabilitätsrat die Gefahr einer Haushaltsnotlage sieht. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne recht herzlich die Klasse 9c des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums begrüßen. Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Dann möchte ich auch noch auf der Besuchertribüne die Klasse 8b der Oberschule an der Helsinkistraße begrüßen. Seien Sie auch herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat der Abgeordnete Thore Schäck das Wort.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass ich jetzt reden darf und nicht zum zweiten Mal umsonst aufgestanden bin. Herr Kollege Fecker, im Protokoll wird jetzt wahrscheinlich stehen: Bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Grünen hat die FDP laut applaudiert, die Fraktion der Grünen war still. Damit müssen Sie den Rest Ihres Lebens jetzt klarkommen, aber bei uns ist natürlich Platz für jeden.

(Heiterkeit – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Für jeden? Ist das ernst gemeint? – Zurufe)

Auch aus Ihren Reihen. Wir haben eine Debatte zum Thema Haushalt. Der rot-grün-rote Senat hat einen Nachtragshaushalt vorgelegt, der positive Überraschungen enthält, aber auch Verwunderliches. Die positiven Überraschungen sind, dass die Steuerschätzungen positiver ausfallen als ursprünglich befürchtet. Es soll eine Änderung des Haushaltsgesetzes geben und es gibt einen Entwurf eines Nachtragshaushaltes. Wir haben eben schon sehr viel darüber gehört, was die Herausforderungen sind im Bereich Klimaschutz, dass Investitionen vorgenommen werden müssen, dass auch die Folgen des Krieges Russlands gegen die Ukraine abgefedert werden müssen.

Das ist alles richtig, ich will aber dazu eine neue Perspektive aufmachen, die mir in der bisherigen Debatte zu kurz gekommen ist. Und zwar geht es um die Frage: Wie ist eigentlich die Ausgangssituation, in der wir uns jetzt gerade befinden? Der finanzpolitische Spielraum steht vor großen und außerordentlichen Herausforderungen, das ist, glaube ich, allen hier im Raum bewusst. Wir haben

eine jetzt schon vorliegende, sehr hohe Verschuldung. Das Land Bremen ist mit Abstand Schuldenweltmeister, wenn es um die Pro-Kopf-Verschuldung geht. Auch das ist ein Fakt, der sich nicht wegdiskutieren lässt. Natürlich ist die Pro-Kopf-Verschuldung bei Stadtstaaten immer höher als bei Flächenländern – das ist auch klar –, aber selbst wenn wir uns mit anderen Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin vergleichen, ist unsere Verschuldung pro Kopf exorbitant hoch. Das ist das erste Thema.

Das zweite Thema ist die haushalts- und finanzpolitische Stabilität, die ein wichtiger Pfeiler der Landespolitik sein muss. Deswegen gibt es seit Anfang 2020 für die Länder ein strukturelles Neuverschuldungsverbot, insbesondere vor dem Hintergrund, dass man nicht Gefahr läuft, dass die haushaltspolitische und haushaltsfinanzielle Handlungsfähigkeit in Zukunft irgendwann gefährdet wird für zukünftige Generationen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie wurden damals schon mit einem neuen Schuldentopf von 1,2 Milliarden Euro abgefedert. Das war richtig. Das haben wir damals auch mitgetragen, weil wir tatsächlich in einer Situation waren, die es, glaube ich, so vorher Jahrzehnte nicht mehr gegeben hatte, worauf reagiert werden musste. Jetzt möchten Sie als Senat weitere drei Milliarden Euro in die Hand nehmen, davon ein nur kleiner Teil für die Abfederung der Folgen des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Der weitaus größere Teil soll genutzt werden, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren.

Da der Senat wenig Vorschläge gemacht hat - auch das gehört zur Wahrheit dazu, was bisher noch nicht groß hier thematisiert wurde -, wo man vielleicht im regulären Haushalt auch mal Geld einsparen kann – unabhängig von der Frage, ob das in der Gesamtsumme reicht, das will ich gar nicht sagen, aber überhaupt mal Vorschläge zu machen und zu schauen, wo können wir denn auch Geld einsparen, bevor wir neue Schulden aufnehmen, das ist bisher nicht passiert, deswegen – –, muss der Senat überlegen, wo er sonst Geld herbekommt. Schulden darf er eigentlich regulär nicht mehr machen, aber es gibt eben diese eine Ausnahme in der Verfassung, dass im Falle einer Naturkatastrophe oder außerordentlichen Notsituation über den Artikel 131a der Landesverfassung die Fiskalregeln ausgehebelt werden dürfen.

Ob das hier der Fall ist, ob es sich beispielsweise bei der Klimakrise darum handelt – die Diskussion hatten wir übrigens auch schon beim Thema Corona –, darüber kann man streiten. Gesetzestexte sind ja nun leider oft so ausgelegt, dass nicht immer eindeutig ist, ist das ein Ja oder ein Nein, sondern dann werden Gutachten entsprechend in Auftrag gegeben.

Wir haben die Situation, auch das ist ein Fakt, dass wir für die Schulden – derzeit sind es rund 23 Milliarden Euro in Bremen – mittlerweile schon rund 600 Millionen Euro Zinsen zahlen. Das sind jedes Jahr 600 Millionen Euro, die einfach entsprechend nicht mehr in Investitionen fließen. Das ist im Vergleich zum Gesamthaushalt – . Mittlerweile sind das rund zehn Prozent des Gesamthaushaltes, die für die Zinsen investiert werden müssen. Damit ist aber noch kein einziger Euro der Schuld getilgt. Auch das ist leider ein trauriger Fakt.

Wir müssen damit rechnen, dass wir durch die sich verändernde Zinslage am Markt – das haben wir ja nun alle die letzten Jahre mitbekommen, dass die Zinsen steigen -auch für die bestehenden Schulden, die wir haben, die irgendwann abgelöst werden durch neue Kredite, dann deutlich höhere Zinsen zahlen müssen, als es jetzt der Fall ist. Wenn wir jetzt weitere drei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, unabhängig von der Frage, ob das jetzt für diese Maßnahmen gerechtfertigt ist oder nicht, dann klettert der Schuldenstand Bremens von 23 auf rund 26 Milliarden Euro. Dann müssen wir damit rechnen, dass insbesondere in der Kombination mit steigenden Zinsen - die sich ja nun abzeichnen, und wo wir einfach davon ausgehen müssen, dass die Zinsen im nächsten Jahr nicht wieder runtergehen, dass das Geld nicht mehr so billig zu haben sein wird wie in der Vergangenheit -, dass wir dann Gefahr laufen, uns tatsächlich in Richtung eine Milliarde Euro Zinszahlungen zu bewegen. Das ist eine Menge Geld. Das sind rund 15 Prozent des Haushaltes, die wir jedes Jahr dann zahlen müssen, womit noch kein einziger Euro der Schuld getilgt ist.

Wir haben dazu eine weitere Entwicklung – auch das lässt sich nachlesen –, dass die Investitionsquote in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. Die Haushaltsmittel teilen sich ja auf in konsumtive und investive Mittel. Konsumtive Mittel für die Dinge, die letztendlich so bezahlt werden müssen, und investive dort, wo wir halt entsprechend beispielsweise in Schulen investieren. Die Investitionsquote ist von knapp 20 Prozent im Jahre 2000 auf mittlerweile zehn Prozent gesunken. Das heißt, sie hat sich halbiert. Das heißt, in den letzten

20 Jahren wurde immer weniger investiert, insbesondere in den Werterhalt von Schulen und so weiter. Auch das ist natürlich eine der Ursachen, über die wir jetzt sprechen.

Da eben "Die Grenzen des Wachstums" von Dennis Meadows – ich weiß gar nicht, wie man es ausspricht – zitiert wurde: Ich habe das Buch auch gelesen. Man muss sagen, dass die Prognosen in diesem Buch nicht eingetreten sind, die wenigsten. Dann wurde noch mal nachgelegt mit dem Buch "Die neuen Grenzen des Wachstums". Auch das habe ich gelesen, auch damit lag man wieder meilenweit daneben mit den Entwicklungen, die dort prognostiziert worden sind. Was aber richtig ist, ist, dass bereits vor 50 Jahren auf dieses Thema hingewiesen worden ist.

Das heißt, hätte man investive Mittel in die Hand genommen, hätte man viel früher darauf reagieren können. Dass aber nicht mal die Investitionsquote gehalten worden ist, sondern über 20 Jahre immer weniger Mittel investiert worden sind und immer mehr Geld konsumtiv ausgegeben worden ist, das ist auch eine der Ursachen, weswegen wir heute in der Situation sind, in der wir sind, dass wir Probleme mit der Infrastruktur haben, dass wir Probleme mit den Schulen haben. Ein ganz erheblicher Teil der Probleme, über die wir heute sprechen, weswegen Sie die Notwendigkeit sehen, diese Schulden aufzunehmen, die sind auch hausgemacht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Nun hat der Senat angekündigt, neue Schulden in Höhe von drei Milliarden Euro aufzunehmen. Ich hatte es eben schon gesagt: 2,5 Milliarden Euro in etwa für die Bewältigung der Klimakrise in Bremen und 0,5 Milliarden Euro zur Abfederung der Folgen des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Dass besondere Situationen, besondere Phasen auch durchaus mal eine Kreditaufnahme rechtfertigen oder notwendig machen, das ist gar nicht die Frage. Das ist überhaupt nicht die Frage. Wir haben im Bund deswegen auch entsprechende Verschuldungen mitgetragen, weil wir Krisen abfedern müssen.

Die Frage ist ja nur: Wie lange laufen solche Phasen? Wenn wir uns die Haushaltspolitik des Senats anschauen und insbesondere auch der letzten Jahrzehnte, in denen immer die SPD in der Regierungsverantwortung war, dann müssen wir sagen, dass diese Phase offensichtlich, diese Krisenphase offensichtlich seit über 50 Jahren läuft, weil die Verschuldung von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Das ist

nicht eine einzelne Phase, sondern das ist letztendlich eine Strategie, wie man vorgegangen ist, die Verschuldung immer weiter hochzufahren und damit zunehmend in die Handlungsunfähigkeit reinzugeraten. Das ist keine vernünftige Haushaltspolitik, gerade, weil es nicht eine Phase ist, sondern das ist symptomatisch für die vergangenen Jahrzehnte der roten Haushaltspolitik.

(Beifall FDP)

Wir haben dann weitere Herausforderungen. Wir haben die Herausforderung der Kreditbeschaffung am Markt. Hierzu gibt es ja noch gar keine konkreten Äußerungen in Ihren Unterlagen, mit welchen Zinsen der Kapitalbedarf beschafft werden kann oder soll. Auch die Tilgungsregeln sind relativ vage gehalten. Sie nehmen dort einen Zinssatz von drei Prozent an. Ob das zutreffend ist in Zeiten steigender Zinsen, da kann man drüber streiten, aber Sie sagen ja auch selbst, grundsätzlich ist die Tilgungsphase noch gar nicht abschließend geklärt.

Interessant ist, dass die Verpflichtungsermächtigungen so verlagert werden, dass in diesem Vollzug nicht nur in dem investiven, sondern auch in dem konsumtiven Bereich die Mittel genutzt werden. Auch da laufen wir jetzt schon wieder Gefahr, dass die Mittel entsprechend nicht nur investiert, sondern auch verkonsumiert werden. Das sehen wir kritisch. Wie ist unsere Position als FDP-Fraktion dazu? Wir sehen erstens die Gefahr, dass die 400 Millionen Euro an Sanierungshilfen damit aufs Spiel gesetzt werden. Wir haben schon eine Warnung des Stabilitätsrats bekommen.

Wir laufen jetzt Gefahr, die Verschuldung Bremens noch mal um drei Milliarden Euro auf dann 26 Milliarden Euro hochzufahren. Wie das bezüglich der Einschätzung des Stabilitätsrats dann gewertet wird, das müssen wir sehen. Wir haben die Bereitstellung von Finanzmitteln, für die eine Kreditaufnahme notwendig ist, für die es aber noch keinen richtig nachvollziehbaren Tilgungsplan gibt, und wir haben einen Bedarf von drei Milliarden Euro. Uns als FDP-Fraktion erschließt sich ehrlich gesagt nicht, wie sich diese Summe eigentlich zusammensetzt. Normalerweise hat man ja verschiedene Maßnahmen, die man plant, wo man sagt, die eine Maßnahme kostet das und die andere Maßnahme kostet das und am Ende entsteht daraus eine Gesamtsumme X, die dann entsprechend finanziert werden muss, wenn man sie nicht über den regulären Haushalt abgebildet bekommt.

Sie sind ja den anderen Weg gegangen. Sie haben gesagt, na ja, irgendwie drei Milliarden, vielleicht ist es gut, vielleicht auch zu wenig, zu viel, und dann schauen wir mal, was wir damit machen. Das zeigt sich auch aus den Unterlagen, dass Sie zwar ganz grob skizzieren, was Sie damit vorhaben, aber noch gar nicht im Detail wissen, wofür Sie es einsetzen wollen. Das ist uns als FDP-Fraktion dafür, dass hier die Schulden von 23 auf 26 Milliarden Euro hochgefahren werden sollen, deutlich zu wenig für eine Regierungsarbeit.

(Beifall FDP)

Ein weiteres Thema ist die Frage, wie der Nachtragshaushalt und insbesondere die Neuverschuldung eigentlich abgegrenzt werden sollen von den regulären Ausgaben, die getätigt werden müssen. Es ist ja nun so, dass diese Neuverschuldung insbesondere für diese neue Herausforderung, für diese zusätzliche Herausforderung investiert werden soll, aber auch nur darf. Damit dürfen halt gerade nicht reguläre Ausgaben, die eigentlich über den normalen Haushalt getätigt werden müssen, finanziert werden.

Diese Abgrenzung nehmen Sie gar nicht vor. Ich bin sehr gespannt, wie das nachher juristisch bewertet wird, aber unsere Einschätzung ist da sehr klar. Viele der Maßnahmen, die Sie grob skizzieren, müssten eigentlich über den regulären Haushalt abgedeckt werden. Das sind reguläre Aufgaben, die Sie dort formulieren. Wenn Sie jetzt anfangen, diese regulären Aufgaben über diese Neuverschuldung zu finanzieren, dann sehen wir da große juristische Herausforderungen und werden auch für uns natürlich entsprechend prüfen, ob das so alles legitim und seriös ist oder nicht.

Was wäre besser gewesen und was ist unsere Anforderung an die haushälterische Politik in Bremen? Wir haben entsprechend einen Schuldenstand, der enorm ist. Wir haben die Situation als Dauernotlageland, auch das gehört zur unbequemen Wahrheit dazu. Wir sehen die Gefahr, dass die 400 Millionen Euro Sanierungshilfe gefährdet werden, wenn wir diesen Weg jetzt gehen. Wir sehen die Gefahr der steigenden Zinsen. Der Weg der steigenden Zinsen ist noch nicht beendet. Es wird so wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren weiter sich entwickeln. Und wir sehen das Erfordernis der notwendigen Entlastungen. Deswegen hätten wir für uns die Erwartung gehabt, dass man vielleicht erst mal im regulären Haushalt schaut, was dort für Mittel sind.

Uns ist klar, dass man die sechs bis sieben Milliarden Euro, die Sie dort verplanen, nicht über den regulären Haushalt irgendwo finden kann. Das ist klar. Aber in einer Situation, in der immer wieder und gerade in den letzten zwei Jahren im Haushalt auf einmal irgendwo Millionensummen auftauchen, die irgendwo im Bildungsressort verlorengegangen sind, die aber keiner vermisst hat, da haben wir die Erwartung, dass man erst mal schaut: Wo können wir im regulären Haushalt Mittel freimachen, wo kann man umschichten, wo können auch vielleicht neuere Prioritäten gesetzt werden? Mir ist klar, dass man immer ganz viel machen will und ganz viel finanzieren will, aber gerade in so einer Situation muss man sich doch erst mal fokussieren und sagen: Was ist jetzt wirklich wichtig, worauf können wir auch verzichten? Das ist offensichtlich nicht passiert. Das muss zuerst kommen.

Wenn Sie sich hier hinstellen und irgendwann uns berichten können, wir haben den schlankesten Haushalt seit Jahrzehnten, wir haben jeden Euro umgedreht, wir haben jede Maßnahme, die jetzt nicht sofort sein muss, jede Finanzierung erst mal pausiert, und jetzt brauchen wir Summe X, dann kann man darüber reden, ob eine Neuverschuldung notwendig ist oder nicht, aber nicht andersrum, so, wie Sie es jetzt machen, erst mal Geld aufnehmen, bei keiner anderen Maßnahmen rangehen, Millionen verschwinden in irgendwelchen Ressorts, keiner weiß, wo sie sind. Das ist unseriöse Haushaltspolitik. Das geht zulasten der zukünftigen Generationen, die das alles nicht nur mit den Zinsen, sondern auch mit dem Abtrag irgendwann finanzieren müssen. Das machen wir nicht mit. Vernünftige, nachhaltige Politik spielt sich eben nicht nur im Bereich der Klima- und Umweltpolitik ab, sondern auch unter anderen im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik. Dafür stehen wir als FDP-Fraktion. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Jens Eckhoff das Wort.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind ja doch ein paar Punkte angesprochen worden, die ich jetzt gern noch aufgreifen und zu denen ich hier noch ein paar Gegenargumente liefern möchte.

Erstens, lieber Kollege Fecker, weise ich es entschieden zurück, dass wir uns oder ich mich speziell in die Büsche geschlagen habe, wenn es um die konkreten Maßnahmen ging.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Um die Finanzierung!)

Erstens, finden Sie erst mal einen Busch, in den ich mich ohne Probleme schlagen kann.

(Heiterkeit)

Die stehen meistens viel zu eng beieinander, da komme ich gar nicht rein.

Zweitens haben wir sehr konkrete Vorschläge gemacht. Erstens, wir haben die Klimaanleihe vorgeschlagen, zweitens, wir haben gesagt, wir wollen die Rücklagen dafür verwenden. Drittens, und da behauptet natürlich keiner, dass es leicht ist, der Finanzsenator hat ja selbst in seiner Rede gesagt, es wird nicht leicht sein, im Haushalt umzusteuern --. Nein, natürlich ist es nicht leicht, in Haushalten umzusteuern, aber diese Klimakrise ist kein Sprint, sondern ein Dauerlauf. Natürlich müssen wir, um all die Herausforderungen anzugehen, in den nächsten Jahren auch umsteuern und die entsprechenden Maßnahmen, die wir umsetzen wollen, finanzieren. Wir sind aber überzeugt, dass wir das in diesem Dreiklang, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf jeden Fall hinkriegen.

(Beifall CDU)

Zweiter Bereich, weil der mich immer so ärgert: Lieber Dr. Carsten Sieling, wir sind einer Meinung, dass natürlich dieser Klimawandel und die notwendigen Investitionen eine Riesenchance sind. Sie haben es aber dann angesprochen und gesagt: Dann gucken wir mal auf die böse Bundesregierung, die ist überall schuld.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Früher war das so!)

Erst mal, von den 25 letzten Jahren in der Bundesregierung waren Sie 21 dabei, wir nur 16, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur, um da mal eben die Verantwortung zu suchen. Gern diskutiere ich aber, und da können Sie mich ja nachts wecken, wie Sie wissen, über Offshore-Wind. Wer hat denn den Offshore-Wind abgewürgt? Es gab da einen Bundeswirtschaftsminister. Der Offshore-Bereich entwickelte sich bis 2014, 2015 prächtig.

Dann schrieb irgendein CDU-Minister so ein komisches Papier, das gestehe ich zu, so eine Strompreisbremse. Der muss da betrunken gewesen sein, als er das geschrieben hat.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert)

Umgesetzt hat es aber der Bundeswirtschaftsminister, verantwortlich Sigmar Gabriel, damals SPD-Vorsitzender. Machen Sie sich nicht immer vom Acker, wenn wir über Offshore-Wind sprechen, lieber Kollege Dr. Sieling.

(Beifall CDU, FDP)

Und wer hat dann in Bremen die OTB-Mittel schon für andere Zwecke ausgegeben, obwohl es noch gar keine finale gerichtliche Entscheidung gab? Wir hätten den OTB in Bremerhaven demnächst fertig haben können, um von der nächsten Welle zu profitieren. Dadurch, dass Rot-Grün-Rot das Geld anders ausgegeben hat, hat das Gericht in letzter Instanz entschieden: Die Politik kann gar nicht mehr glaubwürdig nachweisen, dass sie diesen Terminal tatsächlich will. Die Fehler, die wir gemacht haben, wir mit in der Bundesregierung – –, aber in Bremen, meine sehr verehrten Damen und Herren, tragen Sie dafür die politische Verantwortung.

(Beifall CDU)

Genauso finde ich es ja skurril, lieber Herr Fecker, wenn Sie den ÖPNV in Bremen ansprechen. Das grüne Verkehrsressort haben Sie 2007 übernommen. Dann ist eigentlich bis 2020 mit Ausnahme der Nord-West-Spange nichts an zusätzlichen Straßenbahnaktivitäten entfaltet worden. Sie haben abgearbeitet, was wir in der Großen Koalition als Basis geschaffen haben, und Sie haben es dort noch nicht mal hinbekommen, die Papiere, die es wirklich gab, auch umzusetzen. Sie haben es mutwillig, zum Beispiel in Huchting, verzögert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dass der ÖPNV in Bremen in diesem Zustand ist, dafür tragen Sie alleine als Rot-Grün die Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wissen genau, dass die Planungen umgebaut werden mussten.)

Vor diesem Hintergrund ist es doch mutig – –. Frau Leonidakis, ich gehe auf Sie gar nicht ein. Sie haben ja gesagt, wir sind verantwortlich für die ganze Energieabhängigkeit Russlands. Ich meine, Sie

sind ja mit ganzen Fangruppen über Jahre nach Moskau gereist,

(Beifall und Heiterkeit CDU – Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Das ist doch völlig lächerlich! – Unruhe DIE LINKE, SPD)

um dort dem großen Führer Putin entsprechend zu huldigen und zu sagen, was der für tolle Politik macht. Ich nehme Sie als Bremer LINKE vielleicht gern aus, aber auf Bundesebene haben Sie doch heute noch Leute, die traurig sind, dass die Abhängigkeit von Russland jetzt sinkt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sich dann hier hinzustellen und uns das vorzuwerfen, das ist schon dreist.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind ja heute nicht am Ende der Debatte, sondern sie fängt ja gerade an

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja schön.)

Wir werden das jetzt in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen bekommen. Dort werden wir ausführlich auch noch mal über die juristischen Risiken sprechen. Wir werden uns dann sicherlich auch noch mal in einer zweiten Lesung detailliert mit den Risiken auseinandersetzen können.

Ich habe die eine oder andere Bemerkung hier durchaus positiv mitgenommen. Wenn der Finanzsenator sagt, wir können ja festschreiben, dass wir nur das Geld ausgeben, das wir nicht durch Bundesmittel einwerben, dann können wir ja vielleicht gemeinschaftlich auch entsprechende Sperrvermerke einbringen, die dann nur freigegeben werden, wenn der Haushalts- und Finanzausschuss dieses auch entsprechend beschließt und die Kreditsumme entsprechend reduziert. Das wäre schon mal ein Fortschritt aus der heutigen Debatte. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat Senator Dietmar Strehl das Wort.

Senator Dietmar Strehl: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe hier jetzt 28 Stichworte. Vielleicht kriege ich fünf durch. Ich will mal mit dem wichtigsten Punkt anfangen. Es gibt offensichtlich immer noch ein Missverständnis bei der Frage, was der Stabilitätsrat macht und was

Sanierungsverpflichtungen und Sanierungsvereinbarungen sind. Ich will es noch mal ausdrücklich sagen: Die Sanierungsvereinbarungen haben wir mit dem Bund geschlossen. Da hat der Stabilitätsrat gar nichts mit zu tun. Wir kriegen dank der sehr guten grünen Finanzarbeit der letzten zwölf Jahre 400 Millionen Euro pro Jahr vom Bundesfinanzministerium (BMF), nicht von den Ländern, und wir müssen dafür Regeln einhalten. Das will ich hier an der Stelle auch noch mal deutlich sagen: Die Regeln, die meine Vorgängerin mit Olaf Scholz unterschrieben hat - damals war er Finanzminister -, besagt, dass wir alles dafür tun, die Wirtschafts- und Finanzkraft in Bremen zu stärken. Dr. Carsten Sieling hat auch darauf hingewiesen. Das ist die Aufgabe aus den 400 Millionen Euro.

Der Stabilitätsrat hat eine ganz andere Aufgabe. Der Stabilitätsrat, und das hat er jetzt getan im Dezember, beurteilt nach Kennzahlen die Haushaltsentwicklung der Länder. Sie wissen ja auch, im Stabilitätsrat gibt es zwei Bundesminister – den Wirtschaftsminister und den Finanzminister – und 15 meiner Kollegen. Da gibt es Kennzahlen, und auch zum Gerücht will ich hier öffentlich – das haben wir unter uns schon ausgetauscht – sagen: Der Stabilitätsrat hat uns zwei Jahre einfach nicht beobachtet, weil er gesagt hat, wir haben Corona, und da macht Bremen alles richtig; das ist auch bestätigt worden vom Stabilitätsrat, und jetzt gehen wir wieder in normalere Zeiten, und wir kommen wieder zu dem Kennzahlenverfahren.

Wenn Sie mal googeln "Dietmar Strehl Stabilitätsrat", dann werden Sie feststellen, vor anderthalb Jahren habe ich versucht, verzweifelt zu erklären, warum wir denn jetzt kein Haushaltsnotlageland mehr sind. Der einfache Grund vor zwei Jahren war, dass die das einfach ausgesetzt haben. Darum sind wir jetzt auch kein neues Haushaltsnotlageland, sondern wir sind in der gleichen Lage wie vor zwei Jahren, und das will ich hier einmal laut sagen, intern wissen das auch alle, aber das sagt sich ja immer so schön. Das war der eine Punkt.

Der zweite Punkt: nicht seriös. Herr Eckhoff, eigentlich finde ich das ja total anregend, mit Ihnen hier zu diskutieren. Aber was ich unfair finde ist, wenn Sie trotz genauerem Wissen – und Sie haben mir gestern noch gesagt, Sie hätten die Vorlagen alle gelesen, ich hoffe das, dass Sie immer alle Vorlagen von mir lesen, das ist auch gut so – heute schon wieder sagen, wir haben doch 500 Millionen mehr an Steuereinnahmen, wieso kriegt ihr das nicht mit den 500 Millionen geregelt? Ich weise Sie auf Seite elf und Seite zwölf der Vorlagen hin, da

haben unsere Haushälter sehr genau aufgeschrieben, wo die 500 Millionen Steuereinnahmen bleiben

Ich will das an der Stelle sagen: Blöderweise kommt bei einer Stadt nachher null raus, und bei einem Land kommt 50 Millionen raus, das haben Sie angemerkt, damit zahlen wir die Investitionen aus dem letzten Jahr, die wir verschoben haben. Woran liegt das? Das liegt ganz einfach an dem Punkt, dass wir bei der letzten Steuerschätzung, also vor den 500 Millionen plus, das Problem hatten, dass wir die Konjunkturkomponentenentwicklung, die wir normalerweise haben - das wissen Sie auch – da markiert haben. Das sind 140 Millionen. Ich habe mir gestern so einen Zettel gemacht, damit ich das auch selbst verstehe. Wir hatten ausgleichende Effekte der Konjunkturkomponente bei der Stadt minus 140 Millionen, das können Sie schon abziehen. Beim Land minus 139 Millionen, das können Sie abziehen.

Dann kommt der wichtigste Punkt, auch das wissen Sie alle: Bei der Steuerschätzung, die wir jetzt vorliegen haben, sind die ganzen Entlastungspakete, die der Bund beschlossen hat, nicht enthalten. Wir sind aber so vorsichtige Haushälter, dass wir planen, dass die Entlastungspakete ja auch Kosten verursachen bei uns. Das sind, nur mal, damit Sie es gehört haben, bei der Stadt 69 Millionen, in Bremerhaven ist die Zahl natürlich kleiner, die gibt es aber auch, und beim Land 121 Millionen. Dann gibt es noch so ein paar kleinere Details, und dann werden Sie feststellen: Die Steuermehreinnahmen, die wir jetzt einplanen, können nicht für zusätzliche Ausgaben benutzt werden. Das ist ganz einfach, können Sie auch in der Tabelle nachlesen. Das

Dann will ich Ihnen noch mal --. Das fand ich jetzt irgendwo auch ein bisschen schräg, ehrlich gesagt. Ich habe mir vorhin überlegt: Was hätten Sie und Herr Schäck eigentlich - na ja, Herr Schäck vielleicht nicht so sehr -, aber was hätten Sie als CDU-Fraktion eigentlich gesagt, wenn der Senat gesagt hätte: "Vor der Wahl machen wir nichts mehr"? Was hätten Sie da gesagt? Sie haben mit mehreren Bürgerschaftsbeschlüssen, Sie alle, den Senat herzlich gebeten, einmal der Klima-Enquetekommission, den Maßnahmen, zuzustimmen. Dann haben Sie gesagt: "Bitte macht die Maßnahmen doch ein bisschen schärfer, macht die prioritärer." Haben wir gemacht. Dann haben Sie noch gesagt: "Und jetzt hätten wir gern noch die Finanzierungsvorschläge." Haben wir gemacht. Die sind da.

Wir haben jetzt nicht für die nächsten 15 Jahre das gemacht, sondern nur bis 2027, weil wir natürlich auch merken, wir gehen da auf einen neuen Weg, wir gehen Risiken ein. Ja, das sage ich ja immer. Aber uns jetzt vorzuwerfen "ihr bösen Politiker, ihr macht das vor der Wahl" – das ist albern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie wissen genau, Sie hätten umgekehrt gesagt: "Ihr seid zu feige, diese Maßnahme vor der Wahl zu beschließen." Nein, diese Regierung ist nicht zu feige, das vor der Wahl zu machen. Im Gegenteil, Sie können uns nachher bewerten bei der Wahl, wie wir mit so einer Frage umgehen. Das ist doch eine schöne politische Grundlage.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich will noch einen Punkt zu der Rücklage sagen, das ist ja auch ein etwas schwierigeres Thema. Sie wissen, was die Rücklage bedeutet, Sie sind ja der haushaltspolitische Sprecher und der Haushaltsausschussvorsitzende. Sie wissen, was diese Rücklage angeht, darum muss ich es hier gar nicht so laut sagen. Aber vorzugaukeln, der Finanzsenator hätte irgendwo im Tresor ein Sparbuch mit 600 Millionen Euro, was wir jetzt so einsetzen können, das wissen Sie, ist falsch.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Mit Tresor und Sparbüchern wäre ich vorsichtig! – Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Das ist eine Kreditermächtigung, die die gleiche Wirkung hätte, wie einen Kredit jetzt neu aufzunehmen. Die Zinsen wären auch gleich, das wäre überhaupt kein Unterschied, und es wäre überhaupt keine Verbesserung, wenn wir das so machen würden. Nur das einzige Problem, was wir hätten: In Zukunft, wenn wir Mehrkosten durch Flüchtlinge, Sozialausgaben haben, hätten wir überhaupt kein Pfand mehr in der Hinterhand, wo wir unsere Haushalte am Abschluss mit decken können, und dann würden wir die 80 Millionen Tilgung auch nicht hinkriegen, und dann hätten wir auch tatsächlich ein Problem mit dem BMF, weil wir die Tilgung nicht erreichen. Auch das, finde ich, wissen Sie. Aber öffentlich zu sagen, wir haben 600 Millionen irgendwo im Portemonnaie und dann noch 500 Millionen Steuereinnahmen, finde ich ehrlich gesagt unlauter und andere Worte können Sie selbst erfinden; also das ist unehrlich.

Einen Punkt will ich zuletzt einfach noch mal sagen. Ich habe ja ganz bewusst am Anfang, das gebe

ich ehrlich zu, auch ein bisschen mehr über Klima geredet, auch über Wirtschaft und Transformation. Ich habe überhaupt keine einzige Bemerkung von Ihnen gehört, dass da irgendwas falsch dran sein sollte, an den Zielen. Das ist ja auch richtig so, weil Sie ja in der Klima-Enquetekommission die Ziele auch markiert haben, weil Sie bei der Wirtschaft ja auf unserer Linie stehen. Da gibt es ja gar keinen Dissens, weil Sie es für das Stahlwerk gut finden. Das heißt, das Einzige, was Sie kritisieren, ist so eine technisch-haushalterische Frage. Politisch sind Sie doch gar nicht so weit weg von uns. Das finde ich ein schönes Ergebnis der Debatte heute. Ich bedanke mich, und wir sehen uns in den nächsten Haushalts- und Finanzausschüssen und zweiten Lesungen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu der Abstimmung über die Vorlagen zum Haushalt 2023.

Es ist vereinbart worden, bei dem Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushaltsund Finanzausschuss und an die Ausschüsse sowie Deputationen, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: CDU, FDP, L.F.M., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD], Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei dem Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Nachtragsproduktgruppenhaushalt und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und der Klimaausschuss sowie die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit, die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration, die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, die staatliche Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie sowie die staatliche Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung.

Ich lasse jetzt über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und die eben genannten Ausschüsse sowie Deputationen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Außerdem möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu dem Haushalt 2023 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse und Deputationen werden gebeten, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag)

einen Gesamtbericht vorzulegen. – Ich stelle Einverständnis fest.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 20/1725, Kenntnis.

Aktueller Stand der Transformation der Bremer Stahlindustrie sowie der Bremer IPCEI-Großprojekte zur Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Juni 2022 (Drucksache 20/1502)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022 (Drucksache 20/1540)

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Kristina Vogt.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Anfrage auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner erhält der Abgeordnete Martin Michalik das Wort.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Das passt jetzt thematisch ganz gut zusammen, denn einige Punkte sind in der Debatte zuvor gefallen. Wir sprechen heute über ein sehr großes Pfund Bremens, wenn es um den Ausstoß von CO2 geht, von einem sehr großen Emittenten und von dem Potenzial der Wasserstoffwirtschaft für Bremen. Das Ganze bedeutet sehr viel für unsere Wirtschaft, für unsere Arbeitsplätze, aber auch für den Standort Bremen. Wir sprechen im Schwerpunkt hier über das Bremer Stahlwerk, denn nicht umsonst war auch das Stahlwerk ein dominierendes Thema in der Enquetekommission.

Aber nicht nur das Stahlwerk ist Thema, sondern auch Wasserstoffthemen insgesamt, und die betreffen natürlich auch zum Beispiel die swb AG oder Airbus. Hier geht es um die Förderung nach IPCEI, als ausgesprochen "Important Project of Common European Interest". Uns als CDU-Fraktion sind die Bedeutung dieser Projekte und die positiven Auswirkungen bei positiver Umsetzung für unseren Standort bewusst. Daher haben wir diese Große

Anfrage gestellt. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich für die sehr umfangreiche Beantwortung bedanken.

Ich muss feststellen, dass es vor allem in den letzten Monaten viel Bewegung auf EU- und Bundesebene gab und das Thema sehr weit vorangekommen ist. Zum Beispiel ist es so, dass seit Ende des Jahres ein greifbares Projekt da ist, das Beispiel nenne ich mal hier: "Clean Hydrogen Coastline" und "HyPer-Link". Kritisieren muss ich aber die Antworten auf Frage 4. Dort beantworten Sie schon recht genau, zu welchen Kosten es kommen wird, sogar ziemlich präzise, nämlich 1,1 Milliarden Euro, und diese Zahl ist auch in der Debatte zuvor gefallen. Diese können Sie nicht aufschlüsseln oder Sie wollen sie nicht aufschlüsseln, begründen dies mit Vertrauensschutz.

(Senatorin Kristina Vogt: Weil wir es nicht dürfen!)

Das ist uns bekannt, das nehmen wir zur Kenntnis. Das heißt aber auch, dass wir in Zukunft ganz genau darauf schauen werden.

Die Finanzierungsfrage taucht natürlich auch auf. Die Zahlen decken sich in etwa mit denen, die wir in der Enquetekommission festgestellt haben. Nach unserer Berechnung - die Zahl ist vorhin gefallen kommen wir zu einer Landeskofinanzierung der Projekte bis 2026 in Höhe von 320 Millionen Euro. Leider ist aus den oben genannten Gründen eine Aufschlüsselung nicht möglich. Die Frage, wo das Geld herkommen soll, haben Sie in der Debatte zuvor versucht zu beantworten, und das ist genau der Knackpunkt: Wir als CDU-Fraktion sind mit Ihrer Antwort nicht zufrieden. Ich werde jetzt nicht mehr tiefer auf die Finanzierungsfrage eingehen, das hat mein Kollege Herr Eckhoff gerade sehr richtig und sehr gut begründet. Wir halten diese Art der Finanzierung für fragwürdig, beziehungsweise für diese Projekte, die stehen dadurch auf sehr wackeligen Füßen.

Es ist aber auch nicht nur das Geld. Es geht auch um andere Dinge, die wir hier beeinflussen können, und das sind zum Beispiel die Genehmigungen. Laut Antwort des Senats wird eine fristgerechte Bearbeitung der Anträge für einen 50-Megawatt-Elektrolyseur bis zum Jahr 2026 erfüllt sein, und bis 2030 bis 300 Megawatt. Wir werden diese Prozesse weiterhin genau beobachten und die zuständigen Stellen auch immer wieder daran erinnern. Was die CDU-Fraktion und auch die Enquetekommission auf jeden Fall erwarten, sind ein striktes Monitoring, eine stringente Koordinierung

der behördlichen Aktivitäten sowie die Errichtung eines Frühwarnsystems für Verzögerungen in den Prozessabläufen, damit wir im richtigen Moment noch handeln können.

Ich halte fest: Wir haben es hier mit einer sehr komplexen Angelegenheit zu tun, für die alle sensibilisiert sein sollten, denn die Wasserstoffwirtschaft birgt für das Bundesland Bremen mit den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven enorme Chancen. Ob wir diese Chancen richtig ergreifen und davon profitieren, das liegt allein in unseren Händen, und diese Chancen sollten wir ergreifen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU war von der Sorge getrieben, dass wir in dem kritischen Zeitfenster nicht die erforderlichen Entscheidungen zustande bringen. Ich finde, so eine Frage ist berechtigt, aber was ist die Antwort, und was hat die Situation über die Antwort hinaus jetzt klargestellt? Die Frage liegt jetzt fünf Minuten zurück. Wir haben die Kofinanzierung gesichert. Die 320 Millionen Euro stehen bereit, wir sind strittig darüber, auf welche Weise wir das tun.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Der Haushalt ist noch nicht beschlossen, Herr Bücking!)

Es gibt aber keinen Zweifel daran, dass die verantwortlichen politischen Kräfte in Bremen die Kofinanzierung für die IPCEI-Projekte bereitstellen werden und dass diese Koalition sicherstellt, dass die Hütte diesen dramatischen Umstellungsprozess erfolgreich begeht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Da wird die CDU in allen möglichen Veranstaltungen erklären, das ist kompliziert, das muss man anders machen. Wir halten diesen Weg für den soliden

Das Zweite ist: Mein Kollege Volker Stahmann, mit dem ich gestern darüber noch mal kurz geredet hatte, hat gesagt, er habe noch mal bei der Hütte angerufen, und wir rufen da nicht immer alle gleichzeitig an, und die Hütte hätte bestätigt, dass zu erwarten sei, dass die EU in einem sehr kurzen Zeitfenster ihr "Go" gebe, und dass sich die Hütte in der Angelegenheit von der Bundesregierung gut unterstützt fühle, namentlich von Robert Habeck. Auch das ist eine gute Nachricht.

Das Dritte ist: Wir wissen, dass die Umstellung der Produktionsweise der Hütte damit zu tun hat, dass wir dort Wasserstoff brauchen und dass wir dort in großen Mengen elektrische Leistung brauchen. Man konnte nun kürzlich lesen, wie sich die großen Netzbetreiber die Sache vorstellen. Sie haben das alle in Erinnerung: Da geht es um die 380 kV-Leitung. Da gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann es südlich oder nördlich der Weser langführen. Die Debatte ist noch nicht abgeschlossen, aber so, wie ich die Sache einschätze, spricht sehr viel dafür, das auf der südlichen Seite der Weser bereitzustellen und dann auf dem Industriepark die entsprechenden großen Transformationsanlagen aufzustellen.

Das würde im Übrigen dazu beitragen, dass die Welt rund um die Hütte, wo es ja eine große Zahl von Unternehmen gibt, plötzlich über eine neue, so würde ich mal sagen, Auszeichnung verfügt. Nicht nur, dass die A 281 da langführt und irgendwann der Wesertunnel, sondern dass jetzt auch noch in einem ganz großen Umfang elektrische Leistung bereitstehen würde, und diese elektrische Leistung würde an die großen Windparks angeschlossen sein.

Das ist ein enormer Reiz für Firmen, sich anzusiedeln und ihre Produktion umzustellen. Daran kann man erkennen, dass die technologische Umstellung der Hütte, die damit verbundenen Infrastrukturleistungen, die wir erbringen müssen, und die damit verbundene Innovation einen Beitrag dazu leisten, die industrielle Basis unserer Stadt weit über die Hütte hinaus in Richtung "weg von den Fossilen" zu verändern. Insofern finde ich, dass wir da gut erkennen können, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ein Punkt muss noch herausgestellt werden: Es sind unvorstellbar große Kapitalmassen erforderlich, um diese Umstellung zustande zu bringen, sowohl aus dem öffentlichen Bereich – da wird ja schon von einer Milliarde Euro gesprochen – wie auch auf der privaten Seite. Das kann nur gelingen, wenn wir es schaffen, die Transformation unserer Wirtschaft zu einem Erfolgsmodell zu machen, zu einem Anspruch darauf, unsere Welt nicht nur gut begründet, moralisch und rechtlich abgeleitet, sondern auch wirtschaftlich neu aufzustellen mit der Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg.

Da kommt man noch mal, finde ich, zu einem wichtigen Punkt, den wir alle gut markieren können: Stahlproduktion ist die Bereitstellung eines grundlegenden Materials für unsere industrielle Basis. Da wird nicht nur der Baustahl produziert, da wird nicht nur das Blech für die Autos produziert, da werden auch die Türme für die Windmühlen daraus gemacht. Der Maschinenbau stützt sich darauf.

Die Stahlindustrie ist grundlegend, und dass sie in unserer Stadt erhalten bleiben konnte über all die Krisen, die wir über die Vergangenheit hinweg hatten, war eine richtige Entscheidung. Sie wird sich am Ende für die Stadt auszahlen, so, wie es sich für die Kollegen auszahlt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Volker Stahmann das Wort

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ein Thema, das uns seit Anfang der Legislaturperiode beschäftigt und im Gegensatz zu vielen anderen Themen gemeinsam beschäftigt. Wir sind hier in diesem Parlament mal angefangen mit der gemeinsamen Erklärung und dem gemeinsamen Bekenntnis zu dieser Hütte. Ich glaube, dass die Situation, in der wir heute sind - ich will da gleich noch was zu sagen und die Wirtschaftssenatorin sicherlich auch -, dass wir das auch dem zu verdanken haben, dass nach außen hin klar ist, dass dieses Parlament die Hütte unterstützt und das nicht infrage stellt, sondern immer ein Interesse daran hatte, die Hütte weiterzuentwickeln und sauber zu machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Große Anfrage der CDU ist aus dem Sommer und die Antwort eben auch, insofern ist man jetzt hinter der Zeit. Das ist nicht problematisch, sondern die Zeit ist natürlich wesentlich weitergegangen und auch die Verhältnisse sind weitergegangen und es hat schon einige Änderungen gegeben. Die Bedeutung ist eben ja noch mal klar geworden. Auch Kollege Bücking hat darauf hingewiesen, dass es eben nicht nur um die Frage der Hütte geht, sondern es geht zum Beispiel auch um "Clean Hydrogen Coastline", also um die Linie des Wasserstoffs in Norddeutschland, wo man auch viele weitere wirtschaftliche Zweige anbinden kann und wo man den Wechsel einfach machen muss hin zu neuerlichen Energien und Technologien.

Für die Hütte selber heißt das, dass das Antragsverfahren, von dem wir uns alle gewünscht hätten, dass das im Oktober, das war die ursprüngliche Annahme, durch ist, noch mal geändert worden ist. Das hat zeitlich etwas zurückgeworfen, das ist jetzt leider so. Wenn man aus dem Konzern und aus Europa guckt, sprechen die auch nie von ArcelorMittal in Bremen, sondern die sprechen immer von ArcelorMittal in Deutschland, was bedeutet, dass das Bremer Werk und das ArcelorMittal-Werk in Eisenhüttenstadt immer zusammen gedacht werden, auch klimatechnisch zusammen gedacht werden.

Das bedeutet, dass der Hochofen in Eisenhüttenstadt perspektivisch abgeschaltet wird und die Bremer Hütte auch Eisenhüttenstadt mit Eisenschwamm versorgen soll. Das macht das Genehmigungsverfahren etwas schwieriger. Wir haben aber jetzt aktuell gehört, dass die letzten Fragen der EU in diesem Jahr beantwortet sind, unter anderem auch, das will ich auch noch mal sagen, mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Also auch da passiert auf Bundesebene eine Unterstützung für die Stahlindustrie. Wir gehen davon aus, dass wir kurzfristig die Genehmigung erhalten. Die ersten Genehmigungen für den Konzern ArcelorMittal sind in Europa, in Asturien, auch schon mit 450 Millionen, die Förderung, erteilt worden, sodass wir da richtig Hoffnung haben, dass es da weitergeht.

Ich will aber einen zweiten Punkt, der für die Gesamtumstellung der Stahlindustrie der Bundesrepublik nicht unwichtig ist, noch mal benennen. Wir haben immer das Problem der billigen Importe und damit auch der schmutzigeren Importe. Es nützt uns nichts, wenn wir versuchen, hier was umzustellen und das reduzieren und schmutziger Stahl woanders gemacht wird. Wir haben lange darüber gerungen, ob es an den EU-Außengrenzen Zölle geben soll. Das ist jetzt vereinbart. Es soll einen Grenzausgleichsmechanismus auf EU-Ebene ab diesem Jahr geben. Es wird eine Testphase geben bis 2026, in der im Kern Instrumente geschaltet werden zur Abgabe und zum Anteil von CO2 und damit ein Ausgleich passiert zwischen dem, was man an Investitionen in Umweltschutz macht, und dem, was von außen reinkommt und ohne Umweltschutz ist. Das wird noch mal evaluiert und soll dann ab 2024 oder ab 2026 scharfgeschaltet werden. Das heißt, im Moment wird sich das angeguckt, und dann wird geguckt, was dafür notwendig ist.

Auch das ist ein wichtiger Schritt, damit Unternehmen in die deutsche Stahlindustrie investieren und

wir die Chance haben, diese Technologie hier zu lassen. Denn – auch das hat Robert Bücking angesprochen – von der Technologie her, von dem Produkt her ist das etwas, das wir dringend brauchen. Wir müssen ja unterscheiden in der Frage des Umweltschutzes, immer: Haben wir ein gutes Produkt und eine schwierige Herstellung oder haben wir eine unproblematische Herstellung, aber ein schwieriges Produkt?

Die Automobilindustrie ist in der Herstellung, glaube ich, unproblematisch, das Produkt kann man dann etwas anders diskutieren. Beim Stahl ist es genau umgekehrt. Wir haben eine hochproblematische Herstellung, aber wenn wir das Produkt einmal haben, dann ist es unendlich wiederverwertbar, und deswegen ist es wichtig, diese Grundstoffindustrie hier in der Bundesrepublik zu halten. Da haben wir einen wichtigen Schritt dazu getan und wir sind da auf dem besten Weg. Ich hoffe, dass wir im Laufe des Februars die Zuwendungsbescheide hier kriegen und dann den nächsten Schritt gehen können. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in mancher Krise gelernt, dass industrielle Kerne helfen, eine Wirtschaft durch eine Krise zu bringen. Das haben wir in mancher Krise auch in Bremen gesehen.

Deswegen ist es wichtig, neben den Arbeitsplätzen, die wir hier erhalten wollen, auch diesen industriellen Kern am Standort zu halten. Natürlich muss er dann in Zukunft klimaneutral sein. Das ist, glaube ich, eine wichtige Aufgabe, wenn wir die Transformation schaffen wollen. Wir wissen alle, dass die Stahlwerke für 50 Prozent des Kohlendioxidausstoßes unseres Landes verantwortlich sind. Das ist also eine Kernaufgabe, hier eine Lösung herbeizuführen.

Ehrlich gesagt, muss man sich doch fragen: Hätte das alles schneller gehen können? Hätte das nicht wie in anderen Stahlwerken schneller gehen können? Es ist aber nicht allein die Frage, was der Senat macht, sondern man muss sehen, es ist sehr klar geworden, es handelt sich hier um einen weltweit aufgestellten Konzern mit größenordnungsmäßig,

wenn ich es richtig weiß, 70 Millionen Tonnen Stahlproduktion pro Jahr.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein ganz schönes Gewicht!)

Davon macht das Bremer Werk dann etwa fünf Prozent aus, wenn ich das richtig überschlagen habe. Insofern ist es nur ein Teil der Sache, denn so ein Konzern hat natürlich seine Entscheidungsabläufe. Trotzdem ist es unsere Aufgabe, unsere Bereitschaft zu erklären, weil das für uns wichtig ist – vielleicht gar nicht so wichtig wie für den Konzern. Und es ist für uns wichtig für die $\mathrm{CO}_2 ext{-Bilanz}$.

Dann ist es entscheidend, hier handlungsfähig zu sein und unterwegs zu sein. Es ist mitnichten so, Robert Bücking, dass wir mit den Haushaltsbeschlüssen jetzt schon die Mittel bereitgestellt haben. Der Haushalt ist noch nicht final beschlossen, und, ehrlich gesagt, wenn die Mittel nicht in irgendeinem Haushalt bereitstehen, möchte ich wissen, wer im Senat ohne beschlossenen Haushalt die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund unterschreibt. Da muss nämlich hinterlegt sein, wo die Millionen herkommen, die Bremen dann verpflichtet ist zu zahlen. Irgendwie muss das dann in irgendeinem Haushalt abgebildet werden.

Insofern ist das ja schon in der Debatte davor angeklungen: Ja, es gibt im Nachgang zum letzten Jahr vielleicht den einen oder anderen Überschuss, den man dafür sinnvoll einsetzen könnte. Dann sind wir wieder bei der Debatte: Bräuchte es diesen Nachtragshaushalt oder nicht, oder könnte man diese Dinge nicht durch andere Prioritätensetzung, anderen Umgang mit den Restmitteln et cetera stemmen? Da sind wir dann als Opposition an anderer Lösung interessiert als der Senat. In der Sache aber, dass wir hier bei den Stahlwerken alle zusammenstehen, sie umstrukturieren wollen, weiterbringen wollen, dahin bringen wollen, grünen Stahl zu machen, sind wir, glaube ich, alle einer Meinung.

Wir sind da in einem kritischen Zeitfenster, weil natürlich die ganze Stahlindustrie weltweit diesen Umorganisationsprozess machen muss. Wir haben auf der anderen Seite eine Überproduktion von Stahl. Weltweit wird auch die Diskussion geführt werden müssen, wie viel Stahl wir brauchen, weil da Energie reingeht, die man auch anders einsetzen könnte, wenn man nicht so viel Stahl braucht. Da geht es dann um Ressourcenschonung, das muss immer mitgedacht werden. Dann bleiben aber Stahlstandorte, und davon – und das ist unsere

feste Auffassung als Freie Demokraten – sollte einer und muss einer in Bremen bleiben, weil wir hier diese Grundstoffindustrie machen können und auch gut machen können.

(Beifall FDP, SPD)

Es ist völlig klar, dass wir dann marktkonforme Regeln brauchen, weil dieser Stahl erst mal teurer sein wird. Marktkonforme Regeln heißt: Wir müssen CO_2 weiter bepreisen, wie wir das in der EU tun. Das heißt, dann wird das eben im Verhältnis nicht so teuer sein, weil derjenige, der sich das CO_2 weiter gönnt, den Preis für das CO_2 zahlen muss, was er dem Klima zufügt.

Die andere Sache ist, wir werden Grenzausgleichszölle, Grenzausgleichssteuern brauchen und wir werden intelligente Regeln brauchen, die auch für den Einsatz dieses grünen Stahls sorgen. Wir werden hingucken müssen, dass die EU dazu kommt, bei den Fahrzeugen nicht nur den Ausstoß von CO₂ zu betrachten, sondern den CO₂-Fußabdruck der Autos von Krippe zu Krippe, wie das so schön heißt, also von Cradle to Cradle zu betrachten. Das wird entscheidend sein, dann ist nämlich auch mal wichtig, welcher Kunststoff und welcher Stahl eingebaut wird.

Wenn wir dann bei den Ausschreibungen für Offshore-Windparks und Windräder darauf achten, wie der CO₂-Footprint der Anlagen ist, dann wird ziemlich klar, dass die Monopiles nur aus grünem Stahl gebaut werden können. Wenn wir so etwas noch dazutun, dann haben wir mit diesen Verpflichtungen nicht nur den Standort hier weitergebracht, sondern wir haben auch für den Absatz des grünen Stahls gesorgt. Das müssen wir noch dazutun, denn es nützt nichts, nur ein grünes Stahlwerk zu haben, sondern es muss auch grünen Stahl verkaufen. Dafür gibt es auch marktkonforme Lösungen,

(Glocke)

für die wir uns ebenso einsetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner erhält der Abgeordnete Ingo Tebje das Wort.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich gleich auf meine Rede näher eingehe, will ich noch mal zwei Punkte vorweg setzen. Das eine ist, glaube ich, hier auch aus allen Reden mit rausgekommen: Wir sind auf einem guten Weg in die Umsetzung der unterschiedlichen IPCEI-Projekte.

Das Zweite, und da möchte ich eigentlich ansetzen bei dem, was Volker Stahmann gesagt hat und ein bisschen auch der Kollege Dr. Buhlert eben gerade angerissen hat: Ich finde es immer wichtig, dass wir noch mal darauf hinweisen, dass wir mit der Dekarbonisierung der Stahlwerke in Bremen eben nicht nur die CO₂-Reduzierung von 50 Prozent in Bremen schaffen, sondern dass wir auch für Eisenhüttenstadt, also auch für ganz Deutschland und für andere Regionen einen Riesenbeitrag leisten, um den Weg in die Dekarbonisierung voranzubringen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Antwort des Senats gibt ja eine gute Vorstellung, um was für ein gewaltiges Transformationsprojekt es sich handelt. Der Zeitplan ist eng, und verschiedene Teilprojekte müssen ineinandergreifen. Die jetzt beantragten Projekte sind dafür der entsprechende erste Einstieg.

Uns alle treibt natürlich das um, was eben gerade auch schon gesagt worden ist: Was ist mit der EU? Warum dauert das so lange? Stehen da Projekte womöglich noch ganz auf der Kippe? Ich glaube, es ist beruhigend, wenn man sich klarmacht, die IPCEI-Projekte, die wichtigen Projekte im gemeinsamen europäischen Interesse, das haben ja auch schon einige gesagt, sind nicht in dem Sinne ein Förderprogramm der EU, da fließt nicht das Geld der EU. Das klingt nicht nach einer guten Nachricht, aber es bedeutet eben auch: Die Finanzierung der Projekte ist im Grunde gesichert.

Es gibt kein Auswahlverfahren der EU, wonach man scheitern kann, und die Auswahl bei der Bundesregierung ist ja bereits gelaufen. Da sind die Bremer Projekte dabei. Zahlen müssen die Bundesregierung und wir als Land, und zwar im Verhältnis, das ist hier auch schon gefallen, von 70 Prozent zu 30 Prozent. Die EU prüft lediglich, ob die Bedingungen erfüllt sind, damit wir das auch machen dürfen, weil es sich hier um staatliche Beihilfen handelt. Da dürfen wir natürlich nichts anbrennen lassen. Das ist einfach zu klar, dass die Wasserstofftransformation in Norddeutschland ganz anders oder anders einfach auch nicht zu machen ist. Deswegen, glaube ich, sind wir uns alle einig, dass die Projekte auch so kommen werden und auf den Weg gebracht werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die ungefähre zeitliche Abfolge wird so sein: Das Projekt "Clean Hydrogen Coastline", da geht es um die Wasserstoffleitung, ist am weitesten. Hier wird jetzt die Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet. Das Stahlprojekt "DRIBE2", also das Modell mit dem ersten Elektrolyseur, kann ebenfalls als gesichert gelten. Hier dauert es nur etwas bis zur Verwaltungsvereinbarung, und das Airbus-Projekt – jetzt heißt es, glaube ich, abgekürzt WIP-LiN, Wasserstoff für die Infrastruktur und Produktion der Luftfahrt in Norddeutschland – wird als Drittes kommen. Hier wird das Verfahren erst im Laufe von 2023 abgeschlossen werden.

Das Land Bremen wird die Projekte mit insgesamt 320 Millionen Euro kofinanzieren müssen, das ist hier auch schon ein paarmal gefallen heute. Glücklicherweise haben wir ja heute Morgen auch schon darüber gesprochen, dass wir nicht nur einen Senatsbeschluss haben, sondern auch die erste Haushaltslesung entsprechend für die Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse, was dafür entsprechend die Voraussetzung schafft. Ich sage das hier auch noch mal in Richtung der CDU-Fraktion: Das lässt sich sicher nicht über eine Klimaanleihe finanzieren, denn hier geht es um eine Zuschussförderung, und da fließt kein Geld zurück.

Herr Dr. Buhlert, Sie müssen dann schon sagen: Wie wollen Sie denn wirklich die Sicherstellung gewährleisten für die Projekte, wenn Sie sagen, wir gehen nicht wirklich in eine schuldenfinanzierte Absicherung dieser Finanzierung? Das haben Sie doch bisher nicht dargestellt, sondern nur die Kritik, die Sie hier immer im Allgemeinen fassen.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Nehmen Sie die Mittel, die im letzten Jahr übrig geblieben sind, zum Beispiel aus den Coronamitteln!)

Dann stellen Sie auch mal dar, wie Sie sich vorstellen, das Geld dauerhaft sicherzustellen, damit die Projekte auch wirklich sicher kofinanziert sind.

Klar ist, das Zehn-Megawatt-Modellprojekt ist erst der Auftakt. Perspektivisch reden wir von einer Elektrolyseleistung von 100 bis 300 Megawatt. Dafür muss ein neuer Netzanschluss vom Umspannwerk Niedervieland gelegt werden und ein Umspannwerk auf dem Stahlwerk errichtet werden. Da ist Robert Bücking auch schon darauf eingegangen, wie da der Stand ist. Für den Vollausbau brauchen wir den Anschluss an das 380 kV-Übertragungsnetz mit einer Abzweigung vom Blockland

und einem Umspannwerk im Maschinenfleet. Dafür ist noch kein Planfeststellungsverfahren in Niedersachsen erforderlich, und dass diese Verfahren lange dauern, das wissen wir bekanntlich alle. Deswegen ist hier natürlich Eile und vor allem Sorgfalt geboten, sodass wir da nicht irgendwo in zeitliche Schieflage kommen.

Das EU-Parlament hat im September beschlossen, dass der Anteil an grünem Wasserstoff bei der Wasserstoffnutzung

(Glocke)

bis 2030 bei 50 Prozent liegen soll, bis 2035 dann bei 70 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist klar, wir sind hier auf einem guten und konsequenten Weg, den wir weiterverfolgen.

Ich habe noch ein paar Punkte, aber ich überlege mir, wie die Debatte weitergeht, ob ich noch mal reinkomme, aber eigentlich haben meine Vorredner:innen schon alles zum Besten gegeben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ja beruhigend, alle sind sich einig, dass das gelingen muss. Dabei geht es um Standortpolitik, dabei geht es um die Energiewende, dabei geht es um CO₂ einsparen, dabei geht es um Innovationen, dabei geht es um gute Arbeit. Das, finde ich, ist jetzt von allen überzeugend vorgetragen worden, darüber haben wir keine Differenzen. Das ist, finde ich, ein Riesenpfund für ein Signal von unserem Bundesland aus.

Ich möchte noch einen Zusammenhang mehr als eine industriepolitische Idee hier vortragen. Das hatte ich schon mal angedeutet, mache ich bei dieser Gelegenheit noch mal. Wenn man das Lichtbogenverfahren einsetzt, Ende der Zwanzigerjahre, braucht man nicht nur enorme elektrische Leistung, sondern braucht auch sehr große Mengen Schrott. Je mehr Schrott man einsetzt, desto geringer ist der CO₂-Ausstoß. Pro Tonne spart man ungefähr 1,7 Tonnen CO₂, wenn man Schrott einsetzt. Diese Schrottmengen bereitzustellen, ist keineswegs nebensächlich. Alle Stahlwerke sind im Moment unterwegs, kaufen sich große Schrotthändler

und versuchen, das Material in der Republik einzusammeln.

Wir sind auf eine Idee gestoßen, für die ich hier heute noch einmal werben möchte, dass wir diese gemeinsam ernst nehmen, nämlich Recycling von Schiffen. Bremen hat ja nun diesen wunderbaren Anschluss an die Weltmeere und diese alte Tradition von Schiffbau. Warum soll unsere Stadt nicht auch ein Ort werden, wo Schiffe abgewrackt werden und der Stahl in die Hütte gebracht wird, um da von Neuem genutzt zu werden? Dafür würden wir uns gerne einsetzen, und wenn ich das noch ein kleines bisschen illustrieren darf? Sie alle kennen diese wirklich quälenden Bilder von dem sogenannten Beaching, wenn das in Bangladesch, in Pakistan und in Indien auf den Strand gefahren wird und die Leute in Bastschuhen das Ding auseinanderschneiden mit einer enormen Rate von verletzten und kranken Menschen, die das in der Folge zur Konsequenz hat.

Wenn man diese Schiffe auf anständige Weise auseinanderschneiden und reinigen würde, so, wie das technologisch heute möglich wäre, dann wäre es möglich, diesen Stahl für unsere Hütten bereitzustellen. Zurzeit werden nur sieben Prozent der Schiffe auf diese Weise, also auf anständigem Niveau, auf europäischem Standard recycelt. Das muss sich ändern. Die Voraussetzungen dafür, das zu ändern, sind günstig, weil die EU eine immer strengere Regulation betreibt, dass der Export von abgewrackten Schiffen nach Übersee untersagt werden kann, und die Technologie, das auseinanderzubauen immer besser wird.

Unsere Gewährsleute von einem Start-up haben uns das so erklärt: Man macht das heute in einem gekapselten Trockendock und setzt Wassersandschneidverfahren ein, hat also keine explosionsgefährdenden Situationen oder Situationen, wo Feuer ausbrechen kann, macht das hochgradig automatisiert und hat deswegen die Möglichkeit, einen solchen Prozess an einem Ort, der in der Stadt bisher für Industrie genutzt worden ist, durchaus unterzubringen. Dann wäre es denkbar, durchaus auch sehr wirtschaftlich, im großen Stil dieses Recycling vorzunehmen.

Im Moment werden so ungefähr 1 500 Schiffe pro Jahr abgewrackt. Man sagt voraus, das werden in absehbarer Zeit 2 500 Schiffe sein. Mit anderen Worten, die Hütte hätte, wenn wir es klug anfangen, einen industriellen Partner, der neue Arbeit schafft, der neue Wertschöpfung in die Stadt bringt, der alte Infrastrukturen nutzen kann, und dafür

wollten wir bei dieser Gelegenheit noch einmal werben.

Wenn man sich das vom Zeitfenster her anguckt, wäre eben wünschenswert, dass man Ende der Zwanzigerjahre soweit ist. Das setzt voraus, dass man dieses Start-up pflegt, ihm einen anständigen Standort anbietet, ihm Entwicklungsmöglichkeiten einräumt, mit dazu beiträgt, dass es Partner findet. Wir wissen sicher, dass die Hütte, und zwar nicht nur die Bremer, sondern der Konzern als Ganzes, an dieser Entwicklung ein großes Interesse hat. Es wäre schade, wenn Bremen diese Chance liegen lassen würde. – Ich danke Ihnen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir nicht vor. Deswegen erhält jetzt Senatorin Kristina Vogt das Wort.

Senatorin Kristina Vogt: Frau Präsidentin, werte Abgeordnete! Lieber Herr Bücking, ich glaube, wir haben die gleichen Gespräche geführt, oder die gleichen Leute sind bei uns vorstellig geworden. Ich würde jetzt aber im Hinblick auf die Möglichkeiten, die Sachen, die da noch im Hintergrund stehen, auf Ihren Vorschlag nicht eingehen, kann aber sagen, der ist auch bei uns schon angelandet. Ich würde mich jetzt tatsächlich erst mal auf die Antworten und die Anfrage konzentrieren.

IPCEI, also Important Project of Common European Interest, klingt sperrig, tatsächlich liegt aber hinter dieser Abkürzung einer der Schlüssel für den sozialökologischen Umbau der bremischen Wirtschaft, besonders der bremischen Industrie und vor allen Dingen auch für den Erhalt Bremens als Industriestandort und seiner vielen Arbeitsplätze.

Auch das sei Ihnen gesagt, hier ist immer viel von den Stahlwerken die Rede gewesen: Hinter den Stahlwerken stehen auch noch Zulieferer und Mittelständler. Wir reden da in Summe von einer ganz enormen Anzahl von Arbeitsplätzen. Das Gleiche kann man übrigens natürlich auch auf den Flugzeugbau, Schiffbau, et cetera runterbrechen. Ich glaube schon, dass der sozialökologische Wandel eine der größten Herausforderungen, wenn nicht gar die größte ist, die wir uns sowohl wirtschaftswie auch gesellschaftspolitisch vor die Brust nehmen müssen. Das kann nach meiner Meinung tatsächlich nur gelingen, wenn wir unsere industriellen Kernbranchen auf klimaneutrale Produktion

umstellen, und daran arbeiten wir, ehrlich gesagt, jeden Tag.

Schade, dass Herr Eckhoff nicht da. Es ist schon interessant: Wir haben es mit transnationalen Unternehmen zu tun, und ich habe die ersten Gespräche zur klimaneutralen Stahlproduktion tatsächlich im August, nein, im September 2019 geführt. Ich kann Ihnen sagen, das ist kein einfacher Weg gewesen, denn natürlich haben wir über CapEx, OpEx, also Investitionen, Betriebskosten et cetera diskutiert, über die Frage: Macht das der Konzern? Gleichzeitig haben wir versucht, das Henne-und-Ei-Problem zu lösen, sprich, wir haben mit der EWE AG, der Gasunie Deutschland Services GmbH, der TenneT GmbH gesprochen, denn was nützt uns die Umstellung auf wasserstoffbasierte Produktionsverfahren, wenn wir keinen Wasserstoff haben und auch in Bremen nicht zur Verfügung haben?

Es ist tatsächlich ziemlich komplex gewesen, auch der Kommission in Brüssel zu erklären, warum wir keine Wettbewerbsverzerrung haben, wenn die Kommission in Brüssel diese Anträge bewilligt. Insbesondere wegen der Stahlwerke waren wir im Mai noch mal da, weil die Kommission so ein bisschen vor 25 Jahren hängengeblieben ist und versucht hat, uns zu erklären, dass das eine Wettbewerbsverzerrung wäre, die ich nicht verstanden habe, Herr Michalik, denn sämtliche europäische Stahlunternehmen, oder in Europa ansässige Stahlunternehmen, haben diese Anträge gestellt. Es war übrigens auch nicht einfach, die Bundesregierung, noch die alte, davon zu überzeugen, dass sie auch alle Anträge an die Kommission weiterleitet. Auch da habe ich damals mit meinen Kollegen, vor allen Dingen mit Bernd Althusmann sehr intensive Gespräche mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) führen müssen.

Jetzt haben wir eine Situation, dass wir einen Bundeswirtschaftsminister haben, der gesagt hat: "Na ja, gut, wenn die Kommission so viel nachstellt," – sie stellte übrigens nicht nach wegen des Bremer Werkes, sondern tatsächlich wegen der Verknüpfung zu Eisenhüttenstadt, wo ich übrigens dann auch mal war – "dann macht einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn". Herr Habeck hat das auch vor den Stahlwerken verkündet. Es liegt aber nicht in der Hand der Politik, eine Eigentümerentscheidung herbeizuführen, obwohl wir schon Mitte der Legislaturperiode einen Grundsatzbeschluss gefasst haben, dass wir diese hohen Kosten kofinanzieren werden, um diesen vorzeitigen Maßnahmenbeginn dann auch zu erzwingen.

Deswegen fand ich das, ehrlich gesagt, ziemlich demagogisch von Herrn Eckhoff in der Haushaltsrede, dass er sagte, der Senat habe keinen Mittelabfluss. Das gilt übrigens auch für den kleinen Elektrolyseur, für den die Mittel ja schon bereitstehen. Aber wenn zwei Unternehmen, in dem Fall swb AG und ArcelorMittal anderthalb Jahre brauchen, um ein Konsortium zu gründen, damit der Elektrolyseur – –, – der ist übrigens gerade an die Rostocker APEX Group, APEX Nova Holding GmbH, in Auftrag gegeben - damit das passiert, auch dann kann die Politik nichts dafür, denn die Politik hat in dem Fall sehr schnell und sehr früh entschieden: Wir nehmen die Stahlwerke ernst, wir nehmen das übrigens auch mit der Transformation der Wasserstoffwirtschaft ernst.

Wir zahlen aus Landesmitteln, was übrigens sehr viel Eindruck beim BMWi gemacht hat, weil nämlich auch die Staatssekretäre und der Bundeswirtschaftsminister damals sagten: "Okay, Bremen nimmt das ernst. Aber wir können nichts dafür, dass ein Unternehmen oder zwei Unternehmen für eine Gründung eines Konsortiums etwas länger brauchten, als uns das wünschenswert erschien."

(Beifall DIE LINKE)

Nichtsdestotrotz, ich bin sehr zuversichtlich. Ich bin übrigens auch sehr zuversichtlich im norddeutschen Verbund. Dr. Magnus Buhlert wird das wissen: Wir haben 2019 die Norddeutsche Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht, die übrigens die Blaupause für die Nationale Wasserstoffstrategie war. Am 19. November 2019 in Lübeck, oder am 17., ich weiß es nicht mehr genau, gab es eine sehr interessante Diskussion, und an der Stelle haben wir norddeutsche Kooperation wirklich einmal ernst gemeint, und haben es tatsächlich auch geschafft, nicht in Bundeslandesgrenzen zu denken, sondern vor allen Dingen diese Wasserstoffprojekte länderübergreifend zu implementieren und haben uns übrigens auch immer gemeinsam dafür eingesetzt.

Es geht sogar weiter. Wir leben hier nicht nur in einem föderalen System, das wir an der Stelle überwunden haben. Weil nämlich in der Implementierung einer Wasserstoffwirtschaft, ich sage ausdrücklich Wirtschaft, eine große Chance für den Nordwesten liegt, sind wir vor zwei Jahren auch schon in Nordholland gewesen, um mit den Unternehmen da zu reden, damit wir die Wasserstoffproduktionsinfrastruktur entlang der gesamten Nordseeküste von den Niederlanden über Norddeutschland bis nach Dänemark, letztendlich auch bis nach

Norwegen – auch da waren wir – tatsächlich umgesetzt kriegen.

Diese ganzen Gespräche, die wir geführt haben, haben übrigens auch zum Resultat gehabt, dass die Wasserstoffinfrastruktur nicht an Bremen und Bremerhaven vorbeigeht, sondern dass wir sogar mit als Erstes angebunden werden. Wenn dann Herr Eckhoff sagt, da sind noch vier Millionen Euro über, dann liegt das ausnahmsweise mal nicht an zähen Prozessen im Senat und in der Verwaltung, sondern tatsächlich an den Umständen von Unternehmensentscheidungen, die wir nicht schneller beeinflussen konnten.

Nebenbei will ich mal zwei, drei andere Sachen sagen, denn die Große Anfrage, Herr Michalik, umfasst ja nicht nur die Stahlwerke.

"Clean Hydrogen Coastline" und "HyPerLink", also die Linien, die Bänder, die ich Ihnen eben versucht habe, anhand der Wasserstoff-Hanse zu erzählen, sind tatsächlich enorm wichtig für uns. Ich bin total froh, dass die EWE AG einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt hat, denn, wenn wir die Modifizierungswellen der Kommission, also die unterschiedlichen Projekte - die haben ja gesagt "Wir machen erst das, dann das, dann das", die Industrie haben sie vorgezogen -, wenn wir die Infrastrukturprojekte nicht hinkriegen, dann hilft uns das auch nicht, vor allen Dingen, weil wir wissen, wie lange das dauert. Deswegen bin ich heilfroh, dass die EWE AG tatsächlich den vorzeitigen Maßnahmenbeginn für "Clean Hydrogen Coastline" beantragt hat, denn dann kriegen wir wirklich eine Parallelität hin, und das ist enorm wichtig.

Wir haben in der Tat versucht, sehr schnell und deutlich klarzumachen – und das ist uns auch gelungen –, dass wir eine Verbindung des Elektrolyseurs bei den Stahlwerken mit diesem norddeutschen Wasserstoffnetz brauchen und haben wollen, übrigens auch für WIPLiN, das ist das Projekt von Airbus für die Umstellung zu klimaneutralem Fliegen. Das sind absolute Schlüsselprojekte, und die sind miteinander verflochten und verbunden. Ich hoffe, ich habe der Kommission im Mai verdeutlichen können, dass wir das eine nicht ohne das andere können. Insofern haben wir uns schon vor anderthalb Jahren im Senat – übrigens vor Hamburg, vor Niedersachsen – im Grundsatz dazu bekannt, kozufinanzieren.

Es ist so, da sind wir auch nicht untätig gewesen, dass wir durchaus versucht haben, bei der Bundesregierung bezogen auf die 30/70-Finanzierung was zu drehen, um dem Bremer Haushalt etwas zu ersparen. Übrigens wollten das auch die anderen Kollegen in den Bundesländern, denn diese 30/70 gibt nicht die Kommission in Brüssel vor, das war in dem Fall die Bundesregierung. Die Bundesregierung hält aber weiterhin an diesem Förderverhältnis fest. Ich versuche weiterhin, daran was zu ändern. Ich denke auch, dass ein Wirtschaftsminister des Bundes da auch eine Verantwortung gegenüber den Ländern, den Unternehmen und den Arbeitnehmer:innen hat, denn am Ende des Tages darf so was nicht an Haushaltsfragen scheitern.

(Beifall DIE LINKE)

Um es mal ganz klar deutlich zu machen: Auch Länder, die einen Haushaltsüberschuss haben, haben ein Riesenproblem mit dieser Kofinanzierung und haben das auch immer deutlich gemacht, weil es in der Investitionsförderung eine der herausragenden Größenordnungen ist. Herr Michalik, ich kann Ihnen sogar genau aufsplitten, welche Projekte wann und in welchem Haushaltsjahr welche Kofinanzierung brauchen. Ich darf es nicht. Da gibt es ein Wettbewerbsrecht. Aber um das mal ganz klar und deutlich zu sagen, und da spanne ich den Bogen zu der vorherigen Debatte: Wir brauchen für die Zeit bis 2027 tatsächlich die Kreditermächtigung, die wir hier gerade in erster Lesung besprochen und die Sie beschlossen haben, weil nämlich in diesem Verfahren die großen Summen immer erst in den letzten zwei, drei Jahren abfließen werden.

Im Moment brauchen alle Unternehmen, ob das nun die EWE AG ist, ob das die Stahlwerke sind oder dann später Airbus, lediglich Planungsmittel. Die Riesensummen, die ich Ihnen aus dem Kopf sagen könnte, die werden 2026 und 2027 für den Bremer Senat fällig. Dafür brauchen wir bereitstehende Mittel oder eben halt die Möglichkeit, Mittel bereitstellen zu können. Das ist übrigens der tiefe Sinn und Zweck dieser Debatte gewesen, die wir zum Nachtragshaushalt geführt haben. Das ist auch einer der Gründe für die Laufzeit dieses Fonds und dieser Kreditermächtigung: Weil wir das Geld tatsächlich ausgeben, ausgeben müssen, ausgeben wollen, weil wir Bremens Wirtschaft nicht hinten abhängen wollen, weil wir ein Bundesland mit einem industriellen Kern bleiben wollen, weil wir aber eben halt auch in der Summe die Arbeitsplätze erhalten wollen.

Nach meinem Dafürhalten liegen in all diesen Maßnahmen, die wir jetzt aufsetzen – und damit ende ich – die größten Chancen für Bremen, Bremerhaven, Niedersachsen, die wir tatsächlich seit der Transformation einiger Bereiche, wie der Werftindustrie in den Siebzigern und Achtzigern, haben. Wir haben zum ersten Mal nach 30, 40 Jahren die Chance, mit der Umstellung auf Wasserstoffwirtschaft, regenerative Energien et cetera die Nase in der Wirtschaftsentwicklung mal wieder vorne zu haben. Wenn wir es ernst meinen, wenn wir da auch beieinanderstehen, wenn wir das mitfinanzieren, wenn wir die Rahmenbedingungen setzen, dann sind wir zum ersten Mal seit 40 Jahren in der Lage, auf eine nicht so ganz depressive Zukunft zu gucken, die uns sonst immer so prophezeit wird.

Von daher mache ich das mit vollster Überzeugung, und ich bin auch davon überzeugt, dass diese Mittel am Ende des Jahres 2027 komplett abgeflossen sein werden, weil die Kommission hoffentlich dann nächste oder übernächste Woche endlich mal notifiziert. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Rechner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß, dass ich zwischen Ihnen und der Mittagspause stehe. Als ich mich um Viertel vor meldete, dachte ich auch nicht, dass ich erst um 13 Uhr drankomme.

(Heiterkeit)

Insofern, meine Damen und Herren, ein paar kleine, kurze Aspekte, die mir doch wichtig sind: Wir in Norddeutschland haben den Offshore-Wind, der wird ausgebaut. Den kann man sehr gut mit Meerwasser, mit aufgereinigtem Meerwasser zu Wasserstoff machen. Deswegen sind hier die Wasserstoffnetze auszubauen, und deswegen haben wir hier die Chance, Arbeitsplätze anzusiedeln. Deswegen können hier die Pipelines gebaut werden und die Anbindungen, die notwendig sind und angesprochen wurden, um die Elektrolyseure, aber auch die Elektroschmelzöfen anzuschließen. Wenn wir all das tun wollen, brauchen wir diese Leitung und diese Pipelines. Da können wir gerne, und da bin ich ganz bei Ihnen, mit dem Bund weiter alle versuchen, dieses 30/70-Verhältnis zu verändern, das die Länder alle sehr quält an der Stelle.

Was wir machen müssen, ist, die Planungs- und Genehmigungsverfahren für all das zu beschleunigen. Bremen hat Menschen zusammengezogen, die genau dieses tun sollen, sowohl bei der Gewerbeaufsicht als auch für diese Anbindungsverfahren, die dann in diesen Arbeitsgruppen arbeiten. Genau das müssen wir im Blick haben, und das ist mir wichtig, denn wir dürfen nicht nur sagen, dass wir das schnell wollen, wir müssen es auch mit den entsprechenden Geschwindigkeiten und entsprechend der Konzentration darauf und unter Ausnutzung der Möglichkeiten, die uns die EU-Notfallverordnung gibt und hoffentlich noch länger gibt, machen. Denn nur, wenn wir das schnell machen, werden wir es schaffen.

Es gibt zwei Dinge, die das notwendig machen. Das Klima ist schon angesprochen worden, dass es notwendig macht, möglichst schnell in die CO₂-Einsparung zu kommen. Das andere ist die Inflation. Insofern haben auch die Unternehmen ein Interesse. Kostensteigerungen sollten sie dazu bringen, möglichst schnell in die moderne Infrastruktur zu investieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft Landtag nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 20/1540, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für eine Mittagspause bis 14:35 Uhr. – Vielen Dank!

(Unterbrechung der Sitzung 13:02 Uhr)

*

Präsident Frank Imhoff eröffnet die unterbrochene Sitzung wieder um 14:35 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir setzen nun die Tagesordnung fort.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU das Thema: "21 196 Menschen warten auf die Bearbeitung ihrer Strafanzeigen, Tendenz steigend – Senat vernachlässigt die innere Sicherheit", zweitens auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP das Thema: "Ergebnisse der Vergleichsarbeiten in Jahrgangsstufe 3 und 8 (VERA-3/-8): Ist Rot-Grün-Rot unfähig zur Trendwende in der Bildungspolitik?"

Zum ersten Thema ist als Vertreter des Senats Senator Ulrich Mäurer anwesend und zum zweiten Thema ist als Vertreterin des Senats Senatorin Sascha Karolin Aulepp anwesend.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs und der Themen verfahren

Ich rufe jetzt das erste Thema der Aktuellen Stunde auf.

21 196 Menschen warten auf die Bearbeitung ihrer Strafanzeigen, Tendenz steigend – Senat vernachlässigt die innere Sicherheit

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Heiko Strohmann das Wort.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde einberufen: "21 196 Menschen warten auf die Bearbeitung ihrer Strafanzeigen, Tendenz steigend – Senat vernachlässigt die innere Sicherheit".

Um es im Polizeijargon zu sagen, wir haben 14 Jahre ermittelt und den Fall endlich gelöst: Sie, Herr Senator Mäurer, sind ein Blender! Die Aktenhalde bei der Polizei ist erneut innerhalb kürzester Zeit in die Höhe geschnellt, von Juni 2021, 12 078 Fälle, auf den aktuellen Höchststand von 21 196 Fällen im November 2022, und das ist schon wieder drei Monate her. Sie haben groß im Sommer verkündet, mit Ihrem Abschlussbericht, dass Sie jetzt endlich die Bearbeitungsrückstände zurückfahren werden. Seitdem gab es 3 500 Fälle mehr.

Der Polizeipräsident hat bereits eine düstere Zukunft skizziert, dadurch dass er gesagt hat, die Fälle werden noch weiter steigen, gerade in Anbetracht der Umstrukturierung des Personals des K32, das ist Kindesmissbrauch, und in Anbetracht des Hauptbahnhofs. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Das sind ja nicht 21 196 Fälle, sondern das ist bei insgesamt 63 000 Fällen ein Drittel, das in der Stadtgemeinde Bremen nicht bearbeitet wird. In Bremerhaven sind es dann noch 1 300 Fälle. Da ist die Lage nicht ganz so düster, aber positiv kann man das auch nicht nennen.

Man muss sich vorstellen, das sind über 21 000 Fälle. Das sind Einzelschicksale. Das sind Straftäter, die weiter frei rumlaufen und wieder Straftaten begehen. Für uns ist das zum Teil eine Aufgabe des Rechtsstaats. Dieses, das wissen wir alle, führt zu einer Verrohung der Gesellschaft. Was sind Ihre Erklärungen? Corona? Oder sonst was? Oder auch mal ganz gerne die alternative Ersatzerklärung, Ihr Vorgänger oder Vorvorgänger als Innensenator vor 16 Jahren? Vielleicht, Herr Senator Mäurer, sollten Sie sich mal eingestehen, dass Sie erhebliche Fehler in Ihrer Funktion gemacht haben. Zumindest müssen wir feststellen, Sie haben nach wie vor eine verfehlte Personalpolitik und das schon seit Jahren.

(Beifall CDU)

Sie sagen ja selbst, dass Ihnen die Ausschreibungen für neues Personal einfach zu lange dauern, aber was könnten Sie machen. Sie können sich ganz einfach darum kümmern, dass wir eine größere Hochschule für Öffentliche Verwaltung haben, um mehr auszubilden, dass wir mehr Nichtvollzugsbeamte einstellen, und Sie können die Rahmenbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten, für die Feuerwehrleute mit Besoldung und dem Zulagenwesen wirklich so gestalten, – –.

Wir haben einen aktuellen Fall, wie Sie es gemacht haben, und das zeichnet ein Bild, wie Sie arbeiten: Sie haben großmundig die Sonderzulagen versprochen, gerade für den sehr schwierigen Bereich der K32, wo wirklich harte Arbeit geleistet werden muss, sich diese ganzen Missbrauchsfälle anzuschauen. Wie wir ja alle im Haushalts- und Finanzausschuss erfahren haben, sind Sie da wieder eingeknickt. Es ist nichts passiert! Mehr als Versprechungen ist nicht passiert.

(Beifall CDU)

Ich gestehe Ihnen ja persönlich zu, dass Sie gerne mehr Personal haben möchten, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, dann müssen Sie auch dafür sorgen. Sie sind derjenige Senator, der in diesem Senat immer wieder einknickt.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Andere Senatoren können es ja auch. Frau Dr. Schaefer kriegt mal eben einen neuen Abteilungsleiter und drei Referatsleiter zugestanden. Was ist bei Ihnen? Das muss man feststellen, Sie sind einfach ein Ankündigungssenator.

(Beifall CDU)

Es geht ja weiter. Es ist ja nur ein Fall von vielen Fällen. Wenn man sich das mal anguckt: Künstliche Intelligenz, digitale Möglichkeiten – das schaffen Sie nur, um irgendwelche Vorgänge von Kontrollquittungen zu organisieren beziehungsweise die Halde der liegenden Akten für das Rückstandsmanagement zu digitalisieren. Die Lösung, die Sie dann anbieten: Sie wollen jetzt Unterstützungskräfte aus dem Landesamt für Verfassungsschutz, aus der Kripo, der Bereitschaftspolizei zusammenholen. Dann wissen wir aber doch jetzt auch schon wieder, wo die nächsten Überlastungsanzeigen stattfinden.

Wir wissen auch, wie Sie sich gerne sehen: der Law-and-Order-Uli. Wie Sie aber wirklich denken, haben wir zuletzt bei "buten un binnen" gesehen, wie Sie sich dazu geäußert haben, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach Lützerath zu schicken. Das war als Dienstherr eine Ohrfeige gegenüber Ihren Bediensteten.

(Beifall CDU)

Das muss ich klar und deutlich sagen. Wenn Sie sich hinstellen und infrage stellen, ob Polizistinnen und Polizisten wirklich diesen Rechtsstaat schützen, die das Machtmonopol ausüben, dass man denen sagt, na, eigentlich ist es Unrecht, was ihr da macht, und eigentlich neige ich dazu, diesen aggressiven Demonstranten zuzustimmen. Das ist eine Aussage, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss.

(Beifall CDU)

Wir wissen alle, dass auch die Polizei am Limit steht, und Sie versuchen und zerren an dem großen Tischtuch, das immer kleiner wird. Und am Ende? Irgendein Fuß hängt dann doch noch mal raus. Dann ziehen Sie da ab, ziehen Sie da ab, und wir wissen, dass bestimmte Bereiche der Ermittlungsarbeit, ob das jetzt bei den Ermittlungsverfahren

EncroChat ist, ob das bei den Missbrauchsfällen ist oder ob es am Hauptbahnhof ist, es fehlt jetzt und perspektivisch Personal. Das ist entscheidend, dass wir das jetzt ausbilden.

Für uns als CDU-Fraktion ist entscheidend: Woran misst man eigentlich einen guten Innensenator? Was ist der Indikator dafür in der Wahrnehmung auch in der Bevölkerung? Subjektives Sicherheitsgefühl der Menschen: eine Katastrophe. Bearbeitungsdauer von Straftaten: miserabel. Chance, Opfer einer Straftat in Bremen zu werden: sehr hoch.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Wer sagt das denn? Wo sind die Belege dafür?)

Rückhalt für seine Polizisten und Feuerwehrleute: mangelhaft. Die Belege liefern Sie ja selber immer, wie Sie sich dazu äußern. Gerade bei der Unterstützung und dem Gefühl, den Menschen bei der Polizei und bei der Feuerwehr ein Gefühl zu geben, dass ihr Job sehr wichtig ist, mangelt es nach wie vor

(Beifall CDU)

Nächstes: Nicht nur, dass Sie da an diesen Punkten scheitern, tönen Sie auf einmal raus, wir brauchen eine neue Zielzahl. Oder Sie setzen die neue Zielzahl 3 100. Wem wollen Sie das eigentlich erzählen? Sie haben ja selbst die Zahl von 2019, die beschlossene Zahl mit den 2 900, nicht im Entferntesten erreicht. Wir sind jetzt bei 2 675. Wenn Sie es dann nicht erreichen, weil Sie gerade diese perspektivische Planung nicht vollziehen, weil wir immer noch keine erweiterte Hochschule für Öffentliche Verwaltung haben, die am Anschlag arbeitet, zucken Sie mit den Schultern und sagen, ja, es ist so. Wie Sie diese 3 100 erreichen wollen, das haben Sie bisher nicht gesagt.

Ob bei der Bremer Polizei oder der Feuerwehr, die Belegschaft fühlt sich von der Politik nicht mehr unterstützt und nicht wertgeschätzt. Das war schon unter Rot-Grün sehr schwierig, oftmals, hat sich jetzt aber noch mal seit Rot-Grün-Rot wirklich verschärft. Das ist nicht nur ein Signal an die Menschen in dieser Stadt, in diesem Land, sondern auch an die Polizistinnen und Polizisten, an die Feuerwehrleute, welche Priorität die innere Sicherheit in diesem Senat hat, nämlich keine. Das muss man klar und deutlich feststellen.

(Beifall CDU)

Ich möchte mal einen Überblick Ihrer Bilanz auch in dieser Legislaturperiode abgeben und wo Sie auch immer wieder als Innensenator eingeknickt sind. Im vollmundigen Ankündigen, das können Sie sehr gut, aber ich nehme mal ein Beispiel: Beim Polizeigesetz sind Sie eingeknickt. Jetzt, die Ausstellung von Quittungen, mehr Bürokratie wegen unnötiger Datenschutzregeln. Der Rassismusskandal bei der Feuerwehr. Sie haben es zugelassen, dass in diesem Abschlussbericht drinsteht, dass es einen strukturellen Rassismus bei der Feuerwehr gibt. Das finde ich ziemlich ungehörig. Da haben Sie alle über einen Kamm geschoren. Das ist auch ein Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr. Vielen Dank dafür.

(Beifall CDU)

Das nächste Beispiel hier in Bremen: Sie haben es nicht hingekriegt, dass zum Beispiel der Taser eingeführt wird, so, wie es ja in Bremerhaven gemacht wird. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, mit dem Taser könnte das 54-jährige Opfer im Breitenbachhof in Gröpelingen immer noch am Leben sein. Es ist nicht nur das Opfer, das wir zu verzeichnen haben, sondern es ist ja auch der Schütze, den Sie wirklich in eine schwere Krise gestürzt haben, weil Sie nicht in der Lage sind, die Polizei so auszustatten, wie sie auszustatten ist.

(Beifall CDU)

Im Kampf gegen den Linksextremismus sind Sie völlig untergetaucht, da ist bis jetzt noch nichts passiert. Sie lassen es geschehen, dass Firmen sich mit Brandanschlägen konfrontieren müssen, dass Hausbesetzungen ganz normal geworden sind, dass Angriffe auf Polizei und Rettungsdienste normal geworden sind, und kein Signal von Ihnen. Sie haben die Polizeidiensthunde abgeschafft, und Sie sind auch grandios bei der Änderung des Ortsgesetzes am Bahnhof gescheitert. Das Ergebnis haben wir seit Monaten gesehen. Mal davon so nebenher abgesehen, bei der Sperrung am Wall für die Polizeiwache, da haben Sie gesagt, ja, wir müssen da mal irgendwas machen, aber wann, wissen wir alle nicht

Andersrum machen Sie dann irgendwelche Sachen mit, die dann Herr Saxe wieder mal fordert, irgendwelche Autoposer. Das kann man machen, aber wenn wir das Personal nicht haben, muss das nicht die Polizei machen, dann muss der, der es bestellt, es auch letztlich bezahlen oder auch bestellen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, für uns ist ganz wichtig, und das ist eigentlich die Forderung, die wir an Sie haben: Wir brauchen endlich eine neue Polizeiakademie, die sowohl das bisherige Hochschulstudium unserer Polizeianwärter in den kommenden Jahren sicherstellt, aber auch zusätzlich perspektivisch ein Fachabitur für die Polizei anbietet. Wir brauchen mehr Polizisten, die im Nichtvollzug eingestellt werden. Somit könnten Sie Vollzugsbeamte bei bestimmten Aufgaben entlasten.

Wir brauchen eins ganz besonders und das ist das, was mich eigentlich am meisten nervt, dass Sie die Möglichkeiten, die wir jetzt mit dem Potenzial haben, nicht nutzen. Wir brauchen eine vernünftige digitale Ausstattung der Polizisten. Es kann doch nicht angehen, dass bei einer Polizeikontrolle immer noch über Funk in die Zentrale eine Verkehrsüberprüfung gemacht wird. Wo sind denn die digitalen Endgeräte? Das könnte die Polizeiarbeit effizienter machen. Sie müssen da nicht 30 Minuten rumstehen. Ich habe es selbst erlebt, ich war einmal dabei. Da könnten sie nämlich ganz andere Sachen machen. Wir müssen viel mehr Künstliche Intelligenz auch gerade im Bereich der K32 – –.

Was aber für mich und für die CDU-Fraktion ausschlaggebend ist, ist die Wertschätzung und die Unterstützung der Polizistinnen und Polizisten, der Feuerwehrleute und Feuerwehrleutinnen – ja, weiß ich jetzt gar nicht, wie das heißt –, das ist eigentlich das Entscheidende. Es ist die Wertschätzung. Hier haben Sie völlig versagt.

(Beifall CDU)

Man weiß als Polizist nicht, was man machen soll, was man machen darf, weil man Angst haben muss, sich unnötig zu rechtfertigen, und man weiß, man hat einen Dienstherren, der sich nicht vor einen stellt, wenn irgendwas passiert ist. Das haben wir bei dem Todesfall in Gröpelingen gesehen. Wo waren Sie da und haben sich konsequent zu 100 Prozent vor Ihre Polizei gestellt? – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Holger Welt.

Abgeordneter Holger Welt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Etwa 21 000 unbearbeitete Fälle sammeln sich zurzeit bei der Polizei Bremen an. So wurde es mitgeteilt.

Ich will es mir hier nicht einfach machen und es auch nicht schönreden. Dies sind 21 000 Fälle zu viel. Das ist ein Zustand, der so keinen Bestand haben darf. Ich denke, da sind wir uns alle einig.

Ich glaube aber auch, dass fraktionsübergreifend anerkannt wird, dass es eine sogenannte Halde durchaus geben darf. Das kommt in der Praxis, auch in anderen Bundesländern, seit Jahrzehnten immer wieder vor. Dem derzeitig quantitativen Zustand muss jedoch begegnet werden. Wer die Polizeiarbeit kennt, der weiß, dass es viele Fälle gibt, die in kürzester Zeit abgearbeitet werden können, und der weiß auch, dass es Fälle gibt, die eine besondere Zeit des Abarbeitens benötigen. Davon gibt es derzeit leider sehr viele.

Ich wiederhole an dieser Stelle das, was wir auch in der Deputation zu der Thematik gesagt haben: Wir als SPD-Fraktion erwarten von der Polizei einen nachhaltigen Abbau der Haldenfälle. Hierbei ist zukünftig auch darauf zu achten, dass es durch konzentrierte Abbauaktionen in einem Bereich nicht zeitgleich zu einem Aufwuchs in einem anderen Bereich kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Etwa 21 000 Haldenfälle in der Stadt Bremen fallen nicht vom Himmel. Einen Aufwuchs von Fällen haben wir auch in Bremerhaven, aber auch in anderen Bundesländern. Wir alle wissen um die angespannte Situation bei der Polizei nach Jahren der Coronazwänge. Ich möchte darauf hinweisen, dass es ein Konzept zum nachhaltigen Abbau von Bearbeitungsrückständen gibt und dass es da gut vorangeht.

Der Krankheitsstand unserer Beschäftigten bei der Polizei ist derzeit hoch und war hoch, meine Damen und Herren, dadurch bleibt manche Akte liegen und die Bearbeitung dauert länger.

Anders als viele andere konnten die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei während der Coronajahre nicht ins Homeoffice wechseln. Im Gegenteil: Während andere zu Hause bleiben konnten, waren unsere Polizeibeamten in den Jahren und Monaten der Unsicherheit, in einer Zeit ohne Impfstoff und tägliche Berichte über die an oder mit Corona Gestorbenen in unserem Land, für unsere Sicherheit immer vor Ort. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Blick in den Freundeskreis und Bekanntenkreis, aber auch ein Blick in die Parlamentsreihen im Herbst, im Winter letzten Jahres und auch jetzt – normalerweise sollte hier Kevin Lenkeit stehen, der ist krank, das ist einer dieser Fälle –, lässt uns erkennen, dass wir eine besondere Lage hatten und noch haben. Der Krankenstand ist unglaublich hoch und das betrifft, wie gesagt, auch die Polizistinnen und Polizisten. Man hat beinahe das Gefühl, es gibt jetzt nach Corona eine aufholende Entwicklung, Stichwort Erkältung und Grippe. Diese Krankheiten schlagen dieses Jahr deutlicher zu und das erleben wir jetzt auch bei der Polizei, meine Damen und Herren.

Für das erste Halbjahr 2021 wies die Polizei noch 65 688 Fehltage aus. Im ersten Halbjahr 2022 waren es 91 777 Fehltage, also sehr viele mehr. Das kranke Personal fehlt natürlich gerade in Zeiten von EncroChat-Ermittlungen, den vielen Einsätzen am Hauptbahnhof, und eigentlich bräuchten wir – man sagt immer "alle Mann an Bord", ich sage immer – alle Männer und Frauen an Bord, aber die mehr als 90 000 Fehltage müssen ausgeglichen werden, und ja, leider bleibt auch dabei manche Akte liegen. Das ist so.

Den Weg, die aufwachsende Polizei zu stärken, werden wir konsequent weitergehen, das will ich hier auch noch einmal deutlich sagen.

Kolleginnen und Kollegen, die rot-grün-rote Koalition hat sich in den vergangenen Jahren wie keine Koalition zuvor dem Ziel verschrieben, mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße zu bekommen. Ich füge hinzu: Wir haben dies sehr erfolgreich getan. Es wurde an dieser Stelle schon mehrfach erwähnt und ich erwähne es gern auch noch mal: Wir bilden pro Jahr mehr Polizistinnen und Polizisten aus als es der CDU-Innensenator in seiner ganzen vierjährigen Amtszeit getan hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Herr Strohmann, auch wenn wir das wiederholen, das ist so. Es werden viel mehr Polizisten eingestellt.

(Abgeordneter Mustafa-Güngör [SPD]: Die Röwekamp-Lücke ist das! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Delle heißt das!)

Ja, so ist das. Wir gehen jetzt bis an die Grenze der Belastbarkeit der Ausbilder und der räumlichen Möglichkeiten an den Hochschulen, und Sie haben recht, da müsste was getan werden, da können wir vielleicht auch noch was machen. Da sollen wir ran, das ist so.

(Abgeordnete Christine Schnittker [CDU]: Man müsste mal!)

Da sind auch Pläne und diesen Weg wollen wir weitergehenden, denn für uns Sozialdemokraten ist klar: Eine wachsende Stadt erfordert eine wachsende, gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei.

(Beifall SPD)

Dazu gehört auch die Digitalisierung, das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Anscheinend ja nicht!)

Doch, das ist so. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in Bremen bis 2027 auf 3 100 zu erhöhen. In Bremerhaven wollen wir die Zielzahl auf 580 anheben.

(Beifall SPD)

Die CDU-Fraktion hat zu dieser Zielzahl ja auch schon einen Wahlprüfstein in Form einer Kleinen Anfrage an den Senat geschickt. Haben Sie vielen Dank dafür!

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Gern!)

Auch werden wir weiter wie bisher ganz konsequent da, wo wir es brauchen, sogenanntes Nichtvollzugspersonal einstellen – Sie haben das erwähnt, das ist aber alles in der Mache, das passiert ja eigentlich schon –, also Personal, das die Kolleginnen und Kollegen in Uniform in vielen Bereichen unterstützt.

Liebe Kolleginnen, Kollegen, wir arbeiten eng mit dem Senat zusammen, wir stehen eng an der Seite der Polizei und wir nehmen selbstverständlich alle Probleme sehr ernst.

(Beifall SPD)

Liebe CDU, keine Angst, der Senat vernachlässigt ganz sicher nicht die innere Sicherheit, wie Sie es in der Überschrift geschrieben haben. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfang 2022 erreichen wir in Bremen eine Rekordmarke von 17 575 unbearbeiteten Ermittlungsfällen bei der Polizei und einen anscheinend hocherregten Innensenator: "In einem halben Jahr will ich diese Halde nicht mehr sehen", hat er gegenüber seiner Behörde gedonnert und Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ein halbes Jahr später, im Sommer 2022, sieht die Sache mit 15 622 Fällen plus 3 275 Fällen, die in der Kriminaltechnik warten, nicht besser aus. Die Maßnahmen des Senators zeigten keine nachhaltige Wirkung. Und heute? Heute ist die Situation schlimmer denn je.

Wie lange, so mag man sich fragen, ist das denn so? Ich bin mal zurückgegangen bis 2017. Auch da war Herr Mäurer schon Innensenator, und auch da hatten wir bereits 15 000 unbearbeitete Vorgänge auf Halde liegen, und schon damals klagte die Kriminalpolizei angesichts unbesetzter Stellen, dass sie seit Jahren nur noch das Nötigste bearbeiten könne. 2016 hatte Polizeipräsident Lutz Müller Alarm geschlagen und angekündigt, dass die Kripo ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann. Schon damals haben Freie Demokraten wieder und wieder mehr Personal für die Polizei gefordert, zum Beispiel in den Haushaltsberatungen mit jeweils zielgerichteten Anträgen. Immer wieder wurden unsere Vorschläge zurückgewiesen und dann irgendwann doch mal übernommen, zumindest auf dem Papier, aber an der Umsetzung scheitert es bis heute.

Genutzt hat es – das sehen wir deutlich – gar nichts, denn unser Innensenator, der sich insbesondere vor der Wahl als Mann der Tat präsentiert, war erfolglos darin, Prozesse so zu verändern, dass die Probleme in der Stadt gelöst werden, egal, ob wir über Graffiti, über die Drogenszene am Bahnhof oder die Halde bei der Kriminalpolizei sprechen. Der aktuell starke Aktionismus auf allen Feldern, die längst beackert gehören, fällt derzeit schon besonders auf und hat wahrscheinlich eben mit dem Rückenwind von der Wahl zu tun.

Also jetzt! Jetzt soll mal wieder das Problem endgültig gelöst werden. Letztes Mal hat man die Stellenzahl derer, die die Fälle bearbeiten sollen, drastisch erhöht, heute stellen wir fest, die Stellen sind geschaffen aber nicht besetzt. Aber im wahlmotivierten Lösungsmodus meint der Innensenator bei "buten un binnen" vor 14 Tagen, dass er das zeitnah schaffen wird, die Stellen zu besetzen, weil es wirklich dringend sei. Als ich das gehört habe, da fiel mir echt fast der Löffel aus der Hand, den ich hielt, als ich gerade am Fernseher vorbeigelaufen bin, weil ich gedacht habe: Wenn das geht, Herr Mäurer, wenn Sie das können, wenn Sie das angesichts der aktuellen Personalnot können und das möglich ist, warum besetzen Sie diese Stellen dann erst jetzt? Das kann wirklich keiner nachvollziehen, wenn wir mal darüber nachdenken, worum es hier geht.

(Beifall FDP)

Ich weiß schon, Sie werden sich nachher wieder mit einer gekonnten Mischung von Entschlossenheit und liebenswertem Schnauzbartschmunzeln vor uns stellen und erklären,

(Heiterkeit CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

was Sie alles vorhaben, und ich frage mich wirklich manchmal, wer von Ihren Polizisten das noch hören kann. Weil egal, um welches Thema es geht, ob um die Situation im Hauptbahnhof oder am Bahnhofsplatz, ob um die Straßenkriminalität im Innenstadtbereich, ob um Clankriminalität, ob um KoP-Stellen oder eben um die vielen unerledigten Akten bei der Kripo und der Kriminaltechnik: Ihr Personal geht seit Jahren auf dem Zahnfleisch und hat keine Spielräume mehr. Sie brauchen mehr Personal und eine bessere sachliche Ausstattung.

Ein Kollege berichtete kürzlich auf einer öffentlichen Veranstaltung von einer Betäubungsmittelstrafsache, wo ein Richter seit sieben Jahren auf das Wirkstoffgutachten wartet. Seit sieben Jahren sei das Verfahren auf Eis gelegt. Seit sieben Jahren sei das – –. Handy-Auswertung in Bremen dauert zwei Jahre. Nirgendwo in Deutschland ist das so. Das ist rechtsstaatswidrig, weil es seit Jahren massenhaft passiert. Dafür trägt die Landesregierung die politische Verantwortung.

Jetzt in dieser gigantischen Halde unerledigter Fälle, die sich auf viele Schreibtische verteilt, da befinden sich die grausamsten: erfasste Straftaten von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern, und zwar in wachsender Zahl.

Wer auch nur ansatzweise in der Realität gesehen hat, was hinter den Worten sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen auch in Form von Kinderpornografie steht, für den sind Gefühle von Ohnmacht und von Resignation und Sprachlosigkeit, die dieses unmenschliche und abstoßende Thema nach sich ziehen, erst mal ganz normal. Aber wir als Parlament dürfen dabei nicht stehenbleiben. Das darf uns nicht resignieren und handlungsunfähig machen.

(Beifall FDP)

Körper von Kindern und Jugendlichen sind wie die der Erwachsenen keine Ware, über die Menschen bestimmen dürfen oder die sie sich durch Geldzahlungen zum Objekt machen dürfen. Kinder vertrauen Erwachsenen. Sie können gar nicht anders, sie würden nämlich sonst nicht überleben. Sie brauchen ihre Zuwendung, und sie brauchen ihren Schutz. Solche Kinder und Jugendlichen nicht zu schützen oder gar ihre Offenheit und ihr Vertrauen als Erwachsene mit Füßen zu treten oder sie sogar selbst aktiv zu missbrauchen, um sie zu schädigen, das ist ein Verbrechen, diese Spuren können wir gar nimmer aus der Welt schaffen.

Die Kinderseelen sind als Opfer ein Leben lang gezeichnet, und ich frage mich echt: Was ist das für ein Zeichen, das wir damit setzen, dass wir ausgerechnet diese Thematik nicht in den Griff bekommen? Wenn ich bloß darüber nachdenke, wie lang der Weg ist, der hinter den Kindern liegt, bis ein Fall als erfasste Straftat auf dem Tisch liegt – und dann sind wir nicht in der Lage, das zu bearbeiten?

(Abgeordneter Nelson Janßen [DIE LINKE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist doch einfach nicht zu fassen.

(Beifall FDP)

Doch, da sind Strafanzeigen drin, in dieser Halde, die nicht abgearbeitet sind.

Ich sage, Sie brauchen mehr Personal, und Sie werden uns nachher erzählen, dass Sie jetzt die Zielzahl der Forderung unseres neulich vorgelegten Positionspapiers zur Stärkung der Polizei noch getoppt haben. Es geht aber nicht um einen Wettbewerb von möglichst hohen Zielzahlen auf geduldigem Papier, sondern darum, wie es angesichts der realen Personalknappheit faktisch gelingt, für mehr Personal zu sorgen.

(Beifall FDP)

Ja, die großen Ausbildungsjahrgänge bei der Polizei werden kommen, aber die werden nicht reichen. Ich erinnere noch mal: Sie hatten vor fünf Jahren unsere Forderungen zur Erhöhung von Polizeizielzahlen abgelehnt und dann vor vier Jahren in Ihren Koalitionsvertrag übernommen, aber gleichzeitig verbal vorgebaut, dass das natürlich nicht mehr geht, dass man das schafft, es in dieser Legislaturperiode zu erreichen. Im Grunde ist das ein starker Tobak. Wenn man jetzt erneut Ankündigungen macht, dass jetzt alle Probleme gelöst würden: In unseren Augen gilt hier kein hoffnungsvolles Warten auf die Lawinen neuer Abgänger, sondern es muss alles ausgelotet werden, was modernes, nachhaltiges Personalmanagement zu bieten hat.

Welche Schrauben können kleinschrittig gedreht werden, um Personal zu halten, zu motivieren, weiterzubilden, Quereinstiege zu schaffen, gesund zu halten und natürlich auch anhaltend und nachhaltig zu mehren? Wir haben im Dezember in einem umfassenden Positionspapier den Weg zu einem nachhaltigen Personalmanagement bei der Polizei beschrieben. Wir glauben zum einen, dass die Arbeit bei der Polizei, egal, ob als Polizeivollzugsbeamte oder Zivilbeschäftigte, deutlich an Attraktivität gewinnen muss, dann werden wir die Stellen auch besetzen können. Dazu mehr in meiner zweiten Runde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nelson Janßen.

Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die sogenannte Halde, also die unbearbeiteten Fälle, die der Polizei vorliegen, befindet sich auf einem derzeit nicht haltbar hohen Stand. Wie der Titel der Aktuellen Stunde der CDU bereits nennt, liegen knapp 22 000 unbearbeitete Strafanzeigen vor. Die Bürger:innen haben einen Anspruch darauf, dass ihre Anzeigen zügig und gründlich bearbeitet werden, aber nicht nur individuell ist es unbefriedigend, wenn Anzeigen liegenbleiben, sondern auch das Signal, dass Straftaten nicht zeitnah verfolgt werden, ist ein Problem.

Eine solche Halde entsteht allerdings nicht über Nacht. Im Juni 2021 bestand sie bereits in einer Größenordnung von 12 000 Vorgängen – also ein bisschen mehr als die Hälfte. Ein halbes Jahr später, Anfang letzten Jahres, waren es knapp 18 000 Fälle geworden. Der Senator reagierte und

setzte ein Projekt zum Abbau der Halde ein. Seit April 2022 arbeiteten zusätzlich 33 Vollzeitäquivalente, also Menschen insgesamt im Umfang von 33 VZÄ am Abbau. Im Mai 2022 wurde das Anwachsen damit erfolgreich gestoppt, bevor dann im letzten Quartal letzten Jahres der Anstieg leider wieder eingesetzt hat. Ab November stagnierte die Zahl auf etwa 21 000 Vorgängen, jetzt sind wir bei ungefähr 22 000.

Das Ressort hat dazu in der Innendeputation ein hohes Anzeigevolumen auf der einen Seite und hohe Krankenstände auf der anderen Seite angeführt. Ab diesem Monat stehen 50 VZÄ zum Abbau zur Verfügung, vor allen Dingen im Bereich K5, das ist Betrug und Wirtschaft, bei K7, regionale Kriminalität, und K32, nämlich genau den eben auch von der FDP genannten Sexualstraftaten. Es bleibt aber Fakt, dass trotz Abbau und erhöhtem Personaleinsatz mehr Altfälle dazukommen, als derzeit reduziert werden. Von einer Trendumkehr kann daher bisher nicht gesprochen werden, und das, obwohl das Anzeigeaufkommen zwar gegenüber dem vor Corona steigt, allerdings nur bei etwa plus sieben Prozent liegt, also keine Änderung, die durch die gleichzeitig erfolgte Erhöhung der Zielzahl nicht eigentlich kompensiert werden könnte.

Aktuell halten die Erhöhung der Zielzahl und die Erhöhung des realen Personalkörpers mit der Steigerung des Anzeigevolumens Schritt. Neben dem hohen Krankenstand Ende letzten Jahres, der übrigens auch genauso die Straßenbahn betroffen hat, die Kitas betroffen hat, die Schulen betroffen hat, gibt es Strukturermittlungsverfahren, die ebenfalls erhebliche Kapazitäten binden. Es führt aber an der Feststellung nichts daran vorbei, dass in den regionalen Kommissariaten sogar noch Fälle aus 2019 unbearbeitet liegen. So kann es nicht weitergehen.

Aus den zahlreichen Beratungsrunden der Innendeputation und den schriftlichen Berichten, die das Innenressort uns dazu vorgelegt hat, möchte ich aber noch ein paar Punkte ergänzen: Für den Bereich Kriminaltechnik hat das Innenressort die Planstellen für die Sachverständigen beispielsweise von zwei auf sieben aufgestockt, und die Halde konnte damit deutlich reduziert werden. Der Bereich Cybercrime hat seine Halde um beeindruckende 85 Prozent reduziert. Eine richtige Schwerpunktsetzung finden wir auch die Priorisierung von angezeigten Sexualdelikten, die im Anzeigeverhalten deutlich angestiegen sind, nicht zuletzt durch die NCMEC-Verfahren.

Dass trotz gestiegener Anzeigen die Halde hier sehr klein gehalten wird, halte ich für einen guten Erfolg, den ich in dieser ansonsten nicht so erfreulichen Debatte auch einmal unterstreichen und für den ich mich bedanken möchte.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Daher kann ich nicht ganz nachvollziehen, wie Sie, Frau Bergmann von der FDP, sich hier hinstellen und sagen: "Gerade bei den Sexualdelikten darf so was nicht passieren". Wenn Sie sich die Berichte aus der Innendeputation angucken, dann sehen Sie, das passiert auch gar nicht. Da haben Sie doch an den Tatsachen ziemlich wissend vorbeigeredet, oder Sie haben die Berichte aus der Innendeputation nicht gelesen.

Dass Ermittlungsgruppen eingerichtet werden, dass Strukturermittlungsverfahren geführt werden, Stichwort EncroChat, bleibt ebenfalls ein richtiger und nachvollziehbarer Personaleinsatz. Ich habe bisher von der CDU jedenfalls nicht gehört, dass Sie dieser Schwerpunktsetzung widersprechen würden. Wo würden Sie eigentlich genau Personalsteuerung anders gestalten? Welche Bereiche innerhalb der Polizei haben aus Ihrer Sicht eigentlich derzeit zu viel Personal?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Bei uns würde das Problem ja gar nicht bestehen!)

Ihre Lösung scheint ja zumindest nicht zu sein, jetzt deutlich höhere Zielzahlen ins Auge zu fassen als die, die im derzeitigen Aufbaupfad auch bereits ins Auge gefasst sind. Die Innenbehörde bringt auch heute schon die Hochschule für Öffentliche Verwaltung durch die deutlich erhöhten Ausbildungsjahrgänge an die Kapazitätsgrenzen. In den derzeitigen Strukturen zusätzliches Personal neu einzustellen, erscheint zumindest mit den aktuellen Rahmenbedingungen kaum möglich.

Aus Sicht der Linken sind wir wenig überzeugt von Teilen der Schwerpunktmaßnahmen, die durch die Polizei im Bereich Hauptbahnhof oder Viertel derzeit geführt werden. Personal in einer solchen Lage beispielsweise in andere Bundesländer nach Lützerath zu schicken, finden wir auch nicht nur klimapolitisch falsch, sondern auch aus Perspektive der Bürger:innen, die hier auf die Bearbeitung Ihrer Anzeigen warten, nicht richtig. Dass nun Kräfte weniger im Bereich Kontrolldelikte zugunsten des Haldenabbaus fokussiert und Schwerpunktmaßnahmen reduziert werden, halten wir aber für die richtige Schwerpunktsetzung der Innenbehörde.

Neben der Personalsteuerung stehen aber weitere Verbesserungen zumindest im Raum. Dass nun der Einsatzdienst in den nächsten Monaten mit Smartphones ausgestattet wird und damit Eingaben, die auf Streife getätigt werden, nicht danach händisch noch mal übertragen werden müssen, wird die Arbeit ebenso erleichtern wie Verfahrensänderungen, beispielsweise die verfahrenssichere Dokumentation bei Erstvernehmungen. Auch das eine Erleichterung im Verfahren. Die CDU hat aber in dieser Aktuellen Stunde mal wieder keine Lösung geliefert,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Doch! – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Bitte?)

sondern lamentiert eher ziellos herum, in der Hoffnung, damit ihr innenpolitisches Profil zu schärfen.

Ehrlich gesagt haben Sie sich auch nicht auf ihre eigene Aktuelle Stunde bezogen oder auf die Überschrift, sondern eher eine Generaldebatte geführt zum Thema: Was fällt mir zur Innenpolitik ein? Sie haben keine Vorschläge für eine andere Personalsteuerung unterbreitet, Sie wollen beispielsweise in Ihrem Programm ja auch mehr Videoüberwachung, obwohl die Videoforensik übrigens eine extrem hohe Halde hat, weil man dazu auch Personal braucht, um das abzuarbeiten. Sie wollen mehr Schwerpunktmaßnahmen am Hauptbahnhof, obwohl das auch kein Problem löst, aber die Halde weiter ansteigen lässt. Sie fordern in Ihrem neuen Programm eine Strategie der Nadelstiche, so was Erfolgloses wie in Berlin, also auch extrem hoher Personalaufwand, extrem viele zu bearbeitende Anzeigen, extrem wenig Ergebnisse, erst recht keine Änderung in dem Bereich, in dem man sie erwartet.

Kurzum: Der Zustand ist nicht zufriedenstellend. Wir halten die Gegenmaßnahmen und die Schwerpunktsetzung der Innenbehörde allerdings in den allermeisten Fällen für richtig. Die CDU hat außer Herummaulen heute leider auch nichts zu bieten gehabt. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, wieder zu Ihnen sprechen zu können nach so einer langen Zeit.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP)

Danke! Wenn Sie mir noch artig zuhören, wird alles besser am Ende der Thematik.

(Heiterkeit)

Danke schön! Ich würde gern auf den Beitrag von dem Kollegen Janßen eingehen, der richtig beschrieben hat, um welches Problem wir uns hier eigentlich drehen. Es ist ein ernsthaftes Problem, und ich hätte da von der CDU eigentlich viel mehr erwartet. Sie haben einen Teil Ihres Wahlprogramms vorgestellt, das aber keinerlei Lösung angeboten hat. Das vermisse ich. Ich habe bis zum Ende zugehört, und dabei ist leider nichts rübergekommen, Herr Strohmann.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir sind die Lösung!)

Sie haben ja noch die Gelegenheit, in der zweiten Runde die Lösung der CDU vorzustellen.

In der Tat, wir finden, sie ist total wichtig, diese gesamte Debatte um Wertschätzung für Polizei, für Feuerwehr und Rettungskräfte. Ich appelliere da noch mal an das ganze Haus, das nicht zu instrumentalisieren. Es gibt diesen hohen Stellenwert, den kann man aber nicht immer daran bemessen, so, wie Sie es gesagt haben, Herr Strohmann, an mehr Besoldung, mehr Zulagen, mehr Räumlichkeiten an der Hochschule oder solchen Einrichtungen. Der wird doch auch dadurch bemessen, welches Umfeld man schafft, damit diese Menschen, die hier tagtäglich arbeiten und ziemlich viel riskieren, auch ein Arbeitsumfeld haben, in dem sie einigermaßen aufgehen und nicht zum Beispiel unter solchen Halden fast zusammenbrechen.

Unsere Erkenntnisse, auch aus dem ganzen Bereich, der jetzt in der Debatte noch einmal offenkundig geworden ist, aber auch in der Deputation vorgetragen wurde, zeigt uns, als Grünen-Fraktion sind wir auch nicht damit zufrieden, dass diese Halde so groß geworden ist, nicht abgebaut wurde und nach wie vor in einigen Bereichen aufwächst. Da sollte man, finde ich, immer noch mal ein bisschen kleinteiliger werden. Wir haben einige Bereiche – Es gibt Deliktsbereiche, die schießen durch die Decke. Ich möchte nur zwei, drei Punkte erwähnen, weil diese Punkte total wichtig sind, um diese Problematik einzuordnen.

Wir haben in der gesamten Coronazeit das Phänomen gehabt, dass viele Leute, vielleicht, weil sie im Homeoffice waren, diese Zeit genutzt haben, um Internetbetrügereien zu begehen. Die haben Warenkreditbetrug gemacht, Waren bestellt und nicht bezahlt, die Ware abgefangen, und man hat auf der anderen Seite immer geschädigte Menschen, die Strafanzeige stellen. Entsprechend hat man in dem Bereich dann ein Strafanzeigenaufkommen, das schrittweise ansteigt und entsprechend bearbeitet werden muss.

Aus den gesamten Debatten ist auch hervorgegangen: Es gab immer eine Schwerpunktsetzung. Bei dem Bereich Sexualstrafdelikte ist das ein unheimlich wichtiger Punkt, da kann man keine Zeit verstreichen lassen, wenn offenkundig ist, dass ein Sexualstraftäter Kindesmissbrauch betreibt. Der muss dingfest gemacht werden.

Da glauben Sie doch nicht im Ernst, dass die Polizei solche Fälle liegen lässt, wenn solch eine Strafanzeige eingeht oder wenn man von ausländischen Polizeien die Hinweise bekommt und dort mitten in der Ermittlungsarbeit ist, dass man das vernachlässigt. Auch das geht nicht aus der gesamten Lage der Unterlagen hervor, dass das der Fall war.

Der andere Bereich ist, wir sehen noch ziemlich viel Luft im Bereich der Prozessoptimierung – Geld ist nicht alles, Personalnachsteuerung ist auch nicht alles -, dass man einzelne interne Prozesse optimiert und flexibel auf einzelne Deliktsbereiche umschwenkt, so, wie das ja auch schon gemacht wird. Das heißt, wenn ein Bereich ein hohes Anzeigenaufkommen hat, kann man davon ausgehen, dass das nicht abflachen wird, dass diese Kurve stabil und hoch bleibt. Das heißt, da muss man personell nachsteuern. Es sind für 2023Maßnahmen geplant, sowohl jetzt für das erste Quartal als auch für den Rest des Jahres. Ich finde es ist richtig, wenn der Senat hier die Einstellung hat, dass man einerseits Kräfte zusammenzieht, andererseits Kräfte umverteilt, um einzelne Bereiche abzuarbeiten.

Trotzdem, wir kennen das ja von uns selbst oder durch unser nahes Umfeld und es ist aus Sicht von Bürgerinnen und Bürgern total frustrierend: Man stellt eine Strafanzeige, man wartet wochen- und monatelang, die wird nicht bearbeitet, man hat keine adäquaten Ansprechpartner, man läuft der Sache hinterher und steht komplett zwischen den Stühlen. Schlimmer wird es, wenn es auch darum geht, dass man der Versicherung etwas mitteilen muss, weil einem etwas gestohlen wurde und man in dem Fall Geschädigter ist. Da sehen wir auch

Möglichkeiten, dass das noch optimiert werden kann. Die Bremer Polizei ist absolut bürgerfreundlich, da ist aber noch Luft nach oben, gerade in dem Bereich der Anzeigenbearbeitung. Uns ständig diesen Vorwurf anhören zu müssen, dass die nichts tun, ist nicht korrekt, liebe CDU.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat doch gar keiner! Das ist jetzt aber übel, lieber Herr Öztürk!)

Ich würde darum bitten, dass man noch ein bisschen in sich geht und schaut, dass man da nicht mit zweierlei Maß misst, lieber Kollege.

Wir brauchen auch dringend den Bereich – –. Es gab einige Deliktsbereiche, da sind Sachen weggefallen, weil sie schlichtweg verjährt waren. So was ist auch ein Unding. Das darf es nicht geben, dass einige Bereiche der Verjährung unterliegen und man solche Fälle nicht bearbeitet.

Es gibt noch den einen Punkt, den ich gern hervorheben möchte, das ist die Sichtweise der Polizei, wie es zu diesem Bearbeitungsstau kommt oder warum Sachen zu spät bearbeitet werden. Der Krankenstand ist ein ernsthafter Punkt, er ist exorbitant hoch. Man muss sich immer den Fachbereich vorstellen: Wenn ein Beamter ermittelt, der für sagen wir drei Deliktsbereiche verantwortlich ist. Wenn der ausfällt, dann kann in dem Bereich vielleicht kein anderer so schnell weiterermitteln. Das heißt, da bleibt Arbeit liegen. Wenn die Kolleginnen und Kollegen länger ausfallen, dann entsprechend genauso.

Da muss man schauen, wie man bei der Polizei in Bremen einen internen Prozess optimiert, dass, wenn Ausfälle länger andauern, man in die Bereiche gleich Menschen integriert, die das übernehmen und soweit abarbeiten, dass dort keine Halde entsteht. Die entsteht ja nicht als Berg, sondern da entsteht eine kleine Halde. Man kennt das vielleicht vom eigenen Schreibtisch: da ein Papierstapel, da Bücher, da noch mal was anderes – so entstehen Halden. Wenn man sie nicht wegarbeitet, dann ist der Tisch leider voll, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es gab auch den Bereich, der Erfolg vermeldet hat, das war der gesamte Bereich der Computerforensik. Das ist der Bereich, der, wenn die Polizei zum Beispiel Hausdurchsuchungen macht und digitale Endgeräte beschlagnahmt, zum Beispiel so ein Tablet, ein Handy oder zwei Handys, noch ein Macbook. Wenn diese auch noch ausgewertet werden müssen, ist völlig klar, dass macht man nicht von heute auf morgen, das dauert. Aber dass da so viel abgearbeitet wurde, 85 Prozent, zeigt, da wirken Schwerpunktmaßnahmen, da sind sie erforderlich. Ich glaube, dazu haben sicher auch die Encro-Chat-Verfahren beigetragen. Einerseits dadurch, dass so viel beschlagnahmt wurde, andererseits auch einiges abgearbeitet werden konnte, weil die Leute entsprechend vor Gericht stehen.

Trotzdem erwarten wir vom gesamten Senat – und dahinter stehen wir auch –, dass diese Maßnahmen, die jetzt angekündigt wurden, nach und nach mit Leben gefüllt werden, dass diese Halden abgearbeitet werden und die Bürgerinnen und Bürger nicht das Gefühl haben, dass hier eine Untätigkeit herrscht, weil das auch nicht der Fall ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Bevor ich jetzt den nächsten Redner aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Kaffee HAG begrüßen. Herzlich willkommen hier bei uns im Haus!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jan Timke.

Abgeordneter Jan Timke (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin eben etwas stutzig geworden, als ich die Rede von Holger Welt hier vorne gehört habe. Holger Welt von der SPD, der ja auch in der Innendeputation sitzt, hat eben Folgendes gesagt: "Ich erwarte von der Polizei, dass sie die Aktenhalden entsprechend abarbeiten werden." Ich finde, meine Damen und Herren, das ist ein falsches Anspruchsdenken. Vielmehr können die Beamtinnen und Beamten der beiden Ortspolizeibehörden erwarten, dass die Politik zunächst die personellen Rahmenbedingungen schafft, um die Polizei überhaupt in die Lage zu versetzen, die Aktenhalden abzubauen, anstatt sie nur zu verwalten. Daher liegt der schwarze Peter hier ganz klar nicht bei den Beamtinnen und Beamten vor Ort, sondern der schwarze Peter, Herr Welt, liegt ganz klar auf dieser Seite, bei dieser Politik und bei diesem Senat.

Ich habe in der letzten Woche ein Schreiben eines Polizeibeamten erhalten, der in den Ruhestand geht. Dieser Polizeibeamte in Bremerhaven hat mir gesagt: "Herr Timke, ich würde gerne weitermachen, aber ich bekomme keine dienstliche Genehmigung dafür." Wir wissen ja, dass bei Beamten der Eintritt in den Ruhestand um drei Jahre verschoben werden kann, wenn eine dienstliche Notwendigkeit vorliegt. Hier wurde das abgelehnt. Ich habe daraufhin den Personaldezernenten in Bremerhaven, den Oberbürgermeister Melf Grantz angeschrieben und habe gesagt: "Wie kann es sein, dass wir gut ausgebildete Beamtinnen und Beamte mit Fachwissen haben, die freiwillig länger machen wollen und die dann vom Dienstherren hören, dafür ist kein Geld da!"

Ich habe gerade letzte Woche die Antwort bekommen. "Herr Timke, wir haben alle Anträge im Jahr 2022 abgelehnt von Beamtinnen und Beamten, die gesagt haben, wir bleiben gern ein paar Jahre länger, stellen unser Fachwissen zur Verfügung. Wir haben alle Anträge abgelehnt, weil kein Geld dafür da ist. Wir werden auch alle Anträge 2023 ablehnen, weil kein Geld dafür da ist. "Da sage ich ganz klar: Wir haben heute Morgen einen Nachtragshaushalt beschlossen auf der einen Seite, und auf der anderen Seite sagen wir, wir haben kein Geld für gut ausgebildete Polizeibeamte, weil wir nicht bereit sind, diese Polizeibeamten ein Stück über ihre Regelzeit hinaus zu bezahlen – das kann es doch nicht sein!

Wir unterhalten uns in der Innendeputation immer wieder darüber, dass wir nicht genug Nachwuchs bekommen. Nachwuchs muss erst eingestellt und dann ausgebildet werden. Hier haben wir Lebenszeitbeamte, die sagen: Ich stelle mein Know-how weiterhin dieser Behörde zur Verfügung. Das wird abgelehnt, weil wir angeblich kein Geld haben. Das ist falsch, und das ist unmöglich, Herr Innensenator! Das will ich an dieser Stelle auch mal ganz ehrlich sagen. Ich erwarte einfach von Ihnen, dass Sie die Ortspolizeibehörden Bremen und Bremerhaven mit dem entsprechenden Geld ausstatten, dass Beamtinnen und Beamte, die sagen, wir möchten gern weitermachen, auch die Möglichkeit erhalten, weiterzumachen. Dann wird das auch mit den Aktenhalden klappen. - Vielen Dank!

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Lösung von dem Problem eines Berges unerledigter Akten liegt in der personellen Ausstattung. Die Lösung von vielen anderen Problemen bei der

Polizei auch. Welche Schritte müssen auf dem Weg zu einer personell starken Polizei in Bremen und Bremerhaven denn gegangen werden? Da gebe ich gerne einen Einblick in das Positionspapier, das wir der Öffentlichkeit im Dezember 2022 vorgelegt haben:

Wir brauchen eine bessere und endlich angemessene Bezahlung ebenso wie Aufstiegs- und Karrierechancen, auch transparente und nachvollziehbare Leistungsbewertungen und Beförderungsentscheidungen. Darauf achten junge Menschen heute. Denen, die langfristig denken, ist auch wichtig, dass die freie Heilfürsorge für Beamtinnen und Beamte abgesichert ist. All das sind offene Handlungsfelder.

(Beifall FDP)

Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. "Die Streifenhörnchen", also die Polizeikita, ist ein kleiner erster Schritt, aber da stehen wir jetzt. Wir brauchen aber in einem Beruf, der in Schichten und sieben Tage die Woche ausgeübt wird, parallele Betreuungsmöglichkeiten. Wir brauchen eine 24/7-Kita, welche Kinder auch unterjährig aufnimmt. Das muss doch in Bremen zu schaffen sein, gerade wenn man sich vielleicht noch mit den kommunalen Feuerwehren und den Kliniken vernetzt.

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen die Überstundenzahl in den Griff bekommen. Mehr Personal wird zwar helfen, aber ganz vermeiden lassen werden sich Überstunden nicht. Die müssen dann aber auf Wunsch auch durch Freizeit zeitnah ausgeglichen oder eben ausgezahlt werden können. Wir müssen aber auch schauen, wie wir gezielt Polizistinnen und Polizisten von Aufgaben entlasten können.

Viele Tätigkeiten können durch eine wirklich nachhaltige Digitalisierungskampagne verschlankt werden. Wir haben es gehört, das heißt Handys, Tablets, um Doppelarbeit zu vermeiden. Bei der Entwicklung von Softwarelösungen müssen natürlich die Akteure des Alltags einbezogen werden. Ich spreche auch von Bodycams und natürlich vom DEIG (Distanz-Elektroimpulsgerät), den es in Bremen genauso braucht wie in Bremerhaven. Das kann man doch angesichts der Silvester- und Schreckschussdebatten nicht mehr nachvollziehen, dass man Polizisten allein mit scharfer Waffe in entsprechende Situationen senden muss.

(Beifall FDP)

Den Tag werde ich feiern, an dem hier in Bremen in dem Punkt endlich etwas passiert. Was nicht mehr geht: Wir können nicht immer auf andere Länder verweisen und betonen, man solle doch dies und das im Länderverbund tun. Wenn es da nicht vorangeht, dann muss man halt selbst vorangehen. Uns ist vollkommen klar, dass das ordentlich Geld kostet, aber die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist staatliche Kernaufgabe. Das ist eine Frage von Prioritäten.

(Beifall FDP)

Wir werden auch nicht müde, das zu sagen. Wenn diesem Senat bei begrenzten Mitteln die Förderung irgendwelcher Partikularinteressen wichtiger ist als das Erfüllen der staatlichen Pflichtaufgaben, in dem Fall auch diese Abarbeitung der Akten, dann halten wir dagegen und entlassen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung.

Wir fördern auch fachfremde Quereinstiege, in unserem Fall eine schnelle Einstellung weiterer juristischer Ermittler. Das hat sich ja bei der Polizei auch schon bewährt. Solche Personen kann man aber nur dann gewinnen, wenn man den Beruf attraktiv gestaltet und auch die ewig langen Bewerbungsverfahren verkürzt. Wenn man zu lange für Einstellungen braucht, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn die besten Köpfe schon an anderer Stelle einen guten Platz gefunden haben. Es ist und wird ein Kampf um Fachkräfte und besonders um die guten Köpfe bleiben. Deswegen ist auch die Bewerbung des Polizeiberufes in der Berufsorientierung zu verankern und entscheidend wichtig.

Wenn wir ungeplante Personalabgänge haben, müssen wir wissen, wie wir gegensteuern können. Ich spreche von Gründen für Ausbildungs- und Studienabbrüche und von Frühpensionierung. Da müssen wir systematisch die Gründe erforschen. Es könnte auch ein Innensenator sein, der innerlich zugleich vor und hinter den Gruppen steht, die vor und hinter dem Wasserwerfer stehen. Es ist aber auch egal, was an Gründen rauskommt.

Wenn das stimmt, was Herr Timke vorhin gesagt hat, dann wäre das eigentlich ein unfassbarer Umgang mit vorhandenen Ressourcen.

(Abgeordneter Jan Timke [BIW]: Ein Skandal!)

Dann ist es ein unverantwortlicher Umgang mit fantastischen Ressourcen, die eigentlich da sind.

Wenn ich jetzt noch mal unser Themenfeld anschaue, dann müssen wir natürlich dafür Sorge tragen - und da haben wir eine Verantwortung -, dass die Beschäftigten langfristig ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen können. Ich meine jetzt auch die, in den Ermittlungsverfahren von den kinderpornografischen Sachen und so weiter. Das können die nur, wenn sie physisch und psychisch gesund bleiben. Deswegen bedeutet das bei der Sichtung und Bewertung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder auch eine besondere Begleitung und Betreuung durch Supervision und Beratung nach Bedarf. Grundsätzlich muss bei besonders belastenden Aufgaben immer überlegt werden, ob zum langfristigen Erhalt von Gesundheit und Motivation eine Erschwerniszulage oder auch ein Ausgleichsfrei zu gewähren ist.

(Beifall FDP)

Ich fasse noch mal zusammen: Mir ist es wichtig, dass angesichts dieses dramatischen Aktenberges nicht Luft geblasen wird, sich kein Wettbewerb um Zielzahlen Bahn bricht oder im Wahlkampf Versprechungen gemacht werden, von denen eigentlich jetzt schon klar ist, dass sie gar nicht erfüllt werden können, sondern dass kleinschrittig die Arbeit getan wird, die getan werden muss. Wir Freien Demokraten haben unseren Teil dazu beigetragen, vorgelegt, der dazu beitragen soll, einen gezielten Plan zu schaffen, um bei der Polizei in unserem Land eine nachhaltige, ausreichende Personaldecke zu schaffen und zu halten.

Wir könnten hier schon viel weiter sein, als wir heute sind. Falsche Prioritätensetzung, Wahlkampfaktivismus der vergangenen Senate ist Gift für die Lösung der Probleme. Wir brauchen hier endlich eine andere Haltung und frischen Wind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat Senator Ulrich Mäurer das Wort.

(Senator Ulrich Mäurer: Damit habe ich nicht gerechnet. – Präsident Frank Imhoff: Tja, unverhofft kommt oft!)

Senator Ulrich Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aktuelle Stunde. Wir haben dieses Thema in den letzten zwölf Monaten rauf- und runterdiskutiert. Dreimal – in der Innendeputation am 12. Januar 2022, am 31. August 2022 und zuletzt am 11. Januar 2023 – haben

der Polizeipräsident Fasse und sein Stellvertreter ausführlich die Lage beschrieben und auch dargelegt, welche Lösungsansätze man hier verfolgt. Insofern werden Sie nicht überrascht sein, dass wir heute keine Aktuelle Stunde daraus machen, sondern Sie sehen hier, dass wir inzwischen bei allen Themen dieser Welt angekommen sind.

Meine Entscheidung, noch mal anzutreten, finde ich immer besser, je länger ich Sie erlebe,

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen – Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

weil zu meiner Begründung auch immer zählt, dass ich Sie auf Distanz halte. Ich bin überzeugt davon, dass am 13. Mai 2023 dies auch die Wählerinnen und Wähler in dieser Stadt nachvollziehen werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Aber ich komme zurück zu den Fakten. Sie suggerieren ja in einer wunderbaren Weise, dass das Hauptproblem – –.

(Unruhe CDU)

Können Sie einfach zuhören? Ganz, ganz ruhig. Die These, die hier ständig wiederholt wird, ist die Legende des Personalabbaus der Polizei in den letzten Jahren. Das Personal wird abgebaut und die Zahl der Fälle steigt natürlich – reine Legende.

(Zuruf CDU: Wer hat das gesagt?)

Fakt ist einfach, als ich die Polizei übernommen habe, gab es ein Beschäftigungsvolumen von 2 450, heute verfügt die Polizei über 2 650 Vollzeitbeschäftigte und aufgrund der Einstellungen der letzten Jahre werden in zwei Jahren 200 dazukommen. Das heißt, wir erreichen die 2 900 in einem Zeitraum von drei Jahren. Das ist keine Vorstellung, sondern schlichtweg die Realität. Denn diese Personen sind bereits alle eingestellt, sie befinden sich in der Ausbildung. Wenn sie ihre Prüfung bestehen, das wird bei der Mehrzahl der Bewerber der Fall sein, werden diese 2 900 in zwei Jahren erreicht.

Dann kommt hinzu, dass die massive Zahl der Altersabgänge ab 2016 deutlich zurückgeht. Das war bisher unser Problem gewesen. Sie werden sicher fragen: Warum wachsen wir nicht schneller auf – bei diesen Zahlen, die wir einstellen? Fakt ist einfach, wir haben starke Jahrgänge gehabt, die uns

in der Vergangenheit verlassen haben. Ab 2026 wendet sich dieses. Das heißt, wir sind in der Lage, viel schneller zu reagieren. Wenn man weiterhin "nur" 225 Auszubildende Jahr für Jahr einstellt, werden wir die 3 100 zwei Jahre später erreichen. So einfach ist diese Geschichte.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

Dass wir heute damit rausgehen, hängt damit zusammen, dass in der nächsten Legislaturperiode dafür die Weichen gestellt werden. Der nächste Senat muss Ende dieses Jahres entscheiden, wie viele Auszubildende 2024 eingestellt werden. Das sagt uns dann, wie viel Personal wir drei Jahre später haben werden, nach Abschluss der Ausbildung. Deswegen ist es klar, dass wir eine Orientierung haben. Ich hoffe, dass die zukünftige Bürgerschaft dies auch so sieht und dass wir mit 3 100 in Bremen und 580 in Bremerhaven genau das machen, was notwendig ist.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Sie sehen, wir haben in den letzten Jahren deutlich mehr Personal bekommen. Es ist nicht das, was wir gerne hätten, aber wir haben getan, was wir machen konnten. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt einfach beliebig aufbauen können, selbst wenn wir zwei Hochschulen hätten. Das Problem ist doch einfach, dass die Zahl der Bewerbungen bundesweit rückläufig ist. Wo wir früher 2 000 Bewerbungen im Jahr hatten, haben wir jetzt 1 500.

Zum 1. Oktober wollten wir 155 einstellen – wir stellen jetzt ja zweimal im Jahr ein –, von diesen 155 Plätzen sind 151 besetzt. Das heißt, es ist noch keine Dramatik angesagt. Aber wir sehen, dass wir unsere Bemühungen verstärken müssen, junge Leute für die polizeiliche Laufbahn zu gewinnen. Das ist aber kein bremisches Thema. Wir werden diese Zahlen, denke ich, realistisch erreichen. Zu glauben, dass wir hier auf einem anderen Stern leben! Klar, es sind die geburtenschwachen Jahrgänge, die jetzt auf dem Markt sind. Das erklärt, warum wir nicht 2 000 Bewerbungen haben, sondern nur noch 1 500. Dies alles nur zur Vorbemerkung.

Diese simple Formel "Wir haben zu wenig Personal und deswegen hat die Polizei Probleme" geht nicht. Wir müssen uns anschauen, was konkret passiert ist. Wir sind dieses Thema wiederholt angegangen und hatten im November 2021 gesehen, dass die Zahlen sich deutlich nach oben korrigiert haben. Das war nach Corona gewesen, da waren

wir bei 17 000 Verfahren. Wir wissen, dass natürlich Corona auch der Polizei, wie allen anderen Bereichen, massiv zugesetzt hatte.

Das war aber nur ein Aspekt. Wir haben geschaut in 2021, wie ist die Lage, und wir haben gesehen, neben Corona haben wir einen Höchststand an Ermittlungsverfahren im Bereich der Schwerpunktbereiche. Sie erinnern sich an diese Themen. Das berühmte EncroChat-Verfahren hat wahnsinnig viel Personal gebunden. Dann gab es noch eine Bank, die hier über Kopf gegangen ist, Greensill Bank. Damit sind auch sehr viele Ermittler beschäftigt. Dann haben wir die Sonderkommission Rechtsextremismus. Wir haben auf der linksextremen Seite die EG Feuer, die sich mit diesen Brandanschlägen in dieser Stadt beschäftigt. Dann haben wir eine SOKO Spielplatz, da geht es um diese Pulverbriefe, die Sie ja auch teilweise bekommen haben, und so weiter und so fort.

Das heißt, wir haben, wenn man sich das einmal nüchtern anschaut, einen Höchststand an Ermittlungsverfahren, Schwerpunktmaßnahmen, die sehr viel Personal binden. Das ist das eine.

Dann haben wir natürlich Entwicklungen, auf die wir gar keinen Einfluss haben. Gerade das Thema Kinderpornografie. Ausgangspunkt der Ermittlungen sind die Daten, die aus den USA kommen, weil da die meisten Server stehen. Die Provider müssen diese Daten öffnen und das BKA steuert dann die Verfahren weiter. Das BKA hat vor fünf Jahren circa 5 000 Verfahren im Jahr aus den USA erhalten, im letzten Jahr waren das 120 000.

Das heißt also, von diesen 120 000 Verfahren landen automatisch mindestens, nach Königsteiner Schlüssel, ein Prozent, sogar mehr, in Bremen. Eine massive Belastung ist damit natürlich verbunden, weil diese Verfahren alle aufwändig sind. Man kann nicht auf den ersten Blick erkennen, was dahintersteht. Das können Personen sein, da sind auch viele Jugendliche dabei, die in Unkenntnis dessen, was sie da gemacht haben, sich dieses kinderpornografische Material angeschaut haben. Es kann aber auch sein, dass erwachsene Täter dahinterstehen, die selbst ihre Kinder missbrauchen. Das bedeutet, dass in jedem Fall die Polizei einen Durchsuchungsbeschluss braucht, sie muss in die Wohnung gehen, sie muss mit der Familie reden. Das ist wahnsinnig aufwändig, wahnsinnig belastend.

Dieses Thema haben wir auch im Auge gehabt. Wenn Sie davon sprechen, Frau Bergmann, dass Sie überrascht sind, dass wir da jetzt Personal kurzfristig einsteuern – das ist nicht überraschend, weil wir im letzten Jahr bereits darauf reagiert haben. Wir haben Stellen ausgeschrieben für sogenannte Auswerter, die schauen sich dieses Bildmaterial an. Dieses Verfahren ist abgeschlossen, die Zusagen sind raus. Das heißt dieses Personal wird in den nächsten Wochen bei uns einlaufen. Insofern ist das keine Überraschung.

Wir haben zeitgleich beschlossen, dass wir in diesem Bereich das Personal von 23 Kräften auf 40,5 aufstocken. Auch das ist keine Luftbuchung, sondern wir haben über diese Ausschreibung sechs eingestellt, und wir haben inzwischen über 30 Bewerbungen aus dem Bereich der Polizei. Wir suchen da 11 Kräfte, die zu uns kommen, und wie gesagt auch die vom Verfassungsschutz. Das ist ein Ringtausch, da kommen vier Personen rüber und die Polizei schickt ihrerseits auch wieder Kräfte zum Verfassungsschutz. Das ist dieses Thema.

Wir werden in der Lage sein, denke ich, mit diesen 40 Mitarbeitern eine deutliche Antwort zu geben, und dass wir auch sehr deutlich machen: Wir kriegen euch! Das ist ein Thema, wo wir überhaupt keine Toleranz kennen. Das ist ein Thema, das uns bewegt. Das ist der Bereich, den wir auch am massivsten personell unterstützen, damit das besser werden kann. Auf die anderen Dinge, was Digitalisierung angeht, Räumlichkeiten, darauf haben wir sehr kurzfristige Antworten gefunden. Das läuft alles.

Aber zurück zum Gang der Dinge. Die Polizei hat dann vor dem Hintergrund der Entwicklung des Jahres 2021 gemeinsam mit uns ein großes Projekt organisiert und wir haben dann der Innendeputation im August letzten Jahres darüber berichtet. Dieser Bericht zeigt, dass man mit den Maßnahmen, die man eingeleitet hat, Erfolge erzielt. Die Zahl der Vorgänge ist um 6 100 reduziert worden. Es ist klar, in diesen Berichten steht auch deutlich drin, dass eine nachhaltige, verlässliche Reduzierung nur möglich sein wird, wenn man zukünftig Personal bekommt.

Es ist für mich auch völlig klar, dass aus diesem Aufwuchs der Polizei, diese 2 900, dass daraus ein großer Teil auch bei der Kriminalpolizei eingesteuert werden wird, aber das kommt. Das ist das eine und gleichzeitig auch die klare Ansage, dass natürlich Digitalisierung dringend verbessert werden muss. Da ist noch sehr viel Luft nach oben, aber das ist natürlich auch immer ein Problem unseres Haus-

haltes. Dass Bildung nun den Kindern in den Schulen iPads geben konnte, das verdanken wir Corona, aber das ist noch nicht überall der Fall. Insofern haben wir da einen deutlichen Nachholbedarf. Soweit also, dieser Bericht endete mit der Aussicht, dass diese Entwicklung weitergehen kann. Im Oktober/November, also wenige Monate danach, kam dann die Meldung der Polizei: Land unter, wir gehen jetzt auf 21 000 Verfahren zu.

(Vizepräsidentin Sülmez Çolak übernimmt den Vorsitz.)

Damit habe ich nicht gerechnet, die Polizei auch nicht, aber auch das hat Gründe. Ein Grund ist der, dass in diesem vergleichbaren Zeitraum die Zahl der Strafanzeigen von 48 000 auf 55 000 gestiegen ist. Das heißt über 7 000 zusätzliche Verfahren, die im Oktober in die Ermittlungen gegangen sind. Das ist das eine.

Dann haben wir uns umgeschaut, was ist noch passiert? Wir haben eine Krankheitsquote bei der Polizei. Es ist nicht so, dass diese ganzen Grippewellen an uns spurlos vorübergehen. Nein, im Gegenteil, wir haben nachgerechnet, wir haben im letzten Jahr einen Verlust gehabt von 250 Positionen, also 250 Männer/Frauen können Sie jetzt nur wegen Krankheit aus der Statistik rausrechnen. Das ist ein absoluter Höchststand. Es hilft uns nicht weiter, dass wir sagen,

(Zuruf SPD: Juhu!)

in den Krankenhäusern, in anderen Bereichen sieht die Welt nicht viel anders aus, aber das muss man fairerweise auch darstellen, dass Polizei massiv unter dieser Krankheitswelle litt und dass wir Bereiche haben, wo 50 Prozent des Personals erkrankt sind. Diese beiden Entwicklungen, die Zahlen gehen nach oben und die Polizei hat ein Problem, was die Krankheit angeht, das waren die Gründe, auf die wir dann im November/Dezember letzten Jahres reagiert haben.

Die Antwort ist bereits erteilt worden, auch in der Deputation: Wir werden die Kriminalpolizei kurzfristig mit 50 Männern/Frauen verstärken. Das ist eine Maßnahme, die wird in dieser Form nicht auf Dauer sein, denn dieses Personal muss aus anderen Bereichen abgezogen werden. Das bedeutet natürlich, dass vorwiegend der Einsatzbereich darunter leidet. Wir nehmen keine Streifenwagen raus und wir nehmen auch nicht die geliebten Kontaktbeamten, die ziehen wir auch nicht heran, um diese Aufgaben zu lösen, sondern wir nehmen die großen

Gruppen der Bereitschaftspolizei. Das sind ja alles keine Anfänger, sondern die haben eine dreijährige Ausbildung an einer Hochschule hinter sich. Von denen erwarte ich – das können wir auch realisieren –, dass ein Teil mal bereit ist, dann für einige Monate einfache Verfahren zu bearbeiten. Dieser Prozess ist eingeleitet. Die Kriminalpolizei wird also in den nächsten Wochen 50 zusätzliche Kräfte bekommen, um diese Halde abzuarbeiten.

Das ist wie gesagt die Geschichte. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit 50 Mann – das ist nicht wenig – die Zahl deutlich reduzieren werden. Es ist eine mittelfristige Maßnahme, langfristig führt kein Weg daran vorbei, dass wir die Kriminalpolizei personell deutlich aufstocken. Diese Möglichkeiten kommen in dem Augenblick, wo wir auch die 2 900 erreichen. Wie gesagt, das ist keine Fantasie, sondern die 2 900 tragen bereits heute Uniform, ein Teil befindet sich nur noch in der Ausbildung. Insofern werden wir dieses Ziel erreichen.

Da Sie in dieser Debatte ja auch häufig vom Thema abgekommen sind, würde ich auch noch die Gelegenheit nutzen, um ein letztes Wort zu Lützerath zu sagen. Bremen hat in der Tat Kräfte nach Nordrhein-Westfalen entsandt, ich glaube 30 Frauen und Männer. Wir haben das dann auch noch mit einer technischen Einheit begleitet, darunter versteht man normalerweise einen Wasserwerfer. Alle sind wieder heil zurückgekehrt. Das ist das Erfreuliche dabei.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Die These, dass ich gesagt hätte, das sei rechtswidrig, entbehrt jeglicher Grundlage. Dass diese Maßnahme rechtens ist, ist ja gerade die Grundvoraussetzung dafür, dass ich überhaupt einen Beamten hingeschickt habe, denn wenn das rechtswidrig gewesen wäre, hätte ich von Anfang an gesagt: Ohne uns!

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Das hat doch keiner gesagt!)

Das haben Sie gesagt.

(Zurufe CDU: Nein!)

Hier, er, Fraktionsvorsitzender. Rechtswidrig war da gar nichts gewesen, es war legitim. Dennoch habe ich eine sehr deutliche Position dazu. Ich habe die Kräfte entsandt, weil wir die Kolleginnen und Kollegen der Polizei von Nordrhein-Westfalen nicht alleine lassen. Wir lassen sie nicht im Regen stehen, sondern wie das unter den Ländern Praxis ist, helfen wir uns gegenseitig. Deswegen haben wir uns auch mit diesen Kräften daran beteiligt. Es ist aber, das sage ich auch noch mal deutlich, keine Solidaritätsmaßnahme für die Fortsetzung des Braunkohleabbaus. Deswegen habe ich auch durchaus eine sehr große Sympathie für alle die friedlichen Demonstranten, die für eine – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Um die ging es doch gar nicht!)

Ja, die da demonstriert haben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nee!)

Doch, genauso war es gewesen. Ich sage es hier noch mal in aller Deutlichkeit, das war meine Botschaft: Wir unterstützen die Polizei, aber wir unterstützen nicht das, was die grün-schwarze Landesregierung da als politisches Ziel vorgegeben hat. Ich halte das für völlig verfehlt, dass man da noch bis zum Jahre 2030 die Braunkohle abbaut. Das sind Schäden, die sind nie wieder zu reparieren.

(Zurufe CDU)

Aber das ist, wie gesagt, ein völlig anderes Thema, das müssen wir heute hier nicht zu Ende diskutieren. Insofern, ich habe da nichts zurückzunehmen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Damit komme ich auch zum Ende. Ich hoffe, dass wir in der Lage sind, mit den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, das Problem anzugehen, dass diese Maßnahmen kurzfristig greifen. Das liegt auf der Hand bei der großen Anzahl der Mitarbeiter, die wir da eingesteuert haben. Wie gesagt, diese Legende – das habe ich deutlich gemacht – im Bereich der Sexualstraftaten, da gibt es überhaupt kein Vertun: Wir werden die Täter überführen, und wenn wir da 40 Kräfte einsteuern und wenn es notwendig ist, dann machen wir auch 50. Das ist kein Thema, bei dem wir irgendwie einsparen können.

Lassen Sie uns dann am Ende sagen, der Bürger soll entscheiden, wer hier Recht hat. Dazu ist der 13. Mai ja auch da.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: 14.! Gehen Sie mal am 13. zum Wahlabend!)

Der 13., ja. Am 14. sehen wir uns dann wieder. – Schönen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Heiko Strohmann das Wort.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst mal, lieber Kollege Mustafa Öztürk, die CDU würde nie behaupten, dass die Polizei schlechte Arbeit macht. Das geht genetisch gar nicht, weil das bei uns automatisch ist: Die Polizei macht immer gute Arbeit.

(Beifall CDU)

Jetzt zu Ihnen, lieber Senator Mäurer: Alles hat Gründe. Ich kann Ihnen nur den Rat geben – –. Ich bin ja nun auch schon wie Sie, Sie waren ja öfter in der – –. Sie waren ja immer in der Exekutive, aber wir arbeiten hier ja nun schon ein paar Jahre zusammen. Ich kann Ihnen nur raten: Mit diesen demografischen Dividenden, die Sie uns hier gerade vorgerechnet haben, wäre ich sehr vorsichtig. Das haben wir bei den Lehrern auch gedacht. Was daraus geworden ist, wie wir uns da geirrt haben, ist auch klar. Das, was Sie uns vorgerechnet haben, wie man auf 2 900 und auf 3 100 kommt, das glaube ich noch nicht. Das glaube ich erst, wenn es so weit ist, denn erstens kommt es anders und zweitens, als man denkt.

(Zuruf Abgeordnete Antje Grotheer [SPD])

Darauf müssen wir uns letztlich vorbereiten.

Aber das ist nicht meine Frage. Ich möchte nur noch einmal – –. Sie haben es mit Lützerath eigentlich noch mal verdeutlicht. Das ist genau das, was ich sage. Wir haben das personelle Problem, das haben wir. Deswegen ist es Ihre Aufgabe, den Polizistinnen und Polizisten so viel Rüstzeug an die Hand zu geben, dass sie mit den mangelnden Personalressourcen trotzdem gute Arbeit leisten können. Da haben Sie versagt.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen das noch sagen, denn da geht es auch um Wertschätzung: Wenn die am Bahnhof aktiv werden, weil die Zustände katastrophal sind, Sie es aber nicht hingekriegt haben, ihnen rechtliche Grundlagen mitzugeben, damit sie da das Saufen und was nicht alles verhindern können, dann ist das Ihre Verantwortung. Dann verunsichern Sie Ihre Polizisten, wenn die da herumlaufen und nicht

wissen, ob man den jetzt wegbringen kann, oder ob man den nicht wegbringen kann. Das ist die Forderung: ein vernünftiges Ortsgesetz, damit sie eine Handhabe haben. Dann hätten wir letztlich auch nicht so starken Personaleinsatz am Bahnhof gebraucht. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall CDU)

Genauso ist es mit der digitalen Ausstattung. Wir haben gerade eben gesagt, wir kennen das aus Amerika aus den alten Filmen aus den Achtzigerjahren, in denen die Cops das am Laptop im Auto gemacht haben. Wir haben jetzt 2022/2023, wo liegt denn eigentlich das Problem? Das sind ja keine Kosten. Ich weiß nicht, wie viele Polizeifahrzeuge Sie am Laufen haben, aber so ein Teil kostet ja jetzt nicht Millionen. Das ist genau auch das: Wert – –,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: – –schätzung!)

Wertschätzung. Vielen Dank für die Hilfe!

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Von den Grünen immer gern!)

Jetzt kommen wir noch mal zu Lützerath. Lieber Senator Mäurer, soweit ich weiß, sind Sie ja der Senator für Inneres und nicht für Klima. Was Sie persönlich über Braunkohleabbau denken, ist das eine, das kann jeder für sich selbst entscheiden. Aber, verdammt noch mal, Sie sind hier der Innensenator! Wenn Polizei angefordert wird, haben Sie nicht zu entscheiden, was gute Gewalt ist und was schlechte Gewalt ist. Gewalt ist immer schlecht.

(Beifall CDU)

Diese Polizisten sind ja nicht – –. Einen Wasserwerfer nutzt man ja nicht, um friedliche Demonstranten von irgendwas abzuhalten, sondern da ging es darum, Rechtsbeschlüsse durchzusetzen, dass der Staat im Grunde genommen konsequent rechtsstaatlich handelt. Mit Ihren ideologisch verblendeten Aussagen verunsichern Sie Ihre Polizistinnen und Polizisten. Was soll denn einer glauben? "Geht da mal hin, aber eigentlich finde ich das Mist, was ihr da macht!" – Was ist denn das für eine Aussage als Dienstherr!

(Beifall CDU)

Darum geht es hier. Deswegen sind Sie eben nicht so frei, was Sie persönlich über Lützerath aussagen oder nicht aussagen, wie Sie zu Braunkohle stehen oder nicht zu Braunkohle stehen. Das sind Rechtsbeschlüsse, die hat eine Regierung gefasst, dann muss die Polizei dieses Recht durchsetzen, ob es Ihnen passt oder nicht. Da haben Sie sie zu unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Das erste Thema der Aktuellen Stunde ist beendet.

Ich rufe jetzt das zweite Thema auf.

Ergebnisse der Vergleichsarbeiten in Jahrgangsstufe 3 und 8 (VERA-3/-8): Ist Rot-Grün-Rot unfähig zur Trendwende in der Bildungspolitik?

Als erster Redner hat der Abgeordnete Professor Dr. Hauke Hilz das Wort.

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! Rot-Grün-Rot lässt unsere Kinder, was Bildungschancen angeht, im Stich. Das ist zumindest mein Fazit aus den Ergebnissen, die uns letzte Woche in der Bildungsdeputation vorgestellt wurden. Es waren die Vergleichsergebnisse – VERA hießen sie – der dritten und achten Jahrgangsstufen. Wenn wir uns diese Ergebnisse angucken, dann sind sie erschreckend, ja, sie gehen einem wirklich nahe. Es sind ja nicht Zahlen, die dort stehen, sondern es sind Kinder, die in unseren Schulen jeden Tag anzutreffen sind.

Über 40 Prozent der Kinder der Jahrgangsstufe 3 und der Jahrgangsstufe 8 erreichen die Mindeststandards in Lesen, Schreiben und Rechnen nicht. Über 40 Prozent erreichen die Mindeststandards nicht. Die Mindeststandards sind ja das Minimum, das wir definiert haben, was man mindestens erreichen muss in den Jahrgangsstufen drei und acht. In der Mathematik hat sich das sogar noch verschlechtert: 2021 waren es 39 Prozent, 2022 waren es 48 Prozent der Kinder, die diese Mindeststandards nicht erreicht haben.

In der achten Klasse ist die Gruppe so groß, dass diese Gruppe derer, die den Mindeststandard nicht erreicht hatten, noch mal geteilt wird. Das steht symbolisch dafür, wie es im Moment um unser Bildungssystem bestellt ist. Richtig schlimm wird es, wenn man die Sozialstufen über diese Ergebnisse legt. In der Mathematik dritte Klasse erreichen in der Sozialstufe 5 – das ist die niedrigste Sozialstufe – 71 Prozent der Kinder die Mindeststandards

nicht. In der Sozialstufe 1 – das ist die höchste – sind es nur 19 Prozent. 71 Prozent in Sozialstufe 5 gegenüber 19 Prozent in Sozialstufe 1. Das zeigt, dass wir hier in unserem Bundesland eine fest zementierte Abhängigkeit von Bildungschancen und Herkunft haben. Das darf nicht weiter sein.

(Beifall FDP)

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün-Rot, sind nicht in der Lage, hier eine Trendwende herbeizuführen. Ich mache das an drei Beispielen deutlich. Erstes Beispiel: Sprachförderung. Spätestens 2016 wussten wir, dass wir bei den Fünfjährigen, die demnächst eingeschult werden, ein großes Sprachbildungsdefizit haben, ein großes Sprachförderungspotenzial, auch in etwa 40 Prozent. Das ist seit 2016 allerspätestens bekannt. Seitdem wurde viel diskutiert über ein neues Sprachförderkonzept. 2019 haben Sie, meine Damen und Herren von SPD, Grünen und Linken, sich das in den Koalitionsvertrag geschrieben. Die Fünfjährigen aus 2016 waren mittlerweile acht und waren auf dem Übergang von der zweiten in die dritte Klasse.

Dann ist aber erst mal auch nichts passiert. In Bremerhaven mussten wir selber mit kommunalen Mitteln ein eigenes Sprachförderkonzept aufsetzen, was wir mit SPD und CDU gemeinsam im Jahr 2020 dann umgesetzt haben. Auf Landesebene mussten wir bis 2022 warten, bis Juni 2022. Die Fünfjährigen aus 2016, die waren mittlerweile elf Jahre alt, waren im Übergang von der fünften in die sechste Klasse. Nach ihnen sind fünf weitere Jahrgänge eingeschult worden, und ein sechster Jahrgang stand vor den Schultüren der Grundschulen. Alle diese haben keine Veränderung in der Sprachförderung erfahren. So lange mussten sie warten, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Das heißt, Sie denken in der Behörde im Moment in Vorlage und Wiedervorlage, der Amtsschimmel hat sich breitgemacht auch in der Sprachförderung und Sie vergessen, dass es hier um Bildungsbiografien der Kinder geht. Die Kinder gehen nur einmal zur Schule. Sie sind dann von fünf auf elf Jahre angewachsen und haben keine Chance gehabt, ihre Sprachmöglichkeiten weiter zu verbessern.

(Beifall FDP)

Zweites Beispiel, ich mache es auch ein bisschen kürzer: Die Kindertagesbetreuung, Kitaplätze. Wir alle wissen doch gemeinsam, dass die frühkindliche Bildung der Kern ist, um gerechte und gleiche Bildungschancen zu schaffen. Trotzdem schaffen Sie es nicht, in der Stadt Bremen die Kitaplätze entsprechend aufzubauen. Man streitet sich immer noch um die Anzahl der Plätze. Ich sage mal, wir sind uns alle einig, dass es über 1 000 Plätze sind, die in der Stadt Bremen fehlen. Das sind über1 000 Kinder, bei denen nicht die gleichen Bildungschancen herrschen. Je nachdem, aus welchem Elternhaus, von welcher Herkunft sie kommen, wissen wir: Sie verpassen etwas, sie kriegen nicht die gleichen Chancen mit. Auch da ist ein großes Defizit in Ihrer Politik.

(Beifall FDP)

Drittes Beispiel, das habe ich nach der Vorstellung der Ergebnisse in der Bildungsdeputation jetzt mehrfach gehört, sowohl von Ihnen, Frau Strunge, als auch von Ihnen, Frau Bredehorst, als auch von Ihnen, Herr Hupe: "Mathe sicher können". "Mathe sicher können" ist ein gutes Projekt, das Mathematik da fördert, wo es notwendig ist. "Mathe sicher können" wird an 17 Oberschulen und neun Grundschulen in unserem Bundesland eingesetzt und erreicht in etwa 1 000 Schülerinnen und Schüler. Jede Schülerin und jeder Schüler, die/der dort teilnehmen kann, die/der hat wirklich einen Vorteil, die/der kann seine Matheleistung dort verbessern und die Defizite aufholen.

Das reicht aber nicht. Das reicht nicht für eine Trendwende. Wenn wir das mal durchrechnen: Es sind nicht ganz die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in Mathematik, die nicht die Mindeststandards erreichen. Wir haben in unseren Schulen im Land Bremen etwa 64 000 Schülerinnen und Schüler. Nicht ganz die Hälfte, sagen wir einmal grob 30 000 Schülerinnen und Schüler, die dringenden Förderbedarf in Mathematik haben. Mit "Mathe sicher können" erreichen Sie gerade einmal 1 000. Das ist zu wenig. Selbst wenn Sie das verzehnfachen, werden Sie immer noch nur ein Drittel erreichen. Das heißt, das kann nicht dazu führen, dass das die Trendwende wird.

(Beifall FDP)

Was müssen wir stattdessen tun? Wir müssen selbstverständlich – ich habe es schon gesagt – bei der Sprachförderung viel besser werden. Wir müssen den Kitaausbau, den Ganztagsschulausbau voranbringen. Wir müssen auch beim Sprachunterricht, beim Deutschunterricht neue Wege gehen, denn wir haben Schulen, von denen mehr als die

Hälfte der Kinder zu Hause nicht Deutsch als Muttersprache haben. Also müssen wir doch dazu übergehen, dort auch Deutsch als Zweitsprache, Deutsch als Fremdsprache zu unterrichten, damit wir hier über die Sprache den Zugang zu den Kindern bekommen.

Wir müssen die Elternarbeit intensivieren, um die Familien zu erreichen, damit wir echte und gerechte Bildungschancen schaffen. Wir müssen in der Digitalisierung besser werden. Im Bereich von VERA wird es im nächsten Jahr so sein – auch das wurde uns berichtet -, dass je nachdem, wie ein Schüler, wie eine Schülerin die ersten Aufgaben beantwortet, ihm/ihr neue weiterführende Aufgaben angeboten werden. Das nennt sich auf Neudeutsch "Learning Analytics". Das haben wir Ihnen auch vorgelegt in einem unserer Anträge in der Vergangenheit. Das muss umgesetzt werden. Es unterstützt die Binnendifferenzierung in den Grundschulen und in den Oberschulen. Diesen Antrag haben Sie so vom Tisch gewischt, meine Damen und Herren von der Koalition. Sie sind jetzt aber nicht mehr in der Position, es ist auch nicht mehr an der Zeit, Oppositionsanträge einfach so vom Tisch zu wischen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassen mit wenigen Sätzen: Unsere Kinder hier in Bremen und Bremerhaven sind nicht dümmer als Kinder in anderen Städten. Sie haben aber diametral schlechtere Bildungschancen als in anderen Städten. Sie, meine Damen und Herren von der jetzigen Koalition aus SPD, Grünen und Linken, sind nicht in der Lage, hier eine Trendwende herbeizuführen. Deswegen gehört es, dass Sie am 14. Mai abgewählt werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Von den Abgeordneten hat sich keiner gemeldet, aber bevor ich – –. Ach, Herr Hupe? Ah, auf einmal melden sich jetzt alle? Gut. Bevor ich Sie aber aufrufe, möchte ich erst einmal den Fraktionen mitteilen, wie viel Restredezeiten sie haben. Die CDU 13 Minuten und 14 Sekunden, die SPD 23 Minuten und 53 Sekunden, Grüne 22 Minuten und 50 Sekunden, DIE LINKE 23 Minuten und 11 Sekunden und die FDP 5 Minuten und 20 Sekunden und der Senat hat noch 11 Minuten.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe. Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In Anbetracht der Redezeit kann ich mir jetzt ordentlich Zeit lassen. Ich glaube, das wäre dem Thema auch angemessen, denn die Ergebnisse – da hat mein Vorredner absolut Recht – sind frustrierend und alles andere als akzeptabel, wenn wir sehen, wie viele Schüler:innen voraussichtlich am Ende der vierten Klasse abgehängt sind und die unterschiedlichen Startbedingungen, die die Schüler:innen in die Schule mitbringen, häufig zementiert werden oder sich sogar vergrößern, aber viel zu selten ausgeglichen werden.

Das ist eine Situation, die wir nicht hinnehmen können und nicht hinnehmen wollen. Deswegen ist es gut, dass es mit den VERA-Testungen, aber auch mit LALE datengestützte Testungen gibt, die dann in eine datengestützte Unterrichtsentwicklung münden können. Wenn wir uns die Ergebnisse anschauen bei VERA-3, dann ist es so – die Zahlen haben Sie gerade vorgetragen –, dass bei den Grundschulen – die Testung ist in der dritten Klasse und prüft, wie die Kompetenzstände, die am Ende der vierten Klasse erreicht werden müssen, zu dem Zeitpunkt in der dritten Klasse bei den Schüler:innen vorhanden sind –, dass da sehr große Defizite sind und sehr viele Schüler:innen die Mindeststandards nicht erreichen.

Die sind, auch wenn noch ein Jahr verbleibt, bei vielen Schüler:innen so groß, dass die Lücke bis zum Ende der Grundschullaufbahn nicht aufgeholt werden kann. Das ist dramatisch, denn das bedeutet, dass bei diesen Schüler:innen die Schullaufbahn massiv erschwert ist, die Chancen auf einen guten Schulabschluss schon in der Grundschule sehr gering sind und die Schüler:innen keine guten Bildungsaussichten haben. Das ist etwas, das sich über viel zu lange Zeit so verfestigt hat und was wir nicht hinnehmen können und wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ohne jetzt allzu sehr auf die Zahlen von VERA-8 einzugehen, ist da natürlich das Gleiche zu erkennen. Auch da – da wird zwei Jahre vor Abschluss getestet – erreichen so viele Schüler:innen mit so einem großen Abstand die Kompetenzstände nicht, die notwendig sind, um einen Bildungsabschluss, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen, dass da schon absehbar ist, dass viel zu viele von ihnen das in den zwei verbleibenden Jahren nicht aufholen können. Das sind Teilhabechancen, das sind Zukunfts- und Aufstiegschancen, die diese jungen

Menschen nicht haben und bei denen wir es aktuell nicht schaffen, diese ausreichend im Bildungssystem herzustellen.

Es muss unser Anspruch sein, dass die Mindeststandards, mindestens die Mindeststandards erreicht werden. Wenn wir an die Debatten heute Morgen zurückdenken, da wurde über Transformation gesprochen. Wenn wir unsere Gesellschaft transformieren wollen und wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen, brauchen wir diese jungen Menschen, die mit ihren Jobs, die sie dann ausführen, die Transformation für uns bewältigen. Da ist es dramatisch, dass viele Schüler:innen es voraussichtlich sehr schwer haben werden, das zu erreichen.

Da ist ganz klar für uns, dass die Schulen mehr Unterstützung brauchen, um mit den Herausforderungen der Heterogenität in der Schülerschaft umzugehen. Es ist so, dass die Vergleichstests zeigen, dass diese Anstrengungen aktuell nicht ausreichend sind. Für uns Grüne ist auch völlig klar, dass die Sprachförderung und insbesondere die diagnosebasierte durchgängige Sprachförderung die Stellschraube ist, die ganz vorne steht, die unbedingt vorangebracht werden muss.

Wenn wir uns diese Legislatur anschauen, dann hatten wir zu Beginn hier in der Bürgerschaft ein Sprachbildungskonzept beschlossen, beziehungsweise den Senat dazu aufgefordert, das zu erstellen. Es hat sehr lange gedauert, bis das Konzept vorlag, und die Umsetzung dauert jetzt noch länger. Das ist etwas, was für uns so nicht akzeptabel ist

(Beifall FDP)

und von dem wir ganz sicher sind, dass wir das brauchen, um voranzukommen.

Es gab Corona, es gibt den Ukraine-Krieg, der ganz viele Schüler:innen zusätzlich ins System gespült hat. Das sind Krisen, die eine enorme Belastung auch für das Ressort, für die Schulen sind, um das umzusetzen, aber ich bin überzeugt davon, dass wir nicht darauf warten können, bis es mal keine Krise gibt, um diese Probleme zu lösen. Wir müssen bei der Sprachbildung – das war in dem Austausch in der Deputation ganz klar – vorankommen, bei der Sprachförderung in Kita und Grundschule und auch bei dem Thema Herkunftssprachen. Denn das, was Sie gerade angesprochen haben, dass in manchen Klassen über 50 Prozent der Schülerinnen nicht Deutsch als erste Sprache haben, das ist

schon an vielen Schulen die Norm, und das wird sich auch noch weiter ausweiten. Deswegen müssen wir bei der Sprachbildung ansetzen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Das gilt auch für die Sprachstandsfeststellung, die unbedingt alle Kinder erreichen muss. Wir haben Vorschläge gemacht, wir haben in dieser Legislaturperiode auch Fortschritte gemacht, aber auch da müssen wir besser werden, denn noch nicht alle Kinder werden erreicht. Es gibt auch noch nicht die Möglichkeit, dass alle Kinder entsprechend ihrer Rückstände ein Angebot bekommen, um diese rechtzeitig bis zum Schulbeginn aufzuholen.

Das ist ja das große Problem, dass wir Schüler:innen haben, die zu Beginn der Grundschule eine spannende Entwicklung in den Kompetenzen haben, die drei Jahre ausmachen und die es für Lehrkräfte natürlich unheimlich schwer macht, dann in so einer Klasse mit so einer Heterogenität alle Schüler:innen voranzubringen und alle Schüler:innen auf die Mindeststandards zu bringen.

Da sind die Programme, die es jetzt schon gibt, "Lesen mit BiSS" für die Leseförderung, "Mathe sicher können" ganz wichtige Programme, weil sie sich bewährt haben und weil sie bewiesen haben, dass sie die Leistungen der Schüler:innen, die Kompetenzen der Schüler:innen verbessern können. Deswegen ist es richtig, dass wir und das Bildungsressort angekündigt haben, dass diese Programme ausgeweitet werden müssen. Die müssen in Zukunft viel, viel mehr Kinder erreichen, damit die guten Maßnahmen, die sich bewährt haben, auch zu guten Ergebnissen bei den Schüler:innen führen

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Es ist aber, bevor wir Sprachförderungen ansprechen, bevor wir weitere Sachen ansprechen, die wir in Schulen brauchen – weitere Stellschrauben, über die wir sprechen müssen –, natürlich ganz klar, dass wir den Unterricht sicherstellen müssen. Es bringt nichts, eine weitere Mathestunde einzuführen, weitere Förderung einzuführen, wenn der Unterricht selbst regelmäßig ausfällt. Da haben wir insbesondere aktuell eine Situation, in der viel zu viel Unterricht ausfällt, in der Kinder viel zu häufig zu Hause bleiben und dann insbesondere die Kinder, die nicht aus einem bildungsnahen Elternhaus kommen, weiter zurückfallen.

Das muss angegangen werden. Da spielt der Fachkräftemangel mit rein, da spielen die Auswirkungen der Pandemie mit rein, die hohen Infektionszahlen, die dann natürlich durch die Kolleg:innen in die Schulen kommen und viele Menschen krank werden lassen. Das ist gerade eine Situation, die enorm belastend ist und sich natürlich dann auch auf die Ergebnisse der Schüler:innen auswirkt.

Da sind die Maßnahmen, die die Senatorin jetzt vorangebracht hat, ein sehr wichtiger erster Schritt. Die Aufstockung auf Teilzeit hat zusätzliche Stunden gebracht, die berufsbegleitende Ausbildung für Lehrkräfte, also die doppelt professionellen Lehrkräfte, wie es ja jetzt genannt wird, die mit einem Fach in die Schulen kommen und dort weiterqualifiziert werden, stopfen ein Stück weit die große Lücke von 90 Lehrkräften, die fehlen. Ich glaube, es waren 30 Stellen oder so, die damit abgedeckt werden können. Das ist ein sehr gutes Zeichen, das ist ein guter Schritt, auf den wir lange gewartet haben, aber mit dem jetzt eine Verbesserung in das System kommt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Zum Thema Fachkräftemangel möchte ich noch einen Punkt, der in meinen Augen auch ganz wichtig ist, was den Kompetenzzugewinn bei den Schüler:innen angeht, ansprechen. Das ist die Diversität in den Kollegien. Ich bin überzeugt davon, dass wir mehr Lehrkräfte brauchen an Schulen, die einen ähnlichen Hintergrund haben wie viele Schüler:innen bei uns im Land, die auch eine andere Erstsprache sprechen, die aus den gleichen Stadtteilen kommen, die es geschafft haben, einen guten Bildungsabschluss zu kriegen, bei allen Widrigkeiten, bei allen Schwierigkeiten, die es im System gibt, einen Bildungsaufstieg zu schaffen, und die dort in den Schulen als Vorbilder dienen können. Das ist nicht leicht, denn wenn man aus Gröpelingen kommt und es schafft, aus einem bildungsfernen Elternhaus kommend ein Abitur abzulegen, dann ist das eine tolle Leistung, auch wenn es mit 3,0 oder 3,2 im Schnitt oder wie auch immer ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das bedeutet aber, dass es, auch wenn man Lehrkraft werden möchte, schwierig ist, direkt einen Studienplatz zu bekommen. Diese Menschen, die gerne Lehrkraft werden wollen, gerade an den Grundschulen, schaffen den NC nicht und müssen entweder lange warten oder suchen sich was anderes.

Ich glaube, es wäre es absolut wert, einen Weg zu finden, auch mit der Uni ins Gespräch zu gehen, wie wir es schaffen können, dass diese Menschen in die Lehramtsausbildung kommen, um dann an unseren Schulen als Vorbilder für unsere Schüler:innen eine gute Arbeit zu machen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wenn wir die Ergebnisse nach den Sozialindikatoren angucken, dann war für mich total auffällig, dass die Schüler:innen zum Beispiel im Bereich Lesen in der Grundschule, die die Mindeststandards erreicht haben – –, das waren immer über alle fünf Sozialindikatoren hinweg so um die 20 Prozent der Schüler:innen, die das erreicht haben. An Schulen mit Sozialindikator 1 sind das die Schüler:innen, die im unteren Drittel sind, was die Leistung angeht, die haben also die Chance, von den besseren Schüler:innen mitgezogen zu werden, von denen zu lernen und da Fortschritte zu machen.

An den Schulen mit Sozialindikator 5 sind diese Schüler:innen, diese um die 20 Prozent, die den Mindeststandard erreichen, die Schüler:innen, die im besseren Drittel sind. Das sind also diejenigen, die die Leistungsträger in den Klassen sind. Das ist natürlich ein Riesenproblem. Das löst man nicht, indem man jetzt die Schulen durcheinandermischt und wieder Busing oder so etwas einführt, das es einmal in den Siebzigern oder Achtzigern in den USA gab, sondern wir müssen die Ressourcensteuerung, die wir nach den Sozialindikatoren ja schon haben, noch weiter anpassen. Das ist eine Forderung von uns, das teilt die Koalition, da suchen wir nach Wegen, um das zu machen.

Wir müssen auch schauen – das ist der nächste Schritt, wo es eine Lösung geben muss und wo wir gespannt darauf sind –, was die Bildungsbehörde für Ideen hat, wie wir es schaffen, in Schulen mit hohem Sozialindikator, insbesondere in denen, die in den Randlagen sind, in Bremen-Nord sind, die es schwer haben, Lehrkräfte zu finden, Anreize für Lehrkräfte zu schaffen, diese Schulen gut auszustatten.

Ich möchte dann noch mal generell auf die Vergleichstests eingehen. Ich halte sie für total sinnhaft. Ich glaube, es ist richtig, dass wir diese Vergleichstests haben, auch wenn es natürlich immer wieder für die Opposition einen Anlass bietet, darauf einzugehen, wenn die Ergebnisse nicht so gut sind, und so sieht es im Moment leider immer noch aus. Ich glaube aber trotzdem, dass sie ein ganz wichtiger Schritt sind, damit sich zukünftig die

Leistungen verbessern, damit der Unterricht evidenzbasiert und durch diagnosegestützte Förderung verbessert werden kann. Dafür brauchen die Lehrkräfte aber Unterstützung.

Das, was wir in der Deputation letzte Woche gehört haben, sind immer noch Aussagen wie: "Ja, da müssen wir mehr machen. Die Schulen brauchen mehr Angebote." Das reicht halt nicht. Diese Angebote müssen da sein. Die Schulen brauchen die Unterstützung, um eine gute Schul- und Unterrichtsentwicklung zu machen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

aber wir müssen auch – –. Es muss auch klar angesprochen werden, dass dies auch von den Schulen eingefordert werden muss. Es kann nicht nur Angebote geben, die wahrgenommen werden können, wenn man will, wenn die Schule darauf irgendwie Lust hat und wenn nicht, dann lässt sie es halt, sondern wir brauchen Angebote für die Schulen, um mit der diagnosegestützten Förderung die Leistung der Schüler:innen zu verbessern. Wir müssen das über die Schulaufsicht einfordern, und wir müssen die Schulen dahin bringen, mit diesen Daten zu arbeiten. Die Bereitschaft, sich auf der Systemebene mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen, die muss erhöht werden, und das muss auch eingefordert werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Da sind wir bei dem nächsten Punkt, der aus unserer Sicht extrem wichtig ist. Das ist das Institut für Qualitätsentwicklung, das diese Tests macht, wo wir erst mal froh sind, dass wir sie jetzt ausgegründet haben, was aber ein Prozess war, der viel, viel, viel zu lang verschleppt wurde und der immer noch nicht auf dem Stand ist, den wir wünschen.

Da muss es unbedingt eine Entwicklung geben, damit wir diese Tests in die Fläche bringen, aber gleichzeitig auch – ich spreche vor allem von LALE – den Schulen die Unterstützung geben und in der Zusammenarbeit zwischen IQHB (Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen), zwischen Schulaufsicht und zwischen dem Landesinstitut für Schule dort die Unterstützung für die Schulen organisiert wird, um datengestützte Unterrichtsentwicklung zu machen. Da spielt natürlich auch die digitale Ausstattung mit rein, die das unterstützt. Da sind wir ja gut; aber das muss jetzt passieren, damit wir ein gutes Qualitätsmanagement an den Schulen haben und die Kompetenzen der Schüler:innen verbessern können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich habe zwar immer noch ganz viel Redezeit, aber ich glaube, ich habe jetzt lange genug geredet und kann ja noch mal wiederkommen.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir hören Ihnen gerne zu!)

Das höre ich gern.

Ich möchte zum Ende nur noch mal betonen, dass es für uns ganz wichtig ist und ein Anliegen ist, dass wir jede Schule dabei unterstützen, besser zu werden. Dabei muss im Fokus stehen, dass der Unterricht für alle Schüler:innen mindestens ermöglicht, die Basiskompetenzen in den zentralen Bereichen, also in Lesen, Schreiben, Verstehen, in Mathe zu erreichen, damit diese Kinder einen guten Schulabschluss erreichen können, damit sie ihre Potenziale entfalten können und ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft führen können.

– Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwerser.

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit fast 20 Jahren testen wir in Bremen. Wir waren die ersten, die bei VERA mitgemacht haben, VERA 3, im Anschluss kam Cito, PRIMO, jeweils in Bremen, Bremerhaven. Die Ergebnisse damals wie heute – –, damals waren sie schon dramatisch, sie wurden immer dramatischer. Wir haben uns dann angeschlossen mit VERA 8, LALE 7 und 5, nicht flächendeckend, nicht verbindlich, in Bremerhaven haben wir KESS, es gibt IGLU, es gibt das IQB und wir haben PISA.

Egal welche Diagnostik man nimmt, egal ob man die Diagnostik jeweils gut oder schlecht findet, egal welchen Schwerpunkt sie hat: Wir sind überall mit fast der Hälfte der Kinder, egal in welchem Moment, unterhalb der Mindeststandards. Unterhalb der Mindeststandards: Das heißt, man redet in großen Teilen von funktionalem Analphabetismus, das heißt, dass diese Kinder nicht in der Lage sind, einfachste Texte und einfachste Informationen daraus aufzunehmen. Das tun wir nicht erst seit Corona, das tun wir schon viel zu lang. Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, Sie sind seit 2007 mit

dabei, und es hat sich nichts verändert, es hat sich eher verschlechtert.

(Beifall CDU)

Wenn Sie heute davon sprechen, dass die frühkindliche Sprachförderung und Bildung ein Schwerpunktthema seit 2019 von Ihnen waren, dann muss man ganz einfach sagen, es war zu spät! Sie haben einfach nicht früh genug mit Ihrem Koalitionspartner – und die Linken sowieso nicht – irgendwas erarbeitet, damit es schon im frühkindlichen Stadium dazu kommt, dass diese Kinder bei uns eine Chance haben. Meine Kollegin Sandra Ahrens hat sehr früh darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass Kinder frühzeitig in die Kita kommen. Wir wissen das. Wir haben auch jetzt darauf hingewiesen, dass dort eine Sprachförderung stattfinden muss, die auch das verdient, dass wir alle Kinder erreichen.

Wir haben noch nie alle Kinder erreicht, egal welchen Test wir wann wo gemacht haben, aber es wurde nie ernst genommen. Es wird immer wieder erzählt: Da war die Flüchtlingskrise, da konnten wir dies nicht, jetzt war Corona, jetzt haben wir Grippewelle, jetzt kommt der Fachkräftemangel. Es war aber schon zu der Zeit, als alles relativ optimal lief im Rahmen dessen, was Bremen leisten konnte, eine Katastrophe. Von daher ist Ihre Politik schon seit fast 20 Jahren an der Stelle total unverantwortlich, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Das erklärte Ziel, das wir hier alle eigentlich haben, die Entkopplung von Herkunft und Bildungserfolgen, ist hier krachend gescheitert. Wir schaffen es nicht einmal, dass Kinder einen kleinsten Anteil an Teilhabe an der Gesellschaft haben. Wir schaffen es nicht, ihnen Abschlüsse zu ermöglichen, die sie in die Lage versetzen, einen Ausbildungsplatz anzunehmen. Es ist so, dass wir in Bremen unsere Ausbildungsplätze selbst entwerten, die Abschlüsse selbst entwerten, weil wir unser Niveau in den Schulen so senken müssen, damit wir überhaupt irgendwelche Abschlüsse erreichen. So ist das doch!

(Beifall CDU, FDP)

Ansonsten hätten wir noch viel mehr Menschen, die ohne Schulabschluss in Bremen die Schule verlassen würden. Von daher ist es doch eine Kette: Das Niveau stinkt – –, das Niveau sinkt, Entschuldigung,

(Heiterkeit)

die Ausbildungsplätze müssen angepasst werden, die Tests dafür müssen angepasst werden. Wie viele Kinder, wie viele Jugendliche müssen denn hier, wenn sie einen Ausbildungsplatz beginnen wollen, Tests machen? Wie ist es denn an der Universität? Warum haben wir denn den NC auf die Lehrerausbildung? Weil unser eigenes Abitur an der Universität nicht anerkannt wird. Deswegen gibt es doch diese Eingangstests!

(Zuruf SPD: Das ist doch Quatsch!)

Da muss man sich doch einmal fragen – –.

(Zurufe)

Nein, wir sind – –. Nein! Es ist nicht überall notwendig, dass Eingangstests gemacht werden. In Bremen ist es der Fall. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

Dazu können Sie gleich etwas sagen.

Es wäre einfach mein großer Wunsch gewesen – ich bin jetzt seit 2019 dabei, wir haben, ich weiß nicht – –. Jedes Jahr gibt es einen Vergleichstest, der jedes Mal katastrophal ausfällt. Ich habe niemals – niemals! – von dieser Behörde oder von dieser Koalition etwas gehört, das nach vorne geht. Es wird immer gesagt, was man hätte machen können oder was man gerade dabei ist, zu tun. Was man aber vorher getan hat, damit es besser wird, davon habe ich nie etwas gehört.

Ich würde mich freuen, wenn man tatsächlich die Sprachförderung priorisiert in den Kindergärten, dass man tatsächlich anfängt, nicht mit 62 Maßnahmen den Erzieherinnen, Erziehern und Lehrkräften etwas anzubieten, womit sie nicht arbeiten können. Es muss möglich sein, dass da priorisiert wird. Es muss unserer Meinung nach auch darauf hinauslaufen, dass wir, wenn wir Sprachförderung feststellen in der Kita, es zu einer verpflichtenden Vorschule kommt, damit die Kinder auch die Möglichkeit haben, ordentlich in eine Grundschule einzusteigen, um dann wenigstens dort über ihren untersten Mindeststandard hinauszukommen, indem sie ordentlich an der Sprache teilnehmen können.

Es muss eine Priorisierung stattfinden, dass sozial benachteiligte Stadtteile und die Schulen dort besonders ausgestattet werden. Es darf nicht nur heißen, wir würden ja abordnen oder wir ordnen ab, nein, man muss es tatsächlich tun. Es muss eine Ausstattung dort haben, die attraktiv ist, die die Leute anzieht und wo man arbeiten möchte und wo man nicht am liebsten gleich wieder wegmöchte. Ich weiß, Sie kommen dann immer damit, dass die Lehrkräfte, die an diesen Schulen arbeiten, besonders gerne dort arbeiten. Auf der anderen Seite muss man aber auch einmal feststellen: Ja, die arbeiten dort gerne, aber man muss auch offen sagen, die Ergebnisse, die an den Schulen dann offensichtlich erarbeitet werden, tragen nicht dazu bei, dass den Kindern eine größere Chance zuteilwird. Da müssen wir doch anfangen!

Warum gelingt es nicht, mit den diagnostischen Maßnahmen, die wir haben, und den Ergebnissen, die vorliegen, es so an die Schule zu bringen, dass Lehrkräfte Maßnahmen annehmen, um tatsächlich die Niveaus in den Klassen und die Kompetenzen zu verbessern? Das wäre doch der Ansatz, mit dem wir anfangen müssen.

Wir haben in einem Bericht, "Aufholen nach Corona" aus dem qualitativen Teil, der ist eine Evaluation gewesen, die relativ kritisch war, was die Annahme von diagnostischen Ergebnissen durch Lehrkräfte ist, wie die angenommen werden. Da muss man einfach sagen, Lehrkräfte sind dem Ganzen kritisch gegenüber, und da müssen wir uns fragen, warum. Wenn ich mir angucke, dass sie seit 20 Jahren testen und immer wieder gesagt bekommen, was nicht gut funktioniert, aber keine Maßnahmen an die Hand bekommen, mit denen sie tatsächlich arbeiten können, um es zu verbessern, da muss ich tatsächlich sagen, da kann ich die Lehrkräfte in Teilen auch verstehen.

Da ist ein Punkt, an dem wir sagen, da ist auch das IQHB gefragt, das natürlich viel zu lang noch nicht so arbeitet, wie wir es eigentlich schon längst haben wollen. An der Stelle muss man sagen, da müssen wir Gas geben, da muss auch die Direktorenstelle endlich besetzt werden. Ich weiß nicht, wie lange das Verfahren jetzt schon läuft. Ansonsten kann ich nur hoffen, dass am 14. Mai alle Eltern, alle, die daran interessiert sind, dass es den Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt wieder besser geht, in diesem Land besser geht, tatsächlich einmal das Kreuz an der richtigen Stelle machen, nämlich bei uns,

(Zurufe SPD)

denn wir könnten es nicht schlechter machen als Sie, wir könnten es besser machen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 3 und in der Jahrgangsstufe 8, weil die FDP hier die Aktuelle Stunde beantragt hat. Ja, die Ergebnisse sind niederschmetternd. Herr Professor Dr. Hilz hat es eingangs gesagt, 58 Prozent der Bremer Schülerinnen erreichen in der Jahrgangsstufe 3 nicht den Mindeststandard in Mathematik, 42 Prozent der Bremer Schülerinnen erreichen nicht den Mindeststandard im Bereich Lesen.

Ich finde, diese Ergebnisse sind niederschmetternd. Da gibt es nichts schönzureden. Es gibt auch nichts schönzureden bei der Situation, wenn man sich die soziale Spaltung in Bremen anguckt, die sich wirklich wie im Lehrbuch an diesen Zahlen ablesen lässt. Herr Professor Dr. Hilz hatte auch das gesagt, wir sehen, dass zum Beispiel bei Sozialstufe 5 in den Schulen 71 Prozent der Schülerinnen den Mindeststandard nicht erreichen. 19 Prozent sind es in der Sozialstufe 1.

Allerdings gibt es hier eine Überraschung. Diese Überraschung ist allerdings negativ, nämlich: Wir haben schon in der Sozialstufe 2 massive Probleme. Schon in der Sozialstufe 2 erreichen 42 Prozent der Schülerinnen in Bremen nicht den Mindeststandard in Mathematik. Das heißt, wir haben hier ein Problem, das sich je nach Sozialstufe weiter verschärft, aber dieses Problem ist flächendeckend.

Um allen noch mal klarzumachen, die nicht in der Fachdebatte drin sind, was denn bei diesen Vergleichstests genau gemacht wird und wie das funktioniert: In der dritten Klasse werden alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend auf das Niveau vom Ende der vierten Klasse getestet. Die Idee dahinter ist also, dass man eine Art Frühwarnsystem hat, das einem zeigt, dieses Niveau müssten die Kinder am Ende der vierten Klasse erreichen. Wie viele Kinder erreichen dieses Niveau jetzt schon? Wie viele Kinder sind unterhalb dieses Niveaus?

Wenn man aber ehrlich ist, dann muss man eben auch sagen, klar, auf der einen Seite haben die Schülerinnen noch ein Jahr Zeit, dieses Ziel zu erreichen, und ich glaube, es ist auch genau richtig, zu diesem Zeitpunkt den Test zu machen, um dann das Jahr, was man noch hat, sinnvoll zu nutzen. Trotzdem, wenn wir so viele Kinder unterhalb des Mindeststandards haben, dann würden wir uns selbst in die Tasche lügen, wenn wir davon ausgehen würden, dass die meisten Kinder bis zum Ende der vierten Klasse den Mindeststandard erreichen. Leider sieht es nicht so aus. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass sehr viele Kinder in Bremen am Ende der vierten Klasse den Mindeststandard nicht erreichen werden.

Wenn wir das mit letztem Jahr vergleichen, dann sehen wir gerade im Bereich Mathematik noch mal einen deutlichen Abfall. Im vergangenen Jahr, also 2021, waren die Ergebnisse im Land Bremen für Mathematik so, dass 39 Prozent der Kinder den Mindeststandard nicht erreichten, jetzt sind es 48 Prozent. Es ist ein Anstieg von fast zehn Prozent. Da lässt sich natürlich schon noch mal die Frage stellen: Woran liegt das? Es liegt, glaube ich, auf der Hand, dass auch Corona hier sehr wahrscheinlich ein Faktor ist. Wir können das nicht wissenschaftlich beweisen, aber ich glaube, es liegt auf der Hand, dass Corona ein wichtiger Punkt ist.

Auch wenn wir hier in Bremen wirklich versucht haben, mit allen Mitteln die Schulschließungen zu vermeiden, gab es auch hier geschlossene Schulen, allerdings deutlich weniger als im Bundesländervergleich. Ich möchte an dieser Stelle noch mal meinen Dank an die ehemalige Bildungssenatorin Dr. Claudia Bogedan aussprechen, die hier wirklich mit einem Rückgrat dafür gekämpft hat, dass die Schulen aufbleiben. Der Gegenwind war wirklich heftig, aber sie und die Koalition wussten, welche Auswirkungen es für die Kinder in den benachteiligten Stadtteilen haben wird, wenn die Schulen geschlossen bleiben. Deswegen hat sie hier in der Bürgerschaft und auch in der KMK (Kultusministerkonferenz) massiv dafür gekämpft, dass die Schulen offenbleiben. Da möchte ich einfach noch mal danke sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch mal erwähnen, wer denn hier so laut geschrien hat, als wir uns für diesen Weg entschieden haben. Das war natürlich unter anderem die CDU. Ich finde, man muss einfach einmal sagen: Wer so laut für Schulschließungen plädiert (Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU]: Nein, das war anders!)

und jetzt aber sagt, dass für diese Ergebnisse allein die Regierung verantwortlich ist, der macht es sich dann doch ein bisschen einfach.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Viel wichtiger ist aber nicht die Frage: Wer hat Recht und wer hat wann was gesagt? Viel wichtiger ist, dass wir jetzt eine Verantwortung für diese Kinder haben und dass wir jetzt etwas für diese Kinder tun müssen. Natürlich hätten wir auch ohne Corona-Effekt schlechte Ergebnisse, auf die wir reagieren müssten, das wissen wir auch, Frau Averwerser, natürlich.

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU])

Trotzdem sehen wir hier aber eben noch mal eine massive Verschlechterung zum Jahr davor. Deswegen müssen wir gucken, was wir jetzt machen können. Was können wir für diese Kinder machen? Ich finde, da sind vier Punkte ganz entscheidend, auf die ich gleich noch genauer eingehen werde:

Erstens, "Mathe sicher können", dieses Förderprogramm müssen wir flächendeckend anbieten. Zweitens, wir müssen unsere Sprachförderkonzepte endlich umsetzen. Drittens, wir müssen prüfen, ob mehr Mathe- und Deutschstunden den Kindern in Bremen die Lernzeit ermöglichen, die sie brauchen. Viertens, wir müssen die soziale Spaltung in der Bildung weiterhin bekämpfen und die Schulen in den benachteiligten Stadtteilen müssen weiterhin immer als Erstes kommen.

Ich möchte diese Punkte noch mal genauer ausführen. "Mathe sicher können" flächendeckend anbieten: "Mathe sicher können" ist ein bewährtes Konzept, das funktioniert. Hier werden Lehrkräfte weitergebildet, um dann mit Schülerinnen, die einen besonderen Bedarf haben, in kleinen Gruppen Stoff nachzuarbeiten, Stoff zu intensivieren.

Was da das Besondere ist, ist, dass es eine ganz direkte und intensive Kommunikation über Mathematik mit der Lehrkraft gibt. Es ist also anders als der Unterricht sehr stark kommunikativ, und dadurch, dass es eben in einer kleinen Gruppe stattfindet, kann man noch besser als im Unterricht auf die ganz individuellen Hürden bei den Schülerinnen eingehen. Dieses Konzept hat sich wirklich bewährt und wir müssen das in der Fläche anbieten.

Um vielleicht auch das noch mal deutlicher zu machen: Bevor ich diese Testergebnisse hatte, habe ich gedacht, wir müssen "Mathe sicher können" vor allem in den Schulen mit der Sozialstufe 4 und 5 anbieten. Diese Aussage kann ich allerdings jetzt nicht mehr halten, weil wir sehen, auch schon ab Sozialstufe 2 haben wir hier enorme Probleme. Deswegen sagen wir: Nicht kleckern, sondern klotzen. Wir brauchen das in der Fläche.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Zweitens: Sprachförderkonzept endlich umsetzen. Auch mein Kollege Christopher Hupe hat es angesprochen. Wir haben als Koalition Anfang der Legislatur ein Sprachbildungskonzept hier in der Bürgerschaft auf den Weg gebracht. Die Entwicklung hat dann viel Zeit in Anspruch genommen, man muss aber sagen, das Konzept, das jetzt auf dem Tisch liegt, ist, glaube ich, wirklich sehr gut, ist gut durchdacht, ist auf der Höhe der Zeit.

Es wird jetzt aber noch nicht umgesetzt, weil immer noch nicht das Geld da ist. Das ärgert mich tatsächlich auch, denn auf der einen Seite, da fließen nicht verausgabte Mittel wieder in den Globalhaushalt zurück, auf der anderen Seite kriegen wir an jeder Stelle schwarz auf weiß bestätigt, dass eigentlich jeder Cent im Bremer Bildungshaushalt bleiben müsste, weil er dort bitter nötig ist. Ich finde, dass wir hier ein Problem haben, dass wir Konzepte, die gut sind, die wir umsetzen könnten, nicht umsetzen können, weil das Geld dafür nicht da ist. Ich wünsche mir hier ein Umdenken.

(Beifall DIE LINKE)

Drittens: Wir brauchen mehr Lernzeit in Mathe und Deutsch. Bremen hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern weniger Stunden in der Stundentafel in der Woche im Grundschulbereich. Denkbar wäre hier, dass wir im Grundschulbereich noch Stunden draufpacken. Das fordert auch die Ständige Wissenschaftliche Kommission bei der KMK. Ich glaube, wir sollten das prüfen. Klar ist aber auch, dass die Lesekompetenz nicht zwingend im Deutschunterricht gefördert werden muss, da gibt es sicherlich auch viele andere Varianten, genauso wie bei der Sprachkompetenz. Trotzdem müssen wir aber über zusätzliche Stunden nachdenken.

Viertens: Schulen in den benachteiligten Stadtteilen zuerst. Wir machen das schon seit Jahren. Seit Jahren gibt es kleinere Klassen in den benachteiligten Stadtteilen, seit Jahren gibt es Förderstunden in den benachteiligten Stadtteilen. Wir haben mit der Schulsozialarbeit vor allem in den benachteiligten Stadtteilen angefangen. Dort gibt es mehr Schulsozialarbeit als an anderen Schulen.

In dieser Legislatur haben wir den Schwerpunkt vor allem auf die Sachmittelausstattung gelegt, die dort erhöht ist, und auf die Doppelbesetzung. Wir müssen aber auch bei weiteren Förderinstrumenten, die wir implementieren, immer sagen: Diese Schulen müssen zuerst kommen. Wir dürfen diese Verteilung nach Sozialstufen nicht einfach ohnmächtig hinnehmen. Wir müssen alles versuchen, diese aufzubrechen.

(Beifall DIE LINKE)

Daher ist für uns als DIE LINKE klar: Die Personalund die Mittelausstattung an den Schulen der Sozialstufe 4 und 5 muss nochmals verbessert werden, um die Kinder mit den größten Bedarfen auch am besten zu fördern.

Für diese vier Punkte brauchen wir natürlich die entsprechenden Finanzmittel. Gerade dieser Jahrgang, der unter Corona besonders gelitten hat, der braucht jetzt auch unsere besondere Unterstützung. Ich finde, wir können hier nicht bis zur Wahl und dann bis zu den Haushaltsverhandlungen und dann bis zum Ende der Haushaltsverhandlungen abwarten, denn das wird natürlich, wie es immer so ist – und das ist auch richtig so –, einige Zeit in Anspruch nehmen.

Diese Kinder haben aber nicht die Zeit. Diese Kinder sind doch genau die, die in der Coronapandemie wirklich so viel wegstecken mussten. Ich glaube auch, wir würden gerade im Bereich Schule und Kita einiges anders machen, wenn wir die Erkenntnisse, die wir jetzt haben, schon vor drei Jahren gehabt hätten. Hatten wir aber nicht.

Deswegen ist es, finde ich, das Mindeste, dass wir versuchen, hier nachholend eine gewisse Gerechtigkeit walten zu lassen. Das bedeutet aber auch, dass wir diese Kinder eben nicht im Regen stehen lassen, sondern jetzt kurzfristig Maßnahmen ergreifen, die genau diesen Kindern, die jetzt bei VERA 3 getestet wurden, zugutekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Ohne massive Investition in das Bremer Bildungssystem wird es auf Dauer nicht gehen, und das sollte auch für die nächsten Haushaltsverhandlungen klar sein, wir müssen hier die Prioritäten noch schärfer setzen. Was wir aber nicht brauchen, das sind Debatten über Schulnoten, Ziffernoten, über das Sitzenbleiben. In meinen Augen sind das Ideen von vorgestern, die uns nicht weiterhelfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Es gibt seit Jahrzehnten pädagogische Studien, die zeigen, dass Schulnoten oft ungerecht sind, dass sie auch nicht nachvollziehbar sind. Sie gaukeln eine Vergleichbarkeit von Leistungen vor, statt eine wirkliche Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Sie schaffen unnötigen Druck im Lernprozess und schüren auch Ängste. Wir glauben also, dass der Leistungsbegriff der FDP und auch der Leistungsbegriff der CDU an dieser Stelle hinter den erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen zurückbleiben und wir uns dem in keiner Form anschließen werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich möchte noch mal auf Corona zurückkommen. Wenn wir diese einschneidenden Effekte bei den Kindern sehen, dann müssen wir leider auch befürchten, dass wir auch in Zukunft noch Corona-Effekte bei den Kindern sehen werden, denn wir haben natürlich die Kinder, die jetzt in der Schule sind, die jetzt in der zweiten Klasse sind, in der dritten Klasse sind, die auch von Corona betroffen waren, oder es kommen jetzt Kinder in die Schule, die in der Kita von Corona betroffen waren. Auch im Kitabereich gab es Schließungen, Einschränkungen. Auch das bedeutet natürlich, dass da das soziale und motorische Lernen wie aber auch der Spracherwerb ein Stück weit auf der Strecke geblieben sind, und wir müssen gucken, wie wir auch das wieder ausgleichen können.

Ich halte es deswegen für bedenklich, dass "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche", das Bundesprogramm, jetzt im Sommer auslaufen wird. Ich glaube, wir müssen noch mal ganz genau prüfen, wenn der Bund nicht selbst auf die Idee kommt, dieses Programm weiterlaufen zu lassen, was wir als Land tun können, welche Maßnahmen wir aus dem Landesprogramm "Schüler:innen stärken" weiterführen können. Dieses Programm wurde sehr gut von den Schulen angenommen. Es wurde als sehr positiv evaluiert. Ich glaube, wir müssen hier die Kinder im Blick haben und wissen, dass die Folgen von Corona eben nicht innerhalb von einem Jahr erledigt sind und wir auch da weiterarbeiten müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Kurz möchte ich auch noch auf das IQHB eingehen. Das ist ja jetzt relativ neu und ich setze da schon meine Hoffnung rein, dass die Schulen jetzt mit den Erkenntnissen, die wir aus den VERA-Ergebnissen haben, besser arbeiten können, dass sie durch die Unterstützung des IQHBs besser einschätzen können, was die Ergebnisse eigentlich bedeuten - es wird dann auch Entwicklungsgespräche zwischen der Schulaufsicht und den Schulen geben beziehungsweise gab es auch schon welche -, und dass die Schulen oder die Klassen, weil es ja wirklich klassenbezogene Ergebnisse sind, gucken sollen, bei welchen Aufgabenteilen meine Schülerinnen besondere Schwierigkeiten haben, und so die Möglichkeit haben, den Unterricht hier besser anzupassen und in der Unterrichtsqualität noch ein Stück weiter nach vorne zu gehen.

Ich gehe noch kurz auf Frau Averwerser ein. Das hat aber mit dem Thema eigentlich nicht so viel zu tun, deswegen – –. Also, ich fand es zum Teil interessant, was Sie alles so erzählt haben, aber ich würde Ihnen gern noch mal in einem Punkt ganz, also ganz massiv widersprechen, weil es einfach nicht stimmt, was Sie gesagt haben: Das Abitur in Bremen ist bundesweit anerkannt.

(Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU]: Ja!)

Auch die Universität Bremen erkennt das Bremer Abitur an.

(Lachen SPD)

Warum gibt es dann einen NC im Lehramt? Weil es viele Bewerberinnen für das Lehramt gibt. So ist das in anderen Studiengängen auch. Das liegt nicht am Bremer Abitur. Es gibt auch an anderen Universitäten einen NC. Das ist völlig normal. Was Sie hier machen, ich weiß nicht, was das ist. Falschinformation, Unwissenheit, einfach einmal irgendwas erzählen. Es stimmt auf jeden Fall nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD - Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Frau Strunge, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Buhlert?

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr gern, Herr Dr. Buhlert.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Bitte, Herr Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Eine Frage: Wenn wir einen NC haben, heißt das doch, dass wir nicht ausreichend Studienplätze haben. Wir haben aber doch Lehrkräfte, die fehlen. Wäre es vielleicht notwendig, da mehr Plätze auszubauen, damit dieser NC gar nicht notwendig wäre, damit wir den Teil des Bildungsproblems vielleicht lösen könnten?

(Beifall FDP, CDU)

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Herr Dr. Buhlert, das finde ich einen total interessanten Punkt. Ich muss Sie leider an der Stelle enttäuschen, dass jetzt nicht Sie derjenige sind, der mich auf diese bahnbrechende Idee gebracht hat. Ich stimme Ihnen aber zu, wir brauchen mehr Kapazitäten im Lehramt, auch an der Uni Bremen. Da bin ich total Ihrer Meinung.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Mit der Enttäuschung kann ich leben, weil ich davon ausgehe, dass es dann auch umgesetzt wird.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Weil ich aber mit dieser Ausführung zur Uni Bremen und wie das alles so funktioniert bei dieser Aktuellen Stunde nicht enden wollte, möchte ich es noch einmal zusammenfassen:

Wenn wir eine Trendumkehr im Bremer Bildungssystem wollen, und die wollen wir, dann brauchen wir die besten Schulen in den benachteiligten Stadtteilen, dann brauchen wir flächendeckende Förderinstrumente, dann brauchen wir mehr Personal an den Schulen, und wir brauchen einen Haushalt, der die Bildungsausgaben nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ erhöht. Das brauchen wir, das brauchen unsere Schülerinnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Gönül Bredehorst das Wort.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Keine Frage, VERA 3 und die VERA-8-Testungen sind wieder schlecht ausgefallen und für Bildungspolitiker und Bildungspolitikerinnen sind die Ergebnisse wieder einmal ernüchternd. Da braucht

man gar nicht lange drum herumreden. Viel wichtiger, als wir es jetzt hier in der Bürgerschaft diskutieren, finde ich, dass wir dies in der Bildungsdeputation letzte Woche ausführlich getan haben.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Haben wir bis halb 7 getan, reicht doch!)

Doch, haben wir. Wir haben über eine Stunde darüber geredet, Herr Hilz. Waren Sie nicht mehr da? Doch.

(Zuruf Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz)

Meine Damen und Herren, dass wir dies jetzt noch mal in der Bürgerschaft machen, finde ich gut, ich würde auch gerne jeden Monat oder von mir aus auch gern jeden Tag mit Ihnen darüber diskutieren. Nur, liebe Opposition, wenn es helfen würde, nur darüber zu reden, würde ich es gern tun. Tut es aber nicht. Ich kann nur sagen, wenn ich neue Ideen von Ihnen hören würde, anstatt dass Sie erzählen von alten Ideen wie Schulnoten, Vorschule oder von "wieder sitzenbleiben müssen",

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Ich habe gar nicht davon gesprochen, bis jetzt!)

würde ich mich freuen, aber ich frage mich, anscheinend ist das nicht Ihr Verständnis von progressiver Bildungspolitik. Mit den Methoden des 20. Jahrhunderts wollen Sie die Bildungsprobleme des 21. Jahrhunderts lösen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Schulnoten lösen die Probleme der Schülerinnen und Schüler mit Rechtschreibung, Lesen und Rechnen. Ist das Ihr Ernst, liebe FDP?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Wie machen Sie das denn? Dann schaffen Sie doch mal eine Lösung!)

Ich komme jetzt zu den VERA-Testungen. Die Zahlen hat Herr Hilz genannt, die wiederhole ich jetzt nicht, sie sind deprimierend genug. Das sind natürlich auch für die SPD-Fraktion keine hinnehmbaren Ergebnisse. Das muss sich ändern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Daher stellt sich doch die Frage: Was wird derzeit getan und was muss man mit welchen Mitteln tun, damit mehr Kinder die Mindeststandards schaffen und alle anderen Kinder entsprechend ihren Möglichkeiten gefördert werden?

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Tja, das fragen Sie seit 75 Jahren!)

In den vorangegangenen Jahren waren die Ergebnisse für die VERA-Testungen leider auch schon schlecht. Daraus wurde bereits das Programm "Mathe sicher können" und das Programm "Lesen mit BiSS" für die Oberschulen abgeleitet. Diese bewährten Kurse sollen zukünftig flächendeckend eingeführt werden, und zwar so schnell wie möglich. Das heißt, spätestens zum kommenden Schuljahr. Beide Programme werden – –. Genau. Dabei liegt der Fokus auf sicherem Spracherwerb in allen Jahrgängen.

In der ersten Stufe setzen die Schulen ein Leseflüssigkeitstraining um, dabei wird die Lernverlaufsdiagnostik "quop" eingesetzt. Das ist wichtig, meine Damen und Herren, weil wir ja immer wissen wollen und auch letztendlich die Lehrer und Lehrerinnen wissen müssen: Wo stehen unserer Schülerinnen und Schüler? Was müssen wir tun, damit sich gewisse Kompetenzen verstärken und ausgebaut werden können? In der zweiten Stufe folgt ein systematisches Lesestrategietraining mit der Konzeption und Etablierung eines verbindlichen Lesebands im Stundenplan.

Die Schulen werden durch Fortbildung und Netzwerktreffen bei der Ein- und Durchführung des Programms beraten. Lehrkräfte werden unter anderem mit Hilfe von Blended-Learning-Einheiten zum durchgängigen Lesekompetenzaufbau und zur Diagnose und Fördermöglichkeiten qualifiziert. Das sind die Maßnahmen, die jetzt schon angegangen wurden und weiterhin werden. Im Rahmen von Ganztag können wir uns, genauso wie DIE LINKE, eine zusätzliche Deutschstunde und auch eine zusätzliche Mathestunde vorstellen.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Das ist ja spannend!)

Denn das Einüben von Rechtschreibung und Mathe sind genauso wichtig wie außerschulisches Lernen. Das muss geprüft werden. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund unter zehn Jahren beträgt mittlerweile 60 Prozent in Bremen. Darauf müssen wir reagieren, indem wir die Lehrerinnenausbildung – Herr Hilz sieht das ja genauso wie wir – verändern. In ihre Ausbildung sollte ein Pflichtmodul "Deutsch als Fremdsprache" eingebaut

werden. Davon profitieren unter anderem nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund.

Die zugewanderten Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse sind ein halbes Jahr in den Vorkursen. Das werden wir flexibilisieren. Grundschülerinnen und Grundschüler werden zukünftig die Möglichkeit haben, auch länger die Vorkurse zu besuchen, bis sie sich sprachlich stabilisiert haben. Ich denke, das ist eine gute Vorgehensweise, die sich herauskristallisiert hat. Wenn wir Kinder nur ein halbes Jahr in den Vorkursen lassen, sie aber sprachlich noch nicht so weit sind, ist es auch problematisch, in anderen Fächern mitzukommen.

Kinder, die in ihrer Herkunftssprache noch nicht alphabetisiert wurden, werden zukünftig in allen Jahrgängen ein Sprachförderband erhalten. Ich denke, das ist wichtig. Wenn man noch nicht alphabetisiert ist und, ich sag mal, nicht mehr so jung ist, fällt es einem schwerer, die Sprache zu lernen und eben auch die Schriftsprache. Deshalb ist es wichtig, dass wir dieses Sprachförderangebot in allen Jahrgängen vorhalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind uns also alle einig: Sprache ist das A und O, Sprache fängt aber nicht erst in der Grundschule an,

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Habe ich ja nicht gesagt!)

sondern schon bereits in den Kitas.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Wo 1 000 Plätze fehlen!)

Dies ist im "Bildungsplan 0 bis 10" festgehalten, Herr Hilz. Damit wird ein durchgängiger Spracherwerb von der Kita an festgelegt. Nun wissen wir aber alle, dass nicht alle Kinder in die Kita gehen. Deshalb war der Schritt richtig und wichtig, ein Kitabrückenjahr zu installieren. Alle fünfjährigen Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf müssen eine Kita besuchen und werden entsprechend auf die Schule vorbereitet.

Um all diese Maßnahmen durchführen zu können, brauchen wir Fachkräfte. Da herrscht gerade ein großer Mangel, aber die Senatorin ist es angegangen. Sie hat jüngst eine Taskforce "Personal- und Unterrichtsversorgung" ins Leben gerufen, die nichts anderes macht und sich mit nichts anderem

beschäftigt, als zusätzliches Personal für die Schulen zu gewinnen. Folgende Maßnahmen wurden bereits ergriffen und haben auch schon Wirkung gezeigt:

Schwangere dürfen weiterarbeiten, wenn sie sich individuell dafür entscheiden. Die Teilzeitquote an den Schulen ist enorm hoch, das hat auch etwas damit zu tun, dass die Menschen sich eine andere Balance zwischen Arbeiten und Leben wünschen. Weniger arbeiten, um zum Beispiel mehr für ihre Kinder oder Angehörigen da zu sein, dies betrifft mehr Frauen als Männer und betrifft auch massiv die Grundschulen. Daher macht die Senatorin flexible Angebote, damit Lehrkräfte ihre Stunden aufstocken. Zum Beispiel, wenn sie bereits eine 4-Tage-Woche haben, können sie sie behalten oder sie kriegen die Möglichkeit, auch eine 4-Tage-Woche zu haben. Die Schulen sollen sich dahingehend bewegen, die Stundenpläne so zu gestalten, dass die aufstockende Lehrkraft zusammenhängende Stunden wahrnehmen kann.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Auch noch im nächsten Schuljahr und nicht dann wieder von vorne die Diskussion anfangen!)

Das setzen die Schulen um, dazu kann ich jetzt gerade nichts sagen, Frau Hornhues. Mit dieser Maßnahme wurden – das ist jetzt die wichtige Nachricht – innerhalb kürzester Zeit bereits zusätzlich fünf Vollzeitstellen akquiriert oder, in Lehrerstunden ausgedrückt, 150 Stunden.

Die zweite Maßnahme betrifft den Quereinstieg. Menschen, die ein Fach studiert haben, können direkt in die Schule einsteigen und sich berufsbegleitend weiterqualifizieren. Der Stand letzte Woche war in der Bildungsdeputation, dass sich 60 Personen beworben haben und etwa die Hälfte direkt diese Woche anfangen kann. So habe ich das verstanden. Das freut mich natürlich umso mehr, weil wir dringend mehr Köpfe – und zwar jetzt – in Schule brauchen.

(Beifall SPD)

Der Quer- und Seiteneinstieg und die schnellere und leichtere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wurden bereits schon vor längerer Zeit in Angriff genommen. Das müssen wir konsequent weiterführen.

Jetzt gibt es ja noch eine grundständige Lehrerinnen- und Lehrerausbildung. Da war ja die Nachfrage sehr richtig. Ja, genau, wir haben sie, die grundständige Ausbildung, und wir wollen natürlich diese ausbauen. Da finden bereits Gespräche mit der Uni und dem LIS (Landesinstitut für Schule) statt, um auch die Referendariatsplätze auszubauen, das müssen wir natürlich dann auch tun.

Meine Damen und Herren, es passiert schon sehr viel in den Bereichen, die eine Trendwende in der Bildungspolitik einleiten werden.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Glauben Sie das wirklich? Das haben Sie in 75 Jahren nicht geschafft, das werden Sie auch im nächsten Jahr nicht schaffen!)

Es wäre aber illusorisch, zu glauben oder zu suggerieren, dass wir diese großen Erfolge bereits im nächsten Jahr sehen werden, das ist so. Veränderungen im Bildungsbereich sind kein Sprint, eher ein Marathon. Wer hier irgendetwas – –.

(Zuruf Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP])

Nein, wenn Sie Erfolge sehen wollen – –. Ja, ich meine, das IQH in Hamburg hat

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Dann fahre ich nach Hamburg!)

es vorgemacht. Die brauchten sieben bis zehn Jahre, um erste größere Erfolge zu sehen. Ich möchte eigentlich nicht so lange warten, das sage ich Ihnen ganz offen, dafür sind die Ergebnisse viel zu dramatisch, die wir wieder mal zur Kenntnis nehmen mussten. Es wäre aber gelogen, wenn ich sagen würde, nächstes Jahr haben wir ganz tolle Ergebnisse, wenn wir Testungen durchführen. Dem wird nicht so sein. Aber wir werden natürlich

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Aber eine Verbesserung wäre schon mal was!)

Schritt für Schritt werden wir uns verbessern, da bin ich mir sehr sicher, da glaube ich nicht nur dran, da bin ich mir sehr sicher.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Immer dran arbeiten!)

Der Weg, den wir eingeschlagen haben, ist der richtige. Wir haben das IQHB, das uns die Daten liefert und die Maßnahmen vorschlägt. Wir haben unsere tollen Schulaufsichten, die die Maßnahmen in die Schulen tragen werden. Wir haben das LIS, das aufgrund von Daten und Maßnahmen Fortbildungen durchführen wird und die Schulentwicklung unterstützt. Ich glaube, wir haben jetzt alle Zutaten, um unsere Schulen wirklich voranzubringen und in erster Linie natürlich die Kinder, die es betrifft

Es ist auch richtig, dass wir nach wie vor Ungleiches ungleich behandeln werden. Das bedeutet, dass wir weiterhin die Schulen mit dem Schulindex 4 und 5 prioritär behandeln werden. Denn wir haben – –. Hat jemand – –. Ihr dürft, Ihr dürft!

(Beifall SPD)

Das ist so, das ist die Marschrichtung, die wir eingeschlagen haben, die werden wir weitergehen.

(Abgeordneter Dr. Thomas von Bruch [CDU]: Das glauben Ihre eigenen Leute nicht mehr!)

Denn wir haben in den aktuellen VERA-Testungen wieder gesehen, dass der Unterschied zwischen den Schulen mit Sozialindex 5 und 1 nahezu über alle Kompetenzbereiche hinweg 50 Prozent beträgt. Die Schere ist schon bis zum Anschlag offen, da geht schon fast gar nichts mehr. Das darf nicht so bleiben und das wird nicht so bleiben. Was auch nach wie vor richtig bleibt: Wir werden den eingeschlagenen Weg der Inklusion weitergehen und weiter mit Ressourcen unterfüttern.

Die Gedanken über "sitzenbleiben müssen", Vorschule und Schulnoten stehen im krassen Widerspruch mit der inklusiven Schule, das sollte Ihnen bewusst sein. Sie separieren und sortieren damit wieder Kinder aus. Das nehmen wir auf keinen Fall hin. Den Weg zurück in die Vergangenheit wollen wir nicht und werden ihn auf keinen Fall mitgehen. Wir setzen auf wissenschaftlich evaluierte, erprobte Maßnahmen und Programme, die kompetenzorientiert individualisiertes Lernen unterstützen – und Punkt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat Senatorin Sascha Karolin Aulepp das Wort.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren Abgeordnete! Zum wiederholten Male diskutieren wir hier Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung zu den Schulleistungen, heute VERA 3 und 8. Zum wiederholten Male stellen Sie und stelle ich

fest: Die Leistungen, die dort gemessen worden sind, sind natürlich keineswegs befriedigend. Schönreden kann man da nichts.

Zum wiederholten Male packen Sie die rote Laterne aus, hängen sie den bremischen Schulen an und fragen, ob Rot-Grün-Rot unfähig zur Trendwende in der Bildungspolitik ist.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Ich glaube, das haben wir schon festgestellt!)

Ich tue jetzt einfach mal so, auch wenn sich die Debatte nicht so entwickelt hat, als wäre das keine polemische Frage, sondern beantworte sie und beantworte sie mit einem klaren: Nein, wir sind in der Lage, wir lassen die Kinder nicht im Stich!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was in der Debatte in den zurückliegenden Monaten und Jahren deutlich zu kurz gekommen ist, was aber wichtig ist, wenn man wirklich auf die Kinder guckt, wenn man die Kinder in den Mittelpunkt stellt: Bei allen Problemen, die wir haben, sind wir in vielen Bereichen auch richtig gut. Jenseits von Wahlkampfpolemik, die ja hier sogar unumwunden angesprochen wurde, lohnt, um den Kindern in unserem Land und auch den Menschen, die mit diesen Kindern arbeiten, gerecht zu werden, ein vertiefter Blick auf die Ergebnisse.

Wenn Sie sich angucken, wie wir im oberen Bereich bei den Optimalstandards dastehen, dann werden Sie feststellen, dass es da nur ganz kleine Unterschiede zu anderen Bundesländern gibt. Das heißt, wir schaffen es genauso gut wie viele andere Bundesländer, obwohl wir von der Ausgangslage her vor sehr viel größeren Problemen stehen, sehr viele Schülerinnen und Schüler auch zu sehr guten Ergebnissen zu bringen.

(Beifall SPD)

Das ist übrigens auch ein Erfolg der breiten Begabungsförderung, die zu unserer konsequenten Umsetzung der Inklusion dazugehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe mich mal in Ihrem vernetzten Wahlprogramm umgetan, wo Sie denn das Problem des bremischen Schulsystems sehen. Allen Ernstes schreiben Sie dort schon auf den allerersten Seiten, unser Problem sei die Ideologie der Leistungsfeindlichkeit in unseren Schulen. Was für ein Affront gegen die engagierte Arbeit von Schulleitungen, von Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, engagierten Eltern und Schülerinnen und Schülern!

(Beifall SPD – Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Was für eine schwache Argumentation!)

Sie wissen und ich weiß, dass wir riesige Probleme zu wuppen haben. Ja, Herr Bensch, Sie machen wieder Ihre Zwischenrufe, das ist schon in Ordnung, aber nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis, dass es nicht darum geht, dass da eine Leistungsfeindlichkeit herrscht. Wir haben die höchste Kinderarmut in Deutschland, bei weitem die höchste Kinderarmut.

(Unruhe CDU)

viele Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern, viele Kinder mit Sprachförderbedarf, das ist hier alles schon gesagt worden. Ich lasse mir auch gerne vorwerfen, dass wir noch nicht weit genug sind, aber dass Sie unseren Schulen vorwerfen, dass da nichts geleistet wird, womöglich sogar aus ideologischen Gründen, das kann ich Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall SPD)

Unsere Situation in Bremen unterscheidet sich grundlegend von der in allen anderen Bundesländern. Über 50 Prozent, über die Hälfte aller Kinder weisen wenigstens eine von drei Risikolagen auf. Der Bundesdurchschnitt ist gerade einmal halb so viel und auch die anderen Stadtstaaten – Berlin mit 36 Prozent und Hamburg mit 26 – spielen in einer anderen Liga. Ich sage das nicht als Entschuldigung, ich sage nur, dass das auch Grundlage der Betrachtung sein muss.

Ich will ganz deutlich sagen, unsere Schulen, unser Bildungssystem, unsere Kolleginnen und Kollegen, die an vielfältigen Stellen und auf vielfältige Art und Weise mit diesen Kindern unter diesen Voraussetzungen arbeiten, leisten Herausragendes. Das ist nicht nur ein Spruch, das zeigt sich auch bei den Ergebnissen. Gucken Sie sich einmal an, wer in Deutschland Schulpreise gewinnt. Immer wieder sind das bremische Schulen, die ausgezeichnet werden, und meistens sind das Schulen in besonders herausfordernden Lagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Sechs bis sieben Prozent aller Schulpreise kriegen Schulen in Bremen und Bremerhaven, sechs bis sieben Prozent der Schulen in Bayern kriegen Schulpreise. Da kann man sagen: Ja, dann ist es ja ungefähr gleich gut wie Bayern. Bayern hat aber mehr als 20-mal so viele Schulen. Das heißt, wir sind in dieser Frage mehr als 20-mal so gut wie Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Übrigens bilden wir, gemessen an den Einwohnern, auch doppelt so viele Lehrerinnen und Lehrer wie Bayern aus, um mal kurz den Exkurs zur Universität zu schlagen.

Wir schaffen es trotz dieser schwierigen Voraussetzungen, 36 Prozent aller unserer Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu bringen, das ist der höchste schulische Abschluss. Bundesdurchschnittlich sind es gerade einmal 30 Prozent. Ja, jetzt kommen Sie wieder und sagen: Na ja, das ist das bremische Abitur. Frau Strunge hat es gerade schon versucht zu erklären, ich sage es noch mal: Das sind bundeszentrale Prüfungsaufgaben! Da geht es nicht darum, dass ein Abitur mehr oder weniger wert ist, sondern Fakt ist, wir kriegen mehr Schülerinnen und Schüler zum höchsten schulischen Abschluss, als das bundesweit der Fall ist.

(Beifall SPD)

Bei uns machen übrigens auch von denjenigen, die ohne deutschen Pass bei uns zur Schule gehen, deutlich mehr Menschen ein Abitur, als es in Bayern der Fall ist. An der Stelle sind wir also auch richtig gut.

Ich muss an der Stelle sagen, das frustriert mich nicht. Frustrieren heißt ja, dass man sich entmutigen lässt. Nein, ich bin nicht entmutigt. Das, was da an unseren Schulen von den Kolleginnen und Kollegen engagiert geleistet wird, das, was die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen leisten, um Schülerinnen und Schüler zu guten Leistungen zu bringen, das macht mir Mut.

(Beifall SPD)

Ja, natürlich, wir haben ein Problem im unteren Bereich. Ja, es gelingt uns immer noch nicht genügend, die Päckchen, mit denen die Kinder in unsere Schulen kommen – ich habe es schon gesagt, Päckchen, die bei weitem größer sind als in allen anderen Bundesländern – abzubauen. Es gelingt unseren Schulen aber – das zeigen zum Beispiel die von

Ihnen ja auch schon erwähnten LALE-Ergebnisse, die Lernausgangslagenerhebungen – durch gezielte Förderung, dass die Kinder gerade in diesem Segment die größten Lernfortschritte machen. Die Schere geht eben nicht weiter auf, sondern sie schließt sich. Noch nicht genug, definitiv, aber sie schließt sich. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht mich durchaus auch ein bisschen stolz.

(Beifall SPD)

Das gelingt nur, weil Kolleginnen und Kollegen sehr engagiert arbeiten. Das gelingt aber auch darüber, das möchte ich hier auch nicht unerwähnt lassen, dass die Gesellschaft in vielfältiger Art und Weise Schulen bei ihrem Auftrag unterstützt. Was in dieser Debatte noch nicht erwähnt worden ist, was ich aber wichtig finde: Allein 400 oft ältere Menschen helfen als "Mathe-Doppeldenker" ehrenamtlich in unseren Schulen mit. Das finde ich großartig. Das ist auch ein Stück einzigartig in unserer Bundesrepublik.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, unser Problem ist und bleibt die bundesweite enge Koppelung zwischen den verschiedenartigen sozialen Problemlagen und dem Bildungserfolg. Bundesweit ist diese Koppelung eng und bei uns, weil die Problemlagen bei weitem schwieriger sind als in anderen Bundesländern, eben größer. Sie tun hier zum wiederholten Male so, als seien diese Problemlagen, als sei die tiefe gesellschaftliche Spaltung, mit der wir konfrontiert sind, mit den Mitteln der Bildungspolitik zu beheben. Das ist – ich will mich da keinesfalls aus der Verantwortung nehmen – nicht der Fall. Das ist, wie kluge Journalist:innen es formuliert haben, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen eine gerechte Steuerpolitik,

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Genau das hilft den Schülerinnen und Schülern!)

die die Reichen in anderer Art und Weise in Anspruch nimmt. Wir brauchen eine Gesellschaft, die für ordentliche Arbeit auch ordentliche Löhne garantiert.

Herr Professor Hilz, zu Ihnen komme ich gleich noch.

Was wir brauchen, ist eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, die Menschen unabhängig von der Herkunft einen guten Zugang zum Arbeitsmarkt garantiert. Was wir am allerwenigsten brauchen, lieber Herr Professor Hilz, das sind freidemokratische Krokodilstränen angesichts des dramatischen Abschneidens von Kindern aus schwierigen sozialen Lagen bei gleichzeitigem Kampf gegen eine auskömmliche Kindergrundsicherung, bei gleichzeitigem freidemokratischen Kampf gegen eine gerechte Besteuerung

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

und bei gleichzeitigem Kampf gegen stärkere Tarifbindung auf Arbeitgeberseite! Das gehört in diese Debatte auch mit rein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig ist, dass wir in unserem Bildungssystem mit unserer besonderen Situation umgehen müssen. Wir tun das, und an vielen Stellen auch in ganz hervorragender Art und Weise. Hervorheben will ich an dieser Stelle noch die Erfolge, die wir im Bereich Inklusion erzielen. Wir sind gut darin, Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen in unserem Unterricht mitzunehmen. Ja, auch da sind wir regelrecht Spitze. Sie glauben gar nicht, wie mich das quält, dass die Einzige, die das kurz vor Weihnachten angemessen aufgegriffen hat, die politische Satiresendung "Die Anstalt" ist. Die hat - und zwar mit seriösen Zahlen - uns und allen anderen Bundesländern vorgerechnet: Das einzige Bundesland, das im gesamten Bereich Inklusion in der Schule ernsthaft erfolgreich ist, ist unser Bundesland, das ist Bremen. Wir haben es --.

(Beifall SPD – Zuruf Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU])

Was erfolgreich heißt? Das kann ich Ihnen sagen. Wir haben es seit der konsequenten Einführung des inklusiven Schulsystems in den letzten zehn Jahren geschafft, die Zahl der Kinder mit Förderbedarf in unserem Schulsystem, die einen ordentlichen, einen berufsqualifizierenden Bildungsabschluss machen, von 20 Prozent auf über 60 Prozent zu steigern. Damit liegen wir weit vorn vor allen Bundesländern. Das ist gut für diese Kinder, das gibt ihnen bessere Chancen und darüber wird leider viel zu wenig geredet.

(Beifall SPD)

Apropos Inklusion oder vielleicht eher Exklusion: Die neueste Idee, die jetzt die Probleme lösen soll, die ist ja hier auch von Frau Averwerser angesprochen worden, ist die verpflichtende Vorschule, exklusiv für die Kinder mit Förderbedarf. Ich will einmal versuchen, es positiv zu formulieren: Richtig ist der Gedanke und auch das gemeinsame Ziel, dass die Kinder, bei denen wir mit unserer verbindlichen Sprachstandsuntersuchung einen Förderbedarf feststellen, auch in eine Förderung kommen.

Deshalb haben wir das Kitabrückenjahr auf den Weg gebracht, deswegen habe ich dafür gesorgt, dass wir nicht nur die Kinder zu den Sprachtests holen, die wir bislang nicht erreicht haben, sondern dass wir sie dann auch in unsere Einrichtungen bekommen. Sie wissen, auch wenn Sie es hier wissentlich ignorieren, dass in unseren Kitas Sprachförderung stattfindet, dass wir da richtig was machen und dass wir das auch mit bremischen Mitteln richtig unterstützen. Da findet Sprachförderung statt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, da liegt noch Arbeit vor uns, und ja, das muss an manchen Stellen noch besser greifen, aber wir haben schon hunderte Kinder darüber erreicht. Hunderte Kinder mehr als vorher, und jedes einzelne dieser Kinder wird einen besseren Start haben. Wir wollen ohne jede Ausnahme alle erreichen. Das werden wir auch schon bald tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die verpflichtende Vorschule ist nicht der richtige Weg. Angesichts der Problemlagen, vor denen wir stehen, angesichts der hohen Kinderzahlen, mit denen wir noch vor einem Jahr nicht haben rechnen können – seit März 2022 haben wir, auch das übrigens ein Beleg für die Leistungsbereitschaft und auch die Leistungsfähigkeit unserer Schulen, 3 400 zusätzliche Schülerinnen und Schüler neu in unsere Schulen aufgenommen -, angesichts dieser Problemlagen wäre es ein völlig falscher Weg, jetzt noch Tausende von zusätzlichen Kindern zusätzlich in unsere Grundschulen - und das auch noch vornehmlich in prekärer Lage – drücken zu wollen, in sechs, in sieben, womöglich in acht Klassenzügen – ein Weg, der dort zu massiver Überlastung führen würde, wo jetzt die Probleme schon massiv groß sind.

Wollen Sie das wirklich? Ich kann hier nur davor warnen, aus wahltaktischen Gründen – das ist hier gerade ja mehr als offensichtlich – die vermeintlich einfachen Lösungen zu präsentieren, die am Ende nur zu erheblich größeren Problemen führen würden. Ja, wir brauchen mehr Verbindlichkeit, wir müssen diese Verbindlichkeit auch durchsetzen,

notfalls auch mit Härte, aber wir dürfen unsere Systeme dabei nicht überlasten.

Damit komme ich zu dem, was als Einziges wirklich hilft, was uns als Einziges in die Lage versetzt, mehr für unsere Kinder überall zu erreichen: Wir brauchen gut ausgestattete Kitas für alle Kinder, wir brauchen gut ausgestattete Schulen. Das heißt zuallererst, wir brauchen eine gute Personalausstattung, und zwar so viel Personal, dass der Förderbedarf der Kinder, der teilweise ja erheblich ist, auch angegangen werden kann, dass Kindern eine optimale Entwicklungschance gegeben wird.

Ja, mit Blick auf den bundesweiten Fachkräftemangel setzt das voraus, dass wir auch bereit sind, über unseren Schatten zu springen. Ich freue mich auf die aktive Unterstützung hier aus dem Parlament. Bislang ist sie ja von der einen oder anderen Seite noch nicht so aktiv gewesen, aber es hörte sich so an, zum Beispiel auch bei Ihnen, Herr Professor Hilz, dass Sie das den richtigen Weg finden.

Ich habe mich auf den Weg gemacht, gegen Widerstände auch durchaus aus diesem Hause durchgesetzt, dass wir zum Beispiel unsere Kindertageseinrichtungen auch für Menschen öffnen, die noch nicht als Erzieher:innen für den Bereich der Kindertagespflege qualifiziert sind. Ich weiß, dass dieser Weg über den eigenen Schatten auch Bedenken auslöst, aber ich habe die Hoffnung, dass wir vielen hundert zusätzlichen Menschen einen Weg in die Erziehungsberufe öffnen können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt lasse ich mich völlig hinreißen und lasse gar keinen Platz für Applaus.

Natürlich nicht nur über die Kindertagespflegeoffensive, ich bin überzeugt, wir müssen unsere Ausbildung in diesem Bereich verdoppeln, und zwar sowohl im Bereich der klassischen fachschulischen, als auch bei der praxisintegrierten Ausbildung. Wir brauchen beide Elemente, um möglichst viele Menschen anzusprechen, sich auf diesen Weg zu begeben. Ich will und ich werde in den Bremer Abschlussklassen noch in diesem Schuljahr dafür werben, eine Werbeaktion zu machen, da tatsächlich bei unseren Schülerinnen und auch bei den Schülern die Werbetrommel zu rühren, bei den Jungs und Mädels, in der Zukunft eine ganz große Rolle für unsere Kleinsten zu spielen, ihre berufliche Zukunft damit zu koppeln, Erziehungsberufe zu ergreifen und damit was für die Zukunft der Kinder zu tun.

(Beifall SPD)

In unseren Schulen müssen wir auch mehr Personal bekommen. Es ist schon erwähnt worden: Wir haben in hohem Tempo unsere Kampagne "Back to School" an den Start gebracht. Das war auch eine Auseinandersetzung: Darf man eigentlich so eine Ausschreibung, die ich durchgesetzt habe, tatsächlich machen? – Ja! Darf man tatsächlich solche Menschen in die Schule holen? – Ja, man muss, wir müssen solche Menschen als Bereicherung, als Ergänzung in die Schule holen, um sie für unsere Kinder in den Schulen einzusetzen, damit sie sich da auch einbringen. Das lohnt sich, diese Kampagne ist überaus erfolgreich.

Es wurde schon darauf hingewiesen, wir haben am 31. Dezember mit der Ausschreibung gestartet. Letzte Woche in der Deputation habe ich Ihnen über 60 Bewerbungen vermeldet, und heute, eine Woche später, kann ich sagen, es sind schon weit über 100 Bewerberinnen und Bewerber. Das ist ein Riesenschritt, den wir da gehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da können und da werden wir nicht stehenbleiben. Am Ende steht und fällt die Trendwende auch damit, wie viele Menschen bereit und natürlich auch fähig und in der Lage sind, unsere Kinder in unseren Einrichtungen und in unseren Schulen wirksam zu unterstützen. Das wird auch mal ruckeln, da wird es auch Auseinandersetzungen geben, auch in den Betrieben. Die Debatte stimmt mich aber jedenfalls in dieser Hinsicht hoffnungsfroh, da baue ich auf die Unterstützung dieses Hauses, damit wir Kitas und Schulen mit ordentlich Personal ausstatten können, damit wir den Kindern in unserem Bundesland noch bessere Unterstützung geben können, als wir das tun. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner erhält der Abgeordnete Prof. Dr. Hauke Hilz das Wort.

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! Teilweise waren die Reden der Koalition doch schwer zu ertragen.

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

Ich fange mal mit dem Positiven an. Herr Hupe, ich bin sehr dankbar für die klaren Worte, die Sie am Anfang gesagt haben, sowohl zum Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen als auch zum Sprachförderkonzept. Ja, das hat viel zu lange gedauert, und es sind vertane Chancen mit jedem Tag, mit jedem Monat, den dieses Konzept nicht umgesetzt wird.

(Beifall FDP)

Sie haben ein gutes Stichwort genannt, das ich noch mal aufgreifen will. Sie haben davon gesprochen, den Unterricht zu evaluieren, weil wir jetzt die Möglichkeiten haben. Das finde ich total gut und wichtig, das ist ein richtiger Ansatz. Um das noch einmal deutlich zu machen: Die VERA-Ergebnisse sowohl in 8 als auch in 3 sind schülerscharf, sie sind verpflichtend für den gesamten Jahrgang und sie sind schülerscharf runtergebrochen. Da gibt es natürlich datenschutzrechtliche Geschichten, aber jeder Lehrer kann in seiner Klasse sehen, wie der Stand ist. Eine Schule kann dann auch vergleichen, wie es zwischen den Klassen ist.

Genau das sollten wir doch nutzen, um hier zu einer echten Unterrichtsevaluierung zu kommen; die guten Ergebnisse nutzen, um diese zu übertragen dorthin, wo es vielleicht nicht so gut läuft und auch zu fragen: Was sind die Ursachen? In anderen Bundesländern werden Hospitationen gemacht. Das machen wir bisher nicht. Auch das wäre ein Weg, den Unterricht sich anzugucken und entsprechend zu verbessern. Ich glaube, das ist hier noch eine ganz große Chance, die wir nutzen müssen und sollten.

(Beifall FDP)

Frau Strunge hat auch ein paar kritische Worte genannt, aber es heißt immer, wir haben viele Sachen, die genannt werden, schon auf den Weg gebracht. Mir fehlt immer der Zeitplan dahinter. Es bleibt immer unverbindlich: "Wir sind dabei. Wir machen etwas. Wir gehen es jetzt an. ,Mathe sicher können' muss in die Fläche gebracht werden." Das kostet unglaublich viele Ressourcen, viel mehr als das Sprachförderkonzept, für das Sie derzeit kein Geld bereitstellen. Also wenn wir da in kleinen Gruppen flächendeckend 30 000 Schülerinnen und Schüler mit "Mathe sicher können" auf den Weg bringen wollen, das kostet richtig Ressourcen. Genauso beim "Lernen mit BiSS", auch das ist ein Projekt, wo wir dann, wenn es in die Fläche geht, richtig Ressourcen brauchen.

Da kann man sich auch die Frage stellen, bei allem Respekt und bei allem, was diese beiden Projekte Gutes bringen: Schaffen wir es wirklich, das in die Fläche zu bringen, oder gibt es im Unterricht andere Möglichkeiten, schon dort anzupacken?

Mehr Stunden in Mathe und Deutsch – Frau Bredehorst hat einfach gesagt, das geht nur im Ganztag.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Nee!)

Ich weiß es nicht, aber in einem sind wir uns einig – –. Doch, Sie haben das vorhin gesagt. Sie haben gesagt "mehr Stunden im Ganztag". In einem sind wir uns in dem Fall tatsächlich einig: Wir brauchen mehr Ganztag, um dieses Problems Herr zu werden. Auch das bleiben Sie schuldig in dieser Legislaturperiode.

(Beifall FDP – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Was schuldig?)

Den Ganztagsausbau, Frau Bredehorst. Frau Bredehorst, bei Ihnen frage ich mich manchmal wirklich: Glauben Sie das eigentlich selbst, was Sie hier von diesem Rednerpult vorlesen?

(Beifall FDP, CDU)

Glauben Sie das wirklich? 75 Jahre ist Ihre Partei, ist Ihre Fraktion an der Bildungspolitik in diesem Land beteiligt, aber gerade jetzt, wo wir die Aktuelle Stunde beantragen, genau jetzt haben Sie die richtigen Maßnahmen entdeckt, und jetzt geht es voran

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Die wurden nicht heute entdeckt!)

Ich nehme es Ihnen nicht mehr ab und die Menschen da draußen nehmen Ihnen das auch nicht mehr ab.

(Beifall FDP, CDU)

Ihre Bildungspolitik ist gescheitert. Sie werden es nicht mehr schaffen.

Also jetzt rege ich mich ab. Es regt mich wirklich auf, wie Sie merken, aber kommen wir zu den sachlichen Themen. Ein Punkt, bei dem Frau Aulepp in ihrem kleinen Exkurs in Richtung Klassenkampf in alte Zeiten als Landesvorsitzende zurückgefallen war, einen Punkt daraus möchte ich trotzdem aufgreifen. Es geht um die Armutsbekämpfung.

Selbstverständlich ist der Faktor Armut und damit dann auch Bildungsarmut eines der Probleme oder eine der größten Herausforderungen, die wir lösen müssen in unserem Bundesland. Es geht jetzt in das andere Politikfeld: Wir müssen ausreichend Arbeit, Qualifizierung für die Menschen schaffen, die wir hier haben im Erwachsenenbereich, damit die Kinder auch davon profitieren.

Ich glaube, es gab schon Konferenzen, Ausschüsse, Sondersitzungen, ich weiß nicht, was wir alles geschafft haben. Auch da sind Sie mit Ihrer Politik bisher keinen Schritt weitergekommen. Auch da müssen wir neue Wege in diesem Bundesland gehen.

(Beifall FDP)

Frau Aulepp, Sie haben jetzt noch mal rausgestrichen, was es alles für gute Maßnahmen und gute Leuchttürme in Schulen, was es für Schulpreise et cetera gibt. Das finden wir auch alles gut, das unterstützen wir auch. Auch viele Maßnahmen, die Sie genannt haben zur Lehrergewinnung, unterstützen wir. Ich habe das auch dem "Weser-Kurier" erzählt, das haben Sie gelesen, dass ich Sie dabei unterstützen werde, wenn Sie auch härter in den Konkurrenzkampf gehen. Wenn Bayern den Konkurrenzkampf führt, dann müssen wir gegenhalten, denn wir können es uns nicht leisten, keine Lehrkräfte in unser Bundesland zu bekommen. Da müssen wir alles leisten.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Da bleibt einem ja auch nichts anderes übrig!)

Ich finde das nicht gut, auch das will ich hier an dieser Stelle noch mal sagen, dass man diesen Konkurrenzkampf in dieser Art und Weise aus Bayern eröffnet hat, aber das hilft ja nichts. Wenn es der Tatsache entspricht, dann müssen wir auch reagieren und dann müssen wir auch etwas tun.

(Beifall FDP)

Vielleicht haben Sie das Gefühl, dass Sie das als Senatorin machen müssen, aber dann immer zu sagen: "Wir haben ja diese Ergebnisse" – nein, es ist richtig harte Arbeit und es gibt richtig viel zu tun in unserem Bildungssystem, um hier voranzukommen. Das wissen wir durch diese Ergebnisse.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Das wissen wir!)

Wir müssen nicht nach Hamburg fahren, um Erfolge zu sehen, sondern wir wollen diese Erfolge

hier bei uns in unserem Bundesland sehen. Das sind wir den Kindern schuldig hier.

(Beifall FDP – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Nichts anderes sagen wir!)

Ich glaube, diese Debatte hat nicht direkt einem Kind geholfen, aber ich glaube, wir haben wieder etwas geschafft. Wir haben wieder aufgerüttelt, und ich hoffe, dass daraus ein weiteres Signal hervorgeht, damit hier endlich etwas passiert in diesem Bundesland, dass sich die Ergebnisse verbessern. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwerser.

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vieles wurde ja jetzt schon von Herrn Hilz aufgenommen, und eines muss man auch sagen, immer wieder höre ich hier: "Wir machen ja, wir machen mehr, wir machen das schon so lange." Mehr vom Gleichen hat uns an der Stelle nicht weitergebracht. Mehr vom Gleichen hat uns genau dahin gebracht, wo wir sind.

(Beifall CDU)

Wir müssen genauer hingucken. Wir müssen tatsächlich genauer hingucken. Dazu gehört es tatsächlich auch, die Diagnostik heranzuziehen, dazu gehört es, das Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen endlich zu etablieren und auszubauen und auch anzuerkennen, dass es da Maßnahmen gibt, die umgesetzt werden müssen. Die auch wirklich verpflichtend an die Schulen zu bringen und die Lehrkräfte darin zu unterstützen, auch die Maßnahmen anzunehmen und auch dann für sich zu erkennen, dass es ein Mehrwert ist.

(Beifall CDU)

Ich würde mir schon wünschen, dass wir mal genauer nach Hamburg gucken, denn in Hamburg ist genau das passiert. Die haben es konsequent gemacht, die haben es verbindlich gemacht. Die machen Dinge sehr viel verbindlicher, als wir es uns hier trauen im Moment. Daran, glaube ich, kommen wir nicht vorbei: Dinge verbindlicher und auch verpflichtender zu machen für die Lehrkräfte, für die Lehrpläne, für die Kinder, vielleicht auch in Teilen für Eltern, wenn wir sie daran – –,

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Was meinen Sie denn konkret? Was sollen wir verbindlicher machen?)

denn ich glaube tatsächlich, dass es das ist. Genauso wie Sie mit Gleichem mit Gleichem. Wenn wir so weit sind – –. Die Konzepte haben wir hingelegt. Wir würden zum Beispiel, wie gesagt, die Vorschule – –, das wäre ein kleiner Teil. Diese verpflichtende Vorschulklasse wäre ein kleiner Teil, bei dem wir sagen, wir entlasten in dem Moment, in dem wir Kinder mit Sprachförderbedarf aus der Kita rausnehmen, die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, lassen denen den Platz, lassen denen die Zeit, die Kinder, die sie eigentlich auch zu betreuen haben, entsprechend zu unterstützen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo kommen die Kinder dann hin?)

An anderer Stelle könnte dann Raum geschaffen werden, um tatsächlich die – –. Ja, stellen wir halt noch einen Mobilbau auf, einer mehr oder weniger, das ist doch egal.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Woher kommen die Lehrkräfte?)

Nein, die würden dann ortsnah angebündelt werden, entweder an ein Quartiersbildungszentrum –

-. Das muss man dann gucken, wie es sich wirklich auch vom Verhalten und den Wegen der Kinder gut macht.

(Zuruf Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP])

Nein, nicht an --. Wir würden aber ein Programm --, das man umsetzen würde, damit man dann tatsächlich zielgerichtete Ergebnisse hätte.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU] – Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie gesagt, an der Stelle würde ich es mir wünschen, dass wir öfter nach Hamburg gucken.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Woher kommen die Lehrkräfte?)

Moment, genau. Schönen Dank auch. Lehrkräfte ist ein Punkt. Zum einen möchte ich sagen, wenn wir davon sprechen, dass es uns gelingt und dass Sie auf dem Weg sind, gemeinsam mit der Universität abzumachen, dass wir den Numerus clausus

aufheben beziehungsweise mehr Plätze im Lehramtsstudium anbieten, dann würde ich mir wünschen, dass Sie das vielleicht auch schon für das Lehramt der frühen Pädagogik, in der Sonderpädagogik, in der inklusiven Pädagogik geschafft hätten. Da haben Sie es nämlich nicht geschafft, die Plätze auszubauen – da weiß noch nicht mal – –, den Studiengang auszubauen. Da ist der Bedarf sehr hoch, das hat der Kollege Zimmer irgendwann mal hier angesprochen, aber auf der anderen Seite wird bei der Universität der Bedarf an Studienplätzen nicht ausgebaut, obwohl Sie – –.

(Abgeordnete Miriam Strunge [DIE LINKE]: Vor Kurzem waren die noch nicht mal voll besetzt! Da konnten wir nicht ausbauen!)

Jetzt könnten Sie aber ausbauen, aber Sie sprechen ja noch nicht einmal miteinander, sodass nicht klar ist, wie viele Plätze überhaupt gebraucht werden. Da gibt es keinen Austausch, und ich hatte auch nicht den Eindruck von Staatsrat Cordßen-Ryglewski, dass er bereit war, sich in diese Gespräche einzubringen.

(Beifall CDU)

Das finde ich extrem traurig, wenn man der gleichen Partei angehört.

Das Thema Lehrkräfte: Auch ich fand es oder ich finde es unanständig von Bayern oder egal welches andere Bundesland es wäre, Lehrkräfte aktiv abzuwerben mit Dingen, bei denen man sagt, da können vielleicht nicht alle mithalten. Das finde ich nicht in Ordnung. Aus dem Grund müssen wir dahin kommen, darauf habe ich Sie auch schon öfter angesprochen, in der Kultusministerkonferenz voranzugehen und zu sagen: Wir müssen ein gemeinsames bundesweites Programm, wie auch immer, ein Konzept, einen Vertrag ausarbeiten, um gemeinsam dem bundesweiten Lehrkräftemangel entgegenzutreten. Es wird nicht mehr so weitergehen, dass jedes Bundesland für sich die Lehrkräfte ausbildet, die es braucht. Das wird nicht mehr funktionieren.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Das hat noch nie funktioniert!)

Wir machen zwar doppelt so viel, aber wir brauchen noch mehr. Es hilft doch nicht. Wir haben bundesweiten Bedarf an Lehrkräften, und ich würde mir wünschen, dass wir an der Stelle als kleinstes Bundesland vorangehen und tatsächlich in der KMK den Vorschlag machen, gemeinsam mit

den Wissenschaftsministern beziehungsweise den Wissenschaftssenatoren ein Konzept auflegen, wo wir sagen, wir legen uns die Karten, wie wir bundesweit den Lehrkräftemangel aufheben und gucken, welche Universität, welche Hochschule was ausbilden kann, um dann insgesamt diesen Standort Deutschland nach vorne zu bringen.

Die IQHB-Ergebnisse haben gezeigt, dass es nicht nur in Bremen runtergegangen ist, es ist ja bundesweit runtergegangen. Genau deswegen werden die Bundesländer, die es nämlich eigentlich besser haben als wir, jetzt so – und können die Lehrkräfte absammeln. Deshalb sind die unterwegs und wollen die besten Lehrkräfte haben. Wir können es uns nicht leisten, dass wir die Lehrkräfte behalten, die am Ende des Tages vielleicht nicht nach Bayern gehen können, weil sie dort nicht angenommen werden. Das ist auch der Punkt, an dem wir arbeiten müssen.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Die Bayern nehmen sehr gern unsere ausgebildeten Lehrkräfte, Frau Averwerser! Das ist ein Märchen, was Sie erzählen! Es stimmt einfach nicht!)

Aber es kommt ja keiner aus Bayern hierher, oder wenige.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Das stimmt einfach nicht! – Beifall SPD)

Unabhängig davon müssen wir da rankommen, dass wir insgesamt den Lehrkräftemangel bundesweit angehen.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Das stimmt!)

Vielen Dank! Ich würde mir wünschen, dass eine Initiative hier aus dem Haus davon ausgeht, dass wir hier Vorreiter sind, um da den Mangel aufzuheben.

Auch die Sachen, ob man Noten gut findet oder nicht, ob Noten wertender sind als schriftliche Zeugnisse: Auch ein Zeugnis, ein schriftliches Zeugnis ist wertend. Wir haben gesagt – wenn Sie das gelesen haben –, wir wollen, dass Zahlen, Ziffernoten ergänzend sind, um Klarheit zu schaffen, um ganz einfach deutlich zu machen, dass Kinder oder auch vor allen Dingen Eltern kurz vor Abschluss der Schule verstehen, wo ihr Kind tatsächlich steht, denn an der Stelle haben wir viel zu viele Missverständnisse. Häufig wissen Kinder am Ende der achten Klasse, am Ende der neunten Klasse

nicht, auf welchem Stand sie tatsächlich sind und mit welchem Schulabschluss sie zu rechnen haben. Da müssen wir rangehen.

Es geht um Klarheit, es geht um Transparenz, es geht um Ergänzen, es geht nicht um ein Entwederoder. Das ist mir an der Stelle sehr wichtig, auch was das Wiederholen betrifft. Es ist nicht das Sitzenbleiben, das Sie noch in Erinnerung haben oder das vielleicht viele von uns auch noch kennen. Wir wollen, dass Kinder, die die Mindeststandards nicht erreichen, die Möglichkeit haben – oder das vielleicht sogar müssen, da muss man dann noch mal genauer hingucken –, die Klasse zu wiederholen.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Die haben sie jetzt schon!)

Und zwar indem vorher - -. Nein, tun sie nicht.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Natürlich! Sie haben jetzt schon die Möglichkeit!)

Aber im Vorfeld muss genau feststehen, welche Bedarfe dieses Kind hat, damit ein Wiederholen der Klasse tatsächlich gewinnbringend ist. Diese Fördermaßnahmen müssen ihm dann in diesem Klassenteil auch zuteilwerden. Genau dahin müssen wir kommen. Das haben wir nämlich nicht. Das haben wir nicht.

Dabei will ich es jetzt auch belassen. Ein näheres Klarstellen von Wahlkampfprogrammen werden wir an anderer Stelle ja auch noch haben. Mir geht es darum: Wir wollen vom Kind her schauen. Wir wollen nicht, dass es mehr von dem Gleichen gibt, was wir die ganzen letzten – andere haben es auch schon gesagt – 70, 78 Jahre erlebt haben. Ich glaube, das haben die Kinder hier verdient, dass man sieht, dass es auch noch anders gehen würde. Deshalb bieten wir denen die Chance, sie können sie wahrnehmen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg:innen! Es gibt noch ein paar Punkte, auf die ich eingehen möchte. Ich fange an mit der Vorschule nach Hamburger Vorbild. Da ist es natürlich so, wenn wir die jetzt in Bremen einführen

oder hier nach Vorstellung der CDU umsetzen würden, dass dann auch die Frage geklärt werden muss, wer denn dann vor diesen Klassen steht. In Hamburg sind das Sozialpädagogen, die gibt es so auch nicht mehr auf dem Markt. Das heißt die Entscheidung, wo – –.

(Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU]: Deshalb sollen wir das lassen, oder was?)

Nein, wir müssen ja dann – –. Wenn Sie das machen wollen, müssen Sie auch benennen, wo die rausgezogen werden sollen, wo sie jetzt in der Schule unterrichten, da dann in Zukunft nicht mehr mit den Schüler:innen arbeiten sollen, um das in Vorkursen zu machen, für die wir natürlich auch noch Räume finden müssen: Das haben Sie jetzt noch nicht erklärt, aber das sind Fragen, die auf jeden Fall geklärt werden müssen.

Dann haben Sie eben einen Satz gesagt, der mich provoziert hat, nach vorne zu kommen. Das war der Satz: "Lehrer aus Bayern kommen nicht hierher." Ich bin ganz viel an Schulen unterwegs, und es gibt durchaus Lehrkräfte aus vielen anderen Bundesländern, auch aus Bayern, auch Schulleitungen aus Bayern, die hier in Bremen aktiv sind. Ja.

Die kommen sogar ganz bewusst hierher, weil sie überzeugt davon sind, dass der Weg, den wir hier mit der Inklusion gehen, der richtige ist. Der führt dazu, dass sich Lehrkräfte ganz bewusst Bremen aussuchen. Das sind hochmotivierte Lehrkräfte,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

die eine klare Vorstellung davon haben, was sie bewirken wollen, und aus dieser Entscheidung heraus nach Bremen gehen.

Es gibt mit Sicherheit auch Lehrkräfte, oder das wissen wir, es gibt auch viele Lehrkräfte, die hier studieren und dann in ein anderes Bundesland gehen, zum Beispiel nach Niedersachsen, vermeintlich mit der Vorstellung, da ist es leichter.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Ja!)

Ich bin froh, dass wir die Lehrkräfte, die überzeugt davon sind, dass sie eine wichtige Arbeit machen, die vielleicht auch anstrengend ist, die aber mit der Bremer Idee der Inklusion, die wir hier umsetzen, absolut einverstanden sind und deswegen hierherkommen – Dass wir diese motivierten Lehrkräfte stattdessen bekommen, erachte ich als einen Gewinn.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dann noch ein Punkt zur FDP, zu Professor Hauke Hilz: Ich freue mich, dass Sie hier so engagiert nach Lösungen suchen. Ich würde mich auch freuen, wenn wir Sie daneben so engagiert gegenüber Ihrer eigenen Partei hören würden, was in dem Fall Ihre Kolleg:innen im Bund angeht.

Wir haben im Bund einen Koalitionsvertrag, der ein tolles Instrument vorsieht, das Startchancen-Programm, mit dem über zehn Jahre zwei Milliarden Euro an besonders sozial benachteiligte Schulen gehen sollen, um da die Stärkung zu fördern. Genau jetzt haben wir gehört – bisher haben wir gar nichts vernommen in der laufenden Legislaturperiode im Bund –, aber jetzt gab es die Äußerung des Finanzministers Christian Lindner, dass es noch eine Milliarde Euro sein sollen.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Eine zusätzliche, jedes Jahr eine zusätzliche! – Abgeordnete Miriam Strunge [DIE LINKE]: Nein, das haben Sie falsch verstanden!)

Sie sagen, es sind schon drei Milliarden Euro. Wie auch immer.

Es gab die vorsichtige Aussage der Bildungsministerin der FDP, dass es zum übernächsten Schuljahr vielleicht losgehen könnte. Ich glaube, die Zeit haben wir nicht. Ich glaube auch, so ist es nicht gedacht, dass die FDP im Bund dieses tolle Programm, das uns in Bremen wahnsinnig helfen würde, zusätzliche Mittel zu gewinnen, zusätzliches Personal einstellen zu können, jetzt so verschleppt. Da würde ich mir wünschen, dass Sie sich genauso lautstark wie hier vorne auch gegenüber Ihren Parteikolleg:innen dafür einsetzen, dass dieses Programm früher kommt, am besten zum nächsten Schuljahr und nicht erst in zwei Jahren. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir haben damit das Ende der Aktuellen Stunde erreicht.

Interfraktionell wurde vereinbart, dass wir heute keinen Tagesordnungspunkt mehr aufrufen. Ich bedanke mich bei Ihnen. Wir sehen uns morgen alle wieder in alter Frische. Ich unterbreche die Sitzung. – Danke!

(Unterbrechung der Sitzung 17:41 Uhr)

*

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 10:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bevor wir heute zur Tagesordnung übergehen, bitte ich Sie darum, dass wir gemeinsam innehalten: Morgen vor 78 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee Auschwitz. Der Ort gilt heute als Inbegriff für den Massenmord der Nazis an Juden, Sinti und Roma, an Homosexuellen, an Transsexuellen, an Menschen mit Behinderung und allen anderen Verfolgten.

Als die überwiegend jungen Soldaten der 60. Armee der ersten ukrainischen Front der UdSSR am 27. Januar 1945 die Gegend um Auschwitz erreichten, wussten sie nicht, was sie erwartet. Gemeinsam mit anderen Divisionen hatten sie den Auftrag, die gewaltigen Fabriken einzunehmen, die in den vergangenen Jahren rund um das polnische Städtchen Oświęcim entstanden waren.

Vor Ort bot sich ein Bild des Grauens. Tausende Menschen, die meisten mehr tot als lebendig, dazwischen hunderte Leichen: verhungert, erschossen, erschlagen. "Es war das Schrecklichste, was ich während des Krieges je gesehen und aufgenommen habe", berichtete der russische Kameramann Alexander Woronzow Jahrzehnte später. Während der NS-Zeit ermordeten die Nazis allein in Auschwitz mindestens 1,1 Millionen Männer, Frauen und Kinder. Ein Menschheitsverbrechen – nicht nur an den Toten, sondern auch an den Überlebenden und ihren Familien.

Yehuda Bacon, Häftlingsnummer 168194, ist einer, der als einziger seiner Familie die Mordmaschinerie Auschwitz überlebt hat. Er gehörte zu den sogenannten "Birkenau-Boys", den von der SS zur Arbeit in den Gaskammern und Krematorien geschickten Kindern. Das Unfassbare, das der Junge in Auschwitz erlebte, kann er 1944 mit seinen 14 Jahren nicht in Worte fassen, er zeichnet es, so auch den Moment, in dem er seinen Vater das letzte Mal sieht, bevor dieser in den Gaskammern verschwindet. Wenig später sieht Yehuda Rauch aus den Schornsteinen steigen. Er zeichnet diese Rauchsäule und versieht sie mit einem Portrait seines Vaters im Qualm. An der Seite vermerkt er den

genauen Todeszeitpunkt: 10. Juli, 22 Uhr. Die letzte und einzige Erinnerung eines Kindes an seinen Vater.

Die Zeichnung ist heute in Yad Vashem ausgestellt. Wenn Yehuda Bacon, heute 93 Jahre, seinem Vater nah sein will, dann fährt er manchmal dorthin und schaut ihn an, denn mehr ist Yehuda nicht geblieben

Meine Damen und Herren, die Nationalsozialisten wollten vernichten, sie wollten auslöschen, sie wollten vergessen machen. Es ist ihnen trotz ihrer perfiden und grausamen Logistik nicht gelungen, denn 78 Jahre nach der Befreiung von Ausschwitz, dem Symbol für den Holocaust, haben wir nicht vergessen: nicht das Verbrechen, nicht die Opfer und vor allen Dingen nicht die Täter.

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hat gesagt: "Es gibt keine deutsche Identität ohne Ausschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland leben. Es gehört zur Geschichte unseres Landes." Deshalb ist und bleibt es unsere Aufgabe, an Gedenktagen wie diesem, an dem wir aller Opfer des Holocausts gedenken, unsere Stimme zu erheben und gemeinsam Zeichen zu setzen. Der Krieg in der Ukraine hat uns schonungslos vor Augen geführt: Das "Nie wieder!" gilt längst nicht nur mit Blick auf die Vergangenheit, sondern auch in Gegenwart und Zukunft.

Meine Damen und Herren, als Parlamentarierinnen und Parlamentariern kommt uns dabei eine besondere Verantwortung zu, die wir nur gemeinsam tragen können. Eine erschütternde Umfrage hat 2019 offengelegt, dass jeder vierte Deutsche antisemitische Gedanken hat. Das ist nicht allein eine Frage der formalen Bildung, auch unter Akademikern sind antisemitische Stereotype weit verbreitet. Es teilt etwa allein mehr als ein Viertel der befragten Hochschulabsolventen die Ansicht, dass Juden viel zu viel Macht in Wirtschaft oder Weltpolitik besäßen

Antisemitismus beginnt nicht erst mit der Leugnung des Holocausts, sondern viel früher, und es ist an uns, diesem zu begegnen, ihn zu bekämpfen, Vorurteile abzubauen und Begegnungen zu fördern. Gemeinsam mit den anderen Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente aus Deutschland, Österreich, Südtirol und der deutschsprachigen Gemeinschaft habe ich Anfang dieser Woche in Brüssel eine Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen

Lebens verabschiedet. Mit dieser Brüsseler Erklärung wollen wir europaweit länderübergreifende Maßnahmen anstoßen, die unter anderem politische Bildung vorantreiben, Anlässe zum Gedenken sowie Möglichkeiten zur Begegnung schaffen.

In der Umsetzung – das ist meine tiefe Überzeugung – kommt es dabei entscheidend auf die regionalen Parlamente und ihre Abgeordneten an. Es kommt darauf an, wenn es um die Bekämpfung von Antisemitismus, aber auch von Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung geht, es kommt darauf an für Aufklärung und Dialog und wenn es darum geht, Themen und Entwicklungen auf die Agenda und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Sie gehören ins Herz der Demokratie, sie gehören in unsere Parlamente. Wir tragen als gewählte Volksvertreter Verantwortung dafür, dass sich alle Menschen bei uns in Bremen und Bremerhaven sicher und zu Hause fühlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 27. Januar ist nicht nur Tag der Erinnerung, sondern es ist ein Auftrag für die Gegenwart und für die Zukunft. Lassen Sie uns zusammen eine Minute schweigen, gegen Antisemitismus und gegen das Vergessen.

Bitte erheben Sie sich von Ihren Plätzen.

(Schweigeminute)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen 38 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Überfüllung der Tierheime Bremens mit teuren Exoten Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Dezember 2022

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Janina Strelow (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, in welchem Maße die Anzahl der in den Tierheimen Bremen und Bremerhaven aufgenommenen Reptilien sowie exotischen Vögel und Säugetiere, für deren Haltung energieintensive technische Geräte benötigt werden, in

den letzten Wochen angestiegen ist und ob es noch freie Kapazitäten für diese Tiere gibt?

- 2. Sieht der Senat vor dem Hintergrund stark gestiegener Energiepreise, Futterkosten sowie Tierarztgebühren in dem vom Deutschen Tierschutzbund für die kommenden Monate prognostizierten Anstieg an abgegebenen und ausgesetzten Tieren (Exoten) ein Problem?
- 3. Welche Maßnahmen erachtet der Senat für geeignet, den Folgen dieser Entwicklung für die Tierheime in Bremen und Bremerhaven entgegenzuwirken?

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrätin Silke Stroth.

Staatsrätin Silke Stroth: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es ist zutreffend, dass es in den letzten Wochen zu vermehrten Abgaben von Tieren in das Tierheim Bremen oder Bremerhaven gekommen ist. Darunter sind auch Tiere, für deren Haltung energieintensive technische Geräte benötigt werden.

Als kommunale Aufgabe existiert zwischen der Stadtgemeinde Bremen, vertreten durch das Ordnungsamt, und dem Bremer Tierschutzverein e. V. sowie dem Magistrat in Bremerhaven und dem Tierschutz Bremerhaven e. V., die als Vereine die beiden Tierheime betreiben, jeweils ein Fundtiervertrag über die Verwahrung von Fundtieren. Der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen ist zuständig für die Durchsetzung des Tierschutzrechtes.

Zu Frage 2: Wegen der gestiegenen Energiepreise, Futterkosten sowie Tierarztgebühren ist damit zu rechnen, dass Tierhalter und Tierhalterinnen höhere Kosten tragen müssen. Inwiefern dies zu einem Anstieg an abgegebenen und ausgesetzten Tieren, insbesondere Exoten, führt, bleibt abzuwarten. Als Folge der gestiegenen Kosten wird es für das Tierheim in Bremen ab 1. Februar 2023 eine neue Gebührenordnung geben.

Zu Frage 3: Zu den Aufgaben der Landestierschutzbeauftragten gehört es, die beiden Tierheime in Bremen und Bremerhaven bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu begleiten und zu unterstützen, sodass etwaig auftretende Finanzprobleme oder Kapazitätsengpässe der Landestierschutzbeauftragten mitgeteilt und gemeinsam Bedarfe eruiert würden.

Sollten mögliche Mehrbedarfe nicht durch die Erlösquellen der Tierschutzvereine abgedeckt werden, zu nennen sei hier neben den Fundtierverträgen und den leistungsbezogenen Rechnungsstellungen auch das Spendenaufkommen, wird geprüft, inwiefern Bundes- oder Landesmittel zur Deckung zur Verfügung stehen. – So weit die Antwort des Senats.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, haben sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Janina Strelow (SPD): Haben Sie Kenntnis über die aktuellen freien Kapazitäten in den Tierheimen in Bremen und Bremerhaven und wie die Weitervermittlungschancen für die abgegebenen Exoten stehen?

Staatsrätin Silke Stroth: Also, die Frau Pollak vom Tierschutzverein Bremen sagt, dass es an die Kapazitätsgrenzen kommt, allerdings können wir im Moment noch nicht feststellen, dass es tatsächlich zu einem deutlichen Anstieg von abgegebenen Exoten führt. Das Jahr hat ja aber auch gerade erst begonnen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Janina Strelow (SPD): Stimmen Sie mir zu, dass es in Bremen und Bremerhaven nicht wie zum Beispiel in anderen Bundesländern so weit kommen darf, dass Tierheime Exoten ablehnen müssen beziehungsweise nicht aufnehmen können, weil die Tierheime voll und die Finanzmittel der Tierheime womöglich nicht ausreichend sind?

Staatsrätin Silke Stroth: Ja.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Janina Strelow (SPD): Gibt es eine Planung des Senats für Unterstützungsmöglichkeiten der Tierheime in Bremen und Bremerhaven, wenn die ersten Energienachzahlungen im Frühjahr 2023 in die Haushalte flattern und es hier womöglich zu weiteren Tierabgaben kommt?

Staatsrätin Silke Stroth: Ich hatte es ja eben schon ausgeführt, das Tierheim Bremen hat bereits kurz vor Weihnachten beim Ordnungsamt eine Anpassung der Pauschale beantragt. Ein solcher Antrag liegt nach meiner Kenntnis dem Magistrat der Stadt Bremerhaven noch nicht vor. Beide Tierheime haben allerdings ihre sogenannten Tagessätze zum Januar erhöht beziehungsweise angekündigt, sie zum Februar so zu erhöhen, dass die erwarteten Kostensteigerungen aufgefangen werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Professor Dr. Hauke Hilz. – Bitte sehr!

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Frau Staatsrätin, welche Rolle spielen die Belegungen mit sogenannten Listenhunden bei der Kapazität der Tierheime, die, wie Sie ja gesagt haben, jetzt langsam an ihre Grenzen kommen?

Staatsrätin Silke Stroth: Das kann ich Ihnen leider aus dem Stand nicht beantworten, aber meiner Erinnerung nach ist das Thema Listenhunde in den Bremer Tierheimen kein gravierendes. Das müsste ich aber noch einmal genauer nachliefern.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Ganz kurz, würden Sie das dann in der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie entsprechend nachreichen?

Staatsrätin Silke Stroth: Das müssten wir dann über die – –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Die sind nicht zuständig! – Senatorin Anja Stahlmann: Das ist Gesundheit!)

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Gesundheit, Entschuldigung!

Staatsrätin Silke Stroth: Das würden wir dann in der Gesundheitsdeputation nachreichen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer. – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Staatsrätin, es ist ja nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch ein Platzproblem. Sie haben eben schon gesagt, dass das Tierheim Bremen an seine Grenzen stößt. Die Unterbringung von Wildtieren ist ja noch eine andere Frage. Es wird gefordert, dass wir in Bremen auch eine Wildtierstation bekommen. Wird zusammengedacht, dass man vielleicht, wenn man eine Wildtierstation einrichtet, dort auch die Exoten unterbringen könnte?

Staatsrätin Silke Stroth: Wir haben ja seit ein paar Monaten tatsächlich auch die Stelle der Landestierschutzbeauftragten besetzen können. Mittlerweile formiert sich auch ihr Team. Im Jahresprogramm, das wir mit der Landestierschutzbeauftragten verabredet haben, ist auch die Prüfung der Machbarkeit einer Wildtierfundstelle für das Land Bremen. Inwieweit dort auch Exoten aufgenommen werden könnten und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssten, wird auch Gegenstand dieser Erörterung sein.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Thore Schäck. – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Die Situation der Überfüllung von Tierheimen ist ja jetzt keine neue Entwicklung. Das erleben wir spätestens nach Weihnachten immer wieder, dass die Tierheime überlaufen. Gibt es denn irgendwelche Anstrengungen des Senats, beispielsweise in Richtung Aufklärung, dafür zu sorgen, dass sich diese Situation perspektivisch ein bisschen entschärft, beispielsweise in Schulen oder in Familien?

Staatsrätin Silke Stroth: Auch das ist im Jahresprogramm mit der Landestierschutzbeauftragten verabredet, dass sie sich gerade in Schulen vermehrt auch um Öffentlichkeitsarbeit, also mit Kindern und Jugendlichen, bemühen wird und auch eigene Kampagnen starten wird, um aufzuklären.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht. Ich bedanke mich für die Beantwortung. Anfrage 2: Fortschritte bei der Bereitstellung digitaler Barrierefreiheit und mehrsprachiger Webauftritt der Jobcenter im Land Bremen Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Dezember 2022

Bitte sehr, Frau Pfeiffer.

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Wir fragen den Senat:

- 1. Welche Bemühungen haben der Senat und die Jobcenter hinsichtlich der Bereitstellung eines barrierefreien und mehrsprachigen Webauftritts der Jobcenter Bremen und Bremerhaven seit der Befassung in der Fragestunde im März 2022 unternommen?
- 2. Welche Fortschritte wurden bei der Bereitstellung von barrierefreien Inhalten erzielt und bis wann sollen gegebenenfalls noch nicht barrierefreie Inhalte barrierefrei gestaltet sein?
- 3. Was hat die Prüfung von Realisierungsmöglichkeiten für einen mehrsprachigen Webauftritt und eine mehrsprachige Jobcenter-App ergeben und bis wann soll beides realisiert werden?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Kai Stührenberg.

Staatsrat Kai Stührenberg: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Fragen 1 und 2 werden wegen inhaltlicher Nähe zusammen beantwortet. Der Senat hat beide Jobcenter auf die Erforderlichkeit der Bereitstellung eines barrierefreien Internetauftrittes hingewiesen. Im Jobcenter Bremen, in dem der Senat Trägerverantwortung hat, wurde die Thematik in der Trägerversammlung am 14. Juli 2022 diskutiert und zuletzt am 8. Dezember 2022 im Jour fixe der Abteilung Arbeit mit dem Geschäftsführer erörtert.

Das Jobcenter Bremen hat im Sommer 2022 damit begonnen, gemeinsam mit einem externen Dienstleister einen vollständig neuen Internetauftritt zu gestalten. Die neue Website wird übersichtlicher, nutzerfreundlicher und barrierefrei. Auf eine verständliche und gendersensible Sprache wird ebenfalls Wert gelegt werden. Alle Seiten werden zudem mehrsprachig gestaltet. Vor diesem Hinter-

grund fließen die aktuellen Ressourcen in die Gestaltung der neuen Jobcenterwebsite. Die alte Website wird bis zum Relaunch aktualisiert und weiterhin gepflegt. Weitere Änderungen sind für diese Website jedoch nicht mehr vorgesehen. Fertigstellung und Relaunch des neuen Internetauftritts sind für Frühsommer 2023 geplant.

Das Jobcenter Bremerhaven hat ebenfalls einem externen Dienstleister einen Auftrag zur Barrierefreiheitsprüfung und Überarbeitung seiner Homepage erteilt. Im Rahmen der Herstellung von Barrierefreiheit werden sukzessive Alternativtexte für Grafiken und Objekte eingebunden, bei Symbolen oder Logos beschreibt der Alternativtext, dass ein Symbol, Zeichen oder Logo abgebildet ist, und gibt die Bedeutung des Symbols oder Logos wieder. Bei Fotos oder anderen Nicht-Text-Elementen, die eine spezifische Sinneserfahrung vermitteln, beschreibt eine knappe Bezeichnung den abgebildeten Gegenstand. Die Überarbeitung und Freischaltung des aktualisierten Internetauftritts erfolgt innerhalb des ersten Quartals 2023 im Kontext der ohnehin erforderlichen Änderungen der Inhalte im Zuge der Einführung des Bürgergeldes.

Zu Frage 3: Das Jobcenter Bremen hat eine Mehrsprachigkeit der neuen Homepage angekündigt. Das Jobcenter Bremerhaven beabsichtigt, perspektivisch eine Mehrsprachigkeit durch Auswahl von fünf bis sechs Sprachen in Anbetracht der Struktur der Leistungsbeziehenden herzustellen. Allerdings ist eine Übersetzung des gesamten Webauftritts zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen.

Nach aktuellen Informationen ist seitens der Bundesagentur für Arbeit eine bundesweite Jobcenter-App in der Entwicklung, allerdings bedarf es für die Vorbereitung einer Flächeneinführung der Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Diese Entscheidung wird im Jobcenter Bremen unter Abwägung von Kosten und Ressourcen abgewartet. Insofern ruht die Arbeit an der lokalen App-Lösung. Falls keine bundesweite Jobcenter-App entwickelt werden sollte, beabsichtigt das Jobcenter Bremen aber, eine eigene App zu implementieren.

Das Jobcenter Bremerhaven plant zurzeit keine eigene App. Die Nutzung eines bundesweiten App-Angebots ist hingegen vorstellbar. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Ich merke, ich habe Verwirrung beim Thema der Mehrsprachigkeit. Ich habe wahrgenommen, es wird da Unterschiede zwischen Bremerhaven und Bremen geben. Wenn wir jetzt speziell auf Bremen gucken, wird das Bremer Jobcenter denn alle Bereiche mehrsprachig einstellen? Also, bei Bremerhaven, so haben wir ja gerade gehört, wird das nur zum Teil passieren.

Staatsrat Kai Stührenberg: Das ist zurzeit die Überlegung. In Bremen geht man da wesentlich weiter, zurzeit. Allerdings habe ich gerade gestern mit Bremerhaven dazu Rücksprache gehalten. Der Magistrat wird das Thema in der nächsten Trägerversammlung noch mal diskutieren.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Das freut mich, dass Sie da so hinterhergehen. Bei der Barrierefreiheit ist es ja so, dass wir im bremischen Behindertengleichstellungsrecht relativ hohe Anforderungen normieren, und der Landesbehindertenbeauftragte hat auch ein Handbuch dazu gemacht. Ist das in die Beauftragung der Dienstleister eingeflossen?

Staatsrat Kai Stührenberg: Nach meiner Kenntnis schon. Das ist mit sehr viel Sorgfalt gemacht und es geht um einen kompletten Relaunch der Website in Bremen. Insofern wäre alles andere absurd.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Nur eine ganz kurze noch. Rechnen Sie mit weiteren Verzögerungen oder sind Sie zuversichtlich, dass das im Frühsommer tatsächlich losgeht?

Staatsrat Kai Stührenberg: Wir haben das in der Trägerversammlung sehr deutlich gemacht, dass das eine hohe Priorität hat. Das wurde vom Geschäftsführer auch so bestätigt. Nun ist das bei Softwareprojekten immer so, dass es hier und da zu Problemen oder zu Verzögerungen kommen kann. Ich denke aber, das war jetzt ausreichend Zeit in den Vorbereitungen, die Planungen sind da, man weiß, was man machen soll, und es ist so angelegt, dass wir im Frühsommer dann diese Umsetzung haben.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Danke für die Beantwortung.

Bevor ich die dritte Anfrage aufrufe, möchte ich gerne die Klasse 9c der Oberschule an der Schaumburger Straße herzlich auf unserer Besuchstribüne begrüßen! Schön, dass ihr da seid!

(Beifall)

Anfrage 3: Planungsstand einer Bahnwerkstatt für SPNV-Fahrzeuge auf Flächen der Bremischen Hafeneisenbahn in Bremen Oslebshausen Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Dezember 2022

Bitte sehr, Herr Kollege Schäck!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

- 1. Wie sieht der Zeitplan von der Planung bis zur geplanten Fertigstellung der angedachten Bahnwerkstatt für SPNV-Fahrzeuge für das Expresskreuz Bremen/Niedersachsen (EBN) Ende 2024 aus und welcher Sachstand ist aktuell erreicht?
- 2. Welche Auswirkungen auf die Kapazitäten des Güterverkehrs und des weiteren Personenverkehrs auf der Strecke Bremen-Bremerhaven und auf die pünktliche und zuverlässige Bereitstellung der Züge für das EBN hat die aktuelle Standortwahl voraussichtlich und auf welchen Studien beruhen diese Erkenntnisse?
- 3. Inwieweit werden angesichts der aktuellen Schwierigkeiten, zum Beispiel archäologische Ausgrabungen an der Reitbrake, und damit zusammenhängenden Verzögerungen bei der bisherigen Planung und Umsetzung des Projektes einerseits und dem geplanten Zulauf des neuen Zugmaterials ab Sommer beziehungsweise Dezember 2024 andererseits Alternativen geprüft, um einen zuverlässigen SPNV im EBN nach 2024 zu gewährleisten?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Diese Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die beauftragte Firma Alstom hat angekündigt, voraussichtlich Anfang des Jahres 2023 die erforderlichen Unterlagen zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für die Bahnwerkstatt für SPNV-Fahrzeuge für das Expresskreuz Bremen/Niedersachsen bei der zuständigen Behörde einzureichen. Die Dauer des Verfahrens hängt sowohl von Umfang und Qualität der eingereichten Unterlagen als auch von der Anzahl möglicher Einwendungen ab.

Zu Frage 2: Der von der Firma Alstom für die Bahnwerkstatt gewählte Standort hat keine negativen Auswirkungen auf den Betriebsablauf im Eisenbahnknoten Bremen. Die Firma Alstom hat hierzu eine entsprechende Auskunft des Netzbetreibers DB Netz AG vorgelegt, die eine Trassierungsmöglichkeit der erforderlichen Trassen bestätigt. Der für die Anbindung der Werkstatt maßgebliche Streckenabschnitt Bremen Hauptbahnhof – Bremen-Oslebshausen ist durchgehend viergleisig ausgebaut und liegt außerhalb der für den Großraum Bremen durch verschiedene Studien identifizierten Engpassbereiche im Schienennetz.

Zu Frage 3: Die archäologischen Ausgrabungen sind abgeschlossen und haben keine negativen Auswirkungen auf den Zeitplan des Projektes. Verzögerungen treten voraussichtlich durch die verspätete Lieferung der Fahrzeuge durch die Firma Alstom auf. Die SPNV-Aufgabenträger Bremen und Niedersachsen erarbeiten derzeit gemeinsam mit dem Fahrzeughersteller Alstom Konzepte, um die Verzögerung möglichst abzufedern, damit die Auswirkungen auf die Fahrgäste so gering wie möglich bleiben. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich fange mal mit der ersten Nachfrage an. In der Antwort auf Frage 1 schreiben Sie, dass voraussichtlich Anfang des Jahres 2023 die erforderlichen Unterlagen zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens eingereicht werden sollen. Wir haben jetzt 2023. Wie ist denn der Stand?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Aktuell sind noch keine eingereicht worden. Jetzt haben wir fast Ende Januar. Wir gehen davon aus, dass das im Februar der Fall sein wird.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, die nächste Zusatzfrage bitte!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Senatorin, in der Antwort auf Frage 3 schreiben Sie, dass Verzögerungen voraussichtlich durch die verspätete Lieferung der Fahrzeuge durch die Firma Alstom auftreten. Welchen Umfang hat das oder könnte das haben?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben uns da noch einmal schlau gemacht. Es geht ja um die Lieferung von neuen Doppelstocktriebzügen und die verzögert sich. Ursprünglich hat der Hersteller 34 Züge bis Mitte Dezember 2024 liefern wollen. Jetzt hat Alstom gegenüber der LNVG erklärt, dass nur zehn Züge pünktlich fertig sein werden. Der Grund dafür, so gibt es Alstom uns gegenüber an, ist das Anlaufen der Produktion an verschiedenen Standorten, aber auch Lieferkettenschwierigkeiten, wie wir sie überall haben.

Ich hatte nach dem Kriegsanfang in der Ukraine gelernt, dass zum Beispiel gerade Eisenbahnräder nicht geliefert werden konnten, weil die aus der Ukraine kamen; auch Auswirkungen der Pandemie sind noch dafür verantwortlich. Wir gehen davon aus, dass die ersten zehn neuen Züge ab Dezember auf der Strecke Bremerhaven-Bremen-Hannover verkehren werden und dass dann die anderen Züge 2025 kommen werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, noch eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Es gab ja auch eine Kleine Anfrage zum Thema Bahnknoten in Bremen vom Ende des letzten Jahres und da schreiben Sie, ich zitiere Sie: "Daten zur Nutzung und Auslastung sind der Eigentümerin der Infrastruktur, die DB AG, vorbehalten." Jetzt stellt sich mir natürlich die Frage: Haben Sie keine eigenen Daten zu dem Thema Auslastung, Leistungsfähigkeit oder Qualität der Bahninfrastruktur des Bahnknotens Bremen? Oder wie kommen Sie eigentlich an diese Daten?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das gesamte Bahnnetz liegt im Verantwortungsbereich der DB Netz AG. Dementsprechend haben wir keine eigenen Daten, sondern wir müssen uns immer auf die DB verlassen. Wir müssen die Daten da abfragen und verlassen uns natürlich darauf. In dem Fall, wenn die DB sagt, es komme zu keinen Schwierigkeiten bezüglich der Bahnwerkstatt im Bereich Oslebshausen oder eben auf unseren Hauptverkehrsstrecken, dann können wir nur auf diese Daten von der DB zurückgreifen und müssen denen glauben.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, ich verstehe es richtig, dass Sie zwar keine eigenen Daten haben, aber auf die Daten der DB Netz AG zugreifen können, um sich die Auslastungen anzeigen zu lassen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Nicht zugreifen, wir müssen bei der DB regulär anfragen und darum bitten, dass uns die Daten geliefert werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sie haben in Ihrer Antwort auch ausgeführt, ich zitiere: "Die Firma Alstom hat hierzu eine entsprechende Auskunft des Netzbetreibers DB Netz AG vorgelegt, die eine Trassierungsmöglichkeit der erforderlichen Trassen bestätigt." Haben Sie sich noch mal mit der DB Netz AG abgestimmt und auch das, was als Testat bezeichnet wurde, hinterfragt oder verifiziert? Wie ist da der Stand?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das liefere ich gern noch nach. Noch einmal: Wir haben – –. Die Firma Alstom gibt uns natürlich ihre Daten und Informationen, die sie bezüglich der DB Netz AG hat, weil die Firma Alstom auch die Antragstellende ist. Wir werden dem dann natürlich im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nachgehen, aber nicht im vorauseilenden Gehorsam jetzt schon nachfragen. Deswegen warten wir ja auch auf die Planungsunterlagen. Wir werden uns übrigens das Thema Lärmschutz sehr genau angucken, das ist ja das, was in Oslebshausen auch so eine große Rolle spielt.

Wer aber dort die Situation kennt, der weiß, auch gerade wenn man Richtung Bremen-Nord fährt, dass gerade in diesem Abschnitt Oslebshausens wirklich viele Gleise dahinführen, die im Moment gar nicht oder wenig in Betrieb sind. Insofern gehen wir dem natürlich dann auch gern noch mal nach, würden das aber gern machen, wenn wir die Planungsunterlagen von Alstom haben. Dann wissen wir auch, wonach wir gucken müssen, und können die Informationen ordnungsgemäß einholen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Schäck, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Senatorin, ist es richtig, dass die Auskunft der DB Netz AG weiterhin ausführt, ich zitiere noch einmal: "Heute noch nicht bekannte Verkehrsentwicklungen können zu Veränderungen der in dieser Einschätzung angenommenen Rahmenbedingungen führen"?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das kann man natürlich nie ausschließen, das ist so, wir haben alle keine Glaskugel. Wir gehen aber ja von Prognosen aus, wir gehen von einem tatsächlichen Zustand aus und den Verkehrsmengen. Wir wissen natürlich nicht, was in 15, 20 Jahren ist, aber nur das, was wir aktuell von der DB Netz AG bekommen, können wir für die Planungen heranziehen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Eine finale Zusatzfrage habe ich noch. Mich würde angesichts der ja doch relativ dünnen, einsilbigen Auskunft seitens der DB Netz AG interessieren: Wie können Sie eigentlich sicher sein, dass die erforderlichen Kapazitäten in Zukunft ausreichen werden – das schreiben Sie ja in Ihrer Antwort, sagen "zweigleisig" und so weiter –, gerade im Hinblick darauf, dass damals auf die Anfrage der SPD gesagt wurde, dass sich dort ein Handlungsbedarf erkennen lässt, und insbesondere im Hinblick darauf, dass wir ja gewisse Pläne haben, den Verkehr dort auch noch weiter auszubauen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich glaube, wir müssen jetzt einmal unterscheiden: Welche Züge gehen in Richtung einer geplanten oder zu beantragenden Bahnwerkstatt in Richtung Oslebshausen? Da habe ich gesagt, das ist jetzt schon viergleisig ausgebaut. Das andere ist ja immer die Frage, die wir auch mit der DB diskutieren, wie wir eigentlich noch mehr Güterverkehr auf die Schienen gerade Richtung Hafen bekommen – das dritte Gleis Burg ist da ja immer so ein Stichwort – und wie wir die Konkurrenz zwischen Güterverkehr und dem ganzen Personenverkehr auseinanderdividieren. Da gibt es im Übrigen auch Umfahrungsstrecken in Niedersachsen, die Amerikalinie ist da immer genannt, die man ausbauen müsste.

Ich glaube, man muss einmal unterscheiden, was Richtung Oslebshausen geht, das scheint relativ entspannt zu sein. Das andere, was uns viel mehr unter den Nägeln brennt, gerade wenn es um den Hafenhinterlandverkehr geht, betrifft nicht so sehr

die Bahnwerkstatt Oslebshausen, sondern das betrifft eher die Hauptstrecken, die von Bremerhaven über Bremen in den Süden führen. Da braucht es mehr Kapazitäten, das ist so.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Eine zur Konkretisierung noch: Das heißt, in Richtung Oslebshausen sehen Sie gerade keinen Handlungsbedarf, da, sagen Sie, sind wir gut aufgestellt, auch perspektivisch für die Zukunft, alles in Richtung Bremerhaven wahrscheinlich nicht?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau, so ist es. Die Bahnwerkstatt hindert jetzt nicht den übrigen Verkehr. Das ist ja nur noch eine Abzweigung, sage ich. Wenn wir aber über den Hafenhinterlandverkehr nachdenken, und wir wollen weniger Lkw auf der Straße, wir wollen mehr Güterverkehr auf der Schiene, dann braucht es da definitiv einen Ausbau. Das weiß auch die Bahn, deswegen planen sie auch, es dauert uns aber allen – wir Bremer und Bremerhavener sind da alle ungeduldig – viel zu lange. Da wird seit Jahrzehnten an der Y-Trasse herumgeplant und diskutiert: Braucht man sie oder braucht man sie nicht?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Och, die heißt jetzt schon anders!)

Ja, genau. Alpha-E heißt sie jetzt. Da hätten wir uns in den letzten Jahren alle mehr Speed bei der Bahn gewünscht.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, es gibt eine Zusatzfrage des Abgeordneten Claas Rohmeyer. – Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Bürgermeisterin, Ihr Kollege, der Senator für Kultur, hat Ende November bei der Vorstellung der Ergebnisse der Grabungen der Landesarchäologie angekündigt, der Senat werde sich zeitnah – Ende November – mit den Ergebnissen der Grabungen befassen und danach auch die zuständigen Deputationen wieder kontaktieren. Anders als die ansonsten geschätzten Kollegen der FDP haben wir eine hohe Wertschätzung für die Arbeit der Landesarchäologie und sehen das nicht als Schwierigkeit, was dort passiert ist. Können Sie sagen, wie der Senat sich aufgrund der Ankündigung des Kultursenators befasst hat oder befassen wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Erst einmal nehme ich gerade Irritationen bei der FDP wahr. Also: Die sterblichen Überreste der russischen und der ukrainischen Soldaten sind jetzt alle geborgen, es ist Kontakt mit Russland und mit der Ukraine aufgenommen worden. Ich schaue jetzt noch mal meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Senat an: Der Kultursenator hatte uns gesagt, ich glaube, das war sogar Russland, das sich als Staat gemeldet hat, weil sie Interesse angezeigt haben, die sterblichen Überreste zurückzuüberführen.

Das war ja immer die Frage, wie man mit den sterblichen Überresten umgeht, ob man sie Richtung Osterholzer Friedhof umbettet oder ob man sie überführt, weil es auch Angehörige gibt. So habe ich das verstanden. Ich bitte darum – –. Ich bin nicht die Kultursenatorin, ich kann nur berichten, was wir im Senat an Informationen bekommen haben.

Ich würde Sie bitten, den Kultursenator in der staatlichen Deputation für Kultur direkt zu fragen. Es sind Familienangehörige ausgemacht worden, da gibt es zum Teil ein Interesse, dass die sterblichen Überreste rücküberführt werden. Insofern ist das das Thema, das schon angenommen und angegangen wurde, ich glaube, noch nicht abschließend, weil es noch nicht in allen Fällen eine Rückmeldung gab.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Die Thematik kenne ich sehr gut, Frau Bürgermeisterin. Meine Frage war, ob es eine Senatsbefassung – Befassung heißt ja, Sie sprechen nicht darüber – –. Hat der Senat sich in einer formalen Vorlage zwischenzeitlich mit diesen Ergebnissen befasst? Es gibt ja einen Abschlussbericht.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Eine Senatsvorlage gab es meines Erachtens bisher noch nicht. Wir haben uns darüber im Senatsfrühstück immer wieder informieren lassen und diskutiert, wie man mit einer doch sehr sensiblen Fragestellung wie den sterblichen Überresten umgeht. Uns allen – Ihnen ja auch – ist das ein sehr wichtiges Anliegen, mit dem man – wir hatten ja gerade auch hier die Gedenkminute zu unserer Vergangenheit, mit den Opfern des schrecklichen Krieges – sensibel und wertschätzend umgehen muss. Insofern war das bei uns öfter ein Thema, aber eine abschließende Vorlage gab es bisher noch nicht.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen sehe ich nicht. Vielen Dank für die Beantwortung.

Anfrage 4: Umsetzung der Energieeinsparmaßnahmen in öffentlichen Gebäude? Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. Dezember 2022

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Wir fragen den Senat:

- 1. Wie wird die Verordnung der Bundesregierung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen in bremischen öffentlichen Nichtwohngebäuden umgesetzt?
- 2. Wie wird die Umsetzung der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen in bremischen öffentlichen Nichtwohngebäuden kontrolliert und sichergestellt?
- 3. Inwiefern wurden Verstöße bei der Umsetzung der Verordnung in bremischen öffentlichen Nichtwohngebäuden festgestellt?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Dieser Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Dr. Martin Hagen.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Umsetzung erfolgt durch die jeweiligen Ressorts und den Magistrat Bremerhaven.

Über die Ressorts und Dienststellen haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Informationsschreiben zu den Energieeinsparmaßnahmen erhalten, die von der Bundesregierung verordnet und ergänzend schon zuvor vom Bremer Senat und Bremerhavener Magistrat beschlossen worden waren. Ergänzt war dies mit Energiespartipps für die tägliche Arbeit.

Für den technischen Betrieb der Gebäude haben Immobilien Bremen beziehungsweise Seestadt Immobilien die Umsetzung der Maßnahmen durch eigenes, technisches Personal – auch die Hausmeister – ergänzt. Soweit möglich, wurde eine Temperaturabsenkung über zentrale Einstellungen an der Heizungssteuerung vorgenommen. Wo dies wegen gemischter Versorgungsbereiche nicht möglich war, wurden Einstellwerte von Thermostatventilen angepasst. In einigen Fällen waren Instandsetzungen defekter Thermostatventile erforderlich.

Die Abschaltung der Warmwasserversorgung in öffentlichen Gebäuden wurde veranlasst, sofern keine Ausnahmetatbestände zur Anwendung kamen. Seestadt Immobilien hat für die Technikverantwortlichen eine Schulungsveranstaltung durchgeführt und die Hausmeister mit präzisen Messgeräten ausgestattet. In Gebäuden ohne zugeordnetes technische Personal und in angemieteten Räumen erfolgt die Maßnahmenumsetzung eigenverantwortlich durch die jeweiligen Nutzer. Diese wurden hierzu gesondert angeschrieben.

Die Anstrahlung von öffentlichen Gebäuden wurde ausgesetzt. Ein Großteil der Straßenbeleuchtung in Bremen und Bremerhaven ist bereits auf LED umgestellt. An der weiteren Umstellung wird gearbeitet.

Zu Frage 2: Die Umsetzung der Energieeinsparmaßnahmen liegt in der Verantwortung der Ressorts und Dienststellen, eine detaillierte Kontrolle ist nicht möglich. Hinweise zur tatsächlichen Umsetzung ergibt die Entwicklung der Energieverbräuche. Immobilien Bremen wertet die Verbräuche der mit Erdgas beheizten Liegenschaften im Vergleich zu Vorjahreswerten monatlich aus. Die Werte in der Übergangszeit an der Heizgrenze sind dabei trotz einer Witterungsbereinigung etwas ungenau. Aussagekräftiger ist der Mittelwert über die drei bis jetzt auswertbaren Monate September bis November. Dieser ergibt 18 Prozent Einsparung gegenüber dem Vorjahr.

Für Bremerhaven konnte noch keine flächendeckende Bilanz gezogen werden. Anhand exemplarischer Auswertungen der drei größten gasversorgten Schulen und eines Verwaltungszentrums zeichnet sich in den Monaten Oktober und November gegenüber den Vorjahreswerten ein Rückgang des Heizenergieverbrauchs um mehr als 20 Prozent ab.

Diese Einsparungen sind sehr beachtlich, da ein sehr großer Teil der Gebäude Schulen und Kitas sind, die von den verpflichtenden Einsparbeschlüssen ausgenommen sind. Trotzdem wurde auch hier gespart. Immobilien Bremen wird die Energieverbräuche weiterhin monatlich intensiv prüfen, bei nicht erklärbaren Abweichungen reagieren, die Technik prüfen und mit den Nutzern sprechen. Seestadt Immobilien hat zudem die Umsetzung der

Maßnahmen durch die Hausmeister in Erfassungsbögen dokumentiert, die Erledigungsquote liegt bei über 95 Prozent.

Zu Frage 3: Bislang sind keine Verstöße gegen geltende Regelungen auffällig geworden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Ich habe noch ein paar Fragen. Ich habe gerade festgestellt, dass Sie das Einsparziel von 20 Prozent nicht erreicht haben, und ich frage mich: Wie möchte der Senat an dieser Stelle besser werden? Und ich würde gern wissen, weil wir jetzt schon Ende Januar haben, ob Ihnen die Zahlen von Dezember 2022 vorliegen und der Vergleich zum Vorjahr.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Ich kann Ihrer Einschätzung aufgrund der mangelnden empirischen Grundlage nicht folgen, denn ich hatte ja die 18 Prozent bezogen auf den Gasverbrauch in drei Monaten genannt. Da gibt es jetzt noch weitere Monate, die man berücksichtigen muss, es sind immer nur Annäherungswerte. Nach meinem Verständnis sind zum Beispiel Einsparungen aus dem Abschalten der Beleuchtung öffentlicher Gebäude darin nicht enthalten. Insofern kann ich Ihnen nicht folgen in der Feststellung, dass wir Ziele verfehlt hätten.

Ich würde vielmehr wiederholen, dass wir – so, wie alle anderen auch in Deutschland – gut dabei sind, durch Einsparmaßnahmen tatsächlich Energie zu sparen. Aus unserer Sicht ist es sehr beachtlich, um das noch mal deutlich zu sagen, dass wir hier tatsächlich dokumentieren können, dass wir gegenüber den Vorjahren wirklich deutlich weniger Energie verbraucht haben, und das ist ganz sicher auf die Maßnahmen zurückzuführen, die der Senat und der Magistrat veranlasst haben.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Wie werden die Energiesparmaßnahmen in Eigenbetrieben und Gesellschaften der Hansestadt Bremen umgesetzt? Haben Sie ein praktisches Beispiel?

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Da kann ich nur auf unsere Antwort verweisen. Alle sind informiert von uns, das hatte ich vorgetragen, und dann ist es die Eigenverantwortung der jeweiligen Dienststellen und Eigenbetriebe, dass sie diesen Empfehlungen

nachkommen. Mir ist anekdotisch bekannt, weil ich dort auch im Aufsichtsrat bin, dass die WFB mit ihrem Betriebsrat vereinbart hat, an Montagen und an Freitagen mit einer sehr geringen Belegschaft zu arbeiten, damit sie die Heizung in dem Gebäude, in dem sie gerade sind, über das verlängerte Wochenende runterfahren können. Das wäre jetzt ein Beispiel, das mir persönlich bekannt ist.

Ich habe aber großes Vertrauen in alle Kolleginnen und Kollegen. Der Ernst der Lage ist allen klar und überall gibt es Maßnahmen. Ich habe noch nicht von irgendeinem Bereich gehört, in dem jemand gesagt hat, wir haben das gar nicht mitbekommen und alle heizen weiter. Ich glaube, dass wir eine große Compliance über alles haben.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Über die Verordnung hinaus, die Ende Januar für wenige Wochen verlängert werden soll: Welche Rechtsgrundlage will der Senat schaffen, damit das weiter gehandhabt wird? Denn die Energienotlage wird auch noch im nächsten Winter greifen.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Wenn die Frage auf die konkrete Rechtsverordnung abzielt, dann gehe ich erst mal davon aus, dass wir uns als Senat darauf konzentrieren, tatsächlich Energie einzusparen und umzustellen. Darüber haben wir gestern schon beraten, das wissen auch alle, das ist unser großes Thema, das hier zurecht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht, dass wir über die Gebäudesanierung wesentlich mehr dafür tun, Energie einsparen zu können, alles auf Wärmepumpenversorgung umzustellen oder das Fernwärmenetz auszubauen. Das ist alles in Planung und Vorbereitung. Darauf bereiten wir uns vor, das in einem noch viel größeren Umfang und vor allen Dingen schneller durchführen zu können, so, wie das die Klimaenquete empfohlen hat.

Es ist notwendig, dass sich der Senat auf die tatsächliche Umsetzung konzentriert, auch das ist gestern Thema geworden. Ich glaube nicht, dass wir darauf warten müssen, dass uns das durch eine Rechtsverordnung entsprechend vorgegeben wird, weil der politische Wille dazu eh schon vorhanden ist.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Ist Ihnen bekannt, wie sich der Senat dazu einbringen will – Rechtssetzungen, die man als richtig – –, die gehen ja auch über den öffentlichen Dienst hinaus in dieser Verordnung, die betreffen ja auch Einzelhandelsläden und so weiter –, dass solche Regelungen, die als sinnvoll erachtet worden sind und in dieser Verordnung normiert sind, in andere Rechtsnormen auf Bundesebene überführt werden? Wissen Sie, wie sich der Senat dazu einbringen will?

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Das sind Diskussionen, die gerade auf Ebene der Konferenzen der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien (CdSK) geführt werden, an denen mein Kollege Thomas Ehmke beteiligt ist und ich nicht. Insofern weiß ich nicht ganz genau, was der aktuelle Stand ist.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Lehren aus der Elbverschlickung für die geplanten Weservertiefungen Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 1. Dezember 2022

Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

- 1. Wie schätzt der Senat die Erkenntnisse über die Auswirkungen der Elbvertiefung auf die weitere Verschlickung der Elbe in Bezug auf die geplanten Vertiefungen der Weser ein?
- 2. Inwiefern wird der Senat die neuen Erkenntnisse in seine weiteren Schritte bei den Gesprächen mit dem Bund einbringen?
- 3. Ist dem Senat bekannt, dass die Regierung Niedersachsens beim Bund die Herausnahme der Vertiefung der Unterweser-Nord aus dem Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz beantragen wird und auf die Herausnahme der Außenweser hinwirken will, und wird auch der Senat auf eine Herausnahme beider Maßnahmen beim Bund hinwirken?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski. **Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Jeder Fluss beziehungsweise jedes Ästuar verfügt über spezifische Eigenschaften. Veränderungen dieser spezifischen Eigenschaften führen daher zu unterschiedlichen Auswirkungen. Das europäische und deutsche Planungsrecht verlangt daher, dass die Auswirkungen von Maßnahmen am Fluss beziehungsweise dem Ästuar einzelfallbezogen analysiert und abgewogen werden müssen.

Die Auswirkungen der Vertiefung der Elbe lassen daher keine unmittelbaren Schlüsse auf die geplanten Ausbaumaßnahmen der Außenweser zu. Gleichwohl wird auch in der Weser eine zunehmende Verschlickung der Seitenräume beobachtet. Der Senat geht davon aus, dass die Umweltauswirkungen des Vorhabens, zu denen insbesondere auch die Auswirkungen auf die Sedimentdynamik der Weser gehören, im Rahmen der vorgesehenen Umweltverträglichkeitsuntersuchung sehr sorgfältig prognostiziert und mögliche Risiken abgewogen werden.

Zu Frage 2: Der Senat wird nach Vorliegen der Ergebnisse der oben genannten Umweltverträglichkeitsuntersuchung der von Bremen beantragten "Fahrrinnenanpassung der Außenweser an die Entwicklungen im Schiffsverkehr" und der von Niedersachsen beantragten "Fahrrinnenanpassung der Unterweser an die Entwicklungen im Schiffsverkehr (Unterweser-Nord)" diese bewerten beziehungsweise abwägen. Diese Erkenntnisse zu den beantragten Maßnahmen werden mit der Bundesrepublik Deutschland, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, vertreten durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser-Jade-Nordsee, der Trägerin des Vorhabens, sowie Niedersachsens diskutiert.

Zu Frage 3: Der Träger des Vorhabens führt zurzeit die Bearbeitungsschritte "Vorbereitendes Verfahren" nach § 4 Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz durch, diese entsprechen den Verfahrensschritten eines Planfeststellungsverfahrens. Anschließend folgt wie bei einem Planfeststellungsverfahren eine Anhörung der Öffentlichkeit zu den erstellten Planunterlagen, unter anderem Umweltunterlagen.

Kommt die zuständige Behörde, hier die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, nach Abschluss des Anhörungsverfahrens zu dem Ergebnis, dass keine triftigen Gründe für die Annahme bestehen, dass die Zulassung besser durch ein Maßnahmengesetz erreicht werden kann, so leitet sie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) einen entsprechend begründeten Entscheidungsvorschlag zu.

Das BMDV kann auf Grundlage des Entscheidungsvorschlages davon absehen, ein Gesetzgebungsverfahren für ein Maßnahmengesetz zu veranlassen, wenn durch das Maßnahmengesetz die Zulassung des Verkehrsinfrastrukturprojektes zugunsten des Gemeinwohls nicht oder nur unwesentlich beschleunigt wird. In einem solchen Fall könnte dann eine Zulassung durch Verwaltungsakt, Planfeststellungsbeschluss, erfolgen.

Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz lässt die Möglichkeit eines Verfahrenswechsels zu. Die Generaldirektion Wasserstraßen als Träger des Vorhabens wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens in Abstimmung mit den antragstellenden Ländern Bremen und Niedersachsen entscheiden, ob eine Zulassung durch Verwaltungsakt, Planfeststellungsverfahren, oder eine Weiterführung der Verfahren nach dem Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz vorzugswürdig ist. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Als Erstes wollte ich noch einmal nachfragen – –. Ich gehe ja mal davon aus, dass es auch bei dem Ausbau der Elbe entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfungen gab, und wir haben aber festgestellt, dass die Ergebnisse scheinbar nicht unbedingt mit dem übereinstimmten, wie diese Untersuchungen waren. Darauf zielt ja die Frage ab. Was ziehen wir eigentlich als Schlüsse daraus, wie wir zu besseren Prognosen kommen, damit wir nicht die gleichen Problemstellungen nach den Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Weser bekommen?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Herr Abgeordneter, diese Frage kann man zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht beantworten, weil sie hoch spekulativ ist. Wir haben bei der Elbe tatsächlich die Situation, wie Sie es geschildert haben, dass das, was prognostiziert wurde, hinterher so nicht

eingetreten ist. Jetzt können wir natürlich spekulieren, wie Prognosen in anderen Verfahren eintreten oder nicht.

Wir haben Vertrauen in die Verfahren. Das haben uns im Übrigen alle anderen, es gibt ja noch andere Wasserstraßen in Deutschland, wo dieselben Verfahren angewandt werden, auch gezeigt. Insofern gilt es natürlich, das zu tun, was wir jetzt intensiv mit dem Bund und Niedersachsen machen, so wie wir es dargestellt haben, das Verfahren vorzubereiten, zu gucken – es kommt ja auch auf die Zügigkeit des Verfahrens an –, dass der Bund alles Mögliche unternimmt, um gegebenenfalls auch in einem Planfeststellungsverfahren am Ende zu diesen Beschlüssen und dem Verfahren und der Umsetzung nachher zu kommen.

Alles Weitere muss man dann tatsächlich im Verfahren sehen und dann die Ergebnisse entsprechend bewerten. Es ist ja an uns, die Unterlagen, die vom Bund erarbeitet werden, in Bremen und in Niedersachsen mit dem Sachverstand, den wir in unseren Häusern haben, dann auch anzugucken, mit dem Sachverstand, der auch im Parlament vorhanden ist, sich dazu dann eine gemeinsame Haltung zu bilden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Ich möchte gern noch mal nachhaken. Ich glaube, es ist völlig klar, dass hier noch entsprechend die Untersuchungen gemacht werden. Die Frage ist ja: Was können wir für Lehren daraus ziehen, dass es Unterschiede zwischen den Prognosen bei der Elbe und den tatsächlichen Ergebnissen gab, und wie verbessert man sich in dem jetzigen Verfahren in der Prognoseprüfung im weiteren Verfahren?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ungenauer geht es nicht!)

Gibt es dazu einen Austausch mit den entsprechenden Institutionen, die diese Prüfungen machen, und welche Lehren sind daraus gezogen worden?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Es gibt einen intensiven Austausch, aber Herr Dr. Buhlert hat das ja eben durch Zwischenruf auch schon bemängelt. Am Ende kommen wir tatsächlich zu dieser allgemeinen Aussage: Jedes Flusssystem hat eben seine eigenen Bedingungen und die muss man sich sehr

genau angucken und auf Grundlage der Bewertung der vorhandenen Bedingungen prognostiziert man dann eben die Auswirkungen einer solchen Maßnahme. Die Ausgangsbedingungen sind natürlich an jedem Fluss unterschiedlich. Deswegen ist es nicht möglich, jetzt tatsächlich Lehren aus der Elbe zu ziehen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Ich habe eine weitere Frage eher zum Punkt drei der Antwort. Wir hatten als DIE LINKE ja immer befürchtet, dass es durch das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz nicht tatsächlich zu einer Beschleunigung der entsprechenden Verfahren kommt. Ist der Senat mittlerweile auch zu der Erkenntnis gekommen, dass es, wie wir eher vermuten, nicht zu einer Beschleunigung führt?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Der Senat hat sich mit dieser Frage noch nicht abschließend befasst. Wir befinden uns allerdings mit den beteiligten Häusern aus der Freien Hansestadt Bremen, den beteiligten Ministerien aus Niedersachsen und dem Bund mit der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt und den nachgeordneten Behörden in einem intensiven Austausch. Zuletzt waren wir hier Anfang dieses Jahres in Bremen Gastgeber des Koordinierungsgremiums Weser, wo wir regelmäßig zusammenkommen. Da bewerten wir die Situation fortlaufend.

In der Tat ist es so, wie wir es eben auch dargestellt haben: Wir haben ein Verfahren, befinden uns auf dem Weg und steuern auf eine Weggabelung zu. Diese Weggabelung heißt nachher entweder Maßnahmengesetz oder konventionelles Planfeststellungsverfahren. Wir sind uns darüber einig, dass das Kriterium am Ende ist, auf welchem Wege wir rechtssicherer und zügiger zu den notwendigen Beschlüssen und zu der Umsetzung kommen können.

Das heißt, zum jetzigen Zeitpunkt ist noch keine Entscheidung zu treffen, weil wir uns noch nicht an dieser Weggabelung befinden. Uns ist aber wichtig, dass man sich so darauf vorbereitet, dass keine Verfahrensverzögerungen entstehen. Ich verrate kein Geheimnis, dass es so ist, wie es ja auch in der Öffentlichkeit dargestellt wurde, wie es in Niedersachsen im Koalitionsvertrag aufgegriffen ist, dass die Bewertungen aktuell in die Richtung gehen, dass man sich, wenn man an dieser Weggabelung

ist, nach der aktuellen Bewertung eher für einen Planfeststellungsbeschuss entscheiden wird.

(Abgeordneter Ingo Tebje [DIE LINKE]: Das bestätigt unsere Haltung!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Staatsrat, eine Zusatzfrage des Abgeordneten Professor Dr. Hauke Hilz. – Bitte sehr!

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Herr Staatsrat, stimmen Sie mit mir überein, dass der Eingriff in der Elbe auch viel intensiver und viel größer war als der für die Weservertiefung insbesondere in der Außenweser geplante Eingriff?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Vor dem Hintergrund, dass die Elbe ein anderes Flusssystem ist, als es die Weser ist, würde ich das in der Pauschalität, was die Eingriffstiefe angeht, jetzt nicht unbedingt bestätigen. Was ich aber bestätigen kann, ist, dass die Auswirkungen des spezifischen Eingriffs in der Elbe eben grundsätzlich nicht zu vergleichen sind mit den Eingriffen, wie sie in der Weser vorgenommen werden sollen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Aus den Antworten ist aber auch eindeutig und klar, dass der Senat weiterhin zur Außenweservertiefung und der Vertiefung der Unterweser steht?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Der Senat hat sich in seinem Koalitionsvertrag eindeutig positioniert. Wir haben festgestellt, dass die Außenweser eine zwingende Notwendigkeit darstellt, die Fahrrinnenanpassung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Containerterminals in Bremerhaven zu erhalten. Wir haben auch festgestellt, dass man sich zu dem Zeitpunkt, wenn die entsprechenden Untersuchungen über die Unterweser vorliegen, dazu dann eine Haltung bilden wird.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Staatsrat, eine Zusatzfrage der Abgeordneten Susanne Grobien. – Bitte sehr, Frau Kollegin!

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Ja, Herr Staatsrat, eigentlich hat sich das jetzt schon erübrigt. Ich wollte nur noch mal nachfragen, ob Sie die Einschätzung teilen, dass ein Flusslauf von 145 Kilometern Länge von der Elbmündung bis zum Ha-

fen Hamburg nicht vergleichbar ist mit einer Wesermündung, wo wir die Außenweser vertiefen müssen, um die Erreichbarkeit zu gewährleisten, auf einen Nenner gebracht?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Da kann ich jetzt nur nicken.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Wie ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag) zur Einhaltung der DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven?

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. Dezember 2022

Bitte sehr, Herr Kollege.

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

- 1. Wie ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag), Drucksache 20/907, in dem der Senat unter anderem aufgefordert wird, die Einhaltung der 2020 neu aufgelegten "DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Schulen" der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, DGE, in den Schulmensen sicherzustellen?
- 2. Inwieweit ist mittlerweile gesichert, dass die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft von Lebensmitteln sowie die Auswirkungen der Produktion und des Verzehrs auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen behandelt werden?
- 3. Für wann plant der Senat, der Bürgerschaft (Landtag) den Bericht zum Stand der Umsetzung vorzulegen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Diese Anfrage wird durch Senatorin Sascha Karolin Aulepp beantwortet.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter Saffe, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Kinder und Bildung stellt die Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft zur Einhaltung der DGE-Qualitätsstandards in der Stadtgemeinde Bremen sicher, indem sie bei Neuausschreibungen, zum Beispiel bei dem Wechsel eines Caterers, der Auflösung eines Schulvereines oder dem Aus- oder Neubau einer Mensa, die Verträge mit den entsprechenden Kriterien neu abschließt.

Durch dieses seit 2010 festgelegte Verfahren ist eine Vielzahl der Caterer beziehungsweise der Konzessionäre bereits durch ihre Verträge zur Umsetzung der darin enthaltenden Vereinbarung zur Einhaltung der DGE-Standards gebunden. Eine Zertifizierung der einzelnen Schulküchen soll im kommenden Jahr sukzessive ausgebaut werden.

In Bremerhaven werden insgesamt zwölf Mensen der Ganztagsschulen in Eigenbewirtschaftung durch städtisches Personal geführt. Die Schulen werden durch das Schulamt in der Umsetzung der neu aufgelegten Qualitätsstandards unterstützt und bei dem hierfür erforderlichen Prozess eng begleitet.

Alle an der Schulverpflegung beteiligten Personen wurden über die neuen Standards informiert und bei Bedarf ergänzend geschult. Erforderliche Prozesse, Speiseplangestaltung, Bestellverfahren, Herstellungsprozesse, wurden angepasst und für neue Verfahren erforderliche Ausstattungen angeschafft.

In den Grundschulen wurden Fragestellungen zur Nachhaltigkeit sowie Zufriedenheitsabfragen der Tischgäste in schulischen Projekten aufgegriffen. Die zentrale Belieferung der Schulen mit Lebensmitteln erfolgt durch ein Unternehmen, das DGEzertifiziert ist. Das Angebot wird durch regionale und saisonale frische Produkte von umliegenden Händlern ergänzt.

Drei Mensen werden über einen Caterer bewirtschaftet, der seit 2015 DGE-zertifiziert ist. Das Audit erfolgte zuletzt im Juni 2021 und ist mit der erneuten Zertifizierung bestätigt worden. Bei der Einhaltung der DGE-Standards handelt es sich um einen fortwährenden Prozess, der auch künftig durch kontinuierliche Begleitung der Schulen sichergestellt wird.

Zu Frage 2: In die neuen Bildungspläne für die gymnasiale Oberstufe für die MINT-Fächer Biologie, Physik und Chemie ist die Bildung für nachhal-

tige Entwicklung, BNE, eingeflossen. Auch die Bildungspläne der Sekundarstufe I der MINT-Fächer werden überarbeitet; auch dort wird BNE mit einbezogen. Aktuell ist außerdem der Orientierungsrahmen für BNE der Klassenstufen 1 bis 10 in Erarbeitung.

Zu Frage 3: Zum Stand der Umsetzung zur Einhaltung der DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven berichtet der Senat wie eben ausgeführt. Insbesondere über den in der Antwort zu Frage 1 genannten sukzessiven Ausbau wird erneut berichtet werden. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, warum ist die Ausweitung der Zertifizierung der DGE-Standards in Schulmensen erst für kommendes Jahr geplant? Geht das nicht schon früher? Das Jahr ist ja noch sehr jung.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, was mir besonders wichtig ist und am Herzen liegt, ist, dass die DGE-Standards in den Schulen eingehalten werden, das heißt, dass die Kinder in den Schulen tatsächlich auch so verpflegt werden. Da kommt es im Wesentlichen darauf an, dass diejenigen, die das tun, das tatsächlich auch wissen, auch umsetzen, natürlich da, wo das unmittelbar in den Schulküchen stattfindet. Da geht es auch um Schulung des Personals und um die Frage: Wie kriege ich das in Bremen tatsächlich bin?

Für das tatsächliche Tun ist natürlich auch wichtig, dass die Anbieter, die Caterer und die Versorger DGE-zertifiziert sind. Ich mache aber hier aus meiner Haltung keinen Hehl, dass es mir wichtiger ist, dass das tatsächlich passiert, als dass das in gewisser Weise durchaus auch monopolistische Zertifizierungsverfahren der DGE eingehalten wird.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Das kann ich nachvollziehen, danke. Ich will meiner nächsten Frage mal eine Würdigung einer ganzen Reihe von Küchen voranstellen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Das ist eine Fragestunde. Bitte, Sie müssen dann die Frage stellen.

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen):

Können Sie meine Freude darüber nachvollziehen, dass wir in Bremen eine ganze Reihe von guten, also, das ist die Minderheit, aber immerhin von sehr guten Köchinnen und Köchen und Küchenleitungen und Mensen haben, in denen schon richtig was vorangegangen ist? 100 Prozent vor Ort frisch gekocht, 100 Prozent Bio, DGE- und Aktionsplanvorgaben, alles eingehalten. Da gibt es richtig gute Beispiele, die zeigen, dass es geht. Es gibt aber auch krasse Gegenbeispiele. Ich habe hier einmal einen Speiseplan aus einer Schulmensa mitgebracht. Ich trage mal, nicht alles, vor: Viermal Fleisch die Woche, obwohl nur einmal die Woche erlaubt ist. Oder einmal – –.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, bitte, es geht um eine Fragestunde und deswegen muss auch eine Frage gestellt werden.

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen):

Wie bewerten Sie einen Speiseplan oder ein Angebot, das Folgendes ausweist: Viermal Fleisch die Woche, obwohl nach den DGE-Standards nur einmal erlaubt ist, und sogar einmal kein Gemüse, obwohl das in den DGE-Standards auch vorgegeben ist. Wie gehen Sie mit einem solchen Speiseplan um? Ich war vor Ort, und das geht schon seit Jahren so. Das ist der aktuelle Speiseplan dieser Woche.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Herr Abgeordneter, es ist natürlich notwendig, gerade bei solchen Themen auch mit den Schulen ins Gespräch zu kommen. Da sind unsere Schulaufsichten insgesamt natürlich im Gespräch mit den Schulen zur Rückkopplung: Wie kommt das? Wozu führt das? Sowohl meine persönliche Mini-Empirie als auch die Gespräche, die ich mit Schulen insbesondere und auch mit Schüler:innenvertretungen zur Frage Essen und Essensgestaltung in Schulen habe, zeigen, dass es insgesamt ein noch deutlich komplizierter Prozess ist, weil die Frage ist:

Was wollen die Kinder eigentlich gerne essen, wie werden sie da rangeführt, welche Gerichte kommen gut an und welche nicht, und werden Kinder satt in der Verpflegung oder nicht? Das spielt in diesen ganzen Diskussionen auch immer eine Rolle. Diejenigen unter Ihnen, die viel mit Schulkindern zu tun haben, werden sich möglicherweise erinnern: Tage, an denen es Pommes und Nudeln gibt, sind deutlich nachgefragter als die, an denen es Grünkernbratlinge mit Okraschotengemüse gibt.

(Heiterkeit – Abgeordneter Martin Günthner [SPD]: Verständlich!)

Das gehört einfach zu der Frage, wie ich eigentlich gestaltet kriege, dass ich beides schaffe: Was völlig zu Recht notwendig ist, dass Kinder eben nicht so viel Fleisch essen, dass die Kinder mehr und auch unterschiedliche Gemüse essen, dass sie aber auch mitkriegen, und darauf bezieht sich ja Ihre zweite Frage, warum das wichtig für sie selbst ist, aber eben auch für die Umwelt, entsprechend zu essen, dass das mit in die Gespräche hineingehört.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen):

Wie bewerten Sie grundsätzlich den Zusammenhang zwischen Essen und Lernleistungs- und Konzentrationsvermögen der Kinder, der Schülerinnen und Schüler?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Kinder, die Hunger haben oder sich mit Lebensmitteln versorgen, in denen unzureichend "Lebensmittel" vorhanden sind, die können sich schlechter konzentrieren und die können weniger gut lernen. Deswegen geht es eben nicht nur um die Frage der Auswirkungen auf die Umwelt und auf diejenigen, die die Lebensmittel produzieren, und insgesamt auf die globalen Warenwirtschaftssysteme und ströme, sondern es geht ganz konkret auch um die Kinder, natürlich, nicht nur um ihre Gesundheit, sondern auch um ihre Lernleistung.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie stimmen mir also zu, dass das, was es da zu Essen gibt, Mittel zum Leben sein soll.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Richtig.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Professor Dr. Hilz. – Bitte sehr!

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Frau Senatorin, gibt es zwischen dem Beschluss, den die Bürgerschaft gefasst hat, und der Ernährungsstrategie der Bundesregierung, die im Dezember vorgestellt wurde, Widersprüche oder auch Übereinstimmungen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Natürlich geht es darum, insgesamt zu gucken, wie wir es denn eigentlich schaffen, gesund, regional und – –, eine Ernährungsstrategie so zu fassen, ich habe es gerade ausgeführt, dass es tatsächlich für alle gut ist, nämlich sowohl für diejenigen, die Ernährung zu sich nehmen, als auch für diejenigen, die produzieren, als auch für diejenigen, die in den Warenströmen dazwischenstehen. Da hat die Bundesregierung in ihrer Ernährungsstrategie gute Ansätze dargelegt und aufgeschrieben, und die werden wir natürlich da, wo es zu unserer Ernährungsstrategie und auch zum Aktionsplan 2025 passt, entsprechend einbeziehen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? – Bitte sehr!

Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz (FDP): Verstehe ich es richtig, dass Sie als Senat die beiden Strategien miteinander, man könnte fast sagen, verschmelzen wollen und das der Bildungsdeputation noch einmal berichten werden?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Was richtig ist, ist, dass wir bei dem, was die Bundesregierung da beschlossen und vorgelegt hat, natürlich gucken, was wir davon in Bremen mit unseren Ansätzen richtig gut vernetzen können, und das dann natürlich auch umsetzen und einbeziehen. Sie wissen, dass ich an unterschiedlichen Stellen der Bundesregierung unterschiedlich kritisch gegenüberstehe, darüber haben wir gestern auch kurz diskutiert, aber bei der Frage gesundes Essen werden wir das weiterverfolgen. Wenn Sie dazu noch eine Berichtsbitte in der Deputation stellen, werden wir dazu natürlich entsprechend berichten.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, eine Nachfrage des Abgeordneten Christoper Hupe. – Bitte sehr, Herr Kollege!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): In der Frage 2 wurde danach gefragt, inwiefern gesichert ist, dass die Herkunft- und Produktionsbedingungen im Unterricht auch behandelt werden. Sie haben da in Ihrer Antwort eher allgemeiner auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung verwiesen. Wären Sie bereit, zu dieser Frage noch einmal etwas intensiver in der Deputation für Kinder und Bildung zu berichten? Mit dem Anliegen von Herrn Professor Dr. Hilz könnte dies ja ein größerer Tagesordnungspunkt sein, den wir dort dann behandeln.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Herr Abgeordneter, ich würde tatsächlich gerne noch einmal etwas ausführlicher darstellen, was an unseren Grundschulen alles an Themen, an Projekten, an Inhalten zu diesem Thema bearbeitet wird und wie das entsprechend dem Wissensstand und den Anforderungen in den unterschiedlichen Fächern in der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II vertieft dargestellt wird.

Das betrifft ganz viele Fächer, nicht nur die MINT-Fächer. Auch in Geographie, in den Gesellschaftswissenschaften spielt die Produktion von Lebensmitteln und natürlich auch das, was ich gerade über die globalen Wirtschaftsströme gesagt habe, eine große Rolle. Das finde ich gut, denn mein Eindruck ist, es würde vielleicht die Fragestunde sprengen, das alles auszuführen, deswegen gerne noch mal in der Deputation.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit der Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet und damit <u>der Tagesordnungs-</u> <u>punkt 2.(Die vom Senat schriftlich beantworteten</u> <u>Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang</u> <u>zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke</u> <u>nicht definiert..)</u>

Meine Damen und Herren, bevor wir in den Tagesordnungspunkt 8 einsteigen, begrüße ich auf der Tribüne recht herzlich die Studiengruppe C2022 Polizeivollzugsdienst der Hochschule für Öffentliche Verwaltung.

(Beifall)

Änderung der Bedrohungslage in der Cybersicherheit: Bremische IT in Großkrisenlagen Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 19. August 2022 (Drucksache 20/1550)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 27. September 2022 (Drucksache 20/1611)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Hagen.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Beratung eintreten können. Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie gut ist Bremen gegen Cyberattacken geschützt? Sind Personen, Unternehmen, aber auch die kritischen Infrastrukturen in unserem Land ausreichend geschützt? Das ist die Frage, wegen der wir diese Große Anfrage auf den Weg gebracht haben. Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion für die ausführliche Beantwortung. Ich bin froh, dass wir diese Antworten haben, denn an den Antwortlücken wird auch klar, wo Handlungsbedarf besteht.

Politische Entscheidungen zur Cybersicherheit können nur auf einer fundierten und ausführlichen Datengrundlage getroffen werden. Deswegen ist es zielführend, wenn die Innenbehörde, oder die Behörde überhaupt, fehlende Daten mit Nachdruck erhebt, damit wir im Land Bremen auf den Krisenfall vorbereitet sind. Wir hatten ja Kostproben von Ausfällen, wie zum Beispiel, als die Handelskammer im Sommer vom Internet abgeschnitten war. Auch Unternehmen können ein Lied von Cyberkriminalität im Land Bremen singen. Wenn wir jetzt über Cybersicherheit sprechen, so ist die eine Seite der Medaille immer die Sicherheit und die andere Seite ist das Thema Digitalisierung. Deswegen lassen Sie mich dazu ein paar Sätze vorab sagen.

Wir Freien Demokraten bleiben, trotz aller Lästereien über die Jahre, hartnäckig dabei, eine zügigere Digitalisierung für unser Land einzufordern, denn die Vorstellung, dass es hier fünf vor zwölf in Deutschland sei, die ist schlicht falsch. Der Zug ist längst aus dem Bahnhof raus und wir können nur noch ins Auto springen und hinterherfahren und hoffen, dass wir ihn irgendwann wieder einholen. Deutschland landet unter den sieben wichtigsten Industrienationen wiederholt auf dem vorletzten Platz, deutlich hinter den europäischen Nachbarn Italien und Frankreich. Nur beim DESI-Index (Digital Economy and Society Index) der Europäischen Kommission landet Deutschland mit Platz zwölf wenigstens im Mittelfeld.

Warum betone ich das hier? Weil es eben nicht allein um Digitalisierung allgemein geht, sondern dieses Schneckentempo auch signifikanter Indikator dafür ist, wie gut wir mit Sicherheit im digitalen Raum in der Vergangenheit umgegangen sind. Ich weiß, dass Sie das wissen, trotzdem in dem Zusammenhang: Corona hat uns als Gesellschaft, ob wir wollten oder nicht, einen nachhaltigen Schubs in Richtung Digitalisierung verpasst. Wir alle machen Homeoffice, Videokonferenzen, shoppen per Internet. Es ist wirklich in der breiten Mitte der Gesellschaft angekommen und gar nichts Besonderes mehr.

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im digitalen Raum, die sind aber nicht in gleichem Maße mitgewachsen. Wir sind für die Sicherheitsanforderungen, die mit dieser Entwicklung gemeinsam vorangehen müssen, nicht ausreichend gerüstet. Das ist, das können Sie sich vielleicht vorstellen, für uns Liberale eine Sache, die wir thematisieren müssen. Nachdem die Thematik im Neuland stagnierte und rumgeeiert anstatt entschieden und gehandelt worden ist, hat die Ampel-Koalition ja nun angebissen und ist die Sache angegangen. Mit FDP-Bundesminister Dr. Volker Wissing hat Deutschland seinen ersten Minister für digitale Infrastruktur, und das ist wichtig und richtig. Es findet auch unser Wohlgefallen, dass Bundesinnenministerin Faeser bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit eine Cybersicherheitsagenda vorgestellt hat.

Und das Land Bremen? Auch in Bremen haben wir den Eindruck, dass der Senat unsere Große Anfrage, die ja jetzt seit fast sechs Monaten in der Pipeline steckt, zum Anlass genommen hat, das Thema Cybersicherheit ernster zu nehmen und an einer umfassenden und abgestimmten Cyberstrategie zu arbeiten. Wir freuen uns, wenn Sie uns die, wie versprochen, noch im ersten Quartal dieses Jahres vorlegen. Wir sind gespannt auf die Inhalte und freuen uns vor allem, dass sich zum Thema Cybersicherheit endlich substanziell etwas bewegt, weil es wichtig für unser Land ist.

(Beifall FDP)

Es ist eben kein "nice to have", sondern dringend nötig. Bedroht sind im digitalen Raum schon lange nicht mehr nur Privatpersonen und/oder Unternehmen. Nein, auch der Staat selbst und seine Infrastrukturen sind längst Zielscheiben für Cyberkriminelle. Putins Krieg gegen die Ukraine hat es dann auch dem Letzten vor Augen geführt: Der Cyberraum ist nicht nur das Schlachtfeld von morgen, sondern Alltagsrealität von heute. Staatlich gesteuerte Cyberangriffe auf andere Staaten finden schon seit Jahren statt, nicht erst seit dem 24. Februar 2022. Es ist also höchste Zeit, auch für das Land Bremen einmal zu erfahren, was der Staat über Cyberangriffe auf Behörden, Infrastrukturen, aber

auch Privatpersonen und Unternehmen in unserem Bundesland weiß, welche Vorkehrungen er zum Schutz getroffen hat, welche Straftaten bekannt geworden sind und vieles mehr.

Nach der vorliegenden Auskunft des Senats fallen in Bremen 15 Betriebe und Einrichtungen unter die Legaldefinition "kritische Infrastruktur", heißt: KRITIS. Kritische Infrastrukturen sind Anlagen und Strukturen, die wir brauchen, um Energieversorgung, Gesundheit, Transport, Ernährung, digitale Kommunikation, Finanzen, also das Funktionieren des Gemeinwesens im Krisenfall aufrechtzuerhalten. Weil diese 15 Organisationen für Bremen im Krisenfall so wichtig sind, sind diese gesetzlich verpflichtet, IT-Störungen oder erhebliche Beeinträchtigungen zu melden und ihre IT-Sicherheit immer auf dem neuesten Stand der Technik zu halten, damit wir nicht in Versorgungsnot oder in Bedrohungslagen kommen.

Jetzt lesen wir aber weiter in der Senatsantwort, dass es in Bremen zahlreiche weitere Betriebe und Einrichtungen gibt, die ebenfalls für das Funktionieren unseres staatlichen Gemeinwesens absolut wichtig sind, aber aufgrund der Schwellenwerte in der BSI-KRITIS-Verordnung nicht Teil der sogenannten kritischen Infrastrukturen sind. Also müssen sie die Auflagen nicht erfüllen.

Hier, lieber Senat und liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir gut daran, noch mal genauer hinzusehen, denn im kleinen Bundesland erreichen eben bestimmte Betriebe nicht so schnell die Schwellenwerte. Trotzdem würde ihr Ausfall unser Gemeinwesen in eine Notlage bringen. An den Antworten kann ich auch erkennen, dass das der Senat selbst erkannt hat. Wenn wichtige Infrastrukturen nicht unter diese KRITIS-Regeln fallen und wir das erkennen, dann kriegen wir die Daten nicht.

Eine Forschungsarbeit des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. spricht davon, dass bundesweit über 90 Prozent der Cyberangriffe gleich gar nicht bekannt geworden sind. Jeder kann auch in der Senatsantwort offen nachlesen: Der Staat weiß zwar über Angriffe auf Bremen, auf Bremer Behörden und KRITIS Bescheid, aber darüber hinaus weiß er kaum etwas drüber, wie umfassend und mit welcher Zielsetzung Angriffe im digitalen Raum begangen werden. Wer genauer schaut, stellt fest, das ist nicht nur bei den Infrastrukturen so, von denen wir heute sprechen, sondern pikanterweise auch bei polizeilichen Systemen und der PKS, denn, so lesen wir in

den Antworten weiter: "Mangels spezieller Kennzeichnungen in den polizeilichen Systemen und der Polizeilichen Kriminalstatistik können die unterschiedlichen Arten von Cyberangriffen auf Unternehmen, Behörden und sonstige Institutionen gar nicht konkret systematisch erfasst werden."

Einerseits sei dem Senat nur ein konkreter Schaden in Höhe von 200 Euro bekannt, steht da, und andererseits weiß man doch, dass es auch in Bremen schon zu mehrtägigen Produktionsausfällen aufgrund von Cyberattacken gekommen ist. Es ist also auf Grundlage der Senatsantwort glasklar, dass die Erkenntnisse nicht zusammenpassen. Ich hatte es gesagt: Für zielgerichtete staatliche Maßnahmen zur Prävention brauchen wir eine solide Datengrundlage. Wir Freien Demokraten fordern auch eine Meldepflicht für Institutionen und Einrichtungen, die die Funktionen unseres Gemeinwesens im Krisenfall erhalten müssen, weil sonst Gesundheit, Versorgung oder Sicherheit bedroht sind.

Auf europäischer Ebene wurde Ende letzten Jahres die zweite Netz- und Informationssicherheitsrichtlinie im EU-Amtsblatt verkündet. Dabei geht es auch darum, kritische Infrastrukturen auf regionaler Ebene zu nennen, die von strengeren Regeln betroffen sein können. Hier sollte Bremen proaktiv mit gutem Beispiel vorangehen. Es kann nicht sein, dass wir nur den Unternehmen erhöhte Pflichten auferlegen, aber für staatliche Einrichtungen und Behörden, die ebenso wichtig für die Versorgungssicherheit sind, ein Auge zudrücken. Wir brauchen zwingend für alle Infrastrukturen, die die Funktionen

(Glocke)

unseres staatlichen Gemeinwesens aufrechterhalten, die technisch höchstmöglichen Sicherheitsstandards.

(Beifall FDP)

Einen Satz noch: Im zweiten Beitrag werde ich ganz konkrete Punkte benennen, um in puncto Cybersicherheit als Bundesland gut vorbereitet zu sein. Es sind auch die Punkte, die wir in der Cyberstrategie,

(Glocke)

die der Senat vorbereitet, erwarten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Sache würde ich gerne vorwegsagen, liebe Kollegin Bergmann: Einmal Danke für die Große Anfrage und Danke an die Verwaltung für die umfassende Beantwortung dieser sehr vielen Fragen, das sind ja knapp 30 Seiten gewesen.

Da möchte ich gerne doch etwas richtigstellen: Das "Handelsblatt" von heute schreibt unter dem Titel "Digitaler Fortschritt: Fehlanzeige" zur Bilanz der Bundesregierung, also wir Grüne, die FDP und die SPD, dass wir im Thema Digitalisierung absolut versagt haben, seit einem Jahr. Da richtet sich mein Blick in die Richtung der CDU, die ja nicht Teil der Bundesregierung ist, aber Teil der letzten Bundesregierung war. Das haben wir auch ein Stück weit geerbt. Das heißt, wir sind alle gut beraten, bei diesem Thema wirklich voranzukommen. Denn wenn uns das nicht gelingt, werden wir hier keinen Stich landen können. Denn als Industriestandort sind wir verpflichtet, unsere kritische Infrastruktur unbedingt zu schützen, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Bei diesem ganzen Thema IT-Sicherheit kommt dem Staat eine ziemlich große Verantwortung zu, nämlich, den gesamten Schutz dieser digitalen Infrastruktur zu gewährleisten. Der Staat ist hier in der absoluten Verantwortung gegenüber Wirtschaft, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, gegenüber dem Verbraucherschutz, gegenüber allen Menschen, die mit diesen digitalen Endgeräten arbeiten oder Windkraftanlagen betreuen oder Satelliten steuern, hier die Sicherheit herzustellen. Das wurde ja in der Antwort des Senats immer mit KRITIS abgekürzt, also "kritische Infrastruktur". Wenn diese kritische Infrastruktur, die am Ende ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist, nicht geschützt werden kann, dann ist auch die gesamte Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen in Gefahr.

Wir haben das doch während der Coronaphase geübt, was es bedeutet hat, dass so Paniksituation entstanden sind: Menschen kaufen und horten Toilettenpapier, es gab keine Nudeln mehr, die Leute rennen in die Apotheke, kaufen Medikamente ein. Wir haben durch diesen fürchterlichen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Putin-Regimes gegen die Ukraine ja auch diese ausgelösten sicherheitspolitischen Herausforderungen, diese drohenden Energieengpässe. Das spüren wir doch heutzutage selber, was es heißt, wenn diese Engpässe da sind.

Wir haben Gas-Not-Mangellage, wir mussten entsprechend dagegen steuern, und wir sind diesen ständigen Cyberangriffen ausgesetzt durch Staaten, insbesondere durch Russland, nicht erst seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern auch schon Jahre vorher. Die haben versucht, Wahlen zu manipulieren, die greifen in ganz Europa an. Wir haben in Deutschland einen Satellitennetzwerkangriff, was die Koordination und Sicherstellung der Windkraftanlagen, gerade auch der Anlagen, die offshore, also draußen auf dem Meer, installiert sind – Sie greifen einzelne Einrichtungen an, Krankenhäuser, Handelskammern, Mineralölgesellschaften. Es hört nicht auf!

Das heißt, man ist hier einem ständigen Kampf ausgesetzt, diese Cyberangriffe abzuwehren. Diese Angriffe haben ein Ausmaß angenommen! Es ist jetzt nicht mehr der Trojaner, der bei uns auf dem Tablet landet. Sondern da geht es ganz konkret darum, dass Einrichtungen, die für diese Lebensader zuständig sind, in unserer Gesellschaft oder hier gerade ganz konkret in Bremen, wie hanseWasser oder andere Einrichtungen wie die swb, dass wir sicherstellen müssen, dass, wenn ich den Schalter betätige, dass das Licht brennt.

Dass mal Stromausfalls ist, ist nicht das Problem. Ein größerer Angriff kann aber dazu führen, dass entsprechend kein Licht mehr da ist, dass Notstromaggregate in den Kliniken in Betrieb gehen müssen und dass wir insgesamt eine Situation haben, die auch mehrere Tage andauern kann. Es gibt keinerlei Sicherheit, dass man solche Cyberangriffe einfach mal eben mit einem Knopfdruck, mit einem Programm, mit einer Software ganz anständig abwehrt und entsprechend damit umgeht.

Das heißt, wir haben hier in dem Bereich der IT-Sicherheit einen enormen Nachholbedarf, enorm viel Bedarf, dass der Bund hier liefert, was die Länder regeln können, aber auch, was Länder selber machen können. In Bremen haben wir einiges dafür getan. Ich will jetzt nicht sagen, dass wir in Bremen Weltklasse sind, aber wir gehören zu den absoluten Spitzenreitern. Ich will da nicht missverstanden werden, dass ich jetzt sage, die Bundesregierung hat wenig getan oder tut noch wenig und in Bremen haben wir sehr viel getan. Wir haben ziemlich viel getan, aber Bremen ist auch etwas

überschaubarer im Vergleich zu anderen Bundesländern, das will ich gleich dazusagen.

Wir haben aber alle einen Nachholbedarf, und als grüne Fraktion war und ist uns dieses Thema nach wie vor wichtig. Deswegen ist auch eine grüne Kernforderung, dass wir ein Dachgesetz fordern, dass wir es für unbedingt notwendig erachten, damit eine Rechtssicherheit für die gesamten handelnden Akteure besteht, dass wir eine Prävention verbindlich machen, um auch Schadenslagen effektiver managen zu können.

Wir brauchen auch in dieser angespitzten Lage entsprechend Zeit. Die Bundesinnenministerin Faeser hat bereits im Sommer dieses Jahres angekündigt, diesbezüglich ein Eckpunktepapier vorzulegen, so, wie es im Koalitionsvertrag von uns vereinbart wurde. Deswegen haben wir so eine Art Sieben-Punkte-Plan erstellt, wo wir sagen, wir brauchen erst einmal als ersten Punkt eine Legaldefinition von "kritische Infrastruktur". Wir haben einige Bereiche, die fallen nicht unter diese Legaldefinition, das heißt, die wären auch von Finanzhilfen nicht betroffen, könnten sich nicht software- und hardwaretechnisch soweit aufrüsten, um gegebenenfalls dem entgegenzuwirken.

Wir brauchen Verantwortung und Zuständigkeiten, die man verbindlich regeln muss. Wir brauchen Vorsorge und Prävention, auch sektorübergreifend. Vor allem brauchen wir Standards für Risiko- und Krisenmanagement. Wir müssen unsere Schutzziele besser definieren. Wir brauchen die Finanzierung von Schutzmaßnahmen. Ich glaube, das ist so mit der wichtigste Punkt, damit man überhaupt loslegen kann. Und am Ende brauchen wir auch ein Gesamtlagebild von dem, was wir und wie wir was schützen können, und wir müssen diese hybride Gefährdung ernst nehmen, aber auch diesen physischen Schutz unserer Anlagen gewährleisten.

Ich glaube, wir wären alle ganz gut beraten, wenn wir die Antworten des Senats da ein Stück weit ernst nehmen und sagen, wir haben hier einen enormen Handlungsbedarf. Der Senat hat hier ziemlich viel vorgelegt, da ist noch Luft nach oben, und da muss man einfach dranbleiben und auch schauen, wie wir da besser vorankommen, unsere kritische Infrastruktur zu schützen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Gerne mehr in der zweiten Runde. - Danke schön!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchstribüne die 10. Klasse EHS 22/1 der Helmut-Schmidt-Schule Bremen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner erhält nun der Abgeordnete Martin Günthner das Wort.

Abgeordneter Martin Günthner (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns mitten in einer sicherheitspolitischen Zeitenwende, in weiten Teilen ausgelöst durch den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, der eine Zäsur in der internationalen und europäischen Sicherheitsarchitektur markiert. Diese neuen Bedrohungslagen wiederum sind vielfältig. Wir haben es auch mit zunehmenden Bedrohungslagen und Gefährdungslagen aus dem sogenannten Cyberraum zu tun.

Zu dieser sicherheitspolitischen Zeitenwende gehört auch, dass man nicht so tut, als ob die klassischen Antworten der Vergangenheit die richtigen wären und als ob das klassische Sichern, wenn man es auf ein Wohnhaus heruntergebrochen beschreibt, insbesondere nur von Türen und Fenstern mit guten Schlössern und guten Gittern notwendig ist. Diese Notwendigkeit, sich gegen Angriffe aus dem Cyberraum zu wehren, bedeutet auch, dass man die digitalen Türen, die es gibt, entsprechend gegen Angriffe schützt, die aus dem Netz erfolgen, und dass man auch ein entsprechend hohes Bewusstsein für die Gefährdungslage durch diese Angriffe hat, meine Damen und Herren. Wir haben neue Anforderungen an die Cybersicherheit, vor allem vor dem Hintergrund der rasanten Digitalisierung in der Arbeitswelt, in Wirtschaft und Kommunikation. Ich nenne hier auch das Stichwort Corona, das in der Folge zu einer weiteren Digitalisierungswelle beigetragen hat.

Wenn Sie auf das Stichwort Cybersicherheit schauen, dann ist das wahrlich ein weites Feld. Es geht um die Beeinflussung demokratischer Wahlen, ob in den USA oder im Vereinigten Königreich, es geht um direkte Formen von Kriegsführung, wie sie in der Ukraine sichtbar sind, oder es geht um Cyberattacken mit vornehmlich wirtschaftlichen Zielen, da vor allem um Fälle, bei denen die IT-Infrastruktur durch Attacken von außen lahmgelegt wird, sensible Informationen durch Phishing-Angriffe entwendet und anschließend Unternehmen,

Institutionen oder sonstige Eigentümer damit erpresst werden können.

Diese Cyberattacken können jeden treffen. Von mehr Cybersicherheit profitieren dementsprechend auch alle. Daher müssen aber auch alle ihre Hausaufgaben machen. Das gilt für private Haushalte, indem sie im Netz umsichtig handeln. Das gilt für Unternehmen, indem sie in ihre IT-Sicherheitsinfrastruktur nicht nur investieren, sondern sich auch der Gefahr durch Angriffe überhaupt erst mal bewusst werden, die sowohl ihre physische Infrastruktur als auch das logische Aufsetzen dieser Infrastrukturen betrifft. Niemand ist zu klein für diese Angriffe und auch diese Vorstellung "Mich wird es schon nicht treffen, und ich komme schon irgendwie durch" ist in den vergangenen Jahren immer stärker durch die Realität überholt worden. Es gilt natürlich auch für Politik und Verwaltung, indem sie die notwendigen Rahmen, die Organisation und die Infrastruktur, die notwendig ist, schafft. Die kritische Infrastruktur hat dabei besondere politische Priorität, das zeigt die Arbeit des Senats. Insbesondere hieran wird man in der Zukunft gemessen werden.

Das heißt, die Wasser- und Strom- und Gesundheitsversorgung muss gesichert werden. Wie fragil das ist, haben wir während Corona gesehen. Wie fragil das ist, sehen wir auch durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und die Folgen, die das für uns hat. Die verkehrliche Infrastruktur – Flughäfen, Häfen, Straßen – muss laufen, muss funktionieren, und Polizei und Feuerwehren müssen jederzeit arbeitsfähig sein. Das erfordert einen entsprechend kritischen Blick darauf: Sind unsere Strukturen so redundant, dass sie jederzeit auch Ausfälle kompensieren können? Sind sie entsprechend gegen Angriffe geschützt?

Wenn Sie auf die Antwort des Senats schauen und die Frage stellen "Wo stehen wir?", dann gibt diese Antwort einen guten Überblick: Zwischen 2019 und 2021 konnten 1 231 Cyberattacken identifiziert werden. Davon betroffen waren Institutionen aus der Wirtschaft, der Forschung, staatliche Institutionen und Privatpersonen. Die Antwort zeigt auch: Der Senat nimmt die Cybersicherheit sehr ernst. Behördeninterne Sicherheitsmechanismen wie Firewalls oder Notstromversorgung wurden implementiert, Angriffserkennungssysteme wurden in die IT-Infrastruktur integriert, Maßnahmen für die einzelnen Bereiche der kritischen Infrastruktur wurden intensiviert und die IT-Sicherheitskonzepte bei Polizei und Feuerwehr werden

fortlaufend an die veränderte Sicherheitslage anqepasst.

Dass der Opposition das alles nicht schnell genug geht: geschenkt. Das Thema ist aber zu wichtig, um mit reißerischen Sätzen wie "Es ist nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf." die Debatte zusammenzufassen.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Sagt einer, der keine Ahnung hat!)

Die Zahlen geben das zumindest so nicht her. Nur ein Beispiel: Die Bilanz der Cyberangriffe auf die Verwaltung, 2019 bis 2021. Schäden durch Cyberangriffe auf die Verwaltung: null. Kosten zur Behebung der Schäden auf die Verwaltung: null. Wirkdauer der Cyberangriffe auf die Verwaltung: null. Störungen durch Cyberangriffe auf die Verwaltung: null. Insofern kann man feststellen – –.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Insofern kann man anhand dieser Zahlen feststellen, dass die Verwaltung im Bereich der eigenen Sicherheit gut aufgestellt ist. Dazu wird sicher Staatsrat Hagen auch noch das eine oder andere Wort sagen, der in diesem Feld ja schon sehr lange unterwegs ist und zu einem Zeitpunkt, zu dem viele andere das noch nicht so richtig ernst genommen haben, darauf hingewiesen hat, was daraus folgt.

Klar ist, wir dürfen bei dem Thema insgesamt nicht stehenbleiben, die Herausforderungen an die Cybersicherheit sind weiter groß. Sie wachsen weiter, es wird auch weiter notwendig sein, in diesen Bereich massiv zu investieren. Daher ist es richtig und wichtig, dass der Senat die Cybersicherheitsstrategie für das gesamte Bundesland zügig abschließen wird. Es ist gleichzeitig richtig und wichtig, dass in enger Kooperation mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik die Zusammenarbeit verstärkt wird und der Bund eine ganz besondere Rolle hat, wenn es darum geht, uns sicher aufzustellen.

Ich bin insofern überzeugt davon, dass wir mit dem, was auch diese Antworten zeigen, insgesamt auf dem richtigen Weg sind. Die Herausforderung ist verstanden worden, die Herausforderung wird in Bremen und Bremerhaven mit Nachdruck angegangen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner der Abgeordnete Nelson Janßen.

Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben wir tatsächlich den Blick schärfen müssen, für eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Herausforderungen und so auch für die Cybersicherheit. Das Bundesministerium für Inneres, auch das wurde eben schon angeschnitten, hat Mitte letzten Jahres eine Cybersicherheitsagenda vorgestellt, indem eine Art von strategischer Neuausrichtung durchgeführt wird, vor allen Dingen aber auch zusätzliches Geld ins System gebracht wird.

Das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) soll zu einer Zentralstelle ausgebaut werden. Dazu müssen aber noch Änderungen in den Bund-Länder-Verhältnissen aufgestellt werden und auch das Grundgesetz angepasst werden. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) soll zudem in diesem Prozess ein Ausbau stattfinden, und es soll in seiner Zentralstellenfunktion gestärkt werden.

Ich halte es im Bereich von Spionageabwehr oder auch potenzieller Terrorismusbekämpfung für absolut nachvollziehbar, wenn das BfV in den Prozess der Cybersicherheit eng einbezogen ist. Es sollte selbstverständlich dann Meldungen an das BSI machen. Die Sicherheitsarchitektur in Deutschland ist aber bewusst dezentral aufgestellt, auch als Lehre aus der NS-Zeit. Von daher halte ich es immer für eine riskante Entwicklung, wenn es eine fortschreitende Zentralisierung gibt, insbesondere bei Behörden, die nicht kontrolliert und intransparent arbeiten wie das BfV, vor allem, wenn wir wissen, dass derartige Behörden, Geheimdienste ein Interesse daran haben, Sicherheitslücken, die vorhanden sind, nicht zeitnah zu schließen, sondern sie gegebenenfalls selbst zu nutzen.

Um zum konkreten rechtlichen Rahmen zurückzukommen: Im Gesetz, das auf Bundesebene vorliegt,
und der zugehörigen Verordnung, definiert das
Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik
kritische Infrastruktur. Meine Vorredner:innen
sind bereits darauf eingegangen: Die entsprechende Verordnung sieht vor, dass es 29 Branchen
gibt und neun Sektoren: Energie, Wasser, Ernährung, Informationstechnik, Telekommunikation,
Verkehr, ohne die Gesellschaft nicht funktioniert
und denen eben dann kritische Infrastrukturen zugeordnet sind. In Bremen gilt das beispielsweise für

das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) oder für wesernetz als kritische Infrastruktur im Bereich Wasser.

Die Betreiber dieser Infrastrukturen sind verpflichtet, dem BSI Störfälle zu melden, sind eng angebunden an einen Informationsaustausch, müssen eine aktuelle Sicherheits-IT vorhalten, die auch überprüft wird. Der Senat führt auch aus, dass über diese Definition hinaus weitere relevante Infrastrukturen vorhanden sind, die allerdings nicht die Schwellenwerte erreichen, um in dieser kritischen Infrastrukturliste geführt zu werden. Frau Bergmann, weil Sie das eben kritisiert haben, es gibt ja auf europäischer Ebene bereits Vorgänge, die eine Absenkung dieser Schwellenwerte vorsehen, beziehungsweise eine genaue Definition von zusätzlichen Infrastrukturen ab 50 Mitarbeiter:innen und ab 10 Millionen Euro Jahresumsatz, die in dieser Liste aufgeführt werden und die im Moment noch in der Übertragung auf nationales Recht auch mit den Ländern weiter ausgehandelt werden müssen.

Neu hinzugelernt habe ich bei der Recherche auch, dass seit Mai 2021 neben diesen genannten Sektoren weitere Unternehmen ebenfalls aufgeführt werden, die mit erhöhten Melde- und Kontrollpflichten begleitet werden. Da können Entsorger für kommunale Abfälle, aber eben auch Unternehmen, die im öffentlichen Interesse agieren, ebenfalls zur kritischen Infrastruktur hinzugezählt werden. Darunter fallen beispielsweise Rüstungsbetriebe, Unternehmen mit erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung oder Betriebe, die mit Gefahrenstoffen hantieren. Diese sind allerdings noch nicht definiert für das Land Bremen, sodass wir da noch nicht wissen, in welcher Form das übertragen wird. Das muss zentraler Gegenstand einer Cybersicherheitsarchitektur für das Land Bremen sein und werden.

Ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik wurden im Bereich Cybercrime in den Jahren 2019 bis 2021 knapp 8 000 Fälle aufgezeigt. Wenn diese Straftaten allerdings konkreten Straftaten zugeordnet werden, die so einer Klassifizierung als Cyberangriff entsprechen, dann kommen wir noch auf 1 200 Fälle, meine Vorredner:innen hatten es bereits genannt. Das Landesamt für Verfassungsschutz meldet übrigens in diesem Zeitraum 30 Angriffe für seine Zuständigkeit, also Angriffe, die man als staatlich gelenkte Angriffe bezeichnen muss. Da wir allerdings wissen, dass das Hellfeld nach kriminologischen Erkenntnissen eher so bei zehn Prozent liegt, können wir davon ausgehen, dass das Dunkelfeld um ein Vielfaches höher liegt

und dass das Volumen der Cyberattacken damit schon enorm ist.

Ziele der Angriffe waren – und das ist auch bereits angeschnitten worden – vor allen Dingen Unternehmen, unabhängig von der Größe, auch viele kleine und mittelständische Unternehmen. In der Wirtschaft kam es dadurch teils zu mehrtägigen Produktionsausfällen. Die Informationslage über die Angriffe, über den Umfang und über die Schäden, die dabei entstanden sind, ist allerdings extrem dünn. Auch das unterstreicht die Notwendigkeit einer gut aufgestellten Cybersicherheitsarchitektur.

Das Gesetz und die Entwicklung auf Bundesebene teilen wir als LINKE mit der, sage ich mal, Stärkung einer zentralen und auch koordinierten Strategie und eines Handlungsleitfadens für Länder und Kommunen. Unverständlich bleibt für uns, dass die Bundesregierung Sicherheitslücken gleichzeitig geheim hält und damit auch immense Sicherheitsrisiken bewusst nicht schließt. Das gefährdet aktiv die Sicherheit aller Nutzer:innen dieser Sicherheitsstrukturen, dieser Sicherheit-IT von Unternehmen, über Behörden bis hin zu den kritischen Infrastrukturen.

Für die Bundesebene gibt es aber weitere Aufgaben, die bisher noch nicht angepackt wurden. In den Straftatbeständen wird beispielsweise kein Unterschied gemacht beim Hacking, ob ich in ein System eindringe, um es zu sabotieren, Daten zu stehlen oder Daten zu verschlüsseln, oder ob ich so weit eindringe, bis ich die Sicherheitslücken identifiziert habe, um sie danach zu melden. Dadurch, dass dieser Unterschied nicht gemacht wird, wird die Sicherheitsforschung behindert, und Sicherheitslücken können nur identifiziert werden, wenn gleichzeitig eine Straftat begangen wird.

Ein besonders interessanter Fall – den habe ich dazu noch mal rausgesucht –, der das Problem aufzieht, war der erfolgreiche Hack der Sicherheitsforscherin Lilith Wittmann, die die Wahlkampf-App der CDU 2021 gehackt hat. Sie hatte aufgezeigt, dass die Daten der Nutzer:innen relativ leicht entwendet werden können, und hat der CDU dann diese Sicherheitslücke angezeigt und darüber informiert, dass diese Sicherheitslücke besteht. Die CDU hätte sich jetzt einfach bedanken können und die Sicherheitslücke schließen können. Die CDU hat die Sicherheitsforscherin angezeigt.

Die Wertschätzung der Datensicherheit und der Mitglieder ist Sache der CDU, allerdings glaube ich, dass wir hier auf rechtlicher Ebene zu einer anderen Bewertung kommen müssen. Vollständigkeitshalber sei gesagt: Auf Druck der Öffentlichkeit hat die CDU dann irgendwann die Anzeige zurückgezogen, also ist es jetzt nicht so, dass dieses Verfahren immer noch schweben würde. Ich glaube aber, dass es aufzeigt, dass wir in der ganzen Frage "Wie sind eigentlich die rechtlichen Normen aufgestellt, und wie sind eigentlich rechtliche Normen weiterzuentwickeln, um auch eine zukunftsgerichtete Sicherheitsarchitektur hinzubekommen?" noch wirklich einen weiten Weg zu gehen haben.

(Beifall CDU)

Für Bremen brauchen wir einen guten Überblick über die Angriffe, die im Land Bremen getätigt wurden, um eine robuste Cybersicherheitsarchitektur zu entwickeln. Mir scheint auch, dass einige Konflikte zwischen Datenschutz und Sicherheitsarchitektur im Senat noch nicht so genau bewertet werden, wie wir uns das wünschen würden. Da heißt es in der Antwort: "Datenschutz und Sicherheitsarchitektur gehen Hand in Hand." Wenn ich mir gleichzeitig angucke, dass sich die Bundesregierung erst kürzlich dafür ausgesprochen hat, dass sie die Fähigkeit entwickeln möchte, auch fremde Server abzuschalten, dann entstehen dabei einige Fragezeichen, denn zur Abschaltung eines fremden Servers muss ich mir Zugang verschaffen, ihn also hacken. Dazu kommt, dass das BSI eben in der engen Abstimmung mit den Geheimdiensten auch keine Unabhängigkeit von diesen informationsinteressierten Behörden hat. Zu sagen, Sicherheit und Datenschutz sind immer das Gleiche, halte ich für eine etwas gewagte Überbewertung.

Zentral für eine robuste und zeitgemäße Cybersicherheitsarchitektur bleiben auch Sicherheitsprodukte auf Open-Source-Basis. Das Land Bremen wäre damit gut beraten, solche Produkte gezielt zu verwenden und auch ihre Entwicklungen und Pflege und Weiterentwicklung finanziell zu fördern. Open Source bietet den unvergleichlichen Vorteil, dass der Code von der Fachwelt kontinuierlich begleitet und angepasst werden kann, ohne dass quasi monopolistische Anbieter auf dem Code sitzen und dieser dann immer langsamer weiterentwickelt wird als die geballte digitale Kompetenz. Zudem sind viele Angriffe auf die großen Produkte zugeschnitten, die immer nur zeitverzögert Updates aufspielen können, sodass ich mich an dieser Stelle noch einmal sehr dafür aussprechen würde, auch solche Sicherheitsprodukte aktiv zu fördern und einzusetzen. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bedrohungen im Cyberraum sind real. Wir müssen von einem erhöhten Risiko von Cyberangriffen gegen Stellen des Bundes und auch unseres Bundeslandes und - das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen – auch gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensbereichen ausgehen. Anhand der weltpolitischen Situation lässt sich das Problem sehr gut beschreiben. Der russische Angriffskrieg - ist ja eben schon vielfach genannt worden - in der Ukraine hat die Sicherheitslage und unser subjektives Sicherheitsgefühl nachhaltig gestört. Wenn wir über Krieg sprechen, haben wir meistens sofort Bilder im Kopf: Waffen, Soldaten, brennende Häuser und Panzer.

Meine Damen und Herren, noch bevor aber überhaupt ein einziger russischer Soldat oder ein Panzer die Grenze des Landes der Ukraine überschritten hat, gab es etliche Cyberangriffe unmittelbar davor. Es ist ein Zusammenspiel von einem erstens tatsächlichen Krieg und zweitens einer Desinformationskampagne und drittens Cyberattacken auf die Infrastruktur des Staates. Wir sprechen deshalb zu Recht von einer hybriden Kriegsführung, die für uns alle ein neues Phänomen und eine ganz besondere Herausforderung ist. Meine Damen und Herren, ich sage es für uns als CDU-Fraktion ganz deutlich: Cybersicherheit ist die Achillesferse unserer digital vernetzten Welt. Deswegen müssen wir das Problem ernst nehmen und eine Antwort darauf haben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Cybersicherheit ist aber auch deshalb eine besondere Herausforderung, weil wir sie in unserem Alltag nicht sofort spüren und weil es einen immer größeren Bereich unseres beruflichen aber auch privaten Bereichs erfasst. Die Auswirkungen sind erst dann wirklich spürbar, wenn sie massiv in unser Leben eintreten. Wir alle oder wir fast alle wollen diese vernetzte Welt und wollen auch möglichst viele Vorteile davon nutzen. Es gibt ja auch viele, riesige Chancen, Erleichterungen des täglichen Lebens und viele weitere Vorteile durch das Internet, Informationsaustausch, Kommunikation auf völlig neuen Grundlagen. Es gibt aber auch eine Kehrseite der Medaille. Neue Formen der Kriminalität

durch digitale Angriffe auf Behörden, Unternehmen oder Organisationen erschrecken uns. Erstens, andere Formen der Kriminalität.

Die aber, wie zum Beispiel Kinderpornografie, die durch das Internet im wahrsten Sinne des Wortes eine ganz neue Dimension erhalten haben, machen uns täglich fassungslos, aber auch Betrug im Internet hat fast jeder von uns schon erlebt. Das Darknet ist zu einem Werkzeug der Kriminalität ersten Ranges geworden. Hass, Hetze und terroristische Kriminalität, verbunden mit einer Radikalisierung im Internet und einer Verbreitung der Taten im Netz, offenbaren nicht nur polizeiliche, sondern gesellschaftliche und politische Fragen.

Viertens, Desinformation und Verschwörungstheorien haben gerade gegenwärtig unter Coronabedingungen – auch das ist eben schon gesagt worden – Konjunktur und schaffen gesellschaftlich eine kritische Gemengelage mit politisch destruktiven Folgen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Meine Damen und Herren, fast alles ist heutzutage vernetzt und mit der großen, weiten, digitalen Welt verbunden, ob es das Energieversorgungsunternehmen ist, der Supermarkt oder die Tankstelle vor Ort. Daran ist zu erkennen, dass das potenziell jeden treffen kann, das Potenzial für Cyberangriffe unglaublich groß ist.

Als Konsequenz aus der Notsituation infolge der covidbezogenen Lockdowns haben viele Organisationen es möglich gemacht, alle Funktionen aus der Ferne auszuführen, darunter auch die kritischsten. Das hat die Angriffsfläche für Cyberkriminelle bedeutend vergrößert. Viele IT-Systeme sind derzeit stärker verwundbar als früher. Das ist auch die Wahrheit, auf die wir eine Antwort bekommen müssen. Wir als CDU-Fraktion haben dieses Thema Cybersicherheit schon lange im Fokus. Zuletzt haben wir zu diesem wichtigen Thema aufgrund unserer Großen Anfrage im Sommer 2020 debattiert.

Ich stelle für uns als CDU-Fraktion fest: Es ist aktueller denn je. Die Frage, die nach Beantwortung dieser erneuten Großen Anfrage auf der Hand liegt, lautet doch: Was ist zu tun, und sind wir in Bremen eigentlich gut aufgestellt? Können wir als Bundesland Cyberattacken ausreichend abwehren? Ich gebe zu, das ist ein sehr abstraktes und komplexes Thema. Da geht es auch nicht darum, den goldenen Weg zu finden oder zu fordern, sondern es geht darum, zu sensibilisieren und auf Missstände aufmerksam zu machen, denn eines haben die Antworten des Senats gezeigt: Ich

glaube, in diesem Punkt ist noch viel Luft nach oben in unserem Bundesland.

Angesichts der Vielfalt der Problemfelder – ich habe sie eben teilweise skizziert –, angesichts der Dynamik der Entwicklung, angesichts eines wohl noch nie dagewesenen Dunkelfeldes in diesem Bereich sind die Antworten des Senats sehr beunruhigend. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir als CDU-Fraktion fühlen uns in den Zweifeln eher bestätigt, dass wir hier wirklich gut und ausreichend aufgestellt sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU)

Es ist natürlich auch richtig, mit dem Blick auf die Kriminalität im Internet darauf zu verweisen, dass es auch überregionale Strukturen gibt und es insofern auch eine überregionale Antwort geben muss. Man wird nicht alles in Bremen lösen, das ist auch die Wahrheit. Ich glaube, das ist auch allen völlig klar.

Genauso richtig ist aber auch – und das sage ich auch für uns als CDU-Fraktion in aller Deutlichkeit –, dass das Bundesland Bremen hier auch eine eigene Verantwortung hat, auf deren Funktionstüchtigkeit die Bürger vertrauen können müssen, und dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, Straftaten, Cyberattacken zu verhüten, zu verfolgen und dass wir alles dafür tun, für eine bessere Prävention und zur Dunkelfeldaufhellung.

Ich will jetzt auch gar nicht unterstellen, dass nichts passieren würde. Das wäre sicherlich auch nicht richtig, aber wenn ich die Antwort auf Frage 10 der Großen Anfrage lese, ich zitiere: "Weiterhin haben der Senator für Inneres und der Senator für Finanzen damit begonnen, eine Cybersicherheitsstrategie des Landes Bremen zu entwickeln", dann muss ich für uns als CDU-Fraktion ganz ehrlich sagen, das ist zu wenig, lieber Senat. Wir leben im Jahr 2023 und es hat auch schon vor dem Ukrainekrieg reelle Bedrohung und Cyberattacken gegeben. Eine Strategie zu entwickeln, hätte schon längst abgeschlossen sein können, ja geradezu müssen.

(Beifall CDU, FDP)

Da, lieber Senat, haben Sie aus unserer Sicht die Lage völlig falsch eingeschätzt. Ich will jetzt nicht damit anfangen, dass einige Bundesländer da schon viel weiter sind. Sondern es geht doch darum: Ich als Senat muss doch wissen, was meine Ziele sind und wie ich sie erreichen möchte. Da jetzt mit einer Strategie anzufangen, ist ehrlicherweise, das haben Sie richtigerweise gesagt, schon fünf nach zwölf. Es wird ja auch noch viel Zeit ins Land gehen, bis diese Strategie, wenn sie denn da ist, auch umgesetzt wird. Das wissen wir alle, dass solche Dinge nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden. Das ist, glaube ich, auch noch ein großes Problem, was dann vor uns liegt.

(Vizepräsidentin Sülmez Çolak übernimmt den Vorsitz.)

Die Antworten des Senats zeigen auch deutlich: Wir haben in Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht nur ein Handlungsdefizit der Regierung, sondern auch ein finanzielles Defizit, wenn man sich anschaut, welche Ausgaben für diesen Bereich aufgewendet werden.

Meine Damen und Herren, abschließend: Es reicht nicht aus, den Menschen wortreich zu versichern, die Sicherheit im Blick zu haben. Man muss diese auch mit Taten ausfüllen, meine Damen und Herren. Diese Strategie zur Cybersicherheit ist längst überfällig. Lieber Senat, wenn man nicht genau weiß, wohin die Reise gehen soll, wenn man diese Strategie noch nicht hat, wenn man das Ziel nicht vor Augen hat, dann kann auch nicht gehandelt werden. Dann kann höchstens sporadisch reagiert, aber nicht strategisch nachhaltig agiert werden, meine Damen und Herren. Betrachten Sie die Cyberabwehr als eine ganzheitliche Querschnittsaufgabe aller Ressorts und werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Birgit Bergmann das Wort.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe CDU, diese Rhetorik von "es ist zu wenig" und "was der Senat macht, reicht nicht" und so weiter, ich teile die teilweise, aber dann muss doch auch was kommen. Das vermisse ich immer.

(Beifall FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch!)

Sie sind die große Oppositionspartei! Wenn wir uns die Senatsantwort anschauen, dann stellen wir fest, dass es sehr viele Zuständigkeiten bei diesem Thema gibt, und über all diesen Zuständigkeiten thronen der Senator für Finanzen und der Senator für Inneres. Wir sind der festen Überzeugung, dass die gesamte Frage der Cybersicherheit zentral und allein beim Innensenator verortet gehört.

(Beifall FDP)

Bei ihm laufen Gefahrenvorbeugung, Gefahrenabwehr und dann die tatsächlichen Ermittlungsarbeiten nach begangenen Straftaten zusammen. Das ist im digitalen Raum genauso wie in der wirklichen Welt.

Außerdem fordern wir Freien Demokraten, einen Cybernotruf einzuführen, den Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen 24 Stunden, sieben Tage die Woche erreichen können. Wir fordern hierfür, weil das dazugehört, geschultes Personal, das im Falle des Angriffs in der Lage ist, Erste Hilfe zu leisten. Irgendwie ist in unseren Vorstellungen ein Bankraub, bei dem Räuber in die Schalterhalle kommen und Geld fordern, weiterhin etwas gänzlich anderes als ein Hackerangriff, bei dem das Geld virtuell von den Konten verschwindet.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wo ist das denn passiert?)

Bei ersteren wird sofort Alarm ausgelöst und die Polizei kommt mit Blaulicht angerauscht, während im zweiten Fall erst viel später irgendwann ermittelt wird.

Wir müssen hier endlich neu denken, und dafür haben wir gerade in unserem kleinen Bundesland Bremen die besten Voraussetzungen, denn die Expertise haben wir ja vor Ort. Wir haben in Bremen verschiedene Institutionen wie die Hochschule, die Uni oder das DLR in Bremerhaven, die sich mit Cybersicherheit befassen und sich in der Initiative "NorShip" (North-German Research School for Information Security, Computer Forensics and Privacy) zusammengeschlossen haben, um Informations- und Cybersicherheit zu befördern. Solche Vorhaben müssen mit Nachdruck unterstützt werden, denn wir können ganz viel über Cybersicherheit sprechen, aber wir brauchen die Fachkräfte dafür.

(Beifall FDP)

Denn Fachkräftemangel, den finden wir ja leider nicht nur in Unternehmen, sondern auch in Staat und Verwaltung. In Bremen haben wir bereits eine gute Struktur für die Ausbildung von IT-Fachkräften, die bislang aber zu wenig genutzt wird. Deswegen fordern wir Sie auf, gezielt mehr IT-Fachkräfte auszubilden und die vorhandenen Strukturen hierfür zu nutzen und auszulasten. Bremen kann und sollte hier Vorreiter sein.

(Beifall FDP)

Das bringt mich zum letzten Punkt meiner Ausführungen: Bremen sollte sich auf Bundesebene – und da bin ich mit Nelson Janßen auch ganz auf einer Linie – noch aktiver als bisher in die Diskussion um die Zentralisierung der Cybersicherheitsarchitektur einbringen. Es wäre ein folgenschwerer Fehler, hier Kompetenzen abzugeben, nur, weil zurzeit personelle oder finanzielle Ressourcen in Bremen knapp sind. Ganz ähnlich wie bei Straftaten im realen Leben sind auch im digitalen Raum die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen vor Ort die Betroffenen.

Hier brauchen die Menschen Ansprechpartner, denen sie in Fragen der Cybersicherheit vertrauen können. Deswegen bin ich überzeugt, dass sich auch in Fragen der Cybersicherheit eine föderale Lösung bewähren wird. Bremen ist gut beraten, wenn es einer weiteren Zentralisierung von Kompetenzen, die über den Informationsaustausch mit dem BSI als Zentralstelle hinausgeht, nicht zustimmt. Das ist so, wie wenn es eigentlich nur einen Schalter gibt, an dem man alles ausschalten kann.

Ich fasse die Punkte noch mal zusammen: Erstens, auch um für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im digitalen Raum gerüstet zu sein, müssen wir die Digitalisierung im Land mit aller Entschiedenheit vorantreiben. Zweitens, es müssen alle staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen, welche die Basisfunktionen unseres staatlichen Gemeinwesens im Krisenfall am Laufen halten, so behandelt werden wie die, die unter die KRITIS-Verordnung fallen. Also: Meldung von IT-Störungen und erheblichen Beeinträchtigungen der IT plus eine Verpflichtung, die eigene IT Sicherheit immer auf dem aktuellen Stand zu halten.

Drittens, wir brauchen spezielle Kennzeichnungen von Cyberangriffen in den polizeilichen Systemen und der PKS, um Cyberangriffe differenziert und systematisch erfassen zu können, Stichwort Datengrundlage. Viertens, die Zuständigkeit von Cybercrime, also Gefahrenvorbeugung, -abwehr und Ermittlungsarbeit muss beim Innensenator alleine gebündelt sein. Fünftens, wir brauchen diesen Cybernotruf, der bei digitalen Angriffen 24/7 für alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erreichbar ist.

Sechstens, wir brauchen geschultes Personal dahinter, das im Notruffall in der Lage ist, bei einem gerade stattfindenden Angriff Erste Hilfe zu leisten. Siebtens, wir müssen Zusammenschlüsse wie NorShiP aktiv unterstützen. Achtens, wir müssen die Ausbildungskapazitäten für IT-Fachkräfte, die da sind, maximal nutzen beziehungsweise ausweiten.

Der Herr Innensenator Mäurer oder der Senator für Finanzen – das weiß ich jetzt nicht, wer da verhandeln muss, aber –, Sie sollten sich auf Bundesebene aktiv dafür einsetzen, dass die föderalen Kompetenzen zur Bekämpfung von Cyberkriminalität hier im Land bleiben. Wir müssen vor Ort in der Lage sein, zu handeln, genauso wie beim Bankeinbruch. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Mustafa Öztürk das Wort.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß jetzt gar nicht, bei wem ich zuerst anfangen soll, ob bei Ihnen, Frau Bergmann, oder bei dem Kollegen Lübke. Ich fange mal bei der CDU an, weil Sie die größere Fraktion sind.

(Abgeordnete Christine Schnittker [CDU]: Die größte! – Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Im Vergleich zur FDP, meinte er.)

Genau, im Vergleich. Ich habe mir mal auf Wikipedia eine Liste rausgesucht über die Bundesinnenminister CDU/CSU. Ich will nur die letzten fünf aufzählen: Es gab einen Herrn Manfred Kanther, dann gab es kurz mal Otto Schily, dann ist der wieder weg, dann gab es Wolfgang Schäuble, der auch schon mal Bundesinnenminister war, lang vorher in den Neunzigern, dann gab es Thomas de Maizière, Hans-Peter Friedrich, dann wieder Thomas de Maizière, am Ende Horst Seehofer. Alle haben immer angekündigt, vor allem Herr Seehofer: Sicherheitsgipfel für die IT-Infrastruktur! Es ist immer bei einer Ankündigung geblieben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir werden mal sehen, wie das mit Frau Faeser ist!)

Man kann sich nicht so leicht aus dieser Verantwortung herausziehen, und es ist auch unsere gesamte Verantwortung hier, die Leitlinien einzuschlagen. Frau Bergmann, ich weiß nicht, ob eine 111 als Notruf – –. Das haben Sie jetzt zwar nicht gesagt, aber ich unterstelle, das wäre jetzt ein Vorschlag für einen Notruf. Ich halte davon überhaupt nichts. Ich meine, man muss sich nur dieses Horrorszenario vorstellen: Eine Bürgerin oder ein Bürger ruft bei diesem Notruf an, weil der Bildschirm eingefroren ist. Das ist das Problem. Wenn man die 110 wählt, wissen wir zumindest für Bremen, das ist ein riesiger Prozess. Es gibt eine Leitstelle, die muss 24/7 besetzt sein, die muss voll durchdigitalisiert sein.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Dann gibt es das da eben auch. Wo ist das Problem?)

Ich würde es nicht empfehlen. Ich überlasse das der FDP, ob sie da so etwas fordert oder nicht.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Ich würde sagen, wir bleiben bei den Punkten, die ich vorhin vorgetragen habe, nämlich dass wir einen anderen Ansatz brauchen.

Ein Punkt, der mir und meiner Fraktion noch total wichtig ist, ist nämlich die europäische Perspektive. Es gab Gespräche zwischen dem Europäischen Rat, dem Parlament und der Kommission, das europaweit und insbesondere im Sinne der Nachbarländer zu denken, denn wir haben zusammenhängende kritische Infrastruktur. Die Ukraine ist an das deutsche Stromnetz angeschlossen. Das heißt, wir sind Zielscheibe: Jeder Angriff auf die deutsche Sicherheitsarchitektur zieht nach sich, dass ein anderes Land in Mitleidenschaft gezogen wird. Bei den ganzen Meilern hängt Frankreich mit an Bord.

Das heißt, wir brauchen völlig andere Schutzmechanismen, und wir müssen wegkommen von der Denke, dass es hier nur um Informationstechnik geht. Wir müssen viel weiter gehen, und ich hoffe sehr, dass das Bundesinnenministerium hier über seinen Schatten springt und endlich etwas vorlegt, damit wir in den Ländern arbeiten können. In Bremen sind wir top aufgestellt und stehen quasi in den Startlöchern, weil wir diesen Rechtsrahmen benötigen. Den brauchen wir ganz dringend, um hier in Aktion treten zu können, und die Finanzierung dieser gesamten Maßnahmen ist auch erforderlich.

Ach so, keine Frage.

In dem Sinne, meine Damen und Herren: Ich glaube, wir sind alle gut beraten, wenn wir da an einem Strang ziehen und nicht auf einzelne, kleine Sachen hereinfallen und Sachen fordern, die uns am Ende des Tages nicht voranbringen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat Staatsrat Dr. Martin Hagen das Wort.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe die Anfrage so verstanden, liebe Frau Bergmann, dass Sie uns loben wollten. Es gibt ja immer Fragen

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich möchte mich meinerseits auch noch mal bei Ihnen bedanken, weil ich finde, auch in den Ausführungen von Ihnen heute Morgen ist das deutlich geworden, weil Sie damit sehr differenziert umgegangen sind, was wir tun, und auch, dass Sie darüber gesprochen haben, wo Sie Fragen haben, ob wir vielleicht nicht genug tun.

Ich möchte dazu mal folgende Ansätze geben und - Martin Günthner hatte das ja schon gesagt - ich könnte stundenlang darüber reden. Keine Sorge, das will ich aber an dieser Stelle nicht tun. Ich möchte mit ein paar Zahlen anfangen. Im Dezember hat das zentrale E-Mail-Gateway bei Dataport 122 314 Angriffe abgefangen, die nicht in die Verwaltung reingekommen sind. Im gesamten Jahr 2022 waren es 1 232 835 Angriffe. Wir gucken hinter der Firewall, was passiert, und haben 11 000 Anlässe gehabt, nachzugucken: Ist hier eine Attacke unterwegs? Wir haben identifiziert, dass es 16-mal tatsächlich der Fall war. Von diesen Attacken gab es bundesweit, zum Vergleich, 126 Angriffe, die sozusagen richtig schwer waren. Der Schaden ist so, wie heute Morgen auch schon gesagt wurde: null. Wir haben im letzten Jahr alles abgewehrt.

Dataport beschäftigt im Informationssicherheitsmanagement 5,5 Vollzeitäquivalente, im Endpoint-Security-Management 11,5 Vollzeitäquivalente, im Computer-Emergency-Response-Team vier, im Incident-Response-Team drei. Ich habe mit Absicht diese englischen Begriffe genannt, um deutlich zu machen, wie komplex die Abwehr heute schon organisiert ist. An dieser Stelle, Frau Bergmann, Thore Schäck, das müssen Sie mir jetzt mal nachsehen, glaube ich, sollen zwei Sachen deutlich werden: Erstens, wir haben Ahnung von dem, was passiert, wenigstens in dem Bereich öffentlicher

Dienst, den ich ja jetzt hier auch vertrete, und das ist ein sehr wesentlicher Bereich als kritische Infrastruktur. Mitnichten tappen wir dort im Dunkeln oder rennen irgendwie etwas hinterher, sondern sind sehr wohl wachsam.

Das Zweite, was ich auch ganz besonders in Ihre Richtung deutlich machen will, ist: Das liegt auch zu einem großen Teil an Dataport, weil unsere Strategie natürlich darauf abstellt, dass wir mit qualifizierten Organisationen darauf reagieren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Deswegen wurde sie gegründet!)

Glauben Sie mir, ich mache das Geschäft tatsächlich schon seit 20 Jahren, es ist nicht einfach, sich gegen diese Angriffe zu organisieren. Man muss sich in aller Bescheidenheit in Bremen irgendwann überlegen - -, bei aller Sympathie, die ich dafür habe, alles möglichst hier vor Ort zu lassen, und das tun wir auch, wir arbeiten natürlich auch mit ganz vielen bremischen Firmen zusammen, wir arbeiten auch mit der Bremer Universität, mit der Hochschule zusammen. Ich glaube, wir machen das Ganze erfolgreich, aber man braucht auch einen klaren Blick darauf, dass die Angriffe – das haben Sie auch deutlich gemacht -, die Cyber-Security-Bedrohungslage so groß wird, dass es irgendwann verrückt ist, zu sagen, wir sind hier Asterix und Obelix, wir schaffen das schon.

Wir haben nämlich nicht den Zaubertrank, der uns hier gegen die Römerinnen und Römer hilft, sondern wir müssen da im Geleitschutz nicht nur im Dataport-Country, sondern auch mit dem Bund – dazu komme ich gleich zum Schluss noch – zusammen tätig werden, und deshalb ist die Strategie, wegen der Sicherheit der öffentlichen Infrastruktur unsere IT bei Dataport zu betreiben, die richtige Strategie.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Lübke hat, finde ich, zu Recht die entscheidende politische Frage gestellt, die man hier diskutieren muss: Sind wir gut aufgestellt, und können wir die Attacken abwehren? Es wird Sie nicht überraschen, dass ich dann in der Antwort eine völlig andere Einschätzung habe, dass wir als Senat sehr wohl gut aufgestellt sind, und ich kann eben mit dem Blick zurück sagen, wir konnten alle Attacken abwehren.

Ich sage wie immer an dieser Stelle in aller Deutlichkeit: Die Schwierigkeit an den Cyber-Security-

Themen ist, das nützt einem nichts, weil morgen eine Attacke erfolgreich sein kann, und dann werden wir uns dem stellen, und dann werden wir das analysieren. Es ist aber auch nicht ganz unwesentlich, angesichts erfolgreicher Attacken in Deutschland auf Kommunalverwaltungen, auf Krankenhäuser und auch in Bremen auf Unternehmen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und Parteien!)

dass wir das im öffentlichen Bereich nicht machen. Das muss man auch einmal deutlich sagen. So ganz falsch kann die Strategie an der Stelle nicht gewesen sein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich stehe hier deshalb auch eigentlich mit Olaf Bull zusammen, deshalb sitzt er auch da, weil wir das hier zusammen verantworten, das haben Sie ja auch gemerkt, wenn Sie die Antworten lesen. Es ist tatsächlich so, dass jetzt nicht nur der Finanzsenator hier bei diesem Thema drin ist, sondern auch der Innensenator, und deshalb vertreten wir das, so gut das jetzt hier geht, gemeinsam. Ich glaube, die Geschäftsordnung sieht nicht vor, dass man hier zusammen reden darf, aber das wäre vielleicht noch mal eine Innovation im Parlament, das sozusagen als Tandem vorstellen zu dürfen.

Im Bereich der kritischen Infrastruktur, darauf möchte ich noch mal Wert legen, da haben wir sehr wohl schon reagiert, weil die Bremer Unternehmen in den bisher geltenden Regelungen tatsächlich zu klein sind. Das ist schwer zu ertragen, es ist aber einfach so. Unsere BSAG gilt nicht als kritische Infrastruktur, weil sie nicht groß genug ist, anders als der hvv (Hamburger Verkehrsverbund) in Hamburg. Das ist irgendwie ein bisschen tragisch. Warum auch immer das bei der Bundesregierung so gesehen worden ist, weiß ich jetzt nicht im Detail, und es hat sich jetzt auch geändert, darauf komme ich gleich noch. Wir haben aber schon begonnen, mit diesen Unternehmen in Bremen zu sprechen, ohne dass wir dafür eine rechtliche Grundlage haben, sondern da sind wir auch aktiv und tätig.

Dann möchte ich jetzt auf den Punkt kommen. Die NIS2 (network and information security), die neue Richtlinie der EU, ist im November beschlossen worden, sie gilt seit dem 16. Januar, das war vergangener Montag, und wir sind insofern überhaupt nicht hinter der Welle oder hinter der Lage, wenn wir jetzt gerade den Cybersicherheitsaktionsplan erstellen, der darauf reagieren muss.

Ich möchte noch mal deutlich sagen, das ist überhaupt nicht einfach. Das sagt sich so leicht: Ja, macht mal den Plan und nehmt alle kleinen Unternehmen mit. Ich kann hier nur sagen, das ist auch eins meiner Lieblingsthemen: Einfach ist nie sicher, und sicher ist nie einfach. Ich habe Mitleid mit all den Unternehmen, bei denen sich Olaf wohl meldet. Es sind ja hier auch genügend Unternehmer im Raum, die das nachvollziehen können. Wenn Sie das tun, und Sie gelten dann als das, dann toll. Dann können Sie nämlich, so wie ich im öffentlichen Dienst, mit dem BSI darüber reden, welche Sicherheitsstandards Sie erfüllen müssen und wie Sie das nachweisen müssen. Das ist Compliance vom Feinsten. Da sind Sie fast wie eine Bank, sozusagen.

Insofern ist das tatsächlich eine ganz spannende Frage, wo mich dann auch im politischen Ausschuss nachher interessieren würde, wie viele Unternehmen sich eigentlich freuen, dass das Cybersicherheitscenter sich bei ihnen gemeldet hat und gesagt hat: Du gehörst übrigens auch zur kritischen Infrastruktur in Bremen, und deshalb erwarten wir von dir jetzt folgende Maßnahmen. Trotzdem ist das natürlich richtig und wichtig, und wir haben das letztes Jahr im April gesehen, als die Windkrafthersteller ja auch in Bremen und auch Enercon angegriffen worden sind. Man vermutet, dass das tatsächlich auch mit dem russischen Angriffskrieg zu tun hat, das ist bitterer Ernst, und das kostet am Ende dann auch Zeit und Geld. Ich glaube, aus den Ausführungen wird schon deutlich, dass wir uns sehr wohl darum kümmern.

Letztendlich muss man an dieser Stelle noch mal deutlich sagen, dass Cybersicherheit wie Katastrophenschutz ist. Der Staat muss hier die Beratungsund Hilfestrukturen aufbauen, da kann ich nur nicken, da ist eine große Einigkeit. Ich glaube, es ist ja auch nicht wirklich eine parteipolitisch strittige Frage. Streiten kann man sich, ob man genug macht oder nicht, und dann bleibt es natürlich auch jedem überlassen, das selbstständig zu bewerten.

Ich finde, wir haben eine ganze Menge dafür getan, und weil Sie den Punkt bezüglich der Zentralisierung ganz am Schluss angesprochen haben, soll das dann auch mein letzter an dieser Stelle sein: Ich sehe das differenzierter. Natürlich teile ich das, dass wir vor Ort Ansprechpersonen brauchen, das ist gar nicht die Frage. Wir bauen hier auch ein Cybersicherheits-Ansprechteam auf. Die Bedrohungslage ist aber, wenn man ehrlich ist, so groß, dass ich mich dafür ausspreche, hier Kompetenzen

zu zentralisieren. Das muss ich deutlich sagen. Wir verfolgen diese Strategie mit Dataport.

Das Computer-Emergency-Response-Team, das teilen wir uns mit Hamburg und mit Schleswig-Holstein. Wir teilen uns auch den Angriff dort mit. Wir sind auch, und dann sind wir auch nicht hinterher, sondern mit dem BSI in Gesprächen, entsprechende Vereinbarungen zu machen. Das ging dann wieder nicht weiter, weil irgendjemand verfassungsmäßige Probleme hat. Wir sind da aber sehr offen, und wir setzen darauf, dass der Bund tatsächlich mehr Ressourcen als wir hat, diese Angriffe abzuwehren. Deshalb ist es eine richtige Strategie, dass Bremen sich hier seiner Stärken, aber auch seiner Schwächen bewusst ist und hier eine kluge Strategie macht.

Mein letzter Punkt: Ihr erster Satz war, Sie wollen nicht, dass wir mit dem Auto der Digitalisierung hinterherfahren. Wir fahren natürlich mit der Eisenbahn, und da sitzen wir mitten im Zug und sind sozusagen mit den anderen Bundesländern genau in der Mitte dabei und bemühen uns, diese schwierigen Themen hier alle der Reihe nach abzuarbeiten. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Wischhusen?

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Ja.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Bitte schön!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Herr Staatsrat, das ist eine Frage, die sich tatsächlich doch einmal in die Privatwirtschaft richtet. Ihnen ist sicherlich bewusst, dass sich laut Strafgesetzbuch ein Unternehmen, das sich entscheidet, auf einen Hackerangriff einzugehen und diese Lösegelder zu bezahlen, insofern strafbar macht, als dass es heißt, es ist eine Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Können Sie einschätzen, inwiefern da – ? Ja, genau, das ist leider so. Ich glaube, § 123 Strafgesetzbuch, gerne mal nachgucken.

Meine Frage ist: Können Sie sich vorstellen, inwiefern das Auswirkungen hat, dass viele Sorge haben, dieses Wissen überhaupt zu teilen, das überhaupt zur Anzeige zu bringen? Was können wir auch als Bremen machen, um Unternehmen zu ermutigen, mit den Behörden zusammenzuarbeiten? (Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die Unternehmen sind schlau genug!)

Das stimmt nicht, Heiko Strohmann.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Ich will mal ehrlich gestehen, da fehlt mir hier der Kollege, den blinzle ich jetzt mal heftig an. Was die genauen strafrechtlichen Konsequenzen sind, da glaube ich Ihnen jetzt einmal, dass das so ist, wie Sie das dargestellt haben, denn das Wesentliche, das teile ich tatsächlich absolut. Die Frage, wie wir mit solchen dann erst mal erfolgreichen Angriffen umgehen, nach denen alles verschlüsselt ist, die stellt sich ja auch für uns in der Verwaltung.

Wir haben auch Arbeitskreise, in denen wir darüber sprechen, weil es ja auch einzelne Kommunen gibt, die tatsächlich schon gezahlt haben, obwohl wir eigentlich alle als Staat die Linie vertreten, dass wir da nicht zahlen. Das ist eine der Fragen, die jetzt im Rahmen dieser Cybersicherheitsstrategie nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit diskutiert werden, wo wir natürlich, ich sage mal, von der Bekämpfungsstrategie her eher eine harte Linie verfolgen und sagen: Gerade wegen der kritischen Infrastruktur müssen wir natürlich alles daransetzen, das zu verteidigen, und daraus kann jetzt nicht jemand wegen eigenem kurzfristigen Nutzen ausscheren.

Das ist dann aber natürlich eine harte Entscheidung für das jeweilige Unternehmen. Dafür kann man jetzt persönlich Empathie haben, aber wie das genau ausgeht, da bleibe ich Ihnen jetzt ehrlicherweise die Antwort schuldig.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Danke schön!

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Sie hat keine weiteren Fragen. Sie waren ja auch durch mit Ihrer Rede, oder wollen Sie noch etwas sagen?

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Nein, danke.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 20/1611, auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

Kurze Wege zur Arbeit bewahren – Die gemischte Stadt stärken, neue Orte der produktiven Stadt identifizieren

Antrag der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 4. Oktober 2022 (Drucksache 20/1616)

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Kristina Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Volker Stahmann das Wort.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Nach einer, wie ich fand, spannenden Debatte zur Cybersicherheit jetzt raus auf die Straße und in die Quartiere, nämlich zu dem Thema: Produktive Stadt identifizieren, kurze Wege zur Arbeit.

Wir haben das Thema Produktive Stadt schon mehrfach diskutiert und haben damit schon mehrfach Erfahrungen gemacht. Ich will an der Stelle ein paar Dinge kurz in Erinnerung rufen, nämlich: Wir haben aktuell in Bremen rund 120 Hektar Gewerbefläche als neue Orte der Produktiven Stadt entwickelt. Die Beispiele und Leuchttürme sind uns allen bekannt: Das Tabakquartier, Könecke, Coca-Cola und das Hachez-Gelände sind in der Entwicklung.

Ich will auch noch ein paar Fakten zu den Erfolgen dieser Projekte nennen. Fiskalische Effekte nach Schätzungen der Prognos-Studie 2035: Überseeinsel 22,2 Millionen Euro pro Jahr, Tabakquartier 14,1 Millionen Euro pro Jahr, Kornstraße 5,3 Millionen Euro pro Jahr, Hachez 2,8 Millionen Euro pro Jahr. Erwartete Arbeitsplätze: Tabakquartier 3 900, Überseeinsel 3 700, Kornstraße 960, Hachez 360. Das sind die, die aktuell in der Vorbereitung, in der Umsetzung oder abgeschlossen sind.

Wir gucken als Regierungskoalition sehr genau darauf und betreiben diese Projekte auch zusammen. Was wir jetzt mit Grohner Dühne entwickeln, wird sich zeigen, aber auch da haben wir die Möglichkeit, Leben und Arbeiten zu verbinden. Reicht das aus? Wenn man sich die Projekte genau anguckt, muss man feststellen, dass das überall da passiert, wo wir Quartiere neu entwickeln. Überall da, wo wir Brownfield-Entwicklung machen und neu anfangen, haben wir die Möglichkeit, solche Dinge zu

schaffen. Die sind hoch erfolgreich, was Arbeitsplatzsicherheit und andere Dinge angeht.

Wo wir aber nicht so gut sind, ist in den normalen Stadtteilen und Quartieren. Nach wie vor haben wir in den Stadtteilen eine Entmischung von Wohnen und Arbeiten. Darauf wollen wir als SPD-Fraktion, als Koalition einen Blick werfen und auch da muss man gucken: Wie kriegt man das eigentlich hin, dass man in Stadtteilen eine Durchmischung von Arbeiten und Leben erhält? Wie sichert man, dass der Handel, Kleingewerbe und Arbeitsplätze in den Quartieren bleiben und keine Verdrängung stattfindet?

Auch das ist ein Teil dieses Antrages, dass wir einen Blick darauf werfen, nicht nur Leuchtturmprojekte zu machen, die gut sind, die hoch erfolgreich sind, die wir weiterbetreiben müssen und sollen, wo wir die Gelegenheit haben, das umzusetzen. Wir wollen aber auch in den Stadtteilen gucken, dass wir kürzere Arbeitswege haben, dass wir Wohnen, Arbeiten, Konsum, Kultur, Freizeit, Erholung und Dienstleistung an einem Ort, nicht nur in Modellprojekten, sondern möglichst flächendeckend bündeln. Das ist der Sinn.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Danke für die Unterbrechung.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Zum Atmen.)

Zum Atmen? Zum Saisonende.

Die Begründung des Antrages habe ich genannt. Das Ziel des Antrages ist, dass wir den Senat auffordern, darauf einen besseren Blick zu werfen. Ein paar Argumente, die wir damit verbinden, nenne ich in der zweiten Runde. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Ingo Tebje das Wort.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Mit der Konzeptentwicklung für ehemalige Industriestandorte als neue Orte der Produktiven Stadt ist Bremen ein beachteter Trendsetter und hoch erfolgreich. Bremen hat aus seinen Fehlern bei der Entwicklung der Überseestadt gelernt und arbeitet nun mit viel stärker steuernden Werkzeugen wie Vorkaufsrechten, Entwicklung von LOIs (Letters of Intent),

mit den Investoren, um gemeinsam zu städtebaulichen Verträgen als Vorstufe neuer Bebauungspläne zu kommen.

Die Erfolge – und das hat mein Kollege Volker Stahmann eben gerade auch dargestellt – wie beim Tabakquartier, Kellogg's, HACHEZ und nun auch auf dem Coca-Cola/Könecke-Areal geben uns dabei recht und können sich sehen lassen. Hier entstehen neue gemischte Quartiere für mehr lebenswerten Wohnraum und dauerhafte Gewerbenutzung für eine positive Arbeitsplatz- und Wirtschaftsentwicklung. Davon wollen wir mehr, liebe Kolleg:innen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich möchte auf drei Punkte zu unserem Antrag noch näher eingehen: die verbesserte wirtschaftliche, ökologische und soziale Flächennutzung, den Schutz von bestehenden Gewerbegebieten und den stärkeren Fokus auf kommunale sowie genossenschaftliche Wohn- und Gewerbeprojekte. Wir gehen in unseren Gewerbeentwicklungsplanungen ganz bewusst nicht den Irrweg, liebe CDU-Fraktion, von ständig neuen Flächen für Gewerbeentwicklung, sondern setzen, wie das auch Volker Stahmann gerade gesagt hat, auf Brownfield-Entwicklung, Ankauf leerfallender Gewerbeflächen und Nachverdichtung bestehender gewerblicher Flächen.

Die Entwicklung der neuen Orte der Produktiven Stadt wirkt sich dabei in mehrfacher Weise positiv aus. Ökologisch werden dabei Flächen entsiegelt und der Regenwasserrückhalt durch Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und bessere Regenwassernutzung gesteigert. Erneuerbare Energien werden durch Solarnutzung und ökologische Energiekonzepte ausgebaut, und es werden autoverkehrsmindernde Verkehrskonzepte integriert.

Wirtschaftlich entstehen bei den verdichteten Gewerbeflächen viel mehr Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze – die Zahlen hat Volker Stahmann eben gerade auch genannt – mit deutlich geringerem Flächeneinsatz. Hier müssen wir Start-ups, Social Entrepreneurships fördern und ansiedeln für die Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen oder für zukünftige gesellschaftliche Lösungen und den damit verbundenen Arbeitsplätzen.

Aber in diesem Quartier muss auch die soziale Infrastruktur von Kitas, Schulen, Pflegeheimen, Sozialzentren und so weiter geschaffen werden. Dabei muss sich Bremen diese soziale Infrastruktur auch

dauerhaft selbst entwerfen und entwickeln, um als Kommune auch zukünftig wieder mehr Steuerungsmöglichkeiten in der weiteren Stadtentwicklung zu haben.

Für den Erhalt der vielfältigen Arbeitsplätze in unserer Stadt – und da ist Volker Stahmann eben gerade auch drauf eingegangen – ist es wichtig, dass bestehende und bezahlbare Gewerbeflächen in Wohnquartieren dauerhaft erhalten bleiben. Hier müssen wir der lukrativen Umwandlung von Gewerbe in Wohnflächen einen Riegel vorschieben, denn wir brauchen beides: leistbaren Wohnraum und leistbare Gewerbeflächen. Das regelt eben nicht der Markt allein.

Um Wohnraum und Gewerbeflächen dauerhaft günstig und leistbar zu halten, brauchen wir schließlich mehr kommunale sowie genossenschaftlich entwickelte Flächen, Räume und Projekte. Bei laufenden und zukünftigen Quartiersentwicklungen sollten die städtischen Wohnungsgesellschaften eine größere Rolle einnehmen. Es kann nicht sein, dass sich Investoren im Grunde immer nur die profitablen Teile herausnehmen und um die Entwicklung kümmern und der Anteil des sozialen Wohnungsbaus dann an die kommunalen Gesellschaften abgeschoben wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Unsere Wohnungsbaugesellschaften in Bremerhaven und Bremen sollen zukünftig auch in der Lage sein, ebenfalls die profitableren Teile der Quartiersentwicklung durchzuführen. Auch genossenschaftlich gemeinnützig orientierte Projekte brauchen einen stärkeren Zugang und Förderung bei den neuen Orten der Produktiven Stadt, denn sie ermöglichen dauerhaft günstigen Wohnraum und dauerhaft günstige Gewerbeflächen. Neue Orte der Produktiven Stadt sind ein wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Gewinn für unsere beiden Städte. Deshalb wollen wir mehr von ihnen und finden diese Entwicklung positiv. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Muss denn jeder aus der Koalition das Gleiche sagen?)

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Idee, solche Orte der Produktiven Stadt zu organisieren, hat eine sehr lange Vorgeschichte, wenn man genauer hinguckt. Ja, das begann in den Achtzigerjahren in Tübingen bei einem gewissen Bürgermeister Namens Feldtkeller, der als Erster gesagt hat: "Wir müssen uns gegen die Tendenz der entmischten und sortierten Stadt stemmen, denn wir verlieren" – und da kommt der Begriff Produktivität her – "Fähigkeiten, die die Stadt über viele Hundert Jahre hatte, nämlich möglichst viele Funktionen in enger Wechselwirkung in einem konkreten Raum zusammenzubringen."

Es war eine Mischung aus Nachkriegsmoderne, Schutz von Leuten vor Lärm und Beeinträchtigungen, die dazu geführt hatte, dass wir ein Planungsrecht und ein Immissionsschutzrecht gekriegt haben, das diese Funktion auseinandersortiert, Schlafstädte organisiert, Orte organisiert, wo sich die Freizeit konzentriert, Orte organisiert, wo sich der Handel konzentriert, Orte organisiert, wo die Arbeit ist, die stinkt und Krach macht. Wenn wir uns heute darüber Gedanken machen, wie wir das korrigieren können, dann soll man ja nicht denken, dass das einfach wäre. Gemischte Quartiere neu zu organisieren, ist die Königsdisziplin der Stadtentwicklung und auch im Übrigen von Wirtschaftspolitik, weil es nämlich so ist, dass man Märkte, die sich längst konstituiert haben auf der Basis von Rechtssystemen, versuchen muss, dafür zu korrigieren und die Beteiligten zu ermutigen, zusammen: Versucht es anders!

Da kommt man dann dahin, wenn man das beobachtet, dass das häufig da gelingt, wo im Grunde genommen ein bestimmtes Stückchen Stadt schon mal von Arbeit vorgeprägt war, also unsere alten Hafengebiete, die Tabakfabrik, Grohner Düne, alles, was wir schon erwähnt haben, Cola und Wurst in Hemelingen,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Cola und Wurst! – Heiterkeit)

Hachez und so weiter.

Diese Orte verfügen über Bausubstanz aus ihrer Vornutzung, und da hat es sich gewissermaßen als spontaner Prozess der Stadtentwicklung – das haben wir beobachtet in Berlin, Hamburg und anderen großen Städten – zugetragen, dass diese Nutzungen plötzlich wieder zusammengewachsen sind, dass in den alten Fabrikhallen neue Formen

von Produktion entstanden sind, dass danach gesucht worden ist, wie man Ateliers damit verknüpfen kann, dass danach gesucht worden ist, wie man Kultur damit verknüpfen kann, dass danach gesucht worden ist, ob man da nicht auch noch wohnen kann.

Es war für die Planer keineswegs einfach, zu sagen, ja, das können wir einfach mal so erlauben, denn vieles spricht dagegen, wie eben schon erwähnt. Die Beobachtung ist aber, dass diese Orte tatsächlich viel produktiver sind als die entmischten Bereiche der Stadt, erstaunlicherweise. Alle die Funktionen, die dann von solchen Orten getragen werden, die werden in der Statistik schwer abgebildet. Aber es sind Leistungen, die was mit Kooperation zu tun haben, die was mit Nachbarschaft zu tun haben, die was mit Stapeln zu tun haben, die was mit dem Nutzen von Ecken, die scheinbar unproduktiv sind, die scheinbar blockiert sind, zu tun haben.

Da, finde ich, machen wir einen Riesenschritt vorwärts, und da muss man ausdrücklich noch mal sagen: Bremen hat bei der Entwicklung der Überseestadt einen enorm mutigen Schritt gemacht, indem gesagt wurde: Wir wollen, dass die alten Firmen der Hafenindustrie dortbleiben. Das war ja kein Vergnügen. Für die Älteren unter Ihnen, ich darf mich dazu zählen, ist noch ziemlich genau in Erinnerung, wie die alten hafenwirtschaftlichen Kapitäne gesagt haben: "Unter gar keinen Umständen kommt hier auch nur einer von diesen empfindlichen Leuten, die gerne hier wohnen und einen Blick auf den Hafen haben, in die Nähe. Das ruiniert unseren Betrieb." Dann wurde mit einer ganz komplizierten rechtlichen Konstruktion, wo es im Grundbuch steht, wo es im Bebauungsplan steht, wo es im Mietvertrag steht, wo es im Kaufvertrag steht, sichergestellt, dass die Leute, die jetzt im Hafengebiet wohnen, den alten hafenwirtschaftlichen Betrieben das Leben nicht zur Hölle machen können mit Verweis auf den Emissionsschutz. Das hat baurechtliche Konsequenzen und bauliche Konsequenzen und dergleichen mehr.

Das ist eine harte Strecke. Das ist eine harte Strecke, das ordentlich zu machen, und ich bin der Meinung, dass die neuen Orte der Produktiven Stadt, die jetzt schon von meinen Kollegen aufgeführt worden sind, zeigen, dass man damit große Früchte ernten kann. – 13 Sekunden. Fabelhaft, oder?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Sehr gut. Ja, ganz toll.

(Heiterkeit)

Ganz toll. Ich glaube, da freuen sich alle Abgeordneten des Hauses, nicht nur ich.

Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder die haben gelauscht, die wollten mehr.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt gibt es ja nicht mehr so viele Sitzungen, dass man das so – –.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer ein besonderer Zauber, nach dem Kollegen Bücking zu sprechen. Es gibt oft einen Schwank zurück in die Vergangenheit, aber man lernt auch regelmäßig was. Ich finde das immer sehr bereichernd.

Ich glaube, das Ideal der kurzen Wege, das teilen wir alle. Wir haben in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Tendenz hin zu immer mehr Mobilität, zu immer weiteren Strecken, das Pendeln hat zugenommen. Wir hatten zwar in den letzten zwei, drei Jahren einen kleinen Rückgang durch Corona bedingt, viel Homeoffice, aber die Entwicklung geht natürlich seit Jahrzehnten nur in eine Richtung.

Das geht zulasten der Lebensqualität, das geht natürlich auch zulasten der Stadt selber, insbesondere, was die verkehrliche Situation angeht. Ich glaube, der Trend und die Entwicklung, sich darüber wieder Gedanken zu machen, wie man integrierte Quartiere schaffen kann die Leben, Arbeiten, Wohnen, Einkaufen, alles miteinander kombinieren, ist die richtige Entwicklung, und die teilen wir als FDP-Fraktion ausdrücklich.

(Beifall FDP)

Die Wahrheit ist auch, dass Menschen nun mal dorthin ziehen, wo sie bezahlbaren Wohnraum finden, und zwar nicht nur zur Miete, sondern auch in Form von Eigentum, und dafür teilweise auch bereit sind, größere Strecken zur Arbeitsstätte in Kauf zu nehmen.

Das heißt, wir müssen natürlich an der Stelle nicht nur das Thema Wohnen mitdenken, sondern insbesondere auch das Thema Arbeiten. Wir müssen uns überlegen: Wie schaffen wir es in Bremen, quartiersnah die Arbeitsplätze entstehen zu lassen – ich will nicht sagen, zu schaffen, das ist nicht staatliche Aufgabe –, aber entstehen zu lassen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Arbeitsplätze entstehen können, damit Menschen in Bremen bleiben und nicht den Druck verspüren, aus Bremen wegzugehen, weil sie die Arbeitsplätze, die sie brauchen, in Bremen nicht mehr finden.

Soweit so gut, den Inhalt und die Zielrichtung dieses Antrages teilen wir. Einen Satz würde ich in Klammern setzen: Sie haben geschrieben: "So wird beispielsweise für die Überseestadt erwartet, dass die Steuereinnahmen bereits in den Zwanzigerjahren die Ausgaben für Investitionen, Erschließung, et cetera übersteigen werden." Das ist eine schöne Entwicklung, wir müssen nur aufpassen, dass wir uns damit nicht selber kannibalisieren. Gerade, wenn es darum geht, dass Unternehmen, die vorher meinetwegen im Gewerbepark an der Uni ansässig waren, umziehen, bringt das in der Gesamtbilanz für Bremen nichts. Es macht nur Sinn, wenn die Bilanz für Bremen insgesamt ansteigt.

An sich ist dort nichts Kritisches drin, inhaltlich, das ist alles soweit in Ordnung. Aber was sich uns nicht so ganz erschließt: Sie sagen selber "Wir haben jetzt schon, bei neuen Quartieren nutzen wir das" – das ist völlig in Ordnung, das ist auch gut –, "dass wir die neuen Quartiere, beispielsweise Tabakquartier entsprechend planen." Wir haben aber auch schon andere Möglichkeiten, dort darauf Einfluss zu nehmen. Die gibt es auch jetzt schon.

Wir haben die Möglichkeit, über Gewerbeflächenentwicklung Einfluss zu nehmen, wir haben die Möglichkeit, über das sehr umfangreiche Zentrenund Nahversorgungskonzept Einfluss zu nehmen, wir haben die Möglichkeit, mittlerweile relativ umfassend über die Gestaltung von Bebauungsplänen Einfluss zu nehmen, auch auf bestehende Quartiere. Wir haben die Möglichkeit, Flächennutzungspläne entsprechend für uns zu nutzen, es gibt auch das immer umfassender genutzte Vorkaufsrecht, was ja auch angewandt wird, was auch in Teilen in Ordnung ist.

Aber für uns stellt sich die Frage: Wofür braucht es jetzt noch dieses Konzept? Was soll dadurch überdies besser werden? Was versprechen Sie sich davon? Das hat sich für uns nicht erschlossen. Es ist eine ehrliche Frage: Was soll dadurch besser werden?

Ein neues Konzept alleine bringt nichts, sondern man muss sich etwas davon versprechen, irgendwelche Möglichkeiten, Handlungsmöglichkeiten, irgendwelche Werkzeuge versprechen, die es vorher nicht gab. Da bin ich sehr gespannt auf die Einlassungen von Ihnen und dem Kollegen Bücking, was genau die Vorteile dessen sein sollen, was danach besser sein soll als vorher, wo dieses Konzept über die Möglichkeiten, die wir jetzt schon haben, hinausragt.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Da bin ich sehr gespannt und werde darauf dann in der zweiten Runde noch mal eingehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Susanne Grobien.

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Gäste hatten offensichtlich schon Hunger kurz vor der Mittagspause. Jetzt noch ein Antrag der Regierungsfraktion, und der ist dringlich – das fand ich bemerkenswert –, der sich allein schon durch den Titel eigentlich selbst erklärt, nämlich: "Kurze Wege zur Arbeit bewahren – Die gemischte Stadt stärken, neue Orte der Produktiven Stadt identifizieren."

Auch ich kann es relativ kurz machen: Wir unterstützen natürlich diesen Antrag. Wir fragen uns vielleicht, ob es dessen überhaupt bedurft hätte, denn eigentlich geht es hier um Umsetzung, um das Regierungshandeln. Es geht um gemischte Quartiere, wo das Nebeneinander möglichst vieler Nutzungen und Funktionen – Wohnen, Gewerbe, Dienstleistung, Bildung, Kultur und soziale Interaktion – alles gemeinsam zusammen stattfinden kann. Kurze Wege führen zu weniger Verkehrsbelastung und natürlich auch zu einer höheren Lebensqualität. Niemand heutzutage fühlt sich noch wohl in den reinen Wohnsilos oder Gewerbegebieten ohne jede Infrastruktur.

Leitbild ist die "Produktive Stadt", heute auch als zentraler Baustein der neuen Leipzig-Charta 2020 der Stadtentwicklung, und von Robert Bücking haben wir gelernt: Auch in den Achtzigerjahren hat man darüber schon nachgedacht. Da die Bauleitplanung ein wesentlicher Faktor ist, wundert es mich ehrlicherweise, dass vom Bauressort, das dieser Antrag im Wesentlichen mitbetrifft, hier heute keiner sitzt. In Bremen, wie gesagt, auch die Beispiele hatten wir schon, Überseeinsel, Hachez, Könecke – Wir schreiben so den Strukturwandel insbesondere auf alten Industriebrachen fort.

Die Wahrheit ist aber auch, dass fast all diese Projekte privat, rein privat getrieben sind. Aufgabe der Stadt ist es, diese Initiativen und mögliche Orte mit Mitteln der Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Die vor sechs Jahren in die Baunutzungsverordnung eingeführte Kategorie "urbane Gebiete" muss bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes viel stärker genutzt werden, und wir müssen – das wissen wir alle, die damit mal zu tun hatten – deutlich schneller werden. Es gibt in Bremen Planaufstellungsbeschlüsse, die bereits von vor der Jahrtausendwende stammen und bis heute, 20 Jahre später, immer noch nicht abgeschlossen sind.

Dann müssen wir klar definieren, was stadtaffin und verträglich ist. Wir denken dabei an leichte Produktion, Citylogistik, Handwerk, Büro und Dienstleistung. Einzelhandel und Gastronomie verstehen sich von selbst.

(Beifall CDU)

Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist es schließlich, privatwirtschaftliche Ansiedlungsbau- und Entwicklungsprojekte zu flankieren und zu unterstützen. Auch da brauchen wir ein bisschen mehr Agilität.

Dann gibt es natürlich – auch das klang bei den Vorrednern schon an – die alten, gewachsenen Gewerbestandorte neben gewachsenen Wohnquartieren. Wie das zusammenkommt, das ist tatsächlich schwierig. Steindamm fällt mir da noch ein, das ist ja auch noch ein sehr gemischtes Gebiet, es fällt mir so ad hoc aus meiner alten Tätigkeit bei der Wirtschaftsförderung ein, was man da auch noch mal mit unter die Lupe nehmen kann. Wir müssen auch in diesen Gebieten vor allen Dingen mehr Wohnmöglichkeiten finden, mehr Wohnungen bauen, auch auf den alten Gewerbeflächen.

Gewerbeinseln, die nicht baurechtlich geschützt sind, und auch das hat Robert Bücking – –, den Prozess damals, als die Überseestadt erfunden wurde, und die große Sorge der dort noch ansässigen Betriebe, das Nebeneinander würde nicht gehen – –.

Hat ja dann doch über die lange Zeit gut geklappt. Die Gewerbeschutzgebiete – die Forderung ist nicht neu, haben wir sie doch auch schon im Gewerbeentwicklungsprogramm (GEP) enthalten –, auch das fordern wir in diesem Antrag noch mal. Schon wieder eine Frage: Warum brauchen wir diesen Antrag eigentlich? Eigentlich sind Sie an der Regierung, und Sie haben alle Instrumente dafür an der Hand. Machen Sie es einfach!

Zu möglichen Orten lässt sich vielleicht noch Folgendes sagen. Wie gesagt, im GEP vom März letzten Jahres hatten wir eine Erschließung und Entwicklung der brachliegenden Flächen zwischen Gleisen beidseits der Hemmstraße bis zum ehemaligen Güterbahnhof als urbane Gebiete gefordert. Für die bereits von den Bahnbetriebszwecken freigestellten Flächen westlich der Hemmstraße steht seit Jahren ein privater Investor bereit, bekommt von der Stadt aber kein Baurecht. Der Ankauf, die Beplanung und Entwicklung der Flächen östlich der Hemmstraße rund um die Oldenburger Kurve ist zugegebenermaßen sehr komplex, aber wir sind auch da in den vielen, vielen Jahren noch kein Stück weitergekommen.

Eigentlich müsste es längst eine ressortübergreifende Strategie für die Produktive Stadt Bremen mit konkreten Instrumenten geben, um das Tempo in diesen Sachen noch mal viel deutlicher zu erhöhen, aber wie gesagt, das Bauressort ist nicht mal zugegen. Das hat auch schon damals diese Studie gesagt. Deswegen auch von uns noch mal mein Appell: Beschränken Sie sich nicht auf Anträge zum Ende der Legislaturperiode, wo wir doch eigentlich schon relativ weit fortgeschritten sind, sondern orientieren Sie sich

(Glocke)

an einer Aufforderung von Herrn Goethe: "Erfolg hat drei Buchstaben: TUN!" – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit, glaube ich, einem Dreivierteljahr gibt es innige und kooperative und liebevolle Treffen zwischen dem Wirtschaftsressort und SKUMS,

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das heißt Aktionsgespräche!)

und die denken richtig konstruktiv über ein Handlungskonzept "Neue Orte der Produktiven Stadt" nach. Das ist nur noch nicht beschlossen. Die haben das erarbeitet, und es ist nach meiner Durchsicht so, dass damit die ganzen Erfahrungen noch mal systematisiert werden, dass sozusagen eine Typologie entwickelt wird. Es gibt nicht nur eine Sorte "Ort der Produktiven Stadt", sondern ganz unterschiedliche Mischungsverhältnisse zwischen Arbeit und Wohnen.

Dahinter steckt das Erfordernis: Dr. Maike Schaefer ist unter Druck, Flächen für Wohnen anzubieten. Hin und wieder klopfen die Investoren an, sagen: "Wir hätten ganz gerne – –, und da ist es lukrativ" und würden das gerne machen. Frau Vogt ist unter Druck, Flächen für Arbeit und Gewerbe anzubieten, und hin und wieder merkt sie, es ist knapp, wir brauchen mehr.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Es wäre ja auch schön, wenn beide da wären!)

In Bezug auf die "Neuen Orte der Produktiven Stadt" geht es darum, diese zwei sehr gut begründeten Motive für das Inanspruchnehmen von Flächen so zu kombinieren, dass es einen gemeinsamen Vorteil gibt. Da muss man natürlich ein bisschen Gehirnschmalz reinstecken. Deswegen ist es klug, dass dieses Handlungskonzept jetzt demnächst das Licht der Öffentlichkeit erblickt und wir uns darüber Gedanken machen. Nun will ich ein bisschen Wasser in den Wein kippen, was die aktuelle Situation angeht. Da will einer mal was fragen. Ja, gleich. Bitte.

(Abgeordneter Ingo Tebje [DIE LINKE]: Nein, nein, das war nur eine Meldung!)

Das war eine Meldung?

Präsident Frank Imhoff: Der kommt nach Ihnen.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Dann mache ich hiermit auf die Meldung von Herrn Tebje aufmerksam.

Präsident Frank Imhoff: Der kommt nach Ihnen, Herr Bücking, der kommt nach Ihnen.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Wegen Kooperation, Nachbarschaft, alles klar, ist gut. Auf jeden Fall verstanden.

Also, es gibt auch Probleme. Es gibt auch massive Probleme in der aktuellen Situation, und zwar schlicht und einfach deswegen, weil im Moment die Produktion von Wohnungen in unserer Stadt in die Knie geht. Das tut sie nicht nur hier, sondern in der ganzen Republik. Die Gründe sind vielfach diskutiert. Das hat eine Größenordnung von 80 Prozent.

Die innere Logik dieser "Neuen Orte der Produktiven Stadt" ist aber, dass das lukrative Errichten von Wohnungen, was wir in den letzten zehn Jahren beobachtet haben, diese Entwicklung ein Stück mitträgt, also einen Teil dessen finanziert. Sonst kommt keiner, der die Kelle in die Hand nimmt und den Beton anrührt oder besser noch den Holzbalken kauft.

Insofern haben wir im Moment ein aktuelles Problem, ob uns die Projekte, die wir vor Augen haben – noch mal 600 Wohneinheiten im Tabakquartier, die entsprechenden Planungen für HACHEZ, die entsprechenden Planungen für die Kornstraße, die entsprechenden Planungen für Cola und Wurst in Hemelingen und einiges mehr – zeitnah gelingen.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Es muss schneller gehen!)

Das führt in der weiteren Konsequenz dazu, dass man mal an der Tür von der GEWOBA klopfen muss und die Frage aufwerfen, ob sie auch in der Krise, auch unter den jetzigen, äußerst schwierigen Bedingungen bereit zum Neubau sind, denn die Errichtung des geförderten Wohnungsbaus ist eine Voraussetzung dafür, dass Neubau überhaupt stattfindet. Meine Damen und Herren, da ist noch richtig Arbeit zu erledigen, vor allen Dingen in der aktuellen Situation, und ich bin der Überzeugung, dass sich diese Arbeit lohnt.

Wir müssen für die Projekte, die sich verzögern, Zwischennutzungsprojekte entwickeln. Das ist bei Cola und Wurst schon passiert. Das kann an anderer Stelle auch geschehen. Möglicherweise ist das nötig. Diese Zwischennutzungsprojekte müssen möglicherweise in einem anderen und größeren Maßstab die Voraussetzungen schaffen, dass dieses insgesamt gelingt. Ich glaube, ich erzähle kein Geheimnis, wenn ich darauf aufmerksam mache, dass die Grohner Wandplatte

(Glocke)

unter den augenblicklichen Bedingungen schwer zu verwirklichen ist.

Juhu, eine Zwischenfrage!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Bücking, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ich freue mich, der hat die ganze Zeit Komplimente gemacht, aber ich weiß nicht, ob es so weitergeht.

Präsident Frank Imhoff: Das kann ich Ihnen auch nicht verraten. Wir hören ihn einfach an. Bitte schön, Herr Schäck, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, die Zwischenfrage müssen Sie ja zulassen, bevor Sie wissen, ob Komplimente kommen. Das ist das Problem.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Leider.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Mich würde das noch mal interessieren, ich hatte ja konkret die Frage gestellt: Welche Möglichkeiten bietet Ihnen dieses neue Konzept, die Sie mit den aufgezählten Maßnahmen, Flächennutzungsplan und Bebauungsplänen und so weiter, die ich aufgezählt habe, jetzt noch nicht haben? Was können Sie nach dem Beschluss umsetzen, was Sie jetzt noch nicht umsetzen könnten?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, das hat zwei Wirkungen. Die eine Wirkung ist, dass dieses Spannungsverhältnis zwischen SKUMS und Wirtschaftsressort da in eine vernünftige Form gebracht worden ist, das ist eine Wirkung. Die andere Wirkung ist eine Kommunikationsleistung gegenüber den Unternehmen, die sich auf diese Projekte einlassen sollen, und die können an diesem Konzept dann erkennen, was so möglich ist.

Die dritte Wirkung nach meiner Beobachtung wäre, dass man so etwas wie eine Typologie geschaffen hat, sich also im Grunde genommen im Vorhinein darauf verständigt, ob man höhere Anteile Arbeit, höhere Anteile Wohnen, höhere Anteile von speziellen Nutzungen wie Kultur oder Bildung für das jeweilige Gebiet schaffen will. Das Letzte kann man selbstverständlich auch im Bauplanungsverfahren und beim Aushandeln von städtebaulichen Verträgen erledigen. Es ist gewissermaßen so etwas wie ein Raster, um die Debatten aufzuräumen – womit ich auch am Ende bin.

Präsident Frank Imhoff: Ja, jetzt ist Ihre Zeit auch fortgeschritten.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt durfte ich ein kleines bisschen ausholen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Ja, da haben Sie Glück gehabt. Als nächster Redner hat der Abgeordnete Volker Stahmann das Wort.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Ich will auf gar keinen Fall in eine Konkurrenz zu Robert Bückings historischen Plaudereien treten.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Der hat ein Alleinstellungsmerkmal!)

Trotzdem will ich auf den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft aus dem 19. Jahrhundert hinweisen,

(Heiterkeit – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP] – Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

als die Bremische Bürgerschaft beschlossen hat: Industriearbeit in Bremen wollen wir nicht, denn die Industriearbeiter sind schmutzig und Sozialdemokraten. Die Konsequenz aus diesem Beschluss des 19. Jahrhunderts dieses Hohen Hauses war die Ansiedlung von Industrie in Hemelingen, Blumenthal und Delmenhorst. Vielleicht das zum historischen Einordnen. Wenn wir diese Frage dann überwinden, sind wir auch einen Schritt weiter.

Zurück zur Sachlage: Einen Teil der Fragen von dem Abgeordneten Schäck, fand ich ja, hat Frau Grobien wunderbar beantwortet, nämlich in der Frage: Welche Instrumente haben wir jetzt eigentlich, was soll das eigentlich, wozu machen wir das? Und: Warum diese Dringlichkeit?

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Um schneller zu werden, das ist ja klar!)

Ich will noch mal darauf hinweisen: Nach wie vor ist es so, dass wir eine Entmischung der Quartiere haben, jenseits dieser Leuchtturmprojekte. Über die, da sind wir uns einig, brauchen wir nicht reden, das sind wirkliche Erfolgsgeschichten. Wir haben aber in den normalen Quartieren eine weitere Entmischung, und da muss man halt gucken, wie

man das hinkriegt. Frau Grobien hat es ja schon genannt, wir haben dazu zwei Instrumente – das eine neuer, das andere sechs Jahre alt –, mit den urbanen Gebieten und Gewerbeschutzgebieten, die man dann auch nutzen muss.

Wir erleben, und zwar faktisch und tagtäglich, dass, wenn irgendwelche Gewerbegebiete oder Handwerker aus den Quartieren rausgehen, diese Immobilien nicht wieder für Gewerbe genutzt werden, sondern ganz vielfach in Wohnbau, Wohnungsbau umgebaut werden und das dann eben eine Entnutzung ist und das Gewerbe nicht weiter dableibt. Dem muss man Einhalt gebieten. Wir als SPD-Fraktion machen jedenfalls keinen Antrag zur Zusammenarbeit von Ressorts. Das ist nicht der Job, will ich noch mal deutlich sagen.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Es wäre aber schön, wenn Sie mal anfangen würden!)

Insofern, der Antrag formuliert sozusagen ein Ziel, wo man sagt, das hat jetzt Priorität, und zwar, weil die Gegebenheiten in den Quartieren so sind, weil wir positive Erfahrungen haben aus den Pilotprojekten, Tabakquartier und den anderen. Deswegen wollen wir das an der Stelle jetzt machen, und zwar nachhaltig und wirklich dringlich, dass man in den Quartieren sagt, wir achten darauf und tun auch über die Wirtschaftsführung was dafür, da wieder kleinere Betriebe, Handwerksbetriebe und andere Arbeitsstätten hinzubringen, wo man das eben kann.

Das ist der Sinn, nämlich so, wie es in den beiden Beschlusspunkten steht: Sicherung der Vielfalt der Arbeitsstätten in gemischten Stadtteilen und wohnumgebende Gewerbegebiete durch geeignete Maßnahmen – Planungsrecht, Gewerbeschutzgebiete et cetera – vor Verdrängung schützen. Das ist der Sinn und da sehen wir akuten Handlungsbedarf, und der ist eben keine Selbstverständlichkeit, sondern der Ausdruck eines politischen Willens. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Ich wollte doch noch auf zwei, drei Punkte aus der Debatte eingehen.

Frau Grobien, Sie haben gesagt, wir müssten nur die Investoren unterstützen, das sind ja alles private Objekte. Das, worauf ich eigentlich abziele, ist, dass wir auch öffentlich entsprechend steuern und gesellschaftliche Bedarfe implementieren und dauerhaft absichern müssen.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Das ist aber der Unterschied.)

Das ist aber etwas anderes. Das ist etwas anderes, als nur zu unterstützen. Ich glaube, das ist doch genau das, was wir gelernt haben, was in der Überseestadt nicht geklappt hat, wenn man sich nur auf die Frage fokussiert, wie es denn mit Gewerbe und Wohnen ist.

Ich brauche in diesen Quartieren auch die Fragestellung: Was brauche ich an sozialer Infrastruktur, was brauche ich an Rahmenbedingungen, was für Verkehrswege will ich sichern, wie will ich die Verkehrsanbindungen machen? Das sind doch all die Erfahrungen, die wir aus der Überseestadt gemacht haben, die nicht laufen, wenn man eben nur guckt: Wie kriegen sich denn da Investoren und auch die bestehenden Industriebereiche gut abgesichert? Da sind wir einen deutlichen Schritt weitergekommen.

Volker Stahmann ist gerade schon darauf eingegangen, auch auf die Frage: Was sind die zusätzlichen Punkte? Es ist natürlich etwas anderes, wenn ich nur gucke, wo Entwicklungen passieren und wie ich da mit den entsprechenden Flächen umgehe, oder ob man sagt, wir wollen uns aktiv vornehmen, in Bremen und Bremerhaven noch mal genau zu schauen: Wo gibt es denn eventuell Orte, die wir bisher so noch nicht identifiziert haben, an denen noch nicht der Investor war, über die man aber sagt: Das wäre doch eigentlich ein zukünftiger Ort, den wir gemeinschaftlich entwickeln wollen. Das ist ein weiterer Ansatz, hier ganz aktiv zu gucken.

Das Dritte hatte Volker Stahmann ja auch gesagt, zu gucken: Welche Orte haben wir, die wir wirklich schützen wollen, an denen wir im Grunde eine Verdrängung von Gewerbe verhindern wollen? Das sind die Punkte, auf die ich aufgrund der Debatte noch mal eingehen wollte. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz, weil ich Sie nicht von dem wohlverdienten Mittagessen abhalten will, und ich werde jetzt nicht noch weiter zurückgehen in der Zeitgeschichte zur Erbauung des Doms, sondern möchte noch mal ganz konkret auf die Antworten eingehen, die wir gerade bekommen haben.

Ich habe von Ihnen, Herr Bücking, vor allem mitgenommen, dass Sie sagen: Wir haben die Möglichkeit, noch mal mit einem anderen Blick auf das ganze Thema zu schauen, insbesondere auch zwischen den Ressorts Klimaschutz, Umwelt, Mobilität Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Wirtschaft quasi einen gemeinsamen Blick zu entwickeln, gemeinsam so ein Quartier zu entwickeln, und letztendlich auch anders konzeptionell draufzugucken. Das verstehe ich. Ich muss aber dazu sagen, die Sprachlosigkeit zwischen SKUMS und Wirtschaft kann nicht dazu führen, dass wir ein neues Konzept entwickeln.

Die Möglichkeit, gemeinsam auf ein neues Gebiet oder auf ein bestehendes Gebiet zu schauen und zu fragen, was können wir dort entwickeln, was müssen wir von Wirtschaft über Bau über Verkehr eigentlich alles berücksichtigen bis hin zu Bildung, Kita, Schulen – die Möglichkeit haben Sie jetzt schon. Wenn das jetzt nicht passiert, wird es aber auch nicht dadurch gelöst, dass Sie ein neues Konzept entwickeln. Punkt eins.

Punkt zwei, das ist das Beispiel, was eben genannt wurde. Ich glaube, wir sind alle der Meinung, dass die Überseestadt ein sehr ambivalentes Quartier ist, so möchte das mal ausdrücken, und sehr ambivalente Einschätzungen hervorruft. Mir geht es auch so, dass ich bis heute sehr hin- und hergerissen bin. Das ist ein sehr innovatives, tolles Quartier, wo ganz viel passiert, wo ganz viel passiert ist, aber auf der anderen Seite sind die Fehler, die damals gemacht worden sind, nicht zu übersehen, insbesondere im Verkehrsbereich. Ich finde auch nicht, dass dieser Stadtteil besonders grün ist, auch da hätte man mehr machen können.

Aber auch das hängt nicht damit zusammen, dass man damals das Konzept der Produktiven Stadt nicht hatte, sondern die Möglichkeit, ein Quartier neu zu entwickeln und zu schauen, was können wir dort tun, was muss alles berücksichtigt werden – das ist auch eine Frage davon, ob die Ressorts sich zusammensetzen und einen gemeinsam Blick entwickeln oder nicht, und das scheint damals nicht passiert zu sein.

Für uns ist es nicht überzeugend, dass die Probleme bei der Stadtentwicklung auch in bestehenden Quartieren jetzt durch den Beschluss eines neuen Konzeptes gelöst werden sollen. Ich glaube, das ist nicht der Kern des Problems, warum es an der einen oder anderen Stelle hakt. Deswegen werden wir dieses neue Konzept auch aufgrund der Tatsache, dass wir die Problemlösung darin nicht sehen, heute nicht mittragen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Kristina Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Schäck, Ihren letzten Beitrag habe ich nicht so ganz verstanden, Ihren ersten schon. Es ist ja nicht so, dass hier nichts passiert, und es ist auch nicht so, dass Wirtschaft und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau da nicht zusammenarbeiten an der Stelle. Ich erinnere nur mal an Hachez, wo unser Ressort den Entwurf für das Vorkaufsrecht entworfen hat, damit wir da überhaupt in die Entwicklung der Produktiven Stadt kommen mit unserer städtebaulichen Rahmenplanung, und das war von Anfang an übrigens sehr, sehr eng mit dem Bauressort abgestimmt.

Was wir hier allerdings vorlegen werden - und das ist übrigens auch schon entwickelt -, ist eine Strategie zur Entwicklung von neuen Orten der Produktiven Stadt in Bremen. Die ist fertig, die wird auch demnächst in den Deputationen, in den beiden, befasst werden, weil wir - und da möchte ich mal auf Robert Bücking eingehen und die Historie - tatsächlich bei den jetzt neu entstehenden Quartieren weniger das Problem haben. Die sind definiert, teils privat, teils halb privat und halb öffentlich. Ob wir nun über das Tabakquartier, die Überseeinsel, Hachez, Kornstraße oder auch Wurst und Coca Cola, wie Robert Bücking das genannt hat, reden, da entwickeln wir ja alte Gewerbegebiete, und das stimmt, was Herr Bücking gesagt hat: Wir haben viele, viele Gewerbeflächen, die in den letzten Jahren für Wohnungsbau umgewidmet worden sind, die entwickeln wir neu, um Arbeiten, Gewerbe, Produktion, Freizeit und Wohnen zusammenzubringen, um diesen Flächenverbrauch auch bei Gewerbeflächen irgendwie noch mal wieder zu reduzieren oder diese Umwidmung, und städtebaulich tatsächlich weiterzukommen.

Aber historisch gesehen haben wir Stadtteile – und ich lebe in so einem –, die eigentlich immer Produktive Stadt waren. Da hatten wir die Industrie, die Häfen, da hatten wir das kleine Gewerbe, da hatten wir das Handwerk, und da hatten wir das Wohnen. Es waren aber nicht nur die Städteplaner der Fünfziger- und Sechzigerjahre, die die Wohnsilos an den Rändern und die Industriegebiete an den anderen – –, es war auch eine zunehmende Intoleranz gegenüber dem Tischler, dem Glaser, dem Lackierer.

Alle reden dann jetzt schön darüber, dass man jetzt Produktive Städte haben will, aber da soll es auch möglichst immer nur um emissionsfreies Gewerbe gehen, was angesichts der Tatsache, dass Industrie und Gewerbe viel, viel weiter sind, auch nicht mehr vergleichbar ist mit früher. Ich habe noch in Gröpelingen im Hafen gewohnt, und ich sage mal, der Fischmehlgeruch war nicht so angenehm. Inzwischen hat man da Filteranlagen, wo man ihn nicht mehr merkt. Ich kenne aber auch aus dem Beirat Walle und dem Überseestadtausschuss die Auseinandersetzungen, als wir damals diesen Bremer Weg gegangen sind, weil wir natürlich Wert darauf gelegt haben, dass auch Industrie Bestand hat und nicht nur Gewerbe, was nicht riecht, sprich Büros oder Officeflächen.

Das ist auch unser erklärtes Ziel, weil Bremen vor der großen Herausforderung steht, dass unsere Flächen endlich sind. Sie sind begrenzt, und auch das erklärte Ziel des sozial-ökologischen Umbaus verlangt es von uns, auch von mir als Wirtschaftssenatorin, mit diesen endlichen Flächen sorgsam umzugehen. Im Übrigen, glauben Sie mal ja nicht, dass unser Umland das Problem für uns löst. Die haben nämlich auch schon keine Gewerbeflächen mehr und auch schon keine Flächen mehr für Wohnungsbau. Gehen Sie mal nach Achim. Die wissen nicht mehr, wo sie die Wohnungen bauen sollen, und die haben nicht mal mehr einen Hektar Gewerbefläche.

In Stuhr et cetera sieht das ähnlich aus. Das heißt, wir müssen insgesamt als Gesellschaft damit sorgfältiger umgehen. Deswegen geht es um die nachhaltige Transformation von untergenutzten Bestandsflächen. Ich hätte nämlich Walle gerne auch wieder zurück zu dieser Produktiven Stadt, sie ist es ja in Teilen immer noch, zu gemischt genutzten und lebendigen Quartieren, denn auch das Gewerbe hat ja festgestellt, gerade das Handwerk, dass es ihnen nicht so richtig viel nutzt, wenn sie jottwede in Habenhausen sind und nicht mehr in der Nähe ihrer Kundinnen und Kunden.

Das ist das, was wir uns wirklich vor die Brust genommen haben: Uns für die Zukunft aufzustellen und vor allen Dingen für eine Zukunft, in der Bremen weiterhin ein attraktiver Wirtschafts- und Arbeits-, aber vor allen Dingen auch ein Lebensstandort bleibt, weil das bedingt sich nämlich.

Wir haben einen demografischen Wandel. Für mich ist der Fachkräftemangel das größte Risiko für die Wirtschaft. Übrigens, wenn man das vor sieben Jahren mal Arbeitgebern erzählt hat, haben sie gesagt: "Ist lange hin." Ich habe gesagt: "Das ist ein simpler Dreisatz. 2024 gehen die Babyboomer in Rente", und jetzt sagen alle: "Besorgt uns mal Leute aus dem Ausland." Aber für alle diese Probleme, für Qualifizierung, für Leute, für Bindung müssen wir unsere Stadt neu ausgestalten.

Die jungen Menschen von heute, die setzen sich nicht mehr ins Auto und pendeln rein, und die fahren auch nicht mehr so gerne mit Autos oder auch nicht mit Öffentlichen, sondern hätten gerne möglichst eine nahe Zentralität ihre Arbeitsorte und das auch möglichst tatsächlich mit hohem ökologischem Anspruch und Anspruch an Infrastruktur. Das alles haben wir im Ziel des Gewerbeentwicklungsprogramms, was auch demnächst in die Deputation kommt - die Befassung in den Beiräten ist durch -, zu einer der zentralen Aufgaben der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes hervorgehoben, und wir haben zusammen mit der Senatorin für Stadtentwicklung die Strategie zur Entwicklung von neuen Orten der Produktiven Stadt fertig. Die Fachdeputationen werden sich im März damit befassen.

In dieser Strategie, Herr Schäck, werden tatsächlich noch mal notwendige Schritte definiert, um bestehende Flächenreserven besser zu nutzen und so einen nachhaltigeren Beitrag zur integrierten Stadtentwicklung zu leisten. In der Strategie werden Schwerpunkte für die Entwicklung der neuen Orte festgelegt und strukturiert – das macht es nämlich einfacher – und dabei tatsächlich aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen und Akteuren festgelegt und vertieft. Insofern trägt die Strategie nicht nur dazu bei, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bremen zu erhöhen, sondern auch vor allen Dingen den Flächenverbrauch zu reduzieren und die Flächen intelligent zu nutzen.

Für mich ist diese Strategie integraler Bestandteil einer nachhaltigen und sozial-ökologischen Stadtentwicklung und auch einer lebenswerten Stadt. Mit der Umsetzung der Handlungsstrategie, die sich vor allen Dingen auf die Gebiete bezieht, die jetzt gemischt genutzt und nicht neu entwickelt werden, wird es uns tatsächlich gelingen, attraktive Stadtquartiere neu zu gestalten, die durch eine erhöhte Nutzungsmischung und effiziente Flächennutzung gekennzeichnet sind.

Ich will aber noch mal, Frau Grobien, auf ein paar Sachen eingehen: Wir haben tatsächlich Instrumente, die wir genutzt haben. Ich habe das eben am Beispiel Hachez schon gesagt. Wir haben gerade das nächste Beispiel vor der Brust mit dem Schuppen 6, wo es nicht nur einem Traditionsunternehmen wie der Berthold Vollers GmbH gelingt, hier vor Ort weiter zu produzieren, sondern wo wir auch – Damit wird man natürlich auch die Überseestadt noch mal attraktiver anbinden, auch an die Überseeinsel, wo auch ein Ort der Produktiven Stadt entstehen wird.

Wir haben – das ist auch genannt worden – andere Möglichkeiten, ja, aber die Oldenburger Kurve, das ist eben leider nicht so trivial. Wir haben vor zwei Jahren den Bahn-Gipfel mit Herrn Pofalla gehabt. Da haben der Bürgermeister, die Bausenatorin und ich noch mal dringlich darum gebeten, dass die Bahn unserem Wunsch entspricht, die Oldenburger Kurve so zu verlegen und zu ertüchtigen, dass wir die brachliegenden Gewerbegebiete tatsächlich nutzen können. Im Moment geht das nicht, weil da natürlich im Notfall Feuerwehr, Rettungswagen et cetera nicht weiterkommen können. Wir haben uns da wirklich reingekniet, Herr Pofalla hat es uns zugesagt, aber die Bahn ist

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Noch langsamer als wir!)

nicht unbedingt der schnellste Konzern.

Ich habe abschließend nur eine Bemerkung, und da müssen wir wirklich sehr, sehr aufpassen. Ich glaube, dass wir uns in Bremen inzwischen sehr gut aufgestellt haben, weil wir uns zu dieser Diversifizierung der Stadtentwicklung, aber auch dem Bekenntnis, dass Wirtschaft und Gewerbe da auch reingehören, bekannt haben. Wir haben aber das Problem, dass wir aufgrund der Inflation, der steigenden Zinsen eine Situation haben, in der sich Projektentwickler aus schon beschlossenen Projekten zurückziehen, unter anderem, weil die Banken erhöhtes Eigenkapital verlangen. Das ist ziemlich kritisch, weil da droht dann nämlich auch Bremen, Geschwindigkeit zu verlieren, und dafür brauchen wir eine Lösung.

Das Zweite ist, das ist hier auch angeklungen, Herr Tebje hat es gesagt: Wir haben immer mehr Projektentwicklungen, wo wir weniger Anteil an sozial gefördertem Wohnungsbau haben. Ich finde übrigens auch, dass das nicht nur die Aufgabe von BREBAU und GEWOBA sein kann, aber selbst die ziehen sich aus dem geförderten Wohnungsbau zurück, weil es eben nicht mehr attraktiv ist, wenn sie an anderer Stelle nicht mehr kompensieren. Darüber werden wir reden müssen, und das wird eine Aufgabe sein auch für die nächste Legislaturperiode. Wir müssen die Rahmenbedingungen nicht nur städtebaulich setzen, sondern wir müssen gucken, in diesem Gleichgewicht mit öffentlichen Projektentwicklern, aber auch mit privaten Projektentwicklern und öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften wirklich so ins Benehmen zu kommen, dass wir unsere Ziele auch erreichen. Da macht der Markt mir gerade etwas Sorge, um es mal ganz deutlich zu sagen.

Ich hoffe, dass wir eine gewisse Beruhigung hinkriegen. Die Projektentwickler, mit denen ich rede, sagen durchaus, sie haben in den letzten sechs, sieben Jahren goldene Zeiten gehabt, sie werden jetzt etwas härter. Aber wenn es so ist, dass Projekte für Kleinere nicht mehr finanzierbar sind, weil sie die Kredite nicht kriegen, dann müssen wir gucken, wie wir damit vom Fleck kommen. Das ist aber nicht nur öffentliche Aufgabe, Frau Grobien, das ist leider so.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldung liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Jan Timke [BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: FDP, L.F.M., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Es ist jetzt 13:12 Uhr, wir treten in die Mittagspause ein und treffen uns hier wieder um 14:45 Uhr. Ich unterbreche hiermit die Sitzung.

(Unterbrechung 13:12 Uhr)

*

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 14:46 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!

Antrag der Fraktion der CDU vom 26. April 2022 (Drucksache 20/1430)

Wir verbinden hiermit:

Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 9. November 2022 (Drucksache 20/1660)

Dazu als Vertreter des Senats - -.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Der Bürgermeister!)

Auf jeden Fall sind ein Senator und ein Bürgermeister da.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Vielleicht macht es ja Herr Dr. Bovenschulte heute.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Senatorin Anja Stahmann sagte dem "Weser-Kurier" vor drei Jahren, Anfang 2020, aktuell gäbe es im Land Bremen nur noch 202 Kurzzeitpflegeplätze. Das sei

bei zunehmend steigendem Bedarf zu wenig. Besonders für Menschen mit hohem Pflegegrad sei es schwierig, einen Platz zu finden. Ich kann Ihnen sagen, der Satz hat in den letzten drei Jahren nichts an Gültigkeit verloren, denn nichts, aber auch gar nichts hat sich verbessert. Im Gegenteil.

(Beifall CDU)

Im November 2022 hatten wir statt 202 nur noch 171 Plätze, von denen dann damals auch einige gerade nicht genutzt werden konnten, und ich gehe davon aus, dass es heute noch genauso ist. Für pflegebedürftige Menschen ist das eine Katastrophe. Kurzzeitpflege wird für aus dem Krankenhaus entlassene Menschen ebenso wie für die Verhinderungspflege zu Hause gepflegter Menschen, deren Angehörige auch mal eine Pause brauchen, genutzt. Doch gerade auch, weil es zu wenig Plätze gibt, geraten Pflegende, oft schon selbst ältere Angehörige, besonders durch die Pflege an demenzerkrankten Menschen immer öfter in Burn-out-Situationen.

Gewalt in der Pflege nimmt zu und Pflegende erkranken psychisch wie physisch. Dann landen sie zum Beispiel in der Demenzberatungsstelle, wo der Beratungsbedarf und die Kosten explizit auch deshalb steigen. Das kann so nicht richtig sein. Mehr Geld für Personal und Beratung wegen fehlender Kurzzeitpflegeplätze, doch Geld für die Entstehung und den Erhalt neuer Plätze gibt es nicht?

Unser Antrag wird von Ihnen gleich auch mit dem Hinweis auf eigene Planungsschritte abgelehnt. Ja, ich höre mir seit Jahren an, dass Bremen plant und bald etwas vorlegen wird, und vorgelegt wurde tatsächlich auch immer wieder etwas, im März 2019 zum Beispiel der Projektbericht von Herrn Professor Dr. Zündel zur Versorgungssituation in der Kurzzeitpflege. Dieser verschwand aber direkt im eigens eingerichteten Beirat des Landespflegeausschusses, der nun seinerseits Empfehlungen zur Erhöhung der Anzahl von Kurzzeitpflegeplätzen erarbeiten sollte. Jedenfalls wurde uns das immer so gesagt.

Gut zweieinhalb Jahre später, im September 2021, wurden diese Empfehlungen dem Landespflegeausschuss vorgelegt. Viele gute, leider aber auch
noch nicht umgesetzte Ideen, die jedoch vorrangig
die Qualitätssteigerung in der vorhandenen Kurzzeitpflege betrafen. Für die Erhöhung der Platzzahl
wurde erneut auf den Bund verwiesen. Das war al-

les. Punkt, aus und Schluss. Nach all den Vertröstungen und Versprechungen der letzten Jahre war das mehr als enttäuschend.

Deshalb habe ich kurz darauf im vorliegenden Antrag vieles, was andere Bundesländer bereits aktiv für mehr Kurzzeitpflegeplätze tun, gebündelt aufgegriffen. Mit folgenden Worten lehnt die Sozialsenatorin diesen Antrag nun ab: Der Antrag ist zurückzuweisen, weil er zur Erhöhung der Anzahl an qualitativ guten Kurzzeitpflegeplätzen zu kurz greift. Also wirklich, ich will natürlich auch qualitativ gute Plätze, aber einigermaßen gute Plätze würden mir gerade auch reichen. Lieber vorübergehend eingestreute Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen fördern als keine Plätze für pflegebedürftige Menschen.

(Beifall CDU)

In Bremen will man aber im Gegensatz zu anderen Bundesländern auf keinen Fall eigenes Geld für die Kurzzeitpflege pflegebedürftiger Menschen in die Hand nehmen. Zum Beispiel wurde unsere Forderung, die Investitionskosten für eingestreute Kurzzeitpflegeplätze wenigstens vorübergehend zu übernehmen, um Pflegebedürftige, die schlichtweg keinen der sogenannten qualitativ guten Plätze ergattern können, zu entlasten, abgelehnt. Die sogenannten guten Plätze kosten die Pflegebedürftigen aber, weil sie gefördert werden, viel weniger als die schlechteren Plätze, die sie aber in ihrer Not nehmen müssen. Oder es wird kritisch gesehen, die Kosten für durch die stationäre Pflege verlässlich bereitgestellte eingestreute Pflege ähnlich wie Niedersachsen zu übernehmen, und so weiter und so weiter.

Nein, der Bund soll handeln. Die Bundesempfehlungen jedenfalls, auf die unsere Sozialsenatorin noch für Herbst 2022 setzte, hängen noch irgendwo in Berlin. Derweil gleicht Bremen Jahr für Jahr einen millionenschweren Fehlbetrag an die Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) aus, weil Menschen wegen fehlender Kurzzeitpflegeplätze oftmals – na, jetzt muss ich mal eben gucken – viele Tage länger im Krankenhaus bleiben müssen, als es diesen bezahlt wird. Warum aber steckt man diese Millionen nicht in die Förderung neuer Plätze?

Ja, ich weiß, die GeNo versucht auch, Kurzzeitpflegeplätze zu realisieren, doch von Jahr zu Jahr werden wir vertröstet. Ich bin gespannt, ob Sie gleich mehr als weitere Vertröstungen und Ankündigungen zur Debatte beitragen können. – Danke!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Cindi Tuncel das Wort.

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir diskutieren heute zum Thema Kurzzeitpflege. Man spricht von Kurzzeitpflege, wenn eine Person für eine bestimmte Zeit, sagen wir beispielswiese vier Wochen, in einer stationären Pflegeeinrichtung betreut werden muss. Das kann beispielsweise nach einem Krankenhausaufenthalt sein, wenn die Person noch nicht wieder fit genug ist, um allein zu Hause zu bleiben, und weiterer Mobilisierung bedarf. Das kann aber auch sein, wenn die häusliche Pflege aus bestimmten Gründen temporär wegfällt.

Wir haben aber schon seit vielen Jahren bundesweit zu wenig Kurzzeitpflege. Anfang des Jahres gab es im Land Bremen noch 191 Kurzzeitpflegeplätze. Inzwischen, das hat meine Vorrednerin auch gesagt, sind es nur noch 171 Plätze. 2013 waren es noch 285 Plätze. Das ist ein deutlicher Rückgang. Ähnlich wie bei den Kitas hören wir als Begründung, dass räumlich vorhandene Kurzzeitpflegeplätze nicht angeboten werden, weil es einen Mangel an Fachkräften oder einen hohen Krankenstand gibt. Das ist ein Problem in einer Zeit, in der der Anteil von älteren Menschen in der Bevölkerung zunimmt, die Menschen immer älter werden, aber dabei nicht alle unbedingt in gesundem Zustand älter werden. Die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt also.

Die meisten von ihnen, mehr als 80 Prozent, werden zu Hause versorgt — von pflegenden Angehörigen, von ambulanten Pflegediensten oder in einer Kombination aus beidem. Wenn die pflegenden Angehörigen Erholungsurlaub oder eine Pause von der Pflege benötigen, selbst erkranken oder aus einem anderen Grund als Pflegende zeitweise ausfallen, sind sie auf Hilfe angewiesen. Hierfür brauchen viele eine stationäre Kurzzeitpflege, die zu finden aber, wie gesagt, sehr schwierig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte auf zwei Punkte des Antrages eingehen und unsere Ablehnung begründen, liebe Kollegin Grönert. Die CDU fordert eine Bedarfsplanung. Hier hat die Senatorin für Soziales aber schon einen kommunalen Pflegebericht eingerichtet, der demnächst und in Zukunft regelmäßig vorgelegt wird.

Hierfür wird auch der Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen erhoben. Dieser Forderungspunkt hat sich also bald erledigt.

In ihrem Antrag fordert die CDU aber auch die Förderung von sogenannten eingestreuten Betten durch die befristete Übernahme von Investitionskosten. Aus meiner Sicht: Der zweite Grund meiner Ablehnung. Eingestreute Plätze haben verschiedene Nachteile. Bei sogenannten eingestreuten Plätzen halten Altenpflegeheime der stationären Dauerpflege einige Pflegeplätze vor, die flexibel entweder für die Kurzzeitpflege oder aber für Dauerpflege genutzt werden können. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Kurzzeitplätze wegen der steigenden Nachfrage nach vollstationärer Dauerpflege zu wenig zur Verfügung gestellt werden. Für stationäre Pflegeeinrichtungen ist es schlicht wenig lukrativ, ein entsprechendes Angebot an fixen Kurzzeitpflegeplätzen vorzuhalten.

Dass überall Kurzzeitpflegeplätze fehlen, hat einen Grund. Kurzzeitpflege in der gegenwärtigen finanziellen Ausgestaltung lohnt sich für Pflegeheime nicht. Kurzzeitpflege geht mit einem hohen administrativen und pflegerischen Aufwand einher, der gerade auch deshalb so hoch ist, weil die Patienten nur kurz bleiben. Die Belegung der Kurzzeitpflegeplätze ist schlecht planbar, nicht durchgehend garantiert, und die Refinanzierung, so die Träger, reicht mit den aktuellen Finanzierungsmodellen nicht. Außerdem ist es gerade für Pflegebedürftige nach einem Krankenhausaufenthalt häufig ungünstig, eine Kurzzeitpflege in einer auf Langzeitpflege angelegten Einrichtung zu erhalten, denn in Einrichtungen, die auf Langzeitpflege ausgerichtet sind, kommt die Mobilisierung der Patient:innen in der Pflege deutlich zu kurz.

Nach einer Untersuchung von Heinz Rothgang und Kollegen erfolgt mit fast 60 Prozent der Großteil der Kurzzeitpflegeaufnahme im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt. Im weiteren Versorgungsverlauf werden 42 Prozent der Patient:innen in die vorstationäre Dauerpflege übergeleitet. Weniger als 40 Prozent der Patient:innen können nach einem Krankenhausaufenthalt und einer anschließenden Kurzzeitpflege wieder nach Hause gehen. Der Grundsatz "Reha vor Pflege" findet bislang nur unzureichend Anwendung. Das ist in solitären Einrichtungen der Kurzzeitpflege wesentlich besser umzusetzen, weil zum Beispiel entsprechendes Fachpersonal vorgehalten wird. Solche Einrichtungen rechnen sich bislang aber, wie gesagt, zu wenig für die Betreiber. Hier muss angesetzt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Hier müssen wir auf Bundes- und Landesebene über die Fördermöglichkeiten nachdenken. Sachsen und Berlin gehen hier schon beispielhaft voran. Sie bieten fast ausschließlich Kurzzeitpflege in solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen an. Dem Beispiel sollte auch Bremen folgen und den Fokus auf die Förderung von solitären Einrichtungen legen. Der Sicherstellungsauftrag für die Pflege liegt nun mal beim Land beziehungsweise der Kommune. Bremen hat ja auch einen eigenen Beirat Kurzzeitpflege, das haben Sie auch erwähnt, liebe Frau Grönert, eingerichtet, der Vorschläge zur Kurzzeitpflege in Bremen ausgearbeitet hat.

Ich komme zum Schluss: Die Kurzzeitpflege muss zahlenmäßig ausgebaut werden und inhaltlich neu gedacht werden. Wir müssen davon wegkommen, dass sich die Kurzzeitpflege nicht lohnt. Wir brauchen finanzielle Anreize und eine wirtschaftlich tragfähige Finanzierung

(Glocke)

der Einrichtungen. Einen Satz noch, Herr Präsident. Dies beinhaltet unter anderem veränderte Finanzierungsregeln, um Verluste durch Auslastungsschwerpunkte zu reduzieren. Wir brauchen höhere Pflegesätze für die oftmals sehr aufwändige Kurzzeitpflege. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Kurzzeitpflege implementiert präventiven, pflegerischen, kurativen, rehabilitativen und therapeutischen Versorgungsauftrag. Das, meine Damen und Herren, liebe Frau Grönert, lässt sich nicht mit einigermaßen guten Plätzen realisieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen — Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Mit fehlenden auch nicht!)

Die Kurzzeitpflege beinhaltet zwei Versorgungsformen, zum einen die Verhinderungspflege, das ist schon angesprochen worden. Hier geht es um die Stabilisierung der häuslichen Pflegesituation, die Vermeidung eines Umzugs in die stationäre Pflege, aber auch, und das ist der größte Punkt: Es geht um die Entlastung pflegender An- und Zugehöriger.

Ebenso beinhaltet die Kurzzeitpflege nach § 39c SGB V die Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt, nach einer ambulanten OP oder auch nach einem ambulanten Krankenhausaufenthalt, bei dem sich der gesundheitliche Zustand der Betroffenen so arg verändert hat, dass Pflegebedürftigkeit notwendig wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf die strukturellen Veränderungen und Probleme eingehen, die wir bezüglich der Kurzzeitpflege haben. Da reicht es eben nicht nur, auf Soziales zu schimpfen und zu sagen, es sind seit Jahren die Hausaufgaben nicht gemacht worden, meine Damen und Herren!

Ein Kurzzeitpflegegast bekommt als Unterstützung von den Kassen 1774 Euro Kurzzeitpflegegeld, wenn es um die Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt geht, und 1612 Euro, wenn es darum geht, eine Verhinderungspflege zu bekommen. Das reicht, je nachdem, wie teuer die Häuser sind, ungefähr für zehn plus ein paar Tage. Der Anspruch, der von den Pflegekassen genannt wird — man hat Anspruch auf 56 Tage im Jahr —, ist aus unserer Sicht somit eine absolute Farce.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es gehören eine Vielzahl von Problemen dazu, was die Versorgung von Kurzzeitpflegegästen problematisch macht. Da ist die ärztliche Versorgung – kein Hausarzt in dieser Stadt, geht auf die andere Seite der Weser, um einen Kurzzeitpflegegast für kurze Zeit in der Versorgung zu übernehmen. Die finanzielle Belastung führt zu kurzen Liegezeiten. Das heißt, der Aufwand für die Einrichtung, wenn es um eine solitäre Kurzzeitpflege oder auch Streuplätze geht, ist enorm.

Die Überbrückungszeit, die bedeutet, aus einem Krankenhaus in eine solche Einrichtung zu gehen, ist nur sehr kurz, aber der Aufwand, diese zu gestalten und eine Versorgung für die kommende Zukunft zu finden, ist immens. Das wird bisher in keiner Weise refinanziert, meine Damen und Herren!

Das Case- und Care-Management wird nicht refinanziert und ist deutlich erhöht und liegt deutlich über dem, was die Kassen bisher zahlen und an Personal zur Verfügung stellen. Die Zusatzqualifikationen und die Fachkraftquote, die es in einer Kurzzeitpflege braucht, um diesen komplexen Versorgungsstrukturen gerecht zu werden, sind nicht mehr da. Da kommen wir zu dem deutlichen Problem, das wir schon vorgestern besprochen haben: Wir befinden uns im Fachkräftemangel, meine Damen und Herren, und zwar jetzt und akut. Die Einrichtungen finden kein Fachpersonal. Das ist zum Beispiel auch der Grund, warum die GeNo-Kliniken ihre Kurzzeitpflege nicht eröffnen konnten.

Der hohe Beratungsbedarf, den diese Menschen nötig haben, den kann man nicht leisten und wird somit den Bewohnerinnen und Bewohnern in der Kurzzeitpflege nicht gerecht. Das darf aber nicht sein. Ein weniger guter Platz oder ein Streuplatz mit hochkomplexen therapeutischen, nötigen pflegerischen Versorgungen kann nur gewährleistet werden, wenn wir dafür Fachpersonal zur Verfügung stellen und die Einrichtungen dies vorhalten können, meine Damen und Herren!

Darum liebe CDU, reicht es eben nicht zu sagen, wir übernehmen die Investitionskosten für Streubetten, wir geben die Einzelzimmer auf und versuchen, Doppelzimmerstrukturen zu bringen. Gerade in den Zeiten, die wir jetzt haben, können wir dies nicht leisten. Die GeNo hat versucht, mit zwei verschiedenen Trägern, sowohl einem privaten Träger als auch einem gemeinnützigen Träger, Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen. Beides ist aufgrund nicht refinanzierter Leistungen und des Fachkräftemangels nicht gelungen, meine Damen und Herren! Was sollen sie tun, um diese Plätz zu schaffen?

Ebenso wird es den Einrichtungen nicht reichen, 30 Prozent mehr Geld zu bekommen und damit dann diese Plätze zu refinanzieren. Meine Damen und Herren, was es braucht, ist ein anderes Refinanzierungsprinzip mit den Kostenträgern. Das muss bundesweit geregelt werden und darauf warten wir dringend, dass die Bundesebene, was jetzt auch angekündigt ist, zum Ende dieses Monats beziehungsweise zu Ende März einen Vorschlag macht. Dieser muss dann sehr, sehr zügig umgesetzt werden, im Sinne derer, die auf diese Plätze angewiesen sind. Die Anzahl derer - da gebe ich allen recht, die vor mir geredet haben -, die diese Plätze bedürfen, ist immens hoch und darum muss dringend gehandelt werden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgitt Pfeiffer.

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, die Kurzzeitpflege hat uns in dieser Legislaturperiode, glaube ich, mehrfach beschäftigt, hier im Parlament genauso wie in den zuständigen Fachdeputationen, und Grund ist, dass wir zu wenig Kurzzeitpflegeplätze haben, hier aber auch im Bundesgebiet.

Bei der Analyse, warum Kurzzeitpflegeplätze Mangelware sind, können wir viele Gründe benennen. Frau Osterkamp-Weber hat das gerade auch in Euro und Cent belegt und darauf hingewiesen, dass die komplexen Versorgungsbedarfe mit den Kostenstrukturen nicht in Deckung zu bringen sind. Wir haben einen hohen administrativen Aufwand, wir haben einen sehr hohen pflegerischen Aufwand in der Kurzzeitpflege und oft, das ist noch nicht genannt worden, müssen für Bewohnerinnen oder Bewohner, die keine Angehörigen haben, erst rechtliche Betreuungen eingerichtet werden. Das dauert und dauert und besetzt in dieser Zeit Kurzzeitpflegeplätze; und auch das Vorhalten von Kurzzeitpflegeplätzen, was wir ja brauchen, wenn wir die Plätze schnell verfügbar haben müssen, ist kostendeckend nicht zu machen.

Es ist, glaube ich, hinreichend erläutert worden, warum Kurzzeitpflegeplätze so wichtig sind, deswegen will ich darauf gar nicht eingehen. Die CDU-Fraktion hatte — ich weiß gar nicht, wann es war, Frau Grönert, war es schon im letzten Jahr, vorletzten Jahr? — den Bürgerschaftsantrag gestellt und haben sich auch angeschaut, was eigentlich andere Bundesländer machen und haben das mit aufgegriffen unter anderen Forderungen. Wir haben in der Deputation beraten und haben abgelehnt, in der Tat, Herr Tuncel hat schon darauf verwiesen, welche Gründe es sind.

Ich will noch mal zu den Streubetten sagen, dass es mir so geht wie Frau Osterkamp-Weber: Ich wäre nicht dafür, dass wir die mal eben so organisieren, sondern ich wäre dafür, dass wir in Bremen den Weg gehen von Solitäreinrichtungen und Einrichtungen mit Verbundlösung, das halten wir auch fachlich für gegeben.

Dann hatten Sie auch vorgeschlagen, wir sollten uns an das niedersächsische Modell anschließen, das habe ich mir noch mal im Vorgriff auf diese Rede angeschaut und gesehen: Es gibt tatsächlich noch nicht mal eine Durchführungsverordnung in Niedersachsen, also sie haben noch gar nicht angefangen, ihren Plan real umzusetzen, sodass wir gar nicht schauen können: Was hat sich denn da eigentlich entwickelt und wäre das für uns machbar?

Natürlich, Bremen hat sich auf den Weg gemacht, Frau Grönert hatte das erwähnt — die Studie, der Landespflegeausschuss mit seinen Empfehlungen, die Weichen für die Kurzzeitpflegeansiedlung an der GeNo sind ja auch gestellt, aber man muss sagen: Die Erkenntnisse, die Empfehlungen und auch die Entschlüsse haben bislang noch nicht zu einer Veränderung der Situation geführt und der Fachkräftemangel, also die Umsteuerung von Fachkräften aus der Kurzzeitpflege in die Langzeitpflege, passiert im Moment, und ich kann nachvollziehen, wenn man Langzeitpflegeplätzen den Vorrang einräumt, bei allen Schwierigkeiten, die es in der Kurzeitpflege gibt.

Ich will aber auch sehr deutlich sagen, als SPD Fraktion sind wir nicht zufrieden mit der Situation, wie sie ist. Wir können nicht erkennen, welcher Vortrieb von den Empfehlungen des Landespflegeausschusses ausgegangen ist. Da steht zwar überall, das steht unter einem Kostenvorbehalt, aber ich würde mir sehr wünschen, wenn der Staatsrat gleich noch mal darauf eingeht, warum die Empfehlungen oder in welcher Weise die Empfehlungen aufgegriffen worden sind. Frau Osterkamp-Weber hat darauf hingewiesen, warum die beiden Standorte an der GeNo noch nicht angefangen haben. Die Pleite von Convivo war sozusagen ein kleiner Todesstoß auch für eine dieser Einrichtungen.

In der letzten Debatte zur Kurzzeitpflege habe ich hier gesagt, ich habe noch mal nachgelesen: Ich erwarte eine Dynamisierung des Geschehens. Heute müssen wir feststellen: Die hat es leider nicht gegeben. Natürlich, das Wort ist hier noch nicht gefallen und trotzdem muss man das der Fairness halber auch sagen: Wir hatten zwei Jahre Corona, das hat die Heime, die Einrichtungen im Griff gehabt, aber das hat auch das Ressort und die Referate fest im Griff gehabt. Jetzt glaube ich aber, dass tatsächlich Bewegung kommt, denn mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung hat ja der Bund gesagt, er will Empfehlungen geben; das wollte er schon im Juli machen, dann wollte er sie im Herbst machen, jetzt erwarten wir sie für diese Tage.

Ich bin sehr froh, dass ich aus dem Ressort hören konnte, dass Bremen schon vorgearbeitet hat und mittlerweile die zu erwartenden Empfehlungen eingearbeitet hat in eine Vereinbarung mit den Trägern. Die ist auch schon in Verhandlung mit den Trägern und da sind die drei Punkte, die im Wesentlichen erwartet werden – also die Verringerung der Auslastungsquote, bessere Personalschlüssel für Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte –, die sind da schon eingeflossen.

Was noch fehlt, wenn ich das richtig verstanden habe, ist die Verstärkung des Pflegepersonals. Vielleicht kann der Staatsrat uns aufhellen, ob man da noch mal nachverhandeln konnte. Meines Wissens hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege noch nicht so richtig dieser Übereinkunft zugestimmt, weil eben dieser letzte Teil der Empfehlung noch fehlte. Aber ich glaube, wenn jetzt die Empfehlung aus dem Bund kommt, hat Bremen zumindest so weit vorgearbeitet, dass wir bald loslegen können, vorbehaltlich der Frage, ob es uns gelingt, Fachkräfte zu finden. Und damit würde ich sehr hoffen, dass wir zumindest einen großen Schritt weiterkommen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert das Wort.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Aus den Reden zuvor ist deutlich geworden, dass wir einen großen Bedarf an diesen Einrichtungen haben, weil es schlichtweg notwendig ist, dass Menschen Kurzzeitpflege bekommen. Wir haben da tatsächlich echte Versorgungsprobleme. Frau Pfeiffer hat gesagt, dass sie es nachvollziehen kann, dass dann auf Langzeitpflege an vielen Stellen momentan umgesteuert wird. Das kann uns aber doch nicht ruhig lassen und das lässt - Ihr Kopfschütteln zeigt das Frau Pfeiffer - auch Sie nicht ruhig. Denn wir brauchen diese Plätze, weil Menschen einerseits Verhinderungspflege brauchen, weil es darum geht, dass Familien, die pflegen, und das ist der Großteil, die dann doch mal erschöpft sind, Ruhe brauchen, Urlaub brauchen, sich ausruhen können müssen. Und weil es nach Krankenhausaufenthalten teilweise eben auch komplizierter Pflege bedarf, die eben nicht zu Hause geleistet werden kann.

Deswegen kann uns das nicht zufriedenlassen und deswegen verstehen wir als Freie Demokraten den Antrag der Union auch als dringenden Appell an die Regierung, hier zu handeln. Und da sind wir nicht in Ruhe und sagen, wir fänden aber solitäre

Einrichtungen schöner als eingestreute Plätze. Ehrlich gesagt, wir haben nicht mehr die Zeit für viele Wünsche. Wir brauchen diese Plätze und müssen dafür sorgen, dass Menschen solche Möglichkeiten finden, weil sie einfach so belastet sind.

Natürlich bleibt es dann Aufgabe, hier entsprechendes Personal zu finden, zu gucken was man da tun kann, wie man mehr Pflegepersonal mobilisieren kann. Dann bleibt es auch Aufgabe durch die Pflegereform, nicht nur dafür zu sorgen, wie Pflegeeinrichtungen, die auf Langzeitpflege ausgerichtet sind, organisiert sind, sondern dann bleibt es auch Aufgabe zu sagen, wie dieser Sektor, genauso wie der ambulante Sektor, ausreichend ausgestattet ist. Denn es kann nicht sein, dass wir einen Sog haben hin zu den Krankenhäusern und den Langzeitpflegeeinrichtungen und die anderen dann mit Personal vergessen. Sie haben alle ihre Berechtigung und sie müssen alle ausreichend ausgestattet sein und wir müssen auch diese Plätze haben.

Natürlich muss man dann darüber reden, welche wirtschaftlichen Stellschrauben man drehen kann, damit das funktioniert. Geht es darum, dass der Staat dann Investitionskostenzuschüsse zahlt, geht es darum, dass man es anders finanziert, dass es auskömmlich wird. Es ist auf jeden Fall notwendig und wir können uns nicht damit vertrösten, dass da auf Bundesebene was gemacht wird, sondern es ist hier der dringende Appell, dass wir hier etwas tun müssen.

Wir müssen doch wissen, dass wir vor zehn Jahren noch 285 solcher Plätze hatten, jetzt haben wir noch 191.

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: 171!)

171? Ja, dann habe ich das falsch aufgeschrieben. Auf jeden Fall ist es aber eine Größenordnung von 100 Plätzen, die weg sind und wenn sie dann fehlen, fehlen sie. Deswegen ist es auch so richtig gewesen, dass wir alle darauf gedrängt haben, dass die GeNo da eine Lösung findet, denn wir sehen doch im Krankenhaussektor, dass dort Menschen noch sind, die eigentlich gar nicht mehr im Krankenhaus sein müssten — was auch Kosten verursacht an der Stelle —, die dort nicht hingehören, sondern in eine entsprechende Kurzzeitpflege.

Wenn wir dann an diesen ganzen Schrauben drehen wollen und nicht die hohen Krankenhauskosten für eigentlich günstigere Kurzzeitpflege zahlen wollen, dann müssen wir hier aktiv werden. Natürlich ist es dann schwierig zu überlegen, wie kriegt man das hin, welche Partner findet man dafür und so weiter. Das Schöne ist aber, dass, wenn wir vielleicht beim Krankenhaus, bei den Planungen für die Struktur, wie sie zukünftig sein soll, wir wissen, wie es weitergeht, wir wenigstens vielleicht wissen, wie wir schnell an Räume und Möglichkeiten kommen, die Menschen unterzubringen. Ich gehe mal davon aus, dass im Krankenhaus selbst, also in den Krankenhäusern der GeNo selbst Plätze und Räume dafür frei werden, die nicht mehr gebaut werden müssen, sondern wo es dann nur noch um den Betrieb geht.

Dann kann ich auch gut damit leben, wir hatten ja die Debatte, dass es manchmal in solchen Einrichtungen so ist, dass Besitz des Gebäudes und Betrieb auseinanderfällt. Da hätte ich überhaupt kein Problem mit, wenn es denn ein solcher Betrieb wäre und deswegen finde ich das auch nicht ein Grundübel, sondern immer eine Lösung, wo man kreativ mit umgehen muss und ich glaube, da müssen wir weiter ran und da bleibt es eine große Aufgabe hier, das zu tun.

Wichtig ist es, dass wir nicht Kurzzeitpflege gegen Langzeitpflege, gegen häusliche Pflege ausspielen, sondern alles möglich machen. Das heißt, möglich machen dadurch, dass wir eben Verhinderungspflege weiter möglich machen durch entsprechende Menge von Kurzzeitpflegeplätzen und die Kurzzeitpflege nach stationärem Aufenthalt auch möglich machen, weil uns das auch helfen wird im Gesundheitssektor. Insofern ein dringender Appell hier an die Koalition und nicht nur an die Koalition in Berlin, dringend etwas zu tun! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kurzzeitpflegeplätze, die solitären, die wir jetzt noch haben, werden nach meinem Kenntnisstand weitgehend mit Menschen besetzt, die aus dem Krankenhaus entlassen werden und die Menschen, die einen Platz für die Verhinderungspflege ihrer Angehörigen suchen, bleiben dabei auf der Strecke.

Das heißt, dass viele Bedarfe gar nicht mehr angemeldet werden, weil die Menschen mittlerweile schon mutlos geworden sind und wissen, sie werden sowieso keinen Platz bekommen, wenn überhaupt, dann mit einem Riesenstress und großem Aufwand. So verschieben sie ihren Urlaub, den sie dringend brauchen, sie verschieben eigene Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte und Sie schauen auf den Baum, wo ganz oben die roten Äpfel hängen, die Sie toll finden. Sie beschreiben, wie schön das sein könnte, wie wichtig das ist und wie gut Kurzzeitpflegeplätze ausgestaltet sein müssen und ich sag mal, die grünen Äpfel, die unterm Baum liegen, die dürfen die Menschen nicht essen. So kommt mir das vor, Sie lassen die Menschen quasi verhungern.

(Zuruf)

Ja, es ist so! Sie sagen, die anderen, die eingestreuten Plätze sollen nicht genutzt werden, wenn es irgend geht, soll das verhindert werden. Die anderen solitären Plätze können die Menschen aber nicht kriegen, das funktioniert ja nicht, weil die nicht da sind.

Sie haben den gesetzlichen Auftrag, für ausreichend gute Pflegeplätze in Bremen zu sorgen. Das haben wir am Dienstag auch gehört, das steht im SGB XI. Wenn wir keine qualitativ guten Plätze haben, dann kann es keine Alternative sein, den Menschen möglichst keine Plätze anzubieten und noch zu verhindern, dass sie stationäre Plätze nutzen.

Zudem ist das so, wenn die Menschen stationäre Pflege nutzen müssen, um diese Verhinderungspflege zu bekommen, dann zahlen sie mehr. Das habe ich ja schon versucht anzudeuten. Sie zahlen mehr für diesen Platz, das heißt, wenn sie, - ich weiß gar nicht wie das im Moment ist, wie viele Wochen sie im Jahr haben, ich sag mal vier Wochen, jedenfalls war das lange so -, sie haben vier Wochen im Jahr, in denen sie die Verhinderungspflege nutzen können, dann zahlen sie bei den eingestreuten schlechten Plätzen mehr für diesen Platz. Wenn sie das Geld nicht übrighaben und aus eigener Tasche zuzahlen, dann können sie letztlich nur knapp drei Wochen Verhinderungspflege nutzen, weil das Geld, was sie von der Pflegekasse bekommen, nur für diese drei Wochen reicht. Sie müssen den Rest, um wirklich vier Wochen nutzen zu können, oben draufzahlen. Wenn sie einen Platz in einer solitären Einrichtung bekommen, dann können sie die vier Wochen ohne weiteres nutzen. Das kann doch keine Lösung sein.

Viele andere Bundesländer haben sich überlegt, wie sie mit dieser Situation, für die auch Bundesregelungen fehlen, umgehen können und haben gesagt, dass sie, weil sie es auch nicht anders lösen können, für verlässlich bereitgestellte Kurzzeitpflegeplätze das finanzielle Risiko übernehmen, wenn das wie in Niedersachsen über drei Jahre in stationären Einrichtungen gemacht werden soll.

Jetzt sagen Sie, man kann ja noch gar nicht sehen, wie das läuft. Okay, das kann man nicht, aber man kann doch selber mal sagen, wir unternehmen auch was. Wir engagieren uns für die Menschen, damit sie Plätze finden können. Man kann auch selber handeln.

In Nordrhein-Westfalen hat man gesagt, dass man eine um 30 Prozent bessere Vergütung zahlt für Pflegeplätze, die in stationären Pflegeheimen für die Kurzzeitpflege vorgehalten werden, mindestens ein bis zwei Plätze. Das ist nicht die optimale Lösung, aber das ist ein Angebot, das ist ein Zeichen an die Menschen. Sie reden von qualitativ guten Plätzen, nehmen aber nicht einen einzigen Cent in die Hand, damit diese Plätze entstehen können,

(Beifall CDU)

und einen Cent in die Hand nehmen für die anderen Plätze, für die eingestreuten Plätze, wollen Sie auch nicht. Was ist das für ein Signal an die Menschen?

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Ja!)

Sie können doch nicht nur sagen, der böse Bund, der handelt nicht. Ja, der handelt nicht, aber der Auftrag des SGB XI bleibt doch bestehen, dass wir hier selber für Versorgungsstrukturen sorgen müssen. Das letztlich an die Klinik, an die GeNo, zu geben, mehrere Millionen Euro im Jahr, wegen dieser Fehlbelegung, weil die Menschen nicht in die Kurzzeitpflege weitergehen können, weil es die Plätze nicht gibt – .. Das, also – ..

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Ja!)

Ich kann es nicht verstehen! Wieso gehen da mehrere Millionen Euro hin und am Ende könnte man die doch in die Hand nehmen und in die Entstehung von Kurzzeitpflegeplätzen stecken! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Ich hoffe, der Satz: "Sie lassen die Menschen verhungern" war auf das Sinnbild des Apfels grün und rot und oben und unten oder so gemünzt, anders kann ich es nicht verstehen.

Meine Damen und Herren, wir können in dieser Stadt jede Einrichtung in irgendeiner Weise verpflichten: Haltet noch einen Kurzzeitpflegeplatz bereit, öffnet eine sanitäre Einrichtung. Wir sind inzwischen in dieser Situation. Das wäre vielleicht noch vor fünf bis zehn Jahren möglich gewesen. Wir sind in der Situation, dass wir keine Pflegekräfte haben. Frau Grönert, Sie kriegen es mit in den Deputationen, dass die Wohn- und Betreuungsbehörde aufgefordert und gezwungen ist, Plätze zu streichen, einen Belegungsstopp aufzuerlegen, weil die Einrichtungen ihre Fachkräfte nicht mehr vorhalten können.

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Das ist aber erst in der letzten Zeit so!)

Ja, aber wir sind in der Ist-Situation, und die Kurzzeitpflegeplätze sind sukzessive in der letzten Zeit zurückgegangen. Das hat sich bis heute gesteigert und es wird sich auch noch weiter steigern. Wir sind da vor einem riesigen strukturellen Problem, und das muss endlich seine Anerkennung finden. Wir können es nicht aus dem Hut zaubern, und so lange die Refinanzierung auch von den Kostenträgern, unserer aller Versicherungen, sich nicht ändert, wird sich in diesem System auch nichts ändern. Da können Sie sich nicht nur hier hinstellen und sagen: "Das Sozialressort macht seine Hausaufgaben nicht." Das reicht nicht in dieser Debatte, tut mir leid!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vielen Dank!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Kurzzeitpflege ist unheimlich wichtig, insbesondere im Bereich der Verhinderungspflege, bei der Entlassung aus dem Krankenhaus oder bei Urlaubs- und Entlastungspflege. Das ist in der Debatte deutlich geworden und das ist unstrittig. Es ist aber auch unstrittig, dass es zwei große Probleme gibt. Das ist der im letzten Beitrag genannte Fachkräftemangel

und eine zurzeit nicht ausreichende Finanzierung. Diese zwei Punkte müssen wir im Blick behalten, wenn wir nach Lösungen suchen.

Die Empfehlungen, die im Landespflegeausschuss diskutiert wurden, sind insbesondere in Bezug auf Demenzkranke in der Unter-AG "Demenz" mit den Praktikern und den Trägern weiter diskutiert worden, und sie sind zu dem Schluss gekommen, dass sich die Träger bei der aktuellen Personalsituation nicht in der Lage sehen, diese umzusetzen. Das ist schwierig, das ist problematisch, aber das ist ein Fakt.

Was folgt daraus? Fangen wir bei der Frage der Finanzierung an. Hier verweist die CDU in ihrem Antrag auf das niedersächsische Modell, das aber erstens in der Ausführung sehr starr ist, zweitens viel auf die Kommunen verlagert und drittens tatsächlich noch nicht konkretisiert ist, weil weder ein Kostensatz verhandelt ist, noch die Durchführungsverordnung vorliegt.

Sinnvoller ist ein Blick in andere Regeln der Länder. In der Debatte ist das auch schon benannt worden. Bayern oder NRW haben durchaus gute Lösungen, die Einfluss auch auf die Bundesempfehlung, auf die wir alle warten, haben. Nun ist es so, dass diese Bundesempfehlungen hoffentlich demnächst kommen, aber schon erste Stände durchgesickert sind, sodass es keine Überraschung ist, was da kommen wird. Im Gegensatz zu dem Vorwurf, wir würden keinen Cent in die Hand nehmen, haben wir diese bei den Entgeltverhandlungen schon berücksichtigt. Es gibt Einzelfälle, die auf Basis genau dieses bekannten Zwischenstandes verhandelt sind und wo genau diese Punkte, sie sind benannt worden: höhere Personalkosten, niedrigere Belegungsquoten, Risikozuschläge, Berücksichtigung gefunden haben.

Wir haben den Pflegekassen vorgeschlagen und es auch tatsächlich umgesetzt, auf dieser Basis einen Vorschlag für den Landesrahmenvertrag zu machen, sodass alle Einrichtungen Zugang zu diesen Empfehlungen haben. Hier sind wir noch nicht zu einem Abschluss gekommen, weil unsere Verhandlungspartner darauf warten, dass die Bundesempfehlungen vorliegen, weil sie hoffen, dass da das eine oder andere noch Vorteilhaftere drinsteht, was wir, wenn es darinsteht, auch sicherlich übernehmen würden.

Zum letzten Punkt: Nach unserer Einschätzung liegt der Mangel vor allem an dem Personal und

nicht an der Frage der vorhandenen Betten. Die Belegungssperren, die theoretisch vorhandenen Häuser für die Kurzzeitpflege bei der GeNo zeigen, dass die Immobilien und die Ausstattung generell vorhanden sind, dass es vielmehr darum geht, Betreibermodelle zu finden.

(Vizepräsidentin Sülmez Çolak übernimmt den Vorsitz.)

Zu guter Letzt möchte ich darauf hinweisen, dass es uns wichtig ist, so wie Frau Grönert gesagt hat, nicht nur den Blick auf diejenigen zu legen, die aus dem Krankenhaus entlassen sind, wo wir die Zahlen kennen, sondern auch den Bedarf von denjenigen zu quantifizieren, die das als Verhinderungspflege brauchen. Deswegen ist es einer der Aufträge an Professor Dr. Rothgang, im Pflegebericht hierzu eine Empfehlung zu zukünftigen Bedarfen in der Kurzzeitpflege zu geben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 20/1430 abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, FDP, L.F.M., Abgeordneter Thomas Jürgewitz [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Somit stelle ich fest, dass die Bürgerschaft (Landtag) diesen Antrag ablehnt.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration, Drucksache 20/1660, Kenntnis.

Zuwendungspraxis modernisieren – Bürokratie abbauen, Digitalisierung ermöglichen! Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2023 (Drucksache 20/1724)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Martin Hagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat die Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp das Wort.

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Heute sprechen wir über einen großen Erfolg in dieser Legislaturperiode.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Was?)

Es ist uns gelungen, einen Schwertanker in Bewegung zu bringen. Einen Bereich, der bislang als bürokratisches Schwergewicht galt, erhält nun frischen Wind hinter den Segeln. Die Modernisierung der Bremer Zuwendungspraxis ist uns nach vielen Beratungen, nach vielen Sitzungen gelungen, meine Damen und Herren. An dieser Stelle möchte ich meinen großen Dank an alle Beteiligten, insbesondere an die Träger und die engagierten Mitarbeiter:innen des Senators für Finanzen aussprechen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ohne sie wäre dieses dicke Schiff nicht zum Schwimmen gekommen. Dafür danke ich auch ausdrücklich unserem Senator Dietmar Strehl und auch dem Staatsrat Dr. Martin Hagen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Beide haben dieses Thema mit großem Elan vorangebracht. Auch an dieser Stelle möchte ich gern meinen beiden Kolleg:innen Birgitt Pfeiffer und Klaus-Rainer Rupp, den habe ich vorhin gesehen, meinen großen Dank aussprechen. Natürlich auch Jens Eckhoff, wir durften im Haushalts- und Finanzausschuss erstmals als Sozialpolitiker:innen eine Anhörung durchführen. Vielen Dank!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Ich hatte schon immer ein soziales Herz, Frau Görgü-Philipp!)

Das glaube ich.

Die Ergebnisse lassen sich sehen, meine Damen und Herren. Doch noch einmal: Warum sind Zuwendungen von so hoher Bedeutung? Bremen und Bremerhaven sind bunte und lebendige Städte, und das nicht zuletzt durch die vielen Vereine, Einrichtungen und Initiativen, die wir in den beiden Kommunen haben. Die Zuwendungen sind unabdingbar, damit zum Beispiel Kultur-und Jugendeinrichtungen, Projekte und Selbsthilfegruppen ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Sie prägen maßgeblich das Bild von Bremen und Bremerhaven. Letzte Woche hat der Senator für Finanzen den Rechenschaftsbericht über die verausgabten Zuwendungen im Jahr 2021 vorgelegt. Die Höhe der Zuwendungen lag bei rund 347 Millionen Euro. Das ist ein Plus von mehr als 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2020.

Alle vom Senat vorgeschlagenen Maßnahmen haben das Ziel, mehr Planungssicherheit, einen geringeren bürokratischen Aufwand und eine größere Flexibilität für die Träger zu bewirken. Doch wie genau soll das funktionieren? Lassen sie es mich kurz anhand von drei Maßnahmen erläutern. Mehrjährige Bewilligungszeiträume – anstatt der bisher überwiegend einjährigen Förderung – weiten wir aus. Zum Teil ist es jetzt schon Praxis, Mittel für Mehrjährigkeit zu vergeben. Nun schaffen wir aber zusätzliche Spielräume, damit eine konsequente Umsetzung bei Förderungen unter 5 000 Euro stattfinden kann. Dadurch schaffen wir für die Träger mehr Planungssicherheit und eine Verringerung bürokratischen Aufwands.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zur Einordnung: Die Zuwendungspraxis zeigt, dass knapp über die Hälfte aller Förderfälle in Bremen unter 5 000 Euro liegt. Mit dieser Regelung erreichen wir also sehr viele Vereine, Initiativen und auch Projekte, die bisher unter dem Aufwand der jährlichen Antragstellung bleiben.

Ein weiterer Punkt: Festbetrags- statt Fehlbetragsfinanzierung. Bisher werden die geltenden Regelungen bezüglich Festbetragsfinanzierung vom Ressort unterschiedlich stark genutzt. Eine Sensibilisierung in diesem Bereich sowie eine Ergänzung der Haushaltsordnung wird eine Entlastung für beide Seiten mit sich bringen. Bei Zuwendungen bis 5 000 Euro soll die Festfinanzierung bevorzugt werden. Dies vermeidet viel Aufwand und ermöglicht den Zuwendungsnehmenden, Spenden und weitere Maßnahmen für ihre Arbeit zu verwenden, ohne dass die bewilligten Mittel gekürzt werden.

Auch das ist ein großer spürbarer Erfolg für die Zuwendungsempfänger:innen, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Zeit ist um, ich komme gern wieder – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Thore Schäck das Wort.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir sprechen erneut über Zuwendungen. Ich erinnere mich noch an die Debatte, die wir vor ungefähr eineinhalb Jahren hier im Parlament hatten, wo es darum ging, Zuwendungen schlanker zu gestalten, unbürokratischer zu gestalten und insbesondere für die Zuwendungsempfängerinnen und empfänger das ganze System ein bisschen transparenter und schneller zu machen.

Zuwendungen sind wichtig. Wir reden über mehrere hundert Millionen Euro, die regelmäßig den Zuwendungsempfängern ausgeschüttet beziehungsweise zugekommen lassen werden. Aber es ist nicht nur die reine Summe, sondern es ist auch die Anzahl der Zuwendungen. Wir reden über mehrere Tausend einzelne Vorgänge und das muss alles entsprechend verwaltet werden.

Wir als FDP-Fraktion stehen hinter dem System der Zuwendungen, weil die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger wichtige Arbeit leisten und weil sie insbesondere auch oft mit Expertise vor Ort Arbeit leisten, die vielleicht aus den Ressorts selber gar nicht so geleistet werden kann. Deshalb haben wir im Herbst vor eineinhalb Jahren diesem Antrag auch zugestimmt.

Jetzt haben wir den Bericht und jetzt geht es ja um die Frage: Was hat sich eigentlich seitdem getan? Es gab einen sehr ambitionierten Plan, wie man das Ganze schneller machen möchte, wie man es unbürokratischer machen möchte. Es ging unter anderem, und das hat meine Vorrednerin eben schon angerissen, darum, mehrjährige Bewilligungszeiträume zu ermöglichen. Es ging darum, die Festbetragsfinanzierung in Zukunft auszuweiten, Förderpauschalen stärker zu nutzen.

Ein für mich ganz wichtiges Thema, die Nichtanrechnung von Spenden. Ich finde, es ist ein sehr falsches Signal, dass diejenigen, die sich selber auf die Suche machen, Geld eintreiben, für ihre Sache werben, am Ende, in Anführungsstrichen, dafür auch noch bestraft werden, weil es ihnen gar nichts bringt. Da muss man sich immer die Frage stellen, was heißt es für das nächste Mal? Macht er sich die Mühe noch oder sagt er, ne, ich nehme jetzt lieber das Geld, was ich so bekomme.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Bei vielen Forderungen müssen die das sogar!)

Von daher, finde ich, ist das ein sehr wichtiger Aspekt, denjenigen, die sich selber auf die Suche nach Spendengeldern machen, ihnen auch zumindest einen Teil davon zu lassen.

(Beifall FDP)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Digitalisierung des Antragsprozesses. Ich glaube, da schlummert ein riesen Potenzial, das Ganze zu verschlanken und insbesondere auch, was das Einhalten von Fristen angeht. Das ist auch ein Punkt, der in dem Bericht relativ umfassend beschrieben wird, dass die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger entsprechend frühzeitig Bescheid bekommen, dass die Fristen eingehalten werden und so weiter und sofort.

Wenn wir uns jetzt diesen Bericht mal anschauen und wirklich mal gucken, was ist eigentlich seitdem passiert, dann lesen wir bei relativ vielen dieser Unterpunkte, dass es entweder nicht machbar ist erstens. Zweitens, dass es nicht so richtig zielführend oder bezweckt ist und drittens insbesondere dort, wo der Senat es selber in der Hand hat, Thema Digitalisierung von Prozessen, Verschlankung von Prozessen, dass man da noch nicht so richtig weitergekommen ist.

Wir lesen zum Beispiel, dass, was das Thema Terminmanagement angeht, manche Bearbeiterinnen oder Bearbeiter die Zuwendungsdatenbank ZEBRA nutzen, das entsprechende System dafür, andere wieder VISkompakt und manche Outlook. Also da scheint es gar keinen einheitlichen Standard zu geben. Sie sprechen auch davon, dass wieder andere Excel-Tabellen für sich nutzen für Termineinhaltung und Terminmanagement. Das klingt nicht optimal und ich glaube, das ist ein Punkt, wo man durch Vereinheitlichung, wo man durch Digitalisierung, es erreichen könnte, dass diese Fristen nicht mehr gerissen werden und dass

Prozesse einfach verschlankt werden. Das ist ein Punkt, da hat der Senat es selber in der Hand und da scheint bisher in den letzten eineinhalb Jahren nicht viel gelaufen zu sein und das ist einfach zu wenig.

(Beifall FDP)

Deswegen ist auch unser Appell: Grundsätzlich stehen wir dahinter, wir haben diesem Antrag damals auch zugestimmt, weil wir das wichtig finden, das ganze System ist wichtig für alles, was daran hängt. Wir finden es auch wichtig, sich damit auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, dass es schneller, unbürokratischer und digitaler wird. Aber genau das muss auch eben passieren. Und das ist noch nicht ausreichend passiert.

Für eineinhalb Jahre ist mir das ein bisschen wenig, was dort drinsteht. Es geht am Ende darum, ZEBRA so nicht nur auszubauen, sondern auch die Nutzung von ZEBRA so verpflichtend zu machen, dass es auch umfassend genutzt wird. Auch das haben wir schon im Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) gehört. Das System ZEBRA gibt es seit so langer Zeit und irgendwie ist es nie richtig zum Laufen gekommen. Ich glaube, es hat ein riesen Potenzial, aber es muss auch irgendwann mal genutzt werden.

Wenn wir dafür sorgen wollen, dass dieses wichtige System der Zuwendungen, ohne das wir hier einfach gar nicht zurechtkommen würden in Bremen, auch weiterhin funktioniert, auch in Zeiten von steigenden Ansprüchen und steigenden Nachweispflichten funktioniert, dann kann es eigentlich nur über zwei Wege funktionieren. Das eine: schlanke und effiziente Prozesse und das zweite, und das spielt da mit rein, ist Digitalisierung, noch mal Digitalisierung und noch mal Digitalisierung. An diese Themen müssen wir ran und da erwarten wir vom Senat, deutlich mehr als das, was bisher in diesem Bericht steht. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Birgitt Pfeiffer das Wort.

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Ja, zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode führen wir eine Debatte zum Thema Zuwendungsrecht und noch mehr zur Zuwendungspraxis, und darüber freue ich mich. Denn wenn wir über Zuwendung sprechen, dann sprechen wir gleichzeitig über eine

ganz große Bandbreite gesellschaftlicher Organisationen. Von der Selbsthilfegruppe über Vereine bis hin zu großen Organisationen, die für die Menschen in unseren Städten ein sehr vielfältiges Angebot für sehr unterschiedliche Lebenslagen vorhalten

Insgesamt sprechen wir über 4 100 Förderfälle, wie das im Finanzdeutsch heißt. Über Zuwendungen, die bekunden, wir wollen, liebe Vereine, liebe Organisationen, das, was ihr tut, unterstützen. Wir glauben, das hat Mehrwert für unsere Städte, das hat einen erheblichen Wert und deswegen tun wir das, und das tun wir eben mit Zuwendungen.

(Beifall SPD)

In der Anwendung des Zuwendungsrechtes, also in der Zuwendungspraxis, haben wir ein paar Lücken identifiziert. Wir haben gesagt, die Zuwendungspraxis muss entbürokratisiert werden. Sie muss auch stärker partnerschaftlich ausgerichtet werden, sie muss stärker digitalisiert und für alle vereinfacht werden.

Dann hat der Senator für Finanzen einen breiten Prozess aufgelegt, über Deputationen und Ausschüsse bis hin zur Behandlung im Haushalts- und Finanzausschuss (HaFA). Dieser Prozess, meine Damen und Herren, der war wichtig. Der Dialog zwischen den Ressorts und dem zuständigen Fachreferat beim Senator für Finanzen, aber auch der Dialog innerhalb der Ressorts zwischen den Haushaltsabteilungen und den Referaten, der bei dieser Gelegenheit einmal grundständig geführt wurde, all das war wichtig. Denn er hat sichtbar gemacht, welch große Unsicherheiten es über die Spielräume gibt, über die Auslegung von Landeshaushaltsordnung und Verwaltungsvorschriften.

Er hat aufgezeigt, welche Vereinfachungen und Regelungen sich die Verwaltung selbst wünscht. Er hat deutlich gemacht, es gibt einen großen Bedarf an Austausch und Fortbildung innerhalb der Verwaltung und er hat gezeigt, was Zuwendungsnehmer:innen benötigen, um ihrerseits das, was sie für unsere Städte tun, auch gut bearbeiten zu können. Dann sind am Ende elf Empfehlungen rausgekommen mit einer Reihe von Veränderungen und Klarstellungen, die will ich hier gar nicht mehr im Einzelnen aufführen.

Das Ganze ist passiert, würde ich sagen, in einem Spannungsfeld zwischen Ermöglichung für die Träger einerseits, also für die Initiativen, für die Vereine, für die Organisationen und andererseits

aber, es handelt sich immerhin um Steuergelder, unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Grundsätze von Wirtschaftlichkeit, Angemessenheit und Sparsamkeit. Herausgekommen ist auch, und das halte ich für wichtig, ein Austauschformat zwischen der zuständigen Stelle beim Senator für Finanzen und den Ressorts und ein Ausbau an Fortbildungen. Das ist wichtig.

Wir haben eigentlich erst durch diesen Prozess, lieber Herr Schäck, herausgefunden, wie sehr unterschiedlich die Handhabungen in den einzelnen Ressorts, in den einzelnen Referaten sind, und das haben wir entdeckt mit diesem Prozess, und das ist ein großer Verdienst dieser letzten eineinhalb Jahre. Ich würde das nicht geringschätzen, sondern das ist jetzt eine Analyse, die man getroffen hat und jetzt wird es peu à peu in die Praxis gehen.

Aus der Perspektive der Zuwendungsnehmer:innen will ich noch einmal sagen: Wichtig ist, dass Förderrichtlinien im Transparenzportal veröffentlicht werden. Die Modernisierung von ZEBRA, die Schaffung eines Onlineantragsportals, die Plattform foerderdatenbank.de, die wir jetzt auch mit den bremischen Förderangeboten füllen, das sind aus Sicht der Zuwendungsnehmer:innen große Schritte.

Wir sind also überzeugt, der Aufwand hat sich gelohnt. Es gibt konkrete Verbesserungen für die Träger, aber auch für die Verwaltungen und das kommt am Ende der Kette den Menschen in unseren Städten zugute.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich will auch sagen, an manchen Stellen hätten wir uns weitergehende Regelungen gewünscht, aber trotzdem: Wir sind zuversichtlich, es ist ein erster großer Schritt gegangen worden. Ich weiß gar nicht, wie lange das Thema Zuwendungsrecht oder Zuwendungspraxis in diesem Haus überhaupt nicht behandelt worden ist. Insofern, glaube ich, war das gut. Hiermit haben wir die Grundlage, Achtung, Herr Schäck, für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess gelegt.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Oha!)

Ja, das wollte ich nur mal sagen.

Abschließend möchte ich mich sehr gerne bedanken, und zwar, vielleicht auch unerwartet, bei den Kolleg:innen von der FDP und von der CDU, die sehr konstruktiv im HaFA mit uns über die Angelegenheiten diskutiert haben und einen Beitrag geleistet haben, damit wir da in eine gute Richtung gehen. Das fand ich wirklich sehr angenehm und sehr konstruktiv. Deswegen: Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will mich auch bedanken bei allen Verwaltungen in den Ressorts, die ja nicht nur zugeliefert haben, sondern die auch bereit waren, ihren Umgang mit den Zuwendungen zu reflektieren. Die bereit sind, ihre Zuwendungspraxis zu verbessern. Ich will auch Danke sagen an die vielen Initiativen, Organisationen, an die Träger und deren Vertreter, die ihre Erfahrungen vorgestellt, auch ihre Forderungen eingebracht und konkrete Vorschläge vorgebracht haben.

Und einen ganz großen Dank, nicht nur an Herrn Dr. Hagen, finde ich, muss man ausrichten an das Team von Herrn Fehren, Frau Hentschel und Frau Frick, die sich mit Herzblut und großem Engagement für die Fortschritte eingesetzt haben und die das auch in Zukunft weiter tun werden. Herzlichen Dank! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Sofia Leonidakis das Wort.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Für die Linksfraktion hat diesen, wie Birgitt Pfeiffer dargestellt hat, durchaus auch tiefgehenden Prozess der Auseinandersetzung mit Behörden und auch mit der politischen Seite, mit dem Parlament und dem zuständigen Haus des Finanzsenators, Klaus-Rainer Rupp begleitet.

Natürlich muss man sich bei den Fragen von Zuwendungsrecht – –. Jeder, der mal mit Zuwendungsrecht zu tun hatte, weiß, das ist echt der Maschinenraum der Finanz- oder Haushaltspolitik, da geht es richtig ans Eingemachte und da geht es ums Kleingedruckte und da geht es teilweise auch um Beträge und Abrechnungen, da wird spitz abgerechnet, da geht es um Euro- und Centbeträge, so nah geht man da ran an die Finanzierungsfragen. Das ist der Maschinenraum der Landeshaushaltsordnung, kann man so sagen. Insofern muss man da tatsächlich präzise und genau sein. Diese Zeit hat sich dieser Prozess genommen, und das ist auch gut so.

Jeder, der mal mit Zuwendungsnehmenden zu tun hatte, mit den vielen Vereinen, mit den über 4 000 Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern – es sind ja meistens kommunale Zuwendungen, aber in Stadt und Land –, weiß, dass jeder Verein da einen Crack braucht, der sich mit dem Zuwendungsrecht auskennt, der die Abrechnungen macht, der die Anträge macht. Das sind wirklich die Spezis, denn dafür braucht es Spezialwissen und, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür braucht es Zeit. Bisher war leider die Zuwendungspraxis von einer gewissen Projektitis geprägt, jedes Jahr musste ein neuer Antrag gestellt werden,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das wird auch weiter so sein!)

jedes Jahr musste eine neue Abrechnung eingereicht werden, jedes Jahr musste gewartet werden, dass die zuständige Behörde abrechnet. Das war auch behördenseitig ein großer Aufwand.

Dass wir da in Richtung Pauschalierung, in Richtung Vereinfachung, in Richtung mehrjährige Förderzeiträume und auch in Richtung Digitalisierung gehen wollten, damit rannten wir offene Türen ein und das war eine langjährige Forderung von vielen Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern, aber auch von Behörden, für die das ganze Verfahren ja auch einfacher wird. Insofern ist das, glaube ich, eine Win-win-Situation, nicht nur vonseiten der Zuwendungsnehmerinnen und -nehmer, der vielen Vereine und der Behörden, sondern selbstverständlich auch im Sinne der Nutzenden dieser Angebote, der vielen Zuwendungsempfänger. Es wurde gesagt, über 4 000 sind es, die deren Angebote nutzen.

Wir haben es hier doch nicht nur mit einer hohen Summe am Ende des Tages zu tun - mehrere Millionen, hat Herr Schäck gesagt -, wir haben es nicht nur mit über 4 000 Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern zu tun, sondern wir haben es mit einer breiten Palette von Angeboten zu tun. Das, was die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger, die vielen Vereine, Institutionen tagtäglich in den Stadtteilen leisten, das tun sie in unserem Auftrag, das tun sie mit unserem Willen und Wollen, und damit leisten sie viele Aufgaben auch im Auftrag des Staates, in der Kinderbetreuung, in der Jugendarbeit, in der außerschulischen Bildungsarbeit, in der Wohnungslosenhilfe, in der Suchtprävention, bei Beschäftigungsförderung und, und, und.

Diese breite Palette von Angeboten, von Tätigkeiten wollen wir vereinfachen, denn niemand von uns kann ein Interesse daran haben, dass die wertvolle und wichtige Arbeit, die tagtäglich in all diesen vielen Bereichen geleistet wird, gebunden wird, dass die Ressourcen unnötig gebunden werden mit Bürokratie, mit Antragstellung, Abrechnungen et cetera. Wir wollen, dass möglichst ein großer Anteil der Ressourcen, die dort vorhanden sind, der Kompetenz, die dort vorhanden ist, dafür verwendet werden kann, wofür sie da ist, nämlich für die Nutzerinnen und Nutzer all dieser Angebote, und das vereinfachen wir.

Selbstverständlich, Herr Schäck, kann man immer noch besser werden, aber dass wir uns nach Jahrzehnten auf den Weg machen, hier die Zuwendungspraxis zu vereinfachen, das ist, glaube ich, überfällig gewesen. Es ist eine langjährige Forderung, die ich schon seit über zehn Jahren kenne, eigentlich seit ich in diesem Bereich unterwegs bin, und ich bin froh, dass wir diesen Weg eingeschlagen haben. Die öffentliche Hand nimmt dafür auch Geld in die Hand durch die Überarbeitung von ZEBRA, und das ist auch gut so, das ist auch richtig so.

Insbesondere einen Aspekt möchte ich einmal hervorheben: Ich freue mich, dass wir bei den kleineren Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern ermöglicht haben, dass es ein vereinfachtes Zuwendungsverfahren gibt und dass sie auch zweijährige Förderperioden quasi ermöglicht bekommen. Ich glaube, das bringt de facto eine große Vereinfachung für ihre Arbeit, und wie gesagt: Wir wollen, dass ein Großteil ihrer Ressourcen dafür vorhanden ist, wofür sie da sind, nämlich für die soziale erzieherische Bildungsarbeit, für die gesundheitspolitische Arbeit in den Stadtteilen. Ich glaube, da schlagen wir einen guten Weg ein. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe einen Moment überlegt, ob ich unten sitzen bleibe und mir noch weiter die schönen und guten Worte über den Haushalts- und Finanzausschuss anhöre,

(Zuruf Abgeordnete Birgitt Pfeiffer [SPD])

die hier in der Debatte gefallen sind. Das wäre auch mal eine schöne Perspektive gewesen.

Als wir das ganze Thema vor 18 Monaten hier diskutiert haben, haben wir, glaube ich, den Antrag abgelehnt, aber nicht, weil wir grundsätzlich dagegen waren, sondern weil wir gesagt haben: "Macht doch einfach", und wenn man so eine Anhörung initiieren kann, dann kann sie auch über das Parlament laufen. Deshalb habe ich mich natürlich besonders gefreut und war vielleicht mit so viel Herzblut bei der Sache, als uns dann nach der Anhörung des Senats doch noch eine Anhörung erreichte. Ich weiß, der Kollege Fecker kam zu mir und ich hätte ihn fast umarmt.

(Zurufe: Oh! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hätte ich gern gesehen! – Zuruf Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

Ah, wir wussten nicht, welche Arme zu kurz waren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit)

Also, er sprach mich an und wir haben gesagt, selbstverständlich können wir auch noch mal bei uns eine entsprechende Anhörung machen. Ich glaube, was ganz wichtig festzuhalten ist, ist, dass heute auch diese Diskussion nicht beendet sein darf, sondern es ist ein Einstieg in die Thematik. Das hat der ein oder andere Redner oder die ein oder andere Rednerin aus unterschiedlichen Perspektiven auch gesagt, aber ich glaube, das ist wichtig. Es ist meines Erachtens aus dreierlei Gründen wichtig:

Erstens weil wir natürlich diese Ergebnisse, diesen Einstieg zur Erleichterung auch überprüfen müssen, ob das funktioniert. Ich will auch sagen, das müssen wir auch aus Haushaltsgesetzgebergründen entsprechend überprüfen, ob es funktioniert, weil wir jetzt mit gewissen Schwellenwerten arbeiten, und wenn plötzlich die Anträge unter diesen Schwellenwerten explosionsartig zunehmen, dann werden bei uns die ein oder anderen Alarmglocken zu läuten anfangen und sagen, da kann was nicht stimmen.

Darauf hat ja in den verschiedenen Diskussionen auch der Rechnungshof immer wieder hingewiesen, dem ich in diesem Zusammenhang auch ganz herzlich danke. Ich weiß, dass ist hier in manchen Diskussionen nicht so gern gesehen worden, aber die haben auch eine Rolle, die sie wahrzunehmen haben. Deshalb haben sie auch auf die kritischen

Aspekte eines solchen Projektes immer wieder hinzuweisen. Also, wir wollen diesen Einstieg überprüfen.

Ich glaube, was ganz wichtig ist, ist, dass wir allerdings auch möglichst schnell zu einer Verbesserung der Antragstellung, der Onlinemöglichkeiten kommen. Das ist richtig, dort Portale zu schaffen, weil es ja nichts hilft, wenn man einen Freak im Verein hat, wie Sofia Leonidakis es gerade beschrieben hat.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Aber es hilft schon!)

So, es hilft, aber es wäre ja noch schöner, wenn das vielleicht auch mehrere Leute und nicht nur Freaks bedienen könnten. Dazu ist es natürlich auch Aufgabe der öffentlichen Hand, dort im Endeffekt tatsächlich eine Servicefunktion wahrzunehmen, denn es ist von verschiedenen Rednern hier richtig beschrieben worden:

Häufig werden in diesen Bereichen, wo Zuwendungen gezahlt werden, auch ganz wichtige Aufgaben wahrgenommen, und diese Menschen sollen sich um die Aufgaben kümmern und nicht um die Abrechnung der Modalitäten. Da wollen wir natürlich als Haushaltsgesetzgeber eine Ordnung haben, aber es muss ihnen möglichst leicht gemacht werden. Das sollte unser Anspruch sein.

Ein dritter Punkt, den ich zumindest noch anspreche, Thore Schäck hat das auch gerade angesprochen: Ich glaube, wir müssen tatsächlich auch gucken, wie wir mit diesem ganzen Thema Spenden umgehen. Mir ist das zumindest wichtig, dass wir das eigentlich belohnen müssten.

(Beifall FDP – Zurufe Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

Also, wenn jemand in einem Verein, in einer ehrenamtlichen Tätigkeit aktiv ist und es ihm dann noch gelingt, Spenden einzuwerben, dann erleichtert das nicht nur verschiedene Budgets, die wir vielleicht haben, sondern wir müssten eigentlich auch sagen: Mensch, wie können wir dieses Spendeneinsammeln unterstützen? Ich bin mir sehr sicher, dass wir das in unserer Gesellschaft, gerade hier in Bremen, wo wir doch viele spendenfreudige Bürgerinnen und Bürger haben, auch dann entsprechend generieren und anschieben könnten, dass wir sagen: Also, auf gewisse Spendenmodelle packt der Staat noch irgendwie etwas drauf und nutzt das auch. Also, darüber, glaube ich, sollten wir zu Beginn der nächsten Legislaturperiode

schnell sprechen, um die Leute damit im Endeffekt auch noch als Ansporn zu motivieren.

Das wären meine drei Punkte. Ansonsten freut es mich zumindest, dass wir hier auch mit Hilfe aller Parteien, aller Fraktionen zu einem positiven Ergebnis noch vor Ende der Legislaturperiode gekommen sind, und wir sind jetzt sehr gespannt, Dr. Martin Hagen, wie das möglichst schnell umgesetzt wird, was jetzt hier angesprochen wurde. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Thore Schäck das Wort.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Thema wurde, glaube ich, jetzt schon sehr umfassend und viel gesagt, viel auch Richtiges und Wichtiges. Ich möchte zwei neue Perspektiven aufmachen.

Gerade wenn wir über Pauschalierung und Vereinfachung sprechen, ist das natürlich immer eine Gratwanderung. Denn in dem Moment, in dem wir gewisse Freigrenzen anheben, in dem wir sagen, da müsst ihr gewisse Dinge nicht mehr nachweisen und so weiter, ist das immer ein heikles Thema, wenn es um die Verwendung von Steuermitteln geht. Wir sind es natürlich den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig, dass über jeden Cent und jeden Euro Rechenschaft abgelegt wird. Das ist natürlich eine sehr widersprüchliche Entwicklung, denn auf der einen Seite müssten wir für jeden Cent einen Nachweis einholen, auf der anderen Seite wollen wir gerade das nicht.

Da einen gesunden Mittelweg zu finden, der es administrativ und bürokratisch so schlank wie möglich hält, aber dafür sorgt, dass dann nicht das um sich greift, dass Mittel verwendet werden, von denen keiner mehr genau weiß, was damit passiert. Dann muss uns einfach auch klar sein, auch kleine Mittel werden, wenn sie zusammenkommen und häufiger auftreten, – dann entstehen da auch größere Summen. Das muss unser Anspruch sein, dass wir mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hier vernünftig umgehen und sehr genau wissen, was mit jedem Euro passiert.

(Beifall FDP)

Das zweite Thema, das spielt da ein bisschen mit rein: Die Vergangenheit – das weiß jeder, der Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss ist – hat ja gezeigt, dass häufig doch Nachweise fehlen, teilweise über Jahre, bei einzelnen Zuwendungsempfängern, wo wir nicht genau wissen, was ist mit dem Geld passiert oder es werden nach wie vor Zuwendungen gezahlt, obwohl der Verwendungszweck, der vielleicht vor zehn Jahren mal bestanden hat, heute gar nicht mehr existiert. Das ist kein gesunder Umgang.

Ich finde es total in Ordnung, dass wir dieses System aufrechterhalten und dafür sorgen, dass Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger entsprechend ausgestattet werden und die Mittel bekommen, die sie brauchen, um vernünftig arbeiten zu können. Im Gegenzug aber, das ist meine Erwartungshaltung, sind sie auch verpflichtet, dann ihre Nachweise zu erbringen, die sie erbringen müssen. Dazu sind sie nicht nur den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber verpflichtet, sondern auch insbesondere den Zuwendungsempfängern, die vielleicht auf mehr Mittel gehofft haben, die mehr Mittel brauchen. Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben.

Ich glaube, gerade bei diesem Punkt, also dem Controlling letztendlich, dass wir, gerade wenn wir hinter Belegen hinterherrennen müssen, hinter Nachweisen – –. Ich glaube, da kann die Digitalisierung uns wirklich helfen. Deswegen ist unsere Erwartung – –. Ich gehe das mit, dass jetzt die letzten anderthalb Jahre dort viel zusammengetragen worden ist, alles in Ordnung, aber die ZEBRA-Datenbank zum Beispiel, die gibt es seit, ich glaube, 2014, wenn ich das richtig im Kopf habe, also jetzt seit bald zehn Jahren, und so richtig zum Laufen gekommen ist sie ja offensichtlich bis heute nicht. Das heißt, wir haben da schon eine gewisse Zeit hinter uns.

Meine Erwartungshaltung ist, wenn wir uns so etwas leisten und so was aufbauen, dass wir das auch zum Laufen kriegen und dafür sorgen, dass es von allen so genutzt wird, dass es uns möglichst Arbeit abnimmt, insbesondere das Controlling der Summen, die dort ausgezahlt werden, so vereinfacht, dass das, was in der Vergangenheit leider zu häufig passiert ist, dass Geld gezahlt wurde und teilweise irgendwo untergegangen ist und jahrelang hinterhergerannt worden ist, dass das in Zukunft nicht mehr passiert. Wie gesagt, das sind wir, glaube ich, allen Beteiligten schuldig, insbesondere denjenigen, die das Geld aufbringen, und das sind die

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Birgitt Pfeiffer das Wort.

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Nur noch ein paar Gedanken: Ich bedaure ja fast, dass ich als Sozialpolitikerin gestartet bin, wie lustig wäre es in der Haushaltspolitik gewesen.

(Heiterkeit – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Würde manchmal helfen!)

Aber das soll noch nicht der Abgesang sein.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie würden in dem Bereich die Frauenquote sehr hoch treiben!)

Also, wenn ich noch mal anfange, dann da.

Ich will noch zu Herrn Schäck sagen: Unter denen, die von Zuwendungen profitieren, sind auch ganz viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das muss man vielleicht auch noch mal sagen.

Dann wollte ich gerne noch drei Punkte benennen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Tosender Applaus!)

Herr Eckhoff hat gesagt, wie können wir dahin kommen, dass das Engagement der Zuwendungsnehmenden im Hinblick auf Spendengewinnung – . Wie können wir das irgendwie besser belohnen? Da kann ich nur sagen, da bin ich total an Ihrer Seite, da müssten wir sofort Gespräche mit dem Rechnungshof aufnehmen, wie das denn machbar wäre. Ich glaube, das wird – . Wenn das jetzt ein dickes Brett war, ist dies ein sehr dickes Brett. Ich glaube aber, damit würden wir wirklich was bewegen können. Vielleicht müssen wir da auch mit der Fachkompetenz vom Senator für Finanzen beziehungsweise seinen Mitarbeitenden und dem Rechnungshof ins Gespräch kommen. Ich hätte große Freude daran, das zu tun.

Dann zum Thema Pauschalierung und Vereinfachung. Dieses Spannungsfeld, das hatte ich ja auch schon aufgemacht. Wir sind zwischen einerseits Ermöglichung, Partnerschaftlichkeit, Augenhöhe möglich machen, andererseits unseren haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, der Angemessenheit und der Sparsamkeit. Aus diesem Dilemma werden wir auch nicht rauskommen, sondern das wird immer zwischen diesen beiden Polen verhandelt werden müssen. Was ich wichtig finde, ist, dass wir denen, die Zuwendungen bekommen, auch erstmal mit Vertrauen entgegengehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir uns die Berichte des Rechnungshofes angucken – In diesem Prozess hat der Rechnungshof ja auch eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben und hat aufgeschrieben, in wie vielen Fällen er denn Zuwendungsnehmende oder man könnte auch sagen die Ressorts in schlechtem Umgang mit Zuwendungen kritisiert. Das sind ungefähr, wenn ich es richtig im Kopf habe, 40 Fälle von 4 100. Wir sind hier also in einem Bereich von einem Prozent. Dass das natürlich, wenn man im RPA sitzt, nach viel mehr aussieht, ist klar, aber man muss es ins Verhältnis rücken. Darauf, finde ich, sollten wir gemeinsam achten, dass wir dieses Verhältnis wahren.

Zum Thema Controlling und Nachweise fehlen: Ich glaube, das hat dieser Prozess auch zutage gefördert, dass die Mitarbeitenden in den verschiedenen Referaten in den verschiedenen Verwaltungen tatsächlich auch noch eine kleine Ermutigung brauchen, souveräner und ausgebildeter mit dem Zuwendungsrecht umzugehen.

Jetzt kommt Herr Schäck und hat eine Frage.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Ich muss Sie aber erst einmal fragen, Frau Pfeiffer. Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Schäck?

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Okay.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Bitte schön, Herr Schäck!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Vielen Dank! Teilen Sie meine politische Einschätzung auch – –.

(Zurufe: Oh! Wow!)

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Ich bin nicht die Senatorin.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Teilen Sie meine politische Einschätzung, dass jeder Fall, der auftritt, zu viel ist, wenn es um Steuermittel geht? Insbesondere in den Fällen, in denen teilweise seit Jahren hinter Belegen hergerannt wird, die nicht eingereicht werden, und trotzdem Jahr für Jahr weiter Geld fließt?

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Absolut. Ich bin übrigens auch der Ansicht, dass Menschen, die über Millionen Steuern hinterziehen, auch sehr, sehr gründlich geprüft werden müssten. Ich finde, dass muss man in Relation sehen. Ich würde auf keinen Fall sagen, dass man bei Zuwendungsnehmern alle fünfe gerade sein lassen kann, gar keine Frage. Selbstverständlich ist das die Pflicht von Zuwendungsempfangenden, Belege beizubringen. Es ist aber auch die Pflicht einer Verwaltung

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: -- zu helfen!)

zu helfen. Danke schön, Herr Strohmann.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch die Pflicht, das erleben wir auch. Sie können davon ausgehen, hinter jedem Zuwendungsnehmer, der seine Belege nicht einreicht, sitzen auch Menschen in der Verwaltung, die vergessen haben, noch mal freundlich daran zu erinnern, dass das notwendig ist. Ich glaube, an beiden Stellen werden wir besser werden müssen.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Vielen Dank!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Bitte sehr! Ich bin jetzt auch am Ende angelangt. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat Staatsrat Dr. Martin Hagen das Wort.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme den Dank, der von vielen Seiten eben geäußert wurde, auch an meine Kolleg:innen Frau Frick, Frau Hentschel und Herrn Fehren, gern mit. Ich möchte mich aber zunächst auch einmal bedanken, und zwar bei den Zuwendungsempfängerinnen und –empfängern, denn in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur, Bildung und Natur und noch weiteren leisten die Zuwendungsempfängerinnen und empfänger ganz wertvolle Arbeit für unser Gemeinwesen, für den Staat und für die Kommunen,

und dafür möchten wir uns auch als Senat bedanken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Heute Morgen durfte ich ein Thema vertreten, in dem ich mich schon lange betätige. Jetzt freue ich mich, zu einem Thema Stellung zu nehmen, in dem ich mich noch nicht so lange betätige, sondern erst, seitdem ich vor knapp drei Jahren Staatsrat geworden bin. Ich bin insofern sehr dankbar, dass in dem zweiten Teil der Diskussion deutlich wurde, was das eigentliche Problem ist, nämlich die verschiedenen Ziele, die in der Zuwendungsvergabe und auch in der Überprüfung zu berücksichtigen sind, und es ist mir noch mal ein Anliegen – auch im Interesse meiner Kolleginnen und Kollegen in allen Ressorts - deutlich zu machen, dass niemand dort sitzt und sich gedacht hat: Wir machen das Leben für Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger schwer.

Dass es manchmal aus Sicht der Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger schwer aussieht oder auch tatsächlich schwer ist, liegt an den anderen Zielen, die hier in dieser Debatte auch deutlich vorgetragen worden sind. Natürlich können wir als Senat nicht verschweigen, dass wir in dem Bereich Zuwendungen das ein oder andere Problem in der letzten Zeit hatten. Auch das alles ist nicht vorsätzlich produziert, sondern aus verschiedenen anderen Rationalitäten, die hier hinlänglich politisch diskutiert worden sind und teilweise auch zu Recht kritisiert worden sind. Dem müssen wir uns stellen, da sind wir als Senat aufgefordert worden, uns zu verbessern. Insofern versuchen wir, die Verbesserungen mit diesem Reformvorhaben zu verknüpfen

Ich will gar nicht so lange selbst zu diesem Thema reden. Wie gesagt, ich bin auch erst neu in diesem Thema, ich danke auch noch einmal Birgitt Pfeiffer und Sahhanim Görgü-Philipp für das Anlernen der Sorgen und Nöte aus dem Bereich und ich möchte mal aus der von Herrn Eckhoff eben angesprochenen Anhörung zitieren, was diejenigen, die davon betroffen sind, gesagt haben.

Frau Müller vom Landessportbund Bremen hat gesagt zu den Vorschlägen, die wir also erarbeitet haben mit den Ressorts aus den verschiedenen Anhörungen, die die Ressorts durchgeführt haben – –. Daraus haben wir das Paket, was Ihnen jetzt vorliegt, zusammengestellt und das ist dort dann noch einmal umfassend beraten worden. Über unsere Vorschläge hat Frau Müller vom Landessportbund

Bremen gesagt, dass die Vereinfachung und die weitere Digitalisierung des Verfahrens begrüßt wird.

Herr Donk vom Netzwerk Selbsthilfe hält viele der vom Senat vorgesehenen Maßnahmen für sinnvoll. Insbesondere die Vereinfachung des Verfahrens mit Blick auf ältere Antragstellerinnen und die mehrjährigen Bewilligungszeiträume werden begrüßt.

Herr Lutz von der LAG Freie Wohlfahrtspflege heißt die vorgeschlagenen Maßnahmen überwiegend gut.

Ich zitiere jeweils aus dem Protokoll der Anhörung. Herr Rode vom Bund

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: B.U.N.D.!)

begrüßt die Vereinfachung der bremischen Zuwendungspraxis, die Vereinfachung mehrjähriger Zuwendungen, die vermehrte Einführung von Förderungspauschalen und die Festbetragsfinanzierung. Ich glaube, diese Worte sprechen für sich.

Ich möchte noch auf zwei weitere Punkte eingehen, die hier besprochen worden sind. Das ist einmal der Punkt Digitalisierung. Es wird niemanden wundern, dass auch ich das so sehe und wir setzen uns auch dafür ein. Wir haben gerade am letzten Freitag im Haushalts- und Finanzausschuss die Fortsetzung der ZEBRA-Datenweiterentwicklung beschlossen. Es wird Sie vielleicht überraschen, dass sich auch der Finanzsenator, der für die IT zuständig ist, nicht einfach das Geld nehmen kann, auch nicht wie ein Zuwendungsempfänger, sondern dass ich mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen, die die verschiedenen Budgets verwalten, bei mir immer organisieren muss, dass Mittel gefunden werden, wenn die Digitalisierung teurer wird. Auch auf das sei mal an dieser Stelle hingewiesen.

Es liegt nicht daran, dass wir da immer so rumsitzen und nicht wissen, dass wir das digitalisieren wollen, sondern Verzögerungen in der Digitalisierung haben meistens etwas damit zu tun, dass gerade das Geld nicht da ist und auch ein Finanzsenator dies erst einmal organisieren muss. Insofern ist das Thema der Digitalisierung völlig richtig an dieser Stelle, und das möchte ich auch sagen: Auch ich wünsche mir das tatsächlich ein bisschen schneller, so viel Ehrlichkeit muss bei der Kritik sein. Da müssen wir etwas tun.

Das Thema ist übrigens komplexer, als nur ZEBRA zu digitalisieren. Es gibt noch ganz viele andere Datenbanken, die von den verschiedenen Fan Groups, die es in Bremen so gibt und in den verschiedenen Ressorts immer geschützt werden. Das ist so ein anderes Thema der Standardisierung, da können Sie, glaube ich, sich alle ein bisschen aufeinander zubewegen, dann kommen wir auch da schneller voran.

Ich habe eben noch ein bisschen geguckt, ich hatte so einen Verdacht. Ein Zebra ist ein Jahr schwanger, zwölf Monate, nicht nur neun Monate, insofern dauert es im Namen sowieso immer ein bisschen länger, vielleicht hilft das, um es ein bisschen besser zu ertragen. — Klingelt es schon jetzt? Da hat sich jemand gemeldet.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Ja, das war ich.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Ach so, das ist dann danach. Das ist ein anderes Verfahren.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Wir haben hier alles unter Kontrolle, danke!

(Heiterkeit)

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Okay, ich muss noch lernen. Alles klar, Entschuldigung.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Sie wollten mir ja nur helfen.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Zu den Spenden, auch das ist eine wichtige Anregung: Ich lege Wert darauf, dass wir – das ist, finde ich, ein ganz wichtiger Punkt – das schon gelöst haben, dass es einfacher wird, dass, wenn Spenden zusätzlich on top kommen, die auch bei Zuwendungsempfängern bleiben können.

Ich will aber auch noch mal deutlich machen, dass es nicht ganz illegitim ist, dass man dann einfach sagt, die Spenden müssen von der Zuwendung wieder abgezogen werden. Das ist nicht in sich ein Skandal, auch wenn manchmal so getan wird. Es geht ja letztendlich um die Verwendung von Steuergeldern, und wenn das Geld auch von anderer Seite kommt, dann muss man es entsprechend miteinander abwägen.

Vielleicht noch einmal ein Punkt, weil er mir so wichtig ist. Das wurde auch angesprochen mit dem Rechnungshof. Ich finde, wir waren mutig. Der Sachverhalt, um den es ging, muss man einfach sagen – –, es ging nicht um Millionenzuwendungen, es ging um die Kleinstbeträge. Wir vertreten oder haben die Auffassung vertreten, dass man diese Kleinstbeträge auch mehrjährig in der Hoheit des Ressorts oder der Dienststelle – so, wie man den Bürobedarf auch mehrjährig festlegen darf – machen kann. Da geht es allein um die Systematik, ob man Zuwendungen ähnlich wie Bürobedarf behandeln kann oder nicht. Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein.

Wir haben uns am Ende dafür entschieden, die rechtssicherere Variante zu wählen, um auch den Gesamterfolg nicht zu gefährden. Das Gute für die Zuwendungempfängerinnen und -empfänger ist: Es ändert sich dadurch nichts, aber für meine Kolleg:innen, die die Zuwendungen erteilen, ist es ein bisschen komplizierter, als es vielleicht hätte sein können. Aber das können wir in der nächsten Legislaturperiode noch einmal neu angehen.

Gut, ich komme zum Schluss. Die Koalition hatte sich vorgenommen, im Koalitionsvertrag die Zuwendungspraxis für kleine Vereine und Träger und an Selbsthilfeorganisationen zu verbessern. Das ist uns gelungen, am 1. März treten die neuen Regelungen in Kraft und der Senat, der von Rot-Grün-Rot getragen wird, hat an dieser Stelle geliefert. – Dafür vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Jens Eckhoff das Wort. – Ich habe schon damit gerechnet, dass Sie sich zum Schluss wieder nach dem Staatsrat melden.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Entschuldigung, dieses --.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das macht die CDU jetzt immer so!)

Nein, Entschuldigung, dieses Mal habe ich wirklich lange überlegt, weil ich die – –. Nein, nein. Zum einen, Frau Präsidentin, zum einen müssen Sie das ja auch verstehen, dass man als Opposition – –, aber ich will jetzt die Harmonie gar nicht zu sehr aufbrechen. Ich möchte nur, bevor wir da tatsächlich nachher einen falschen Tenor hinkriegen und das in der Debatte bleibt, schon noch mal das unterstreichen, was der Kollege Schäck auch gesagt hat. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass auch allen klar ist, dass trotz einer vereinfachten Praxis natürlich auch Zuwendungsbescheide kontrolliert werden

weiterhin, entsprechend abgerechnet werden müssen

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das ist doch rechtliche Vorgabe!)

und natürlich auch mit entsprechenden Belegen belegt. Und das ist, wenn man das nicht macht, wenn man es nicht — , ja, es ist eine rechtliche Vorgabe, aber es ist auch, wenn man es nicht macht, kein Kavaliersdelikt, um das auch ganz deutlich zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Und darauf werden wir auch weiter achten.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch, Herr Eckhoff!)

Dann ist gut.

Dann bin ich beim nächsten Thema. Das ist nämlich, dass die öffentliche Hand dort auch eine Kontrollfunktion hat und das liegt in den einzelnen Behörden. Je intensiver man dort — –, und auch dieser Hinweis war ja zu Recht, ZEBRA gibt es seit zehn Jahren fast und das sollte ja eigentlich ein Unterstützungstool sein. Es wird leider bis heute noch immer nicht in jedem Verwaltungsbereich als dieses Unterstützungstool auch angesehen, sondern es wird bei manchen, weil es natürlich bei der Einrichtung von bestimmten Förderbescheiden vielleicht auch etwas länger dauert, eine Vorlage genommen, die man noch auf Windows 2000 vielleicht hat und immer wieder rausschickt, so am Anfang mehr Arbeit machen, aber es erleichtert danach eine ganze Menge.

Deshalb gilt natürlich von hier aus auch noch mal der Appell wirklich bis in jede Amtsstube: Nutzt dieses Angebot ZEBRA, weil dann haben wir auch insgesamt eine bessere Übersicht in den Zuwendungsberichten, die wir immer im Parlament auch bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch dies möchte ich an dieser Stelle noch mal ganz, ganz deutlich sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die bis jetzt ZEBRA noch nicht so intensiv nutzen, wie das vielleicht sein kann.

Und Drittens: Natürlich ist auch unsere Aufgabe, und wir hatten ja, glaube ich, vor zwei Wochen irgendwie – –. Im Kulturbereich gab es ja sogar eine Sondersitzung auch der Deputation, weil man sich

damit beschäftigt hat. Wir werden auch als Parlamentarier weiter darauf achten, dass dann auch dies entsprechend abgerechnet und auch kontrolliert werden muss durch die Behörde.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Super!)

Ja, Frau Dr. Müller, es ist --.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finde ich wirklich gut!)

Ich finde es traurig, wenn ich das sagen darf, dass es in manchen Bereichen, aus welchen Gründen auch immer, da zumindest zu Verzögerungen kommt, die wir eigentlich nicht akzeptieren können. Vor diesem Hintergrund wollte ich diese drei Sachen, Frau Präsidentin, noch mal loswerden und ich hatte mich nicht schnell genug gemeldet in diesem Fall, um vor dem Staatsrat zu sprechen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist damit geschlossen.

Die Bürgerschaft Landtag nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Für mehr Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt: Ehegattensplitting abschaffen, Minijobs eindämmen, Tarifbindung stärken!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/1739)

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Kristina Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält die Abgeordnete Maja Tegeler das Wort.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Wir diskutieren hier und heute unseren Antrag für mehr Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt, weil wir noch immer zu weit von echter Gleichstellung für alle Frauen entfernt sind, von armutsfester Absicherung oft übrigens leider auch. Was das in der Praxis heißt, werde ich kurz ausführen.

Nur 58,2 Prozent aller Frauen im Land Bremen sind überhaupt berufstätig. In Bremerhaven sind es noch weniger, 51,3 Prozent. Ein großer Teil der Frauen im Land Bremen und gut die Hälfte in Bremerhaven kann sich nicht mit eigenem Arbeitsaufkommen aus der Armutsgefährdung herauskämpfen. Mit diesen schlechten Beschäftigungsquoten liegen wir im Ländervergleich weit hinten. Noch deutlich schlechter fällt aber der Vergleich zur Beschäftigungsquote von Männern aus, sowohl in Bremen als auch bundesweit.

Schaut man sich die Arbeitsverhältnisse der berufstätigen Frauen in Bremen genauer an, wird deutlich, dass auch ihre Arbeit sie häufig gar nicht vor Armut schützen kann. Etwa die Hälfte der abhängig beschäftigten Frauen arbeitet in Teilzeit. Frauen sind zudem deutlich häufiger in Branchen mit prekären Arbeitsbedingungen und geringer Tarifbindung beschäftigt als Männer, vor allem im Handel. Zuletzt arbeiteten Frauen häufiger in geringfügigen Beschäftigungen, sogenannten Minijobs.

Damit gehen verschiedene Nachteile einher. Es besteht zum Beispiel kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, ein geringerer Rentenanspruch, und die Beschäftigten sind nicht über ihren Arbeitgeber kranken- und pflegeversichert. Die benannten Probleme bleiben nicht ohne Folgen. Neben einem akut geringeren Einkommen ist die Rente von Frauen oft nicht ausreichend, um einen eigenen Lebensunterhalt im Alter selbstständig bestreiten zu können. Der jüngste Lebenslagenbericht im Land Bremen zeigte, dass mehr als 58 Prozent, die 2019 auf Grundsicherung im Alter angewiesen waren, Frauen waren. Diese Zustände sind nicht annähernd im Sinne einer geschlechtergerechten und auf finanzielle Absicherung zielenden Gesellschaft.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Linke wollen, dass Frauen die gleichen Chancen zur Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt haben wie Männer. Zudem fordern wir gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung von Frauen, sodass sie nicht weiter in finanzielle Schieflagen oder Abhängigkeiten geraten. Was also schlagen wir vor, um da hinzukommen?

Punkt 1: Wir wollen die Tarifbindung durch verschiedene Maßnahmen stärken. Durch Tarifverträge werden verbindliche Löhne und Arbeitsbedingungen vorgeschrieben. Im frauendominierten Einzelhandel beispielsweise sind Löhne von tarifgebundenen Unternehmen laut einem Bericht der Arbeitnehmerkammer zum Teil über 30 Prozent höher als in nicht tarifgebundenen Betrieben. Dazu muss man sagen: In diesem Bereich ist die Tarifbindung mit 24 Prozent – das war die mir zuletzt bekannte Zahl – besonders gering.

Die Tarifbindung wäre somit ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen. Konkret setzen wir uns ein für ein Tariftreuegesetz auch auf Bundesebene und die Vereinfachung von allgemeinen Verbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, wie sie sich beispielsweise in der Gastronomie gerade sehr bezahlt machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt 2: Wie bereits gesagt, arbeiten Frauen häufiger in Minijobs mit den benannten negativen Folgen für ihre finanzielle Situation. Dem wollen wir durch eine weitgehende Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse begegnen. Mit steigendem Einkommen sollen auch die Sozialversicherungsbeiträge bis zu einem Einkommen von 2 000 Euro linear steigen. Ab einem Einkommen von 2 000 Euro würde dann der Höchstbetrag fällig. Für Schüler: innen, Studierende und Rentner:innen wollen wir Minijobs als Zuverdienstmöglichkeit im Rahmen einer Ausnahmeregelung weiter ermöglichen.

Zu unserem dritten Punkt komme ich dann in der zweiten Runde, weil meine Zeit gerade abgelaufen ist. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Henrike Müller.

Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Tegeler hat es gerade schon sehr eindrücklich dargestellt. Ich will es noch mal ganz kurz zusammenfassen: Frauen arbeiten zu wenig, Frauen arbeiten zu schlecht bezahlt und Frauen arbeiten zu viel unbezahlt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Richtig!)

So kann man es, glaube ich, auf den Punkt bringen. Stellschrauben, die wir drehen müssen, um Frauenerwerbstätigkeit zu verbessern und zu erhöhen, haben wir enorm viele. Also, wir brauchen sehr viele Stellschrauben von der Steuerpolitik bis zur klassischen Arbeitsmarktpolitik. Da hat der Koalitionsantrag einige aufgelistet, die wir vor allem auch an die Bundesregierung adressieren, und die Kollegin Tegeler hat sie auch gerade vorgestellt.

Ich will noch ein paar Punkte hinzufügen, weil sie gerade in den letzten wenigen Wochen noch einmal öffentlich sehr deutlich geworden sind. Der letzte Kammer—, wie heißt es?, Kammerkompaktbericht unserer Arbeitnehmerkammer sagt, in Bremen ist der Gender Pay Gap immer noch besonders schlecht. Also, bundesweit sind wir bei 18 Prozent, in Bremen leider bei 22 Prozent, und sechs Prozent können wir relativ schlecht erklären, außer mit der Tatsache: Frauen arbeiten zu wenig, zu kurz, in zu schlechten Jobs.

Dann kam, das war mir übrigens bis vor zwei Wochen auch noch nicht klar, dass selbst jede dritte Frau, die Vollzeit arbeitet und ihre Rentenpunkte auch ordentlich zusammensammelt, weniger als 1 000 Euro Rente am Ende raushat. Ich weiß nicht, Arbeit lohnt sich da vielleicht nicht wirklich für die, ja, für das Selbstbewusstsein und für die Anerkennung im Leben, aber für die Rente eben nicht. Also, allein in der Rente anzukommen, und viele Frauen kommen ja alleine in der Rente an, und dann mit 1 000 Euro über die Runden zu kommen, ist ja wirklich fast unmöglich und muss sich ändern.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dass wir in Bremen so eine Sondersituation mit einer extrem schlechten Frauenerwerbstätigkeit haben, darüber könnte man jetzt lange Seminare führen und das mal genau recherchieren, woran das eigentlich liegt. Letztlich – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Da braucht man nur bei den Alleinerziehenden gucken!)

Ja, das allein reicht eben nicht. Man könnte auch in der gehobeneren, gutgestellten Gesellschaft gucken, wie viele Frauen da nicht arbeiten, aber das will ich jetzt nicht vertiefen, sondern es geht ja um Frauen, die wirklich auch einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, um davon leben zu können.

Wir wollen, jedenfalls hört man das gerade in sehr vielen Talkshows – –.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Frau Ahrens, jetzt bin ich gerade mal dran.

Wir haben Frauen ja auch wiederentdeckt, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Allenthalben heißt es jetzt: Frauen auf den Arbeitsmarkt, wir haben keine Pflegekräfte, keine Kitakräfte, keine Lehrerinnen und, und, und! Das ist schön. Jeder Frau, die ich kenne, die noch nicht arbeitet, sage ich jetzt: Die Chance musst du nutzen, vielleicht ist in zehn Jahren alles anders. Jetzt ist der Fachkräftemangel da, jetzt wollen auch Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Und sie würden ja, wenn sie könnten. Gleichzeitig haben wir aber die Entwicklung, dass Kitazeiten reduziert werden, weil wir einen Fachkräftemangel haben. Also machen wir die Kitas einfach zwei Stunden früher zu. Jetzt gerade in Thüringen, in Baden-Württemberg, bei uns auch zwischendurch, überall werden die Kitazeiten verkürzt und gleichzeitig, liebe Frau, geh doch auf den Arbeitsmarkt. Das ist die Quadratur des Kreises, die Kitazeiten sind die Grundvoraussetzung für jegliche Erwerbstätigkeit. Da darf keine Stellschraube gedreht werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP)

Ich war sehr froh über die Fachkräftestrategie, die die Arbeitssenatorin diese Woche vorgelegt hat, denn sie hat die ganze Infrastruktur rund um die Kinderbetreuung als zentralen Teil der Fachkräftestrategie aufgelistet. Genau das ist es. Ohne die Infrastruktur funktioniert es nicht, und ohne dass andere Ressorts liefern, können wir uns im Arbeitsressort dumm und dämlich arbeiten, es wird nicht funktionieren. Also, da muss es ein Zusammenspiel geben.

Dann würde ich gerne einen Wunsch äußern. Also, wir haben alle Wünsche, was so im Schulunterricht vorkommen soll, von Digitalisierung bis und so weiter. Ich hätte gerne ein Fach nur für Mädchen: autonome Existenzsicherung,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das steht im Wahlprogramm der CDU!)

und zwar von der Grundschule an. Dann wird Finanzen gelernt, dann wird auf Steuerrisiken hingewiesen, dann wird darauf hingewiesen, wie teuer

eine Scheidung werden kann, auf jeden Fall für Frauen. Dann wird darauf hingewiesen, was ich eigentlich schon erwirtschaftet haben muss, bevor ich ein Kind bekomme, und, und. Das ist ein Fach, das könnte ich fünf Jahre rund um die Uhr unterrichten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD)

Ich habe schon acht Sekunden überzogen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Bettina Hornhues das Wort.

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute debattieren wir den Koalitionsantrag für mehr Geschlechterger — (verspricht sich)

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist schon schwierig!)

am Arbeitsmarkt. Sie fordern den Senat auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass bundesweit ein Tariftreuegesetz eingeführt wird, dass Ehegattensplitting abgeschafft werden soll, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umgewandelt werden sollen und die Tarifbindung aus Ihrer Sicht gestärkt werden soll. Ihr Fokus in dem Antrag liegt dabei auf den prekären Bedingungen, der schlechteren Bezahlung von Frauen und der Altersarmut und darauf, diese zu bekämpfen.

Schauen wir uns aber die tatsächliche Situation einmal an. Ist das Tariftreuegesetz in Bremen tatsächlich ein Erfolgsmodell, das nun daher auch im Bund eingeführt werden soll? Die logische Schlussfolgerung, es dann auch auf alle Bundesländer zu übertragen, fehlt schon einmal in dem Antrag. Ich kann aber mitnichten da überhaupt einen Erfolg feststellen, der sich lohnt auf ganz Deutschland ausgeweitet zu werden. Das ist doch ein reines Symbolthema im Wahljahr, das kaum einem Beschäftigten im Land Bremen einen Vorteil bringen wird

(Beifall CDU)

Tariflohnbindung gilt doch in einem solchen Fall nur für die jeweils öffentlich ausgeschriebenen Leistungen. (Beifall CDU)

Schon in Bremen hat die Einführung des Tariftreuegesetzes für die nicht tarifgebundenen Unternehmen oder die mit Haustarifvertrag eine unnötig komplizierte Aufteilung der Gehälter in einen auftrags- und einen nicht auftragsrelevanten Teil geführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir finden doch jetzt schon kaum noch genügend Unternehmen, die sich an Ausschreibungen beteiligen. Bei einer bundesweiten Ausweitung werden Sie dem Wirtschaftsstandort Deutschland nur weitere Knüppel zwischen die Beine werfen, um die Konkurrenzfähigkeit zu mindern. In einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation, wie in dieser Zeit, ist das für uns ein absolut falsches Signal, ein No-Go.

(Beifall CDU)

Noch viel schlimmer: Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit hat das Ganze überhaupt nicht. Es ist kontraproduktiv, diese für andere ideologische Zwecke zu missbrauchen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Geschlechtergerechtigkeit ist keine Ideologie!)

Das Ehegattensplitting darf nicht abgeschafft werden. Die in dem Antrag beschriebenen Probleme entstehen auch nicht durch das Splitting an sich, sondern durch die Steuerklassenkombination 3 und 5. Deswegen muss es eher darum gehen, die Lohnsteuerklasse 5 abzuschaffen und die proportionale Besteuerung per Faktorverfahren bei der Steuerklasse 4, die schon seit einigen Jahren die Standardeinstellung bei neu verheirateten Paaren ist, noch weiter zu verbreiten und bekannt zu machen.

(Beifall CDU)

Das hat reale Auswirkungen auf die Gehälter der geringverdienenden Ehepartner.

Der Umwandlung von Minijobs mit den aufgeführten Ausnahmen für Schüler, Studenten und Rentner kann man etwas Positives abgewinnen. Die Ampelkoalition im Bund hat aber grade erst die Minijob-Grenze auf 520 Euro im Monat erhöht. Außerdem hat sie bei den Minijobs die Belastung der Arbeitnehmer mit sozialversicherungspflichtigen Abgaben am Beginn der Gleitzone auf null abgesenkt und das Ende der Gleitzone auf 2 000 Euro

angehoben. Man kann also sagen, dass Teile der Antragsforderung eigentlich schon umgesetzt sind.

(Beifall CDU)

Sinnvoll wäre sicherlich noch eine stärkere Anhebung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer. Aber auch hierfür hätten SPD und Grüne zusammen mit der FDP im Bund ja die Mehrheit,

(Beifall CDU)

aber scheinbar bisher nicht den Willen zur Umsetzung gehabt.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Naja, erst mal abwarten!)

Lassen Sie Maßnahmen erst einmal Wirkung entfalten, bevor jetzt schon wieder Änderungen eingeführt werden.

Komme ich nun zu Ihrer letzten Forderung: Stärkung der Tarifbindung. Die bestehenden Möglichkeiten zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen reichen unseres Erachtens nach aus. Sie werden ja auch intensiv genutzt. Eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung einzig auf Antrag der Arbeitnehmerseite gegen die Arbeitgeberseite zu ermöglichen, würde die sehr wichtige Tarifautonomie, wie bei der letzten Mindestlohndebatte, ein weiteres Mal aushebeln.

Dass wir daher Ihren Antrag nur ablehnen können, ist nun hinreichend dargelegt worden. Wir wollen aber konstruktiv sein und schauen, was denn Bremen selber zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann und damit eigene Verantwortung übernimmt, statt alles beim Bund abzuladen. Dafür komme ich in der zweiten Runde wieder. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Thore Schäck das Wort.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt erst mal vorwegstellen, dass ich es einigermaßen schade finde, dass hier vorne bisher nur Frauen stehen und über das Thema debattieren und streiten. Ich finde, uns Männer geht das genauso an.

(Beifall FDP, CDU)

Wir haben einen Antrag, ich würde ihn mal als Multi-Antrag bezeichnen, weil er ja nicht nur das Thema Ehegattensplitting beschreibt oder eine Lösung fordert, sondern letztendlich auch das Thema Tariftreue und die Abschaffung von Minijobs. Das ist das, was in diesem Antrag auf gerade mal zwei Seiten steht. Das Ganze soll jetzt angegangen werden.

Was mich ein bisschen gewundert hat, Tariftreue klammer ich jetzt mal aus, aber die beiden Themen Ehegattensplitting und Abschaffung Minijobs, das hat mich ein bisschen gewundert. Insbesondere, dass das auch aus Reihen der Koalition hier gestellt worden ist, weil Sie ja sicherlich wissen, dass im Bund im Koalitionsvertrag das Thema Ehegattensplitting vermerkt ist. Das ist ein Thema, an dem gerade gearbeitet wird. Es gibt also eigentlich überhaupt keinen Anlass dafür, das hier aus Bremen zum Thema zu machen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein bisschen Druck hat noch niemandem geschadet, Herr Schäck!)

Das Zweite ist das Thema Minijobs und auch das wundert mich. Man kann zu dem Thema stehen, wie man möchte, aber Sie beziehungsweise Ihre eigenen Leute haben im Bund gerade der Erhöhung, der Aufstockung der Minijobs zugestimmt. Hier fordern sie jetzt die Abschaffung. Das passt nicht zueinander. Das passt nicht zueinander!

(Beifall FDP)

Wir haben Herausforderungen, das ist richtig. Wir haben jetzt gerade lesen dürfen, dass der Gender-Pay-Gap nirgendwo so groß ist wie in Bremen. Das sind Entwicklungen, denen wir entgegenstehen müssen, wo wir etwas tun müssen. Das ist gar nicht die Frage. Hinter diesen Zielen stehen wir auch als FDP-Fraktion. Die Frage ist nur: Werden diese Ziele mit den Themen, die sie hier aufgelistet haben, erreicht? Da sind wir der festen Überzeugung: Nein, das ist nicht der Fall. Die Ziele, die sie genannt haben, werden sie mit den Maßnahmen, die sie unten formuliert haben, nicht erreichen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen sie mir drei bessere!)

Sie haben selbst ein paar Sachen genannt, die aber gar nicht im Antrag vorkommen, nämlich das Thema Kitaplätze. Da haben sie lang und breit hier gesprochen und ich habe ihnen zugehört und habe applaudiert, weil ich das gut fand, was sie gesagt haben.

(Beifall FDP)

Aber dazu steht hier nichts drin, nicht ein Satz, keine Forderung, nichts!

(Zuruf Abgeordnete Antje Grotheer [SPD])

Ich glaube, das ist genau der Punkt. Am Ende braucht es doch zwei Sachen: Es braucht die Chance auf Qualifikation und es braucht eine Abfederung der Doppelbelastung. Das schaffen wir durch ausreichende Kitaplätze, was sie seit Jahren in Bremen nicht hinbekommen. Das gehört zur Wahrheit dazu. Wir brauchen eine Ausweitung der Kitazeiten, es braucht eine zuverlässige Kitabetreuung, nicht ständigen Ausfall, Absagen und so weiter, und es braucht beispielsweise auch ein Ganztagsschulangebot, das andere Bundesländer auch besser hinbekommen haben.

Das gehört dazu, wenn man dieses Problem lösen will. Ich glaube, das sind die viel größeren Hebel, wenn man an dieses Thema ran will, als über das Thema Minijobs zu fabulieren.

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Sie müssen sich die Frage stellen lassen, wenn sie hier darüber sprechen. Frau Dr. Müller, ich höre Ihre Reden gerne. Ich höre Ihnen gerne zu und fand auch das, was Sie gesagt haben, richtig. Sie müssen sich dann aber natürlich fragen lassen, wenn sie das als Argument einbringen, warum in all den Jahren in diesem Bereich so wenig passiert ist. Warum wir nach wie vor in der Situation sind, dass Tausende Kitaplätze fehlen. Ich selbst habe im Personalbereich gearbeitet, ich weiß, wie es ist, dass ständig Mitarbeiterinnen wieder in den Job zurückwollen und sagen: Ich würde gerne, sofort. Der Arbeitgeber will, die Mitarbeiterinnen wollen, sie können aber nicht, weil sie keinen Kitaplatz haben. Das ist doch der Kern des Problems, an den sie hier im Moment nicht rangehen.

(Beifall FDP)

Dass Sie jetzt hier um das eigentliche Problem herumarbeiten, das ist ja letztendlich auch das Problem mit Anträgen dieser Art. Das sorgt am Ende für Vertrauensverlust in die Politik, weil die Menschen da draußen das Gefühl haben, hier wird gar nicht an dem eigentlichen Problem gearbeitet. (Zuruf Abgeordnete Antje Grotheer [SPD])

Das Problem der mangelnden Kitaplätze ist ein Fakt, da können sie jetzt argumentieren wie Sie wollen, Frau Grotheer, aber am Ende fehlen nach wie vor Tausende Kitaplätze. Das Problem hat sich in den letzten Jahren nicht gelöst. Das ist ein Problem, und solange sie diese Probleme nicht lösen, glaube ich, brauchen wir nicht über Dinge sprechen, die entweder gerade in Berlin geklärt werden oder die eigentlich um das Problem herum arbeiten.

Sorgen sie für Kitaplätze, sorgen sie für vernünftige Kitabetreuungszeiten, die auch stabil sind, die zuverlässig sind, sorgen sie für Ganztagsschulen

(Zuruf Angeordnete Petra Krümpfer [SPD] – Zuruf Abgeordnete Antje Grotheer [SPD])

und dann, glaube ich, werden sie mehr für das Thema Frauen getan haben als mit diesem Antrag. Wir werden ihn deswegen ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Antje Grotheer das Wort.

Abgeordnete Antje Grotheer (SPD): Ich mach mich erst mal ein bisschen mehr sichtbar. Dann kann ich ein bisschen besser über den Tisch donnern. Frau Präsidentin, vielen Dank!

Meine Damen und Herren, ich habe so eine schöne Rede, die packe ich jetzt mal beiseite und beziehe mich auf das, was hier gerade gekommen oder nicht gekommen ist.

Ich fange mal von hinten an. Sehr geehrter Herr Kollege, Sie eröffnen Ihren Beitrag mit den Worten "das ist hier so ein bunter Strauß", um uns dann vorzuwerfen, dass dieser bunte Strauß nicht bunt genug ist.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Nein, dass er die Probleme nicht angeht! Das ist das Problem!)

Das ist ein bisschen widersinnig.

Die zweite Frage zur Kita- und Ganztagsschulversorgung haben wir in dieser Parlamentswoche schon einmal diskutiert. Die haben wir in der letzten, in der vorletzten und in der vorvorletzten Woche diskutiert.

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Schön, dass Sie sich nur dieses Thema rausgreifen, damit Sie ja nicht über Steuerfragen reden müssen. Da will die FDP nämlich nicht ran.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Thore Schäck [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. Der Kollege hat eine zweite Runde.

Für mich gibt es ein paar Argumente, die ich jetzt einmal loswerden möchte. Der Reihe nach: Wir reden heute über das Thema Frauenerwerbstätigkeit, und wir reden über die Sachen, die Frauenarmut verursachen. So, dazu muss man sich einmal sorgfältig angucken, womit es eigentlich losgeht.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen Töchter hat, ich habe von ihnen gleich vier. Für mich ist die Frage, ob meine Töchter irgendwann von ihrer Arbeit selbst leben können oder sie darauf angewiesen sind, dass wer auch immer sie mit durchzieht und dass sie gegebenenfalls bei einem Partner oder einer Partnerin bleiben müssen, weil sie Angst haben vor dem eigenen sozialen Elend, eine ganz erhebliche. Das ist der Grund, warum ich meinen Töchtern immer sage, sucht euch Jobs, die euch selbst finanzieren. Macht euch nicht von jemanden abhängig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bin seit über dreißig Jahren verheiratet, also ich lebe jetzt nicht dieses Scheidungsproblem alleinerziehend meinen Töchtern vor. Sie haben jetzt nicht ständig die Angst vor der eigenen Verelendung, aber die Warnung nehmen sie doch wahr. Die Warnung nehmen sie wahr, zu sagen, du brauchst einen Job, der dir deinen Lebensunterhalt sichert und dir den auch noch sichert, wenn du alt bist, weil du dich im Zweifel auf niemand anderes als auf dich selbst verlassen kannst. Und das ist ein Empowerment von Frauen und das ist wichtig. Und dieses Empowerment muss auch gesellschaftlich gestützt werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Und nein, Minijobs sind kein Empowerment. Minijobs nützen ihnen nichts in arbeitslosen Phasen, Minijobs nützen ihnen nichts, weil es kein Kurzarbeitergeld gibt, Minijobs helfen ihnen gar nicht weiter.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Es sind Jobs, keine Arbeit!)

Weil wir wissen, dass es Gruppen sind, für die das für die Rente nicht wichtig ist, haben wir die explizit ausgenommen. Bei Studierenden werden Studienzeiten sozialversicherungsrechtlich angerechnet. Rentnerinnen und Rentner sind schon im Rentenbezug. Da ist es mir auch nicht wichtig, dass sie Sozialversicherungsabgaben zahlen, aber bei den anderen ist es mir wichtig.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Aber, wenn Sie die Minijobs abschaffen, sind sie weg! – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht etwas von Umwandlung, nicht abschaffen!)

Und ich will Ihnen noch einmal deutlich sagen: Das Argument, die wollen gar keine Sozialabgaben zahlen, deswegen machen sie lieber Minijobs, ist einfach falsch. Personen, die weniger arbeiten wollen, bleiben auch mit ihrem Job, der nicht so wahnsinnig viele Stunden umfasst, unterhalb der Grenze des Einkommensfreibetrages und haben darüber hinaus eine soziale Absicherung. Und die will ich doch. Ich will vom ersten Euro an eine soziale Absicherung für jemanden, die nicht Rentnerin oder Studierende ist. So.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nächster Punkt: Sie haben uns vorgeworfen, wir müssen erst in Bremen unsere Hausaufgaben machen. Ich weiß nicht, wo Sie die letzten Jahre waren, aber ich kann mich entsinnen, dass wir eine Senatsstrategie für Entgeltgleichheit im Lande Bremen verabredet haben, dass wir ressortübergreifend das verankern wollen, dass wir erst Ende letzten Jahres die Bremer Landesstrategie für Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit vorgestellt haben durch den Senat. Also zu sagen, dass Bremen sich um seine Hausaufgaben nicht kümmert, ist einfach falsch.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

So, nächster Punkt, weil ich merke, mir läuft die Zeit weg. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt vorantreiben. Dazu haben wir, das habe ich eben gesagt, in Bremen die Weichen gestellt. Bundespolitische Steuerfragen können wir von Bremen aus nicht entscheiden. Aber ja, wir haben zum Beispiel den Landesmindestlohn eingeführt, um abzusichern, dass man von seiner Arbeit

einigermaßen leben kann. Ich kann mir ganz andere Sachen vorstellen, aber, wenn ich damit jetzt anfange, dann stehen wir hier übermorgen noch und so viel Zeit haben wir alle nicht.

Wir brauchen jetzt die bundespolitischen Weichenstellungen, parallel zu denen, die wir in Bremen treiben. Natürlich brauchen wir die. Und ich gebe Ihnen auch recht, dass wir den Anteil an Ganztagsschulen und Ganztagskitaplätzen erhöhen müssen. Ja, da gebe ich Ihnen recht. Ich erlaube mir aber auch den Hinweis, dass ich auch bei den großen Arbeitgebern, die immer so danach rufen, dass sie jetzt Frauen als Fachkräfte brauchen, keine verstärkte Diskussion zum Beispiel über Betriebskitas wahrnehme. Keine! Die lehnen sich nämlich zurück und sagen, wir haben keine Fachkräfte, die es machen können. Ach, kann ich nur sagen. Ja, wenn wir sagen, wir kriegen für den öffentlichen Dienst für KiTa Bremen oder die freien Träger keine, schimpfen alle, wir unternähmen nicht genug. Dass die Arbeitgeber auch nicht besonders gut sind, das wollen sie einfach nicht wahrnehmen. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Maja Tegeler das Wort.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Ja, da geht der Kollege Hilz gerade raus und hört nicht mehr zu. Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Ich hatte schon angekündigt für den dritten Punkt, nämlich unsere Vorstellung zur Überwindung des Ehegattensplittings, wiederzukommen. Und ja, wir fordern das in Richtung Bundesebene, allerdings mit einer etwas anderen Auflösung, als das, was die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hat. Wir fordern, statt des jetzigen Ehegattensplittings zu einer individuellen Besteuerung von Ehepartner:innen zu kommen, aus guten Gründen.

Kollegin Hornhues, ich erkläre Ihnen mal kurz, warum wir das so fordern. Vielleicht lernen Sie noch was

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Ich glaube nicht!)

Einfach zusammengefasst funktioniert das Ehegattensplitting nämlich so: Die steuerpflichtigen Einkommen beider Partner:innen werden zusammengerechnet und halbiert. Auf das gesplittete Ein-

kommen wird dann die Einkommensteuer berechnet und verdoppelt. Verdienen beide Partner:innen gleich viel, hat es so gut wie keinen Effekt oder keinen Vorteil und Nachteil für einen der beiden Partner:innen. Verdient jedoch eine der beiden Personen, und "surprise", meistens ist es in heteronormativen Ehen der Mann, besonders viel und die andere sehr wenig, entsteht ein Vorteil. Die besserverdienende Person zahlt weniger Steuern als ohne Ehegattensplitting, die schlechterverdienende Person deutlich mehr. Für Frauen entsteht hierbei also vielfach ein Nachteil. Auf ihr Einkommen fällt ein höherer Steuersatz an, als wenn sie individuell besteuert worden wäre, wo wir halt hinkommen wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das, nebenbei bemerkt, ist auch der Grund, warum eben überwiegend Frauen, wenn sie eine Tätigkeit, und ich gebe der Kollegin Müller recht, da kann man eigentlich doch kaum von Arbeit sprechen, wenn sie eine Tätigkeit, nämlich Minijob, wahrnehmen, lohnt sich das für sie wieder, weil sie dort halt keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen und das Einkommen komplett behalten können. Alles darüber hinaus lohnt sich nicht und es werden falsche Anreize gesetzt.

Davon wollen wir wegkommen. Wir wollen davon wegkommen, weil durch das jetzt bestehende Prinzip ungleiche Rollenmuster immer weiter verfestigt werden, in denen der Mann der Hauptverdiener ist und die Frau sich um Hausarbeit und Kinder kümmert. Das ist nun mal so etwas von 1950er-Jahre irgendwie, das ich kaum fassen kann, dass wir darüber heute überhaupt noch reden müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Sie haben das nur nicht verstanden, Frau Tegeler!)

Deswegen bleiben wir dabei, dass wir das Ziel einer Inidividualbesteuerung beider Partner:innen und eine zeitgemäße Familienförderung fordern und in der Konsequenz darüber eine Erhöhung bei der Erwerbsbeteiligung anstreben.

Noch einmal kurz, ein bisschen Zeit habe ich noch, zu den Kitaplätzen. Eigentlich hat es die Kollegin Grotheer gerade lang und breit gesagt, aber auch von meiner Seite noch einmal: Wir reden doch verdammt noch mal dauernd darüber, und Kollegin Leonidakis und die anderen Fachsprecherinnen auf Koalitionsebene reden ständig darüber. Wir haben es adressiert in der Entgeltstrategie. Wir haben

es adressiert im Aktionsplan Alleinerziehende. Klar würden wir da auch gerne schneller vorankommen und spürbarer vorankommen, aber jetzt hier so zu tun, als wäre da gar nichts passiert. Ich nenne mal als Stichwort zum Beispiel Kitaangebot beim Jobcenter, was endlich dann geklappt hat, solche Sachen.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: 20 Plätze bei 5 000 fehlenden Kitaplätzen! Das ist doch wohl ein Witz! – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: 5 000 zusätzliche Kitaplätze haben Sie gesagt?)

Ja, geschenkt, Kollegin Ahrens, aber das ist doch Quatsch.

Diesen Antrag mit dieser Argumentation ablehnen zu wollen, dass wir hier nicht noch einmal wieder über Kitaplätze reden. Darum geht es in diesem Antrag nicht. Punkt. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Bettina Hornhues das Wort.

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Frau Tegeler, wir können ja noch mal am Rande den Unterschied zur Steuerklasse 4 mit der Faktorbesteuerung diskutieren. Das ist nämlich eine Alternative und man sollte Ehepaare doch gesamt sehen. Die werden, glaube ich, als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gewertet und die Einkommen zusammengelegt. Also von daher, das können wir vielleicht bilateral diskutieren.

(Abgeordnete Antje Grotheer [SPD]: Aber die Rente erfolgt aus der eigenen Arbeit, nicht aus der des Partners! – Unruhe)

Ich fordere jetzt - -.

(Zurufe)

Ich setze jetzt erstmal meine Rede fort. Die eigene Verantwortung für diese desolate Arbeitsmarktposition von Frauen in Bremen, die niedrigste Erwerbsbeteiligung bundesweit, wird durch Sie im Land wieder nicht gesehen. Hier hat sich in den letzten Jahren der laufenden Legislatur überhaupt nichts zum Besseren entwickelt. Obwohl Frauen in den vergangenen Jahren im Bereich von Bildung und Qualifikation immens aufgeholt haben. Hatten

vor 50 Jahren viele Frauen niedrige Schulabschlüsse, haben sie mittlerweile die Männer überholt und dies sowohl quantitativ als – –.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es wäre schön, sie hätten auch was davon!)

Folgen Sie doch meinen Ausführungen!

 – überholt und dies sowohl quantitativ als auch qualitativ bei dem Zensurenschnitt.

Allerdings setzt sich dies bislang viel zu selten in den Karrieren und Gehältern der Frauen fort. Ein Indikator dafür ist unter anderem der Gender-Pay-Gap, Frau Dr. Müller, Sie haben das auch eben schon angeführt. Die Arbeitnehmerkammer hat gerade wieder die aktuellen Werte für Bremen veröffentlicht. Wir liegen immer noch mit einem Gender-Pay-Gap von 22 auf dem letzten Platz, während deutschlandweit der Gap bei 18 liegt. Schaut man auf andere Bundesländer, ist der Unterschied gravierend. Im Osten ist der Gap sogar umgedreht. Dort verdienen die Männer zum Teil weniger als die Frauen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Recht so!)

Es zeigt doch einmal wieder und mit diesem Antrag im Besonderen, Sie verschließen die Augen vor der Realität in unserem Bundesland.

(Senatorin Kristina Vogt: Dann sagen Sie doch der Logistikbranche mal, dass sie besser zahlen sollen! – Zurufe)

Frau Vogt!

(Glocke)

Kriegen Sie doch hier erst einmal die Rahmenbedingungen für die arbeitende Bevölkerung in den Griff. Wenn gerade bei den Frauen die eigenen individuellen Voraussetzungen vorhanden und oft auch besser geworden sind, muss es ja wohl an den äußeren Rahmenbedingungen liegen.

Meine Damen und Herren: Wieso gibt es in unserem Bundesland so viele Teilzeitarbeitende, so viele in Minijobs? Familien brauchen zur Arbeitsaufnahme beziehungsweise zur Ausweitung ihrer Arbeitszeit endlich eine verlässliche, flexible und möglichst auskömmliche Kinderbetreuung. Herr

Kollege Schäck und auch Frau Dr. Müller haben es schon eben gesagt.

(Beifall CDU)

Daran mangelt es aber in Bremen immer noch.

In Bremen fehlen 5 000 Kitaplätze. Notdienste in der Kindertagesbetreuung sind hier an der Tagesordnung aufgrund fehlender Erzieher:innen, aber auch eines fehlenden flächendeckenden Ganztagsschulausbaus. Viele Elternteile, in der überwiegenden Zahl Frauen, wagen es doch überhaupt nicht heute zu arbeiten, da sie ansonsten vor nicht zu bewältigenden Herausforderungen stehen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das ist doch eine Frechheit!)

Nein, das ist keine Frechheit. Die wissen doch gar nicht, wie sie ihre Kinder betreuen sollen, wenn kein Kindergartenplatz da ist.

(Beifall CDU)

Auch Qualifizierungsmaßnahmen zum Aufstieg werden leider immer noch zu selten in Teilzeit angeboten. Die Rahmenbedingungen müssen auch für die Gleichverteilung von Sorgearbeit geschaffen werden. Unbezahlte Sorgearbeit, ob es um die Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen geht, gilt immer noch als Frauenarbeit,

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

auch unter den erwerbstätigen Frauen, worin ein Hauptgrund für Teilzeit zu suchen ist. Das würde ich, Frau Dr. Müller, vielleicht auch in diesem Unterricht zur — , ich weiß nicht, wie hatten Sie das genannt, mit unterbringen, damit die Jungs das parallel lernen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Ungleichverteilung bei der Sorgearbeit verringert die Berufsaussichten. Deshalb müssen wir doch hier und vor Ort ansetzen und die Rahmenbedingungen ändern. Da sind sie in der Verantwortung und haben diese nicht wahrgenommen.

Liebe LINKE, die Sie sich hier als erster Initiator dieses Antrages ausweisen, Sie stellen doch sowohl die Senatorin für Arbeit als auch die für Frauen. Handeln Sie und führen Sie hier keine Schaudebatten. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Frau Müller, wir hatten eben ein Wettrennen der Zurückhaltung um die Frage, wer jetzt zuerst spricht.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe gewonnen!)

Sie haben gewonnen, und das sei Ihnen bei dieser Debatte auch zugestanden.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke. Gentlemanlike! – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Aber Vorsicht, Kurzintervention! – Heiterkeit)

Eine halbe Runde hätte ich gleich noch, mal gucken.

Also, zwei Themen. Ja, wir haben im Moment zu häufig die Situation, dass, wenn Nachwuchs da ist, der Mann weiter arbeiten geht und die Frau zu Hause bleibt. Ich kann Ihnen auch sagen, was einer der Hauptgründe dafür ist.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Der höhere Lohn!)

Der höhere Lohn, exakt! Wenn der Mann Softwareentwickler ist und 100 000 Euro verdient und die Frau verdient 30 000 Euro und arbeitet im Marketing, dann ist das eine rein rationale Entscheidung, wer zu Hause bleibt. Also müssen wir doch etwas dafür tun, dass auch Mädchen sich mehr für die MINT-Fächer interessieren, dass sie Lust haben, Softwareentwickler zu werden oder Physiker oder was auch immer.

(Beifall FDP, CDU – Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD] – Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Das sind doch die Bereiche, an die wir ranmüssen, das ist doch eine der Hauptursachen! So, Thema eins.

Thema zwei: Kitaplätze.

(Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

Ja, das Problem ist ja nicht gelöst. Ich wäre ja froh, wenn wir hier nicht mehr darüber sprechen müssten.

(Beifall FDP, CDU)

aber Sie kriegen es ja über Jahre nicht gelöst.

(Zuruf)

Ich sage es Ihnen noch mal: Wenn ich eine Mitarbeiterin im Personalgespräch sitzen habe, die sagt, ich würde gerne wieder zurückkommen, und wir sagen, wir brauchen dich, und sie sagt, ich habe aber keinen Kitaplatz –

(Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

dazu komme ich gleich —, wozu führt denn das? Dann müssen wir sagen: Ja, sehen wir uns vielleicht in neun Monaten noch mal — vielleicht. Und der Mitarbeiterin, die wir übergangsweise eingestellt hatten, der müssen wir dann sagen: Ja, du gehst jetzt doch noch nicht, du bleibst noch neun Monate, aber vielleicht gehst du dann. Was ist denn das für eine Situation? Das Problem ist, dass wir zu wenig Kitaplätze in Bremen haben.

Jetzt komme ich zu dem Argument, was Sie gerade gebracht haben. Ich habe das zehn Jahre lang mitgemacht in Bremen. Dort, wo sich Arbeitgeber zusammengetan haben, um zusammen eine Betriebskita zu gründen, dort, wo Private versucht haben, eine Kita zu gründen, da wurden denen von Ihnen Steine in den Weg gelegt, weil es gar nicht gewollt ist in Bremen,

(Beifall FDP, CDU)

dass in Bremen private Kitas oder Betriebskitas entstehen! Das ist doch das Problem! Sie sorgen selbst dafür, und da zitiere ich Sie, dass wir in Bremen mit die höchste Quote an Frauen haben, die Gefahr laufen, in Altersarmut zu geraten, weil sie in Abhängigkeit geraten von ihren Männern. Wenn sie erst mal zwei, drei Jahre aus dem Job raus sind, weil sie keinen Kitaplatz mehr bekommen, dann hat sich das Karussell weitergedreht, das gehört zur unbequemen Wahrheit dazu, da hat sich der Arbeitsmarkt weiterbewegt. In dem Moment, in dem ein Unternehmen einen Lebenslauf hat und sagt, ach, drei Jahre raus, Sie sind also auf dem Stand von vor drei Jahren in Ihrem Bereich, das ist zu wenig.

Wir müssen, und das ist das Kernproblem in Bremen, wir müssen Kitaplätze schaffen! Wenn Sie das von staatlicher Seite aus nicht schaffen, dann hören Sie zumindest auf, den Privaten und den Betrieben Steine in den Weg zu legen, denn im Zweifelsfall können die das besser. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Henrike Müller.

Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen, lieber Kollege! Ich wollte eigentlich die zweite Runde anfangen mit: Schade, dass wir das Thema so kontrovers diskutieren, obwohl es Spaß macht, aber es ist schade für die Sache. Eigentlich haben sich jetzt am Ende ja aber doch so ein paar Konsensspuren gezeigt. Darüber bin ich sehr froh und ich glaube, dass wir jetzt keine ideologische Debatte geführt haben, dass es auch keine ideologische Frage ist, Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Die Wege sind halt unterschiedliche, die wir da präferieren.

Ich will noch mal drei Punkte herauszuarbeiten versuchen. Einmal dieses Ehegattensplitting: Ich kann mich da auch an ziemlich hitzige Diskussionen in meiner eigenen Partei auf so Bundesparteitagen erinnern. Da ist es nicht so, dass alle die Abschaffung wollen, vor allem nicht die Frauen, die jetzt seit Längerem verheiratet sind. Ich habe dafür sogar ein bisschen Verständnis. Das Grundproblem an diesem Steuermodell ist, und daran ändert eben auch die Lohnsteuer, die Steuerklasse 4 mit Faktorregelung, nichts, dass unser Ernährermodell nun mal die Idee des Ehegattensplittings begründet.

Wenn wir davon nicht Abstand nehmen — also der gesamte Arbeitsmarkt, aber auch der öffentliche Dienst, ja, also unsere Gesellschaft, die auf diesem, sorry, wenn ich das mal so sagen muss, kapitalistischen Modell basiert, dass der Mann ein Familieneinkommen nach Hause bringt und die Frau von früh bis spät kostenlose Carearbeit leistet, von klein bis alt. Darauf basiert unser Gesellschaftsmodell. Wenn wir davon nicht Abstand nehmen — und das Ehegattensplitting ist das Synonym dieses Gesellschaftsmodells —, dann werden wir noch so viele Kitaplätze bauen können,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

dieses Gesellschaftsmodell bliebe dann leider die Grundlage unseres Zusammenlebens. Darüber müssen wir hinwegkommen, deswegen Abschaffung des Ehegattensplittings! Das könnte man vielleicht sogar eine Ideologiefrage nennen. Also, so, aber ich finde es richtig.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Da sind wir dabei, Frau Müller!)

Ich weiß, ich habe ja auch gar nichts gesagt. Die Frauen im Osten: In der Tat ist es so, dass sich der Gender-Pay-Gap umdreht, weil Frauen im Osten sehr gerne in Schichten arbeiten, weil man das von früher so kennt, weil Schichtarbeit besser bezahlt ist, Nachtarbeit, und weil Frauen ihre Kinder auch abends unterkriegen, anders als in Bremen.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Ja genau, bessere Rahmenbedingungen!)

Das ist jetzt für so Westfrauen — —, ich pauschalisiere jetzt, aber man muss es einmal so sagen, und dieses Wort ist so schön: Die Erwerbsneigung von Frauen im Osten ist höher. Sie arbeiten einfach lieber. Sie haben keinen Bock, zu Hause zu sein und sich um die Kinder zu kümmern, jedenfalls nicht so viel und nicht so lang, weil sie es auch anders gewöhnt sind und weil sie eine Form der Unabhängigkeit gewöhnt sind, die dazu führt — außer man hat ein zu starkes kapitalistisches System, was darüber kommt, aber rein familienpolitisch —, die zu einer hohen Selbstbestimmung führt.

Das hat man auch 30 Jahre nach der Wende aus vielen dieser Frauen noch nicht rausgekriegt. Wir haben es aber auch 30 Jahre nach der Wende bei vielen Frauen im Westen noch nicht reingekriegt. Das ist ein riesen Problem. Dazu kommt nämlich, dass viele Frauen – –, und ich kenne viele, die sich so beschimpfen lassen müssen, weil sie ihre Kinder mit einem Jahr in die Krippe geben. Die müssen sich hier Sachen anhören, als wären sie die Rabenmütter vor dem Herrn. Das kann nicht sein. Wir brauchen da einen Kulturwandel!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Den kriegen wir natürlich nur hin — und, Herr Schäck, ich bin wirklich frustriert darüber, deswegen spreche ich es hier auch an —, wenn wir eine Kitaversorgung anbieten, die den Müttern nicht suggeriert, dass es eine Unmöglichkeit ist, ihr Kind um fünf Uhr abends noch in der Kita zu haben. Das muss ein Standard werden, das darf keine Ausnahme sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Übrigens, meine Kollegin Solveig Eschen hat mich zu Recht darauf hingewiesen: Es soll auch Väter geben, die abends um fünf einen Kitaplatz brauchen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

weil sie sonst ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können. Also, Eltern müssen arbeiten können, und das geht natürlich nur, wenn wir eine ordentliche Infrastruktur darum herumbauen. Herr Schäck hat übrigens recht: Wer versucht, selbstständig eine Kita in diesem Land hier aufzubauen, ob Betriebskita oder freier Träger, es ist wirklich schwer.

Letzter Punkt, ich habe noch 20 Sekunden: Wir sprechen inzwischen auch von ökonomischer Gewalt in diesem ganzen Diskurs um Gewalt gegen Frauen, und das ist wirklich von hoher Bedeutung. Ich bin mit dem Mantra von meiner Uroma, meiner Oma und meiner Mutter aufgewachsen: Mach dich nie abhängig von Mann oder Staat!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Jedem Mädchen und auch jedem Jungen, wenn er gerade homosexuell veranlagt ist: Mach dich nicht abhängig von Mann oder Staat! Aber dann müssen wir natürlich auch dafür sorgen, dass wir die jungen Leute nicht von einem Familienmodell oder von staatlichen Transferleistungen abhängig machen, und dazu gehört eben sowohl Aufklärung als auch die Infrastruktur dafür, und dann werden wir irgendwann beobachten können, dass auch die Zahlen der häuslichen Gewalt runtergehen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Antje Grotheer das Wort.

Abgeordnete Antje Grotheer (SPD): Das macht Ihr doch jetzt absichtlich! Ich wollte noch auf ein paar Sachen eingehen, die mir wichtig sind. Die eine Frage, die angesprochen worden ist, ist die: Wir hätten uns ja gerade im Bund darauf geeinigt, dass man jetzt bei den Minijobs eher die Einkommensgrenzen anhebt. Ich kann nur sagen: So'n Mist! Also, meine Forderung war das nicht!

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Meine auch nicht!)

Das war auch nicht die Forderung meiner Partei. Ja, das ist leider in der Koalition so, sehr zu meinem Unglück, dass wir das akzeptieren müssen, dass da Zwischenschritte eingebaut sind. Mehr ist das für mich nicht. Für mich ist das ein Zwischenschritt. Ich will diese Minijobs nicht. Die waren auch nie als Ersatz für normale Arbeitsplätze angelegt,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

als sie eingerichtet wurden. Sondern sie haben dazu geführt, dass man Frauen, vornehmlich Frauen, eher dazu bringt, gegebenenfalls zwei Minijobs zu machen, bevor ein sozialversicherungspflichtiger Job dabei rauskommt. Das ist doch das Problem und dagegen wollen wir vorgehen. Ja, das kostet Geld, aber es kommt dafür auch wieder Geld in die Kassen. Ja, ich bin auch der Meinung, dass wir im Kitabereich viel mehr brauchen. Da sind wir auf dem Weg, das diskutieren wir oft genug. Wir können es fast gar nicht oft genug diskutieren, aber in diesem Antrag hat es ausnahmsweise Mal nichts zu suchen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Der nächste Punkt. Wir diskutieren immer über die Frage: Was braucht es alles an Maßnahmen, um eine Geschlechtergerechtigkeit herzustellen? Natürlich braucht es auch eine Veränderung in den Köpfen von Männern und von Frauen. Meine Kollegin Frau Dr. Müller hat es schon angesprochen. Natürlich wollen wir den Mädchen auch klarmachen, dass es weder schön noch entspannt ist, nach der Geburt eines Kindes mehrere Jahre zu Hause zu sitzen. Wenn sie es denn unbedingt will, dann bin ich dafür, dass jede Familie ein Wahlrecht hat. Das ist gar nicht mein Punkt, aber ich finde es genauso richtig wie Frau Dr. Müller, deutlich zu machen, was es für Konsequenzen haben kann. Nach unserer Statistik können wir uns eben nicht darauf verlassen, dass der eine die andere bis zum Ende ihres Lebens mitversorgt.

In der Schule meiner größeren Töchter gab es ein Projekt, das hieß "Was das Leben kostet". Ich feiere das bis heute! Da durfte sich jedes Kind den Traumjob aussuchen. Jedes Kind konnte sich vorstellen, ich habe den Job X oder Y, Fußballprofi oder Model oder Anwältin – ich sag jetzt nicht, wer sich das gewünscht hat – oder so. Dann war die Aufgabe: Guck mal nach, was verdient denn solch eine Person mit diesem Beruf im Durchschnitt, und dann überleg dir mal, was brauchst du eigentlich?

Dann hatten die alle eine schicke Wohnung. Die hatten alle, ist schon ein paar Jahre her, ein geiles Auto. Sie haben alle tolle Reisen gemacht und dann haben die alle gesagt – –. Dann sollten sie mal aufschreiben, was das kostet. Was stellte sich am Ende raus? Keiner hatte sich Gedanken darüber gemacht, dass man auch was essen muss. Keiner! Keiner hatte sich Gedanken darüber gemacht, dass es nicht nur das Auto ist, was man monatlich abbezahlen muss, sondern auch Versicherungen, dass noch andere Kosten auf einen zukommen.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Wirtschaftsunterricht, ja, das muss verstetigt werden!)

Das war ein Projekt. Das war ein Projekt in der, ich glaube, 7. Klasse. Das hat in den Kindern solche spannenden Fragen ausgelöst. Da sind nämlich genau diese Fragen aufgekommen, genau die Frage: Was möchtest du denn mal machen? Ja, ich möchte mal zwei Kinder. Ja und dann, dann gehst nicht mehr arbeiten? Nee. Einkommen null! Ja, das finanziert dann mein Partner. Das finanziert dein Partner! Was passiert denn, wenn dein Partner den Job verliert? Was gibt es denn an Arbeitslosengeld? Was kommt denn da? Das einmal durchzurechnen, in einem Projekt, das über alle Fächer im Prinzip drei Monate lang stattgefunden hat, hat jedenfalls bei meinen Töchtern dazu geführt, dass sie sehr genau wissen, dass das Verlassen - Wie haben Sie so schön gesagt? – auf einen Mann oder auf den Staat alleine einem nicht weiterhilft, wenn es mal nicht so gut läuft.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Ich brauche dafür kein ganzes Fach, ich brauche dafür einfach ein Bewusstsein. Und das Bewusstsein schaffen wir auch zu Hause.

(Beifall SPD)

Das hat auch was damit zu tun, wie wir es selber vorleben. Wir, die wir hier sitzen, als weibliche Abgeordnete, wir haben dasselbe Problem. Wir müssen nämlich, hoffentlich gemeinsam mit unseren Partnern, auch dafür sorgen, dass die Kinder betreut sind, während wir hier sitzen bis 17:06 Uhr. Eine Kita, die um 17 Uhr schließt, würde uns ja auch nicht helfen.

Ich will aber auch noch mal kurz etwas anregen, wenn es um die Frage geht: Wer reduziert eigentlich Arbeitszeit wegen Kindern? Diese Selbstverständlichkeit, dass es immer die weniger verdienenden Frauen sind, statt mal zu überlegen, ob beide die Arbeitszeit reduzieren —

(Beifall SPD)

darüber kann man auch mal reden. Genauso wie ich auch gerne die Frage stellen möchte, warum eigentlich Erzieherinnen so viel schlechter bezahlt werden als Industriearbeiter,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

warum Pflegekräfte so viel schlechter bezahlt werden als Akademikerinnen und Akademiker. Wir haben während der Coronapandemie doch gesehen, auf welche Arbeitskräfte man nicht verzichten kann, und wir haben es ihnen nicht genug gedankt. Wir haben nicht genug für einen Ausgleich gesorgt. Das muss man einfach sagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In den Phasen, in denen wir es erlebt haben, dass viele Arbeitskräfte wegen Krankheit ausgefallen sind, waren wir darauf angewiesen, dass wir selber private Lösungen finden, in denen solche Sachen organisiert werden.

Ich mit meinen vier Töchtern, ich kann Ihnen sagen, das System funktioniert wunderbar, solange alles funktioniert. In dem Moment aber, in dem ein Kind krank wird, eine Kita geschlossen wird, eine Lehrerin ausfällt oder ein Lehrer irgendwie länger nicht zur Verfügung steht, in dem Fall sind Sie aufgeschmissen und dann sind Sie zu sehr auf private Lösungen angewiesen. Da müssen wir doch ran. Klammer auf: Auch ein Ehemann kann mal pünktlich nach Hause gehen, um seine Kinder aus der Kita abzuholen. Klammer zu. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen aus Reihen der Abgeordneten liegen mir nicht vor und deswegen hat jetzt das Wort Senatorin Kristina Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, oder es heißt, liebe Abgeordnete! Manchmal hat man Debatten, da weiß man doch wieder, warum man Mitglied der Linkspartei ist. Ehrlich gesagt, liebe Frau Hornhues, wenn Sie hier immer wieder bemühen, dass alles, was Löhne drückt, gut ist und Tarifbindung kontraproduktiv, dann haben Sie den Kern der Sache auch beim Gender-Pay-Gap nicht begriffen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Das habe ich doch gar nicht gesagt, Frau Senatorin!)

Das haben Sie in Ihrer ganzen ersten Rede gesagt. Ich will Ihnen jetzt mal eine Sache ganz klar sagen: Der Gender-Pay-Gap ist bei tarifgebundenen Unternehmen geringer als bei nicht tarifgebundenen. Ich möchte Ihnen noch etwas sagen und jetzt hören Sie mal gut zu: Der Gender-Pay-Gap hat auch nichts mit der Kitabetreuungsquote zu tun, der ist nämlich in Baden-Württemberg und in Hamburg genauso groß wie in Bremen, obwohl die eine bessere Kitabetreuungsquote haben. Und woran liegt das? Weil Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen Bundesländer mit einer überaus hohen Quote an Industriearbeitern sind und die nun einmal mehr verdienen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Senatorin Kristina Vogt hustet.)

Entschuldigung!

Dann kann ich noch sagen: Selbst wenn wir hier ein Kitaparadies hätten, würden Frauen dafür trotzdem noch nicht den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit kriegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das ist das Grundproblem. Neben dem vorliegenden Antrag brauchen wir da, ehrlich gesagt, ein Entgelttransparenzgesetz, weil viele nämlich nicht wissen, was die Kolleginnen und Kollegen verdienen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, trinken Sie doch bitte einen Schluck Wasser, dann geht es vielleicht besser!

Senatorin Kristina Vogt: Entschuldigung! Mich macht das einfach wütend!

Außerdem brauchen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz. Dann haben wir hier — —. Ich habe ja überhaupt nichts dagegen, dass wir hier — aus ganz vielen Gründen — eine andere Kitabetreuungsquote haben. Deswegen habe ich sie ja auch in der Landesstrategie Gendergerechtigkeit und in der Fachkräftestrategie verankert. Das löst aber nicht das Problem, über das wir hier heute reden.

Um es noch mal ganz deutlich zu machen: Der Gender-Pay-Gap ist bedingt durch den Gender-Care-Gap und das ist nicht nur die Betreuung von Kindern, sondern gerade in dem demografischen Wandel — und ich weiß gerade aus persönlichen Anschauungen, wovon ich rede — reden wir über einen Gender-Care-Gap in Bezug auf die Betreuung von älteren Menschen und von Eltern, und das machen überwiegend die Frauen. Da würde auch ein Kitaplatz nichts helfen, weil das nämlich immer was damit zu tun hat, dass der- oder diejenige in der Partnerschaft zu Hause bleibt, der oder die weniger verdient. Und wenn es strukturell angelegt ist, dass Frauen weniger verdienen, dann bleiben die zu Hause, auch wenn sie dann nicht die Windeln ihrer Kinder, sondern die ihrer Eltern wechseln. Das ist doch das Riesenproblem und demografisch wird der Gender-Care-Gap noch zunehmen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn ich hier Ihre Ausführung zum Ehegattensplitting – .. Also wir haben hier 2015 über die Herdprämie geredet. Da haben wir auch genau diese Diskussion gehabt. Dann haben Sie den Kern der Sache auch immer noch nicht begriffen, was das Steuerrecht angeht, denn letztlich, das hat die Kollegin Tegeler eben ganz ausführlich ausgeführt, führt dieses Ehegattensplitting in der Regel dazu, dass der Ehepartner, der weniger verdient – und in den allermeisten Fällen sind es nun mal die Frauen und nicht die Männer – weniger in der Tasche hat und der Anreiz Arbeit tendenziell geringer ist.

Das ist übrigens auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels doppelt problematisch, denn wir brauchen Frauen auf dem Arbeitsmarkt und wir können uns ein konservatives Familienbild aus den Fünfzigern und Sechzigern hier nicht mehr leisten, übrigens auch volkwirtschaftlich nicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie haben noch zwei, drei Sachen zum Thema Frauen in MINT- und technischen Berufen gesagt. Jetzt ist Herr Schäck weg. Ach nein, da ist er. Ja, das ist eines meiner Kernanliegen in dieser Legislaturperiode gewesen, aber da müssen die Unternehmen auch mitspielen. Wir haben ein Programm aufgesetzt: Frauen in IT (F.IT). Und wir haben die Kurse mit Quereinsteigerinnen voll bekommen, weil nämlich Frauen, die etwas älter sind, sagen: Ich traue mir das zu. Aber die Branche, die das von uns verlangt hat, und der Verband der dahintersteht, bremen digitalmedia e. V., haben dann unsere Erwartungen nicht erfüllt, weil sie gesagt haben: Es ist ja schön, dass ihr sie grundbildet, aber wir nehmen sie trotzdem nicht in unsere Betriebe auf und bilden sie weiter, weil wir fertig ausgebildete Fachkräfte wollen. Sorry, dann werden wir das Problem nicht lösen, wenn man diesen Frauen, die

sagen, hei, wir wollen und wir wollen auch alles unternehmen, uns zu qualifizieren und weiterzubilden, einfach die Tür vor der Nase zumacht. Nicht alles kann der Staat lösen, da sind auch die Unternehmen gefragt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der Antrag legt neben dem Ehegattensplitting zu Recht einen großen Schwerpunkt auf Tariftreue und Tarifbindung und das ist absolut richtig. Ich habe eben schon gesagt, dass in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen der Gender-Pay-Gap deutlich geringer ausfällt. Eine Analyse des Statistischen Bundesamtes zum Gender-Pay-Gap ergab übrigens, dass die Tarifbindung diesen sofort um 0,6 Prozent senkt.

Jetzt sind die Zahlen hier schon genannt worden, das werde ich jetzt nicht machen. Wir haben aber in den letzten 15 Jahren tatsächlich eine dramatische Abnahme von tarifgebundenen Unternehmen bundesweit und auch in Bremen. Wir haben ganze Branchen, die sich aus der Tarifbindung verabschieden, und der Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände und auch der Gewerkschaften nimmt da leider ab. Insofern ist es auch gleichstellungspolitisch richtig, Tarifbindung und Tariftreue zu fördern. Mit einem Bundestariftreuegesetz könnten verbindliche Regeln für die gesamte Bundesrepublik eingeführt werden. Wir sind hier in Bremen mit der Novelle des Tariftreue- und Vergabegesetzes letzten November vorangegangen. Im Bund sind die Bemühungen, ehrlich gesagt, ziemlich zaghaft.

(Beifall DIE LINKE)

Die Ampel hat sich das zwar vorgenommen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass öffentliche Aufträge an tarifvertragliche Absicherung gekoppelt werden, — Das ist kein Wettbewerbsnachteil, Frau Hornhues, sondern ein Wettbewerbsvorteil, weil gerade doch Bremer und deutsche Unternehmen bei internationalen, europäischen Vergaben oft leer ausgehen. Wenn es um Tarifbindung geht, dann kann so ein Auftrag nicht an eine Druckerei in Polen gehen, dann bleibt er hier. Es ist doch ein Vorteil für Unternehmen und kein Wettbewerbsnachteil. Was erzählen Sie da eigentlich immer?

(Beifall DIE LINKE)

Das macht mich raschelig! Auf jeden Fall hat es bislang nur eine Konsultation durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im letzten Dezember gegeben. Ich hoffe, dass da trotzdem noch etwas passiert.

Letzter Punkt, der Frauen besonders tief trifft, der ist hier auch schon genannt worden: Das sind die sogenannten Minijobs. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit hat gezeigt, dass geringfügige Beschäftigung zu Verdrängungseffekten führt. Das ist, ehrlich gesagt, wenig überraschend. Das ist, ehrlich gesagt, auch der Ansatz bei der Einführung der Minijobs gewesen, einen Sektor am Arbeitsmarkt zu schaffen, der schlecht bezahlt und weniger geschützt ist.

Deswegen wundert es mich überhaupt nicht, dass jede Untersuchung wieder feststellt, dass Minijobs eben keine Brücke in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind. Sie bieten keine Grundlage für eine nachhaltige Fachkräfteentwicklung, sie bieten keine Entwicklungsperspektiven und sie werden regelhaft schlechter entlohnt als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Sie führen nicht in die Rente und in der Pandemie war es auch deutlich: Sie waren sofort vor der Tür und auf der Straße und haben nicht mal eine soziale Absicherung gehabt, weil sie kein Kurzarbeitergeld bekommen haben. Das betraf in sehr hohem Maße Frauen und deswegen ist es genau richtig, diesen arbeitsmarktpolitischen Fehler zu korrigieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben da auf Bundesebene auch mehrere Ansätze unternommen: Wir haben 2021 in der Arbeitsund Sozialministerkonferenz gemeinsam mit Berlin gefordert, dass die Bundesregierung einen Eckpunkteplan zur Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorlegt. Übrigens, interessanterweise, Karl-Josef Laumann, der ja auch in der CDU ist, findet das richtig. Ich verstehe nur nicht, warum das bei Ihnen noch nicht ankommt.

Im letzten Jahr haben wir gemeinsam mit Thüringen und Berlin gefordert, dass die Flexibilisierung der Mini- und Midijobs zurückgenommen wird, und wir werden auch einen weiteren Anlauf im Bundesrat dazu unternehmen, um an dieser Stelle noch mal Druck zu machen und allen Menschen den Zugang zu sozialversicherungspflichtiger und sicherer Arbeit zu ermöglichen.

Es war dann doch der vorletzte Punkt. — Ein weiteres zentrales arbeitsmarktpolitisches Anliegen ist

die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, und zwar deswegen, weil die Tarifbindung im Sinken ist. Die letzte gesetzliche Änderung in diesem Bereich im Jahr 2014 hat das Ziel der Erleichterung absolut verfehlt, sie führte zu keinem nachhaltigen Anstieg der Anzahl von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. Wir haben deswegen 2021 einen Gesetzesänderungsantrag im Bundesrat eingebracht, der geeignet war, dieses Problem zu lösen.

Um es mal fachlich zu erklären: Die Antragstellung sollte danach auch durch eine Tarifpartei möglich sein, nicht mehr durch beide, und im Patt im Tarifausschuss sollte der Erlass einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht mehr verhindert werden können. Die Konkretisierung der rechtlichen Grundlage sollte zu einer Erhöhung der Anzahl der Erlasse führen.

Tatsächlich hat dieser Antrag von Bremen eine Mehrheit im Bundesratsausschuss für Arbeit, Integration und Soziales bekommen, weil auch in NRW die CDU der Meinung ist, dass das richtig ist, diesen Weg zu gehen. Im Plenum wurde er dann jedoch mit der Mehrheit der Unionsländer abgelehnt. Ich werde da nicht aufgeben! Wie wichtig die Allgemeinverbindlichkeit gerade in einer Branche ist, in der viele Frauen arbeiten, zeigt doch gerade, dass wir hier mit NGG und Dehoga zwei Tarifpartner haben, die in dem Bereich agieren, nämlich dem Gastro- und Hotelbereich, der von einem Fachkräftemangel betroffen ist, wie kein anderer, weil er überwiegend Minijobs angeboten hat und die Arbeitnehmer alle in der Pandemie woanders hingegangen sind.

Da sagt sogar der Arbeitgeberverband Dehoga: Wir brauchen eine Tarifbindung, weil unsere Branche ansonsten nicht zu retten ist. Deswegen möchte ich, dass wir die bundesgesetzlichen Möglichkeiten haben, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen einfacher zu machen, weil dann vielleicht auch diese Branche nicht nur in Bremen, sondern auch in anderen Bundesländern eine Chance hat, Fachkräfte zu kriegen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Für eine Kurzintervention hat jetzt das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Frau Ahrens, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie anderthalb Minuten Zeit haben und dass Sie sich auf den Redebeitrag der Vorrednerin beziehen müssen, das heißt auf den Redebeitrag von Frau Senatorin Vogt. – Bitteschön, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Senatorin Vogt, Sie haben vom Tariftreuegesetz gesprochen. Ich bin ein wenig verwundert darüber, dass Sie meine Kollegin Frau Hornhues angegriffen haben, während Ihre linke Senatskollegin Frau Bernhard im Jahr 2020 verklagt wurde, weil eine weibliche studentische Hilfskraft mit einem Werkvertrag 500 Euro brutto weniger bekam als die männlichen Mitstudenten, die den gleichen Werkvertrag unterschrieben haben, nur mit vier Euro mehr Lohn pro Stunde.

Ich bin auch darüber verwundert, dass die linke Gesundheitssenatorin Frau Bernhard, die ja auch für Frauen zuständig ist, damals diesen Werkvertrag abändern wollte, womit diese Frau zur Scheinselbstständigen gemacht wurde, in einen Änderungsvertrag, bei dem sie rückwirkend auf die Hälfte ihres Gehaltes verzichten sollte. Dies wurde übrigens auch nur den Frauen angeboten und nicht den Männern. Und wenn ich mir hier heute Ihre Rede anhöre und Ihre Taten sehe, die hier in Bremen tatsächlich den Frauen gegenüber vorgenommen worden sind, dann sage ich: Ich finde es unredlich, wie Sie hier aufgetreten sind. – Danke schön!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE] – Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen] – Unruhe)

Präsident Frank Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe)

Ja, das kann man natürlich alles hier diskutieren, aber wir diskutieren das jetzt nicht.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: CDU, FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Abwehr von Antisemitismus, Rassismus und nationalsozialistischem Gedankengut

Bericht und Antrag des 1. Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung vom 6. Dezember 2022 (Drucksache 20/1710)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Antirassismus in Verfassung verankern Antrag der Fraktion der CDU vom 3. März 2020 (Drucksache 20/304)

und

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. Mai 2020 (Drucksache 20/375)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf in ihrer gestrigen Sitzung in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(L.F.M.)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die dritte Lesung wird dann in der Februarsitzung erfolgen. Dabei werden auch die beiden Tagesordnungspunkte aufgerufen, auf die sich dieser Bericht und Antrag beziehen, Drucksachen 20/304 und 20/375. Diese beiden Debattenpunkte sind mit der Durchführung der dritten Lesung erledigt.

Gesetz zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit am Übergang von der Schule in den Beruf ("JBA-Gesetz") Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/1735)

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt, interfraktionell wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 5 aufzurufen.

Kinderrechte im Land Bremen Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Juli 2022 (Drucksache 20/1537)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 6. September 2022 (Drucksache 20/1572)

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Sascha Karolin Aulepp. Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mach das heute ganz unaufgeregt, damit wir jetzt am Ende des Tages auch noch entspannt zur nächsten Veranstaltung gehen können oder was auch immer alle vorhaben. Also, zunächst bedanke ich mich beim Senat für die ausführliche Beantwortung unserer Großen Anfrage zu den Kinderrechten im Land Bremen. Ich möchte gern auf einige Aspekte eingehen, denn alle Punkte können wir heute natürlich nicht ansprechen, sonst würden wir hier wirklich bis um sieben Uhr sitzen.

Fangen wir mal an. Im Mai 2021 haben wir als Parlament die Kinderrechte in der Bremischen Landesverfassung merklich gestärkt. Der Fokus lag im Besonderen auf der deutlichen Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen. Damit hat das Land Bremen das Zeichen gesetzt, dass es Kindern und Jugendlichen mit ihrer Meinung, ihren Interessen und ihren Anliegen eine hohe Bedeutung beimisst.

Anderthalb Jahre nach dieser rechtlichen Stärkung – jetzt sind es schon fast zwei Jahre – halten wir es für angemessen, eine erste Bestandsaufnahme zu machen und kritisch zu fragen: Wo wollen wir hin? Wo stehen wir? Was müssen wir noch dafür tun?

Machen wir einen kurzen Rückblick: Warum sind Kinderrechte allgemein wichtig? Wenn Kinder eigene Rechte haben, werden Kinder nicht nur als Anhängsel von Erwachsenen betrachtet, sondern als eigene Individuen, die sie ja auch sind. Kinder brauchen einen Schutz vor Gewalt, die Möglichkeit, ihre schulischen Ziele zu erreichen, und sie müssen bei Dingen mitreden können, die für sie wichtig sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Kinder brauchen das, um zu gemeinschaftsfähigen, eigenverantwortlichen Erwachsenen in unserer Gesellschaft zu werden. Kinderrechte können dies bewirken.

Warum sind speziell Beteiligungsrechte so wichtig? Kinder und Jugendliche beteiligen bedeutet, sie in altersangemessener Weise mit den Dingen zu beschäftigen, die tatsächlich eine Auswirkung auf ihr Leben haben. Dadurch können sie sich ausprobieren, Erfahrungen machen und lernen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Kinder und Jugendliche zu beteiligen bedeutet auch, anzuerkennen, dass sie Experten und Expertinnen in eigener Sache sind und wir ihre Sichtweise bei der Gestaltung unserer Gesellschaft brauchen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Kinder zu beteiligen bedeutet somit, Demokratie zu lernen, zu fördern und zu leben.

Wo wollen wir hin? Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen im Land Bremen ihre Rechte kennen, sich als Rechteträger:innen verstehen und an den sie betreffenden öffentlichen Angelegenheiten altersgemäß beteiligt werden. Wir wollen, dass die Vertreter:innen von Handelnden in den öffentlichen Einrichtungen die Rechte der Kinder kennen, sich dafür einsetzen, eine entsprechende Haltung haben und die jungen Menschen angemessen beteiligen. In der Konsequenz wollen wir, dass die Kinder in unserem Land in Wohlergehen aufwachsen und zu gemeinschaftsfähigen, eigenverantwortlichen Erwachsenen in unserer Gesellschaft werden.

Wo stehen wir? Positiv hervorzuheben ist die große Bandbreite von Projekten und Aktivitäten zu Kinderrechten in Bremen. Ein kleiner, nicht abschließender Überblick, hier gehe ich mal auf Kita und Schule ein: Schon im Elementarbereich lernen Kinder ihre Rechte im Rahmen verschiedener Projekte und Angebote kennen. Sie werden bereits in der Kita dazu motiviert und dabei unterstützt, sich einzubringen und wirklich selbst mitzuentscheiden, was sie und das Gemeinschaftsleben angeht und wie sie es gestalten können. Kinderrechte sind Gegenstand von Bildungsplänen sowohl im Primarbereich als auch an weiterführenden Schulen.

Das Thema Kinderrechte und damit eng verbundene Themenfelder wie soziales Lernen, Gewaltprävention, Stärkung von Mitwirkungsrechten sind Bestandteil der Lehreraus- und -fortbildung, aber auch von Teamfortbildungen in Schulen. Vielfältige Projekte und schulische sowie außerschulische Angebote werden mit dem Ziel durchgeführt, die Beteiligungs- und Partizipationsrechte von Schüler:innen zu untermauern und gezielt ihre Selbstwirksamkeit und Resilienz zu stärken.

(Beifall SPD – Glocke)

Ich werde in einem zweiten Beitrag noch weitere Ausführungen machen. – Danke!

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Sandra Ahrens das Wort.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kinderrechte sind wichtig. Kinderrechte stehen nicht nur in der Bremischen Landesverfassung, die in einem etwas längeren Prozess – mein Kollege Dr. vom Bruch hat daran mitgewirkt – in der Landesverfassung ergänzt worden sind, sondern sie stehen darüber hinaus auch in der EU-Kinderrechtskonvention – deren 30 Geburtstag wir gerade gefeiert haben – in der EU-Kinderrechtsstrategie und sie sind auch in der Reform des SGB VIII umfassend aufgeführt.

Kinder, so steht es in unserer Landesverfassung, haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. In Artikel 25 Absatz 4 wird darüber hinaus besonders auf die Schutzfunktion vor Ausbeutung und Ähnlichem hingewiesen. Nun hatten wir gerade eine Aktuelle Stunde zum Thema der hohen Belastung nicht nur im Inobhutnahme-System, sondern auch insgesamt im Jugendamt, das ja die Wächterfunktion wahrnehmen soll. Ich stelle also fest, da ist noch ganz viel Luft nach oben in diesem Bereich.

Die Antworten, die der Senat hier beispielsweise in der Antwort auf Frage Nummer 17 gibt, lassen darauf aber überhaupt keine Rückschlüsse zu. Hier wird eher positiv alles beschönigt. Die tatsächlichen Probleme, die unsere Kinder und Jugendlichen hier in dieser Stadtgemeinde und auch im Land Bremen haben, werden gar nicht dargelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Was bedeutet es nun konkret, die Rechte von Kindern umzusetzen? Dazu gibt es einen großen Fragenkatalog, 35 Seiten, die beantwortet werden. Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen. Als wir 30 Jahre EU-Kinderrechtskonvention gefeiert haben, haben wir gleichzeitig bezogen auf alle Bundesländer vom Kinderschutzbund Deutschlands ein Monitoring bekommen. Da wurde ganz deutlich gesagt, dass einer der wichtigsten Punkte, der in Bremen nicht umgesetzt ist, neben dem, den ich eben schon angesprochen habe, das Recht auf Bildung ist, meine Damen und Herren.

Das Recht auf Bildung wird in Antwort auf die Fragen in der Nummer 2 sehr leicht beantwortet. Die Wahrheit ist aber tatsächlich auch hier wieder differenziert. Wir haben über 5 000 fehlende Kitaplätze und 15 bis 20 Prozent der Kinder kommen ohne jegliche frühkindliche Erfahrung in der Schule an, in der Grundschule. VERA 3 hat gerade als Ergebnis erbracht, dass 53 Prozent der Grundschüler:innen nicht die Mindeststandards in Rechtschreibung erreichen. 48 Prozent der Grundschüler:innen verfehlen die Mindeststandards in Mathematik. 42 Prozent der Grundschüler:innen erreichen nicht die Mindeststandards bei der Lesekompetenz. Wir haben eine Schulabbrecherquote in Bremen von zehn Prozent, in den Stadtteilen, die sozioökonomisch besonders benachteiligt sind, noch viel höher, meine Damen und Herren. Damit kann man sagen, wir sind, was das Recht auf Bildung angeht, hier in Bremen leider im Moment gescheitert.

(Beifall CDU)

Ich habe gerade mit Dr. Eschen eine Veranstaltung von "carat" (caring all together) gehabt. Dort haben uns Wissenschaftlerinnen erklärt, dass der Bildungserfolg in den Familien privatisiert wird. Die Herausforderungen, die Corona mit sich gebracht hat, werden privatisiert in den Familien - in Bremen nicht erst seit Corona, meine Damen und Herren, in Bremen seit vielen Jahren. Denn hier hängt es vom Bildungshintergrund der Eltern ab, welchen Abschluss die Kinder am Schluss in ihrer schulischen Laufbahn erreichen. In keinem anderen Bundesland hängt der Bildungserfolg der Kinder so sehr vom Bildungsabschluss der Eltern ab, wie hier in Bremen, meine Damen und Herren. Das nennt man leider gescheitert an dieser Stelle, was die Kinderrechte angeht.

(Beifall CDU)

Es zieht sich durch. Wer beim Schulabschluss unter seinen Möglichkeiten bleibt, hat hinterher auch nicht die Möglichkeit, den Beruf zu ergreifen, der die Bildungsbiografie so vorantreibt, dass man von seiner eigenen Hände Arbeit wunderbar leben kann. Wer an der Stelle dann auch noch auf ein völlig unterausgestattetes Kinderbetreuungs- und auch Schulsystem stößt, bei dem Ganztagsbetreuung vielleicht vorne noch theoretisch draufsteht, aber praktisch nicht enthalten ist, der stellt fest, dass wir hier durch strukturelle, massiv schlechte Rahmenbedingungen Frauen in Altersarmut treiben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wir manifestieren Kinderarmut in Bremen und sorgen dafür, dass die Familien aus diesem Teufelskreislauf nicht ausbrechen können. Das ist etwas, bei dem man feststellen kann, dass Kinderrechte hier ebenfalls nicht eingehalten werden.

(Beifall CDU - Glocke)

– Ich danke Ihnen!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor bald zwei Jahren, am 6 Mai 2021, wurden die Kinderrechte in die Bremische Landesverfassung aufgenommen. Die Beteiligungsrechte wurden gestärkt und das theoretische Zeichen gesetzt, dass unser Bundesland Kindern und Jugendlichen und ihren Belangen eine hohe Bedeutung beimisst.

Ich sage bewusst theoretisch, denn die Praxis sieht in Bremen zu oft anders aus. Für mich bleibt das Lesen der Antworten des Senats von einem bitteren Geschmack begleitet. Wie so viele Antworten dieses Senats in dieser Legislatur, klafft einfach ein großes Gap zwischen den korrekten theoretischen Antworten, die aber einer Prüfung in der Praxis leider nicht standhalten.

Ich weise exemplarisch auf die Antwort zu Frage 2 hin und frage die Entscheidungsträger des Senats: Mit welchen Maßnahmen stellt der Senat die Erfüllung dieser Behauptungen eigentlich sicher? Aufgezählt werden der Bildungsplan 0-10 und die Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Kitas. Das ist theoretisch auch richtig, aber meinen Sie, angesichts all der Nachrichten, die uns überflutet haben, über Ausfall, Fachkräftemangel, fehlende Kitaplätze, die 2022 vierteljährlich mehr statt weniger wurden, die Antworten wirklich ernst? Die Antwort klingt für Kinder und Eltern, nachdem, was Familien in den letzten Jahren erlebt haben, wie blanker Hohn, obwohl sie völlig korrekt ist.

Ja, unsere Bildungspläne thematisieren die Kinderrechte, das ist gut, aber die müssen auch umgesetzt werden. Das ist nicht der Fall, wenn viele die Kita nicht besuchen können, so viele Stunden wie noch nie ausgefallen sind und sie das noch nicht einmal mitbekommen oder wenn unbegleitete jugendliche

Geflüchtete in einem Zelt leben, keinen Schulplatz haben und nicht einmal einen anständigen Deutschkurs bekommen.

Das Jugendparlament, Antwort 4, es ist sicher eine gute Idee, um Beteiligungsrechte zu wahren. Bremerhaven handelt da überzeugender, denn dort bekommen Jugendliche auch einen eigenen Etat, um ihre Pläne umzusetzen. Das ist echte Beteiligung.

(Beifall FDP)

Hier gibt es seit 23 Jahren einen Kinder- und Jugendbeauftragten und wir hatten ihn, weil nötig, auch für Bremen gefordert. Leider konnte die Koalition nur einem eigenen Tierschutzbeauftragten zustimmen.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Hört, hört!)

Es ist gut über Kinderrechte zu sprechen und darüber, dass die Kinder ihre Rechte kennen. Ein Herz für Kinder zu haben, bedeutet aber, Probleme anzuschauen und ernsthaft an besserer Bildung zu arbeiten.

(Beifall FDP)

Ein Herz für Kinder bedeutet Verwaltungsgänge beim Kitaausbau zu verschlanken, bedeutet Spielplätze in einem Zustand zu halten, dass sie nicht monatelang wegen Rattenbefahl geschlossen werden müssen, bedeutet ein schlüssiges Ganztagskonzept vorzulegen, bedeutet Kinderpornografie und Kindermissbrauch prioritär zu behandeln und sich, ja, faktisch auch um die medizinische Versorgung für Kinder nachhaltig zu kümmern, und so weiter.

Solange ich diese unbestechlichen Zeichen des Alltags kenne, kann ich beim besten Willen nicht einfach in das große Eigenlob der Koalitionäre einstimmen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, insbesondere was Kinder angeht, spricht die Wirklichkeit im Land Bremen leider eine andere Sprache: dann kommt der nächste Sozialbericht, die nächste Vergleichsstudie, jetzt gerade wieder aktuell der Armutsbericht und dann das ebenso ritualisierte verbale Erschreckt sein, das in der zynischen Aussage gipfelt, es sei doch gut, dass die Bildungsergebnisse nicht so schnell schlechter geworden sind, wie bei anderen, obwohl man schon lange auf einem Niveau

schlecht ist, wie es andere nie waren. Da bleibt mir manchmal die Spucke weg.

Wir Freien Demokraten nehmen das Recht für Kinder und das Recht auf Zukunft ernst. Deswegen halten wir kontinuierlich bei Ihren Prestigeprojekten dagegen, für die Sie immer weiter Schulden auf die Schultern der jüngeren Generationen häufen.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das ist jetzt nicht Ihr Ernst, oder?)

Ich setze mich von Herzen gern für Kinderrechte ein, dafür kassiere ich auch gerne mal einen Lobbyismusvorwurf. Unsere Vorschläge hierzu haben wir in dieser Legislatur auf den Tisch gelegt – und zwar ein ums andere Mal. Sie haben immer die Unterschrift angeguckt und es weggelegt.

Sie haben – –. Für mich, ich muss zum Ende kommen, zeigt sich beim Thema Kinderrechte eine erschreckende Distanz zwischen korrekter Theorie – –. Es ist alles korrekt, was Sie da sagen, aber es ist und bleibt Theorie.

(Zuruf)

Das Leben der Menschen ist anders und diese Lücke – –. Wenn man die Größe dieser Lücke zwischen Politik und Bevölkerung anschaut,

(Glocke)

dann braucht man sich nicht wundern, dass Menschen der Politik, dem Rechtsstaat nicht mehr vertrauen. Dieses Vertrauen der Menschen ist aber in der Demokratie wichtig, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Es beginnt mit einem fairen Umgang

(Glocke)

mit Kindern und mit einer Umsetzung von Kinderrechten in die Praxis. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleg:innen! Als meine mittlere Tochter in der ersten Klasse war, kam sie einmal aus der Schule und sagte "Mama, wir Kinder haben jetzt

auch Rechte in der Schule." Wie hat sie das gemerkt? Das ist die große Frage. Die Kinder waren unglücklich über den Wechsel einer Lehrkraft und wollten ihre vorherige Lehrkraft wiederfinden. Wiederbekommen, finden mussten sie sie nicht.

Die Schule hat gut reagiert, ist mit den Kindern ins Gespräch gegangen, hat sich dort beraten mit den Kindern und dann wurde demokratisch abgestimmt, dass die geliebte Lehrkraft für eine Stunde in der Woche für eine individuelle Lernzeitbetreuung in die Klasse zurückkommen kann. Das hört sich für viele Erwachsene nach einer kleinen, vielleicht auch gar nicht so relevanten Sache an, aber ich kann Ihnen sagen: Für Kinder ist es eine unglaublich wichtige Erfahrung,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

eine Selbstwirksamkeitserfahrung zu wissen: Meine Stimme zählt. Ich kann etwas verändern, wenn ich mich engagiere, und zurecht wird deshalb in dieser Großen Anfrage festgestellt, dass der Aufbau einer Partizipations- und Beteiligungskultur, wie auch die Stärkung und der Schutz der Kinderrechte wesentlich für die pädagogische Arbeit sind. Denn, das müssen wir uns immer wieder klarmachen: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit,

(Vizepräsidentin Sülmez Çolak übernimmt den Vorsitz.)

Demokratie ist Arbeit, und es ist ein essenzieller Bestandteil zur Sicherung unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, dass Kinder in ihren Familien, in den Kitas, in den Schulen und im Freizeitbereich demokratische Erfahrungen machen und immer und immer wieder wissen: Meine Stimme zählt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir auf langjährige grüne Initiative hin in dieser Legislaturperiode die Kinderrechte in unsere Landesverfassung aufgenommen haben, und ich möchte ein paar Aspekte rausgreifen.

Eine Frage, die wir als Koalition an den Senat gestellt haben, liegt mir besonders am Herzen: Wie kann sichergestellt werden, dass auch Erwachsene die Kinderrechte kennen? Denn so traurig es ist, gibt es in Bremen, wie auch überall sonst in Deutschland, immer noch Erwachsene, Erziehungsberechtigte, die zum Beispiel das Recht auf

gewaltfreie Erziehung nicht kennen oder nicht anerkennen, und hier haben wir als Bundesland einen klaren Auftrag in Richtung Familienbildung und Elternarbeit.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir Grünen wollen daher, dass im Laufe der Kindergartenzeit ihrer Kinder alle Familien Bildungsangebote und Unterstützung bekommen in Themen wie Gesundheit, Sexualität, Mediennutzung, Gewaltprävention und Diversität. In all diesen Familienbildungsthemen stecken Kinderrechte. In unserem Wahlprogramm greifen wir daher genau das auf.

Zusätzlich zu dem, was wir in der Großen Anfrage erfahren konnten, möchte ich noch etwas ergänzen. Eine, finde ich, zur aktuellen Zeit unglaublich wichtige Frage ist: Wie sieht es eigentlich aus mit dem Kinderecht auf Gesundheit? In der aktuell abklingenden Pandemie leben wir nicht nur in den Familien mit den Nachwirkungen auf Kinder und Jugendliche, sondern zusätzlich in einer Zeit mit Medikamentenengpässen für Kinder und Jugendliche, mit einem Mangel an Kapazitäten bei Kinderärzt:innen, mit einem Mangel an Hebammen und so weiter. Ich muss ganz ehrlich sagen: Mir fehlt ein sehr großer Aufschrei dazu. Da ist ein Skandal.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Es ist an der Zeit, dass Kinderrecht auf Gesundheit noch mehr in den Fokus zu nehmen. Sowohl hier bei uns als auch vor allem auf Bundesebene. Hier in Bremen haben wir jetzt mit dem Kindergesundheitszentrum einen richtigen Ansatz. Wir brauchen aber darüber hinaus einen grundsätzlicheren Ansatz, zum Beispiel brauchen wir für Kinderärzt:innen eine realistischere Bedarfsbudget- und Zulassungsplanung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Auch in anderen Bereichen, die ich noch ergänzen möchte – zusätzlich zu dem, was wir lesen konnten –, gibt es noch Bedarfe, zum Beispiel haben wir im Bereich Stadtentwicklung auch Aufgaben, die die Kinderrechte betreffen. Im kürzlich veröffentlichten Jugendbericht wurde noch einmal sehr deutlich, dass kostenlose Orte im öffentlichen Raum für Kinder und Jugendlich sehr wichtig sind, und je nachdem, wo diese Kinder und Jugendliche in Bremen und Bremerhaven leben, läuft es schon gut oder es gibt Nachholbedarf, und es ist wichtig, dass

wir da hinschauen. Denn natürlich haben alle Kinder das Kinderrecht auf Ruhe, auf Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung.

Ich möchte schließen mit einer Frage: Wussten Sie, dass Kinder im Durchschnitt 400 Mal am Tag lachen, während wir Erwachsene das nur 15 bis 20 Mal tun? Zudem muss man sich vor Augen führen, dass Kinder von vielmehr politischen Entscheidungen betroffen sind, als man auf den ersten Blick denkt. Das heißt, ich möchte an alle appellieren: Sorgen wir gemeinsam dafür, dass den Kindern ihr Lachen erhalten bleibt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Colak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Sofia Leonidakis das Wort.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin. Man muss nicht auf jede versuchte Provokation eingehen oder jede dargestellte Kontroverse zu einer echten machen. Ich glaube, eigentlich sind wir uns an dieser Stelle gar nicht so uneins. Vielleicht können wir ja den Abend und diese Plenarwoche ein bisschen versöhnlich abschließen.

Ja, ich sage das mal Richtung Frau Bergmann und Frau Ahrens: Natürlich, Verfassungsrechte sind erst mal Rechte, Grundrechte. In der EU-Kinderrechtskonvention sind sehr weitgehende Kinderrechte festgeschrieben. Die betreffen natürlich nicht nur die Bereiche, die wir jetzt hier in der Großen Anfrage abgefragt haben. Die haben mit sehr viel weiteren Bereichen zu tun. Nicht nur mit Partizipations- und Beteiligungsrechten, sondern auch mit Schutzrechten, Schutz vor Diskriminierung, Gewalt, dem Recht auf Bildung, dem Recht auf Gesundheit, dem Recht auf angemessene Lebensbedingungen und Unterhalt. Das betrifft im Grunde alle Lebensbereiche. Und das ist ja auch richtig so, denn hier geht es um Grundrechte für Kinder. Insofern sind die natürlich weitergehender.

Wir haben aber mit der Großen Anfrage auch nie den Anspruch erhoben, die ganze Palette der Kinderrechte aus der EU-Kinderrechtskonvention abzufragen, sondern hier ging es ganz explizit um den Bereich Vermittlung des Wissens an die Kinder über ihre Rechte, denn sie sind Rechteträger undträgerinnen, also müssen sie das auch wissen. Es ging um die Umsetzung der Beteiligungs- und Mitspracherechte in den verschiedenen Bereichen öffentlicher Institutionen und darüber hinaus und es

geht um die Arbeit des Jugend- und Kinderrechtebüros und des Kinderschutzbundes. Das war klar begrenzt.

Insofern kann man jetzt immer sagen: Ja, aber was ist mit? Will ich auch gar nicht absprechen, dass natürlich die Kinderrechte in der Verfassungsrealität --, denn es gibt ja die eine Ebene, also die juristische Ebene der Rechte und dann gibt es natürlich die Verfassungsrealität. Das eine muss so gut wie möglich mit dem anderen übereingebracht werde, das ist doch auch klar. Aber hier ging es ganz klar darum, bestimmte Bereiche abzufragen, und deswegen sind wir uns einig, dass die Kinderrechte mit Sicherheit in vielen Bereichen auch ausgebaut, gestärkt werden können, dass es nach wie vor Probleme gibt im Bildungsbereich, eine Unterversorgung. Darüber haben wir schon an vielen Stellen lang und breit geredet, aber, wie gesagt, darum geht es in dieser Anfrage nicht, und deswegen will ich einmal zur Sache reden.

Ich glaube, die Anfrage und vor allem die Antworten haben ergeben, es wurde sehr ausführlich geantwortet, vielen Dank dafür, dass bereits sehr, sehr viel geschieht. Viel davon ist schon gesagt worden. In den Kitas, in den Schulen gibt es umfassende Partizipationsstrukturen, aber auch Partizipation im Alltag. Dr. Solveig Eschen hat eben das Beispiel der Schule genannt.

Ich kenne das aus der Kita meines Sohnes, wie in Kitas mit dreijährigen Kindern demokratisch abgestimmt wird, kindgerecht, altersgerecht, über Fragen der Alltagsgestaltung, der Erziehungsgestaltung, der Gestaltung in der Kita. Ich glaube, genau das sind die Dinge, die am Ende des Tages auch eine Verfassungsrealität darstellen. Das ist auch gut so und ich bin dankbar dafür, dass das geschieht und dass das jetzt in der Großen Anfrage noch einmal zusammengetragen wurde.

Es geht noch darüber hinaus, nicht nur in den Bildungsinstitutionen Kita und Schule, auch in der außerschulischen Bildung, in der Stärkung der Schüler:innenvertretung, um auch demokratische Strukturen seitens der Schüler:innenschaft zu haben, in der Spielraumförderung – –. Das ist, glaube ich, noch nicht genannt worden. Wenn es darum geht, Spielplätze zu entwickeln, zu bestücken, dann wurde erstmalig, vor zwei, drei Jahren war das, glaube ich, die Spielleitplanung mit Beteiligung der anwohnenden Kinder

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nein!)

Doch.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das ist 2003 in die Bremer Landesverfassung aufgenommen worden unter SPD und CDU!)

Die Spielleitplanung wurde vor einigen Jahren erstmalig partizipativ aufgestellt und das ist, ehrlich, wegweisend

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

und das ist total gut.

Die Frage ist doch: Was steht im Gesetz und was ist die Verfassungsrealität? Und es ist gut, dass die Spielleitplanung jetzt partizipativ stattfindet.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Ich möchte einmal ganz kurz – -. Okay, ich hab's versucht,

(Glocke)

dass wir das irgendwie einig hinkriegen, aber wenn das nicht gewollt ist --.

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Frau Ahrens, Sie haben sich gemeldet und haben gleich einen zweiten Redebeitrag. Lassen Sie uns Frau Leonidakis mal jetzt folgen. – Bitte fahren Sie fort.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Ich möchte einmal ganz kurz positiv Bremerhaven erwähnen. Bremerhaven ist wirklich sehr, sehr fortschrittlich, was die Beteiligung von Kindern, von Jugendlichen angeht. Es gibt dort eine Kinderkonferenz. Die Strukturen in Bremerhaven sind super partizipativ aufgestellt und ich finde, da müssen wir auch mal explizit auf Bremerhaven zu sprechen kommen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, oder was ich gerne zum Abschluss sagen möchte: Die Kinder brauchen eine Lobby, denn sie selbst finden häufig, oder ihre Belange finden häufig, ungenügend Gehör, auch in öffentlichen Debatten oder bei Entscheidungen von öffentlichen Stellen. Deswegen ist es gut, dass das Jugend- und Kinderrechtebüro 2021 eröffnet wurde. Die Finanzierung läuft Mitte dieses Jahres aus und ich möchte einmal hier den Willen bekunden, dass dieses Büro selbstverständlich auch darüber hinaus abgesichert werden muss.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Denn auch mit solchen Institutionen und Strukturen stärken wir die Lobby für Kinder. Sie ist nicht die einzige Lobby. Das ist auch klar, aber es ist wichtig, dass wir auch solche Stellen haben und dass sie weiter bestehen bleiben. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Petra Krümpfer das Wort.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich will jetzt gar nicht alles wiederholen. Aber was wir jetzt gerade, in dieser Legislatur, neu gemacht haben, ist, dass wir im Schulgesetz die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern in allen Schulstufen gestärkt haben und zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen die von Diskriminierung betroffen sind, an fünf ReBUZen Antidiskriminierungsstellen eingerichtet haben. Das ist doch etwas, was den Kindern und Jugendlichen auch hilft.

Um noch mal konkreter auf die beiden Städte zu gucken: Es ist jetzt schon mehrfach gesagt worden, Bremerhaven hat da schon eine Menge vorgelebt. Die haben seit 2015 ihr Jugendparlament, und dieses Jugendparlament bekommt auch ein eigenes Budget. Das finden wir hervorragend und da muss man mal gucken, wie weit man das noch weiter ausbreitet, auch in Bremen.

Wir haben hier die Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren in der Spielraumförderung und in der Stadtentwicklung, regelmäßig werden diese durchgeführt. Die Ergebnisse der Beteiligungsprozesse fließen immer in die weitere Planung mit ein. Das ist baurechtlich, sag ich mal, so verankert, dass auch Spielflächen in Baugebieten entstehen müssen, in denen Bauträger eine bestimmte Anzahl an Eigentum oder an Wohnraum bauen. Das stärkt Kinder und Jugendliche auch in dem Sinne, dass sie ihren Bewegungsraum damit ausweiten können.

Zusätzlich haben wir den Schüler:innen ab der siebten Klasse in allen Stadtteilen die Möglichkeit gegeben, sich ganzjährig über das Lernmanagementsystem itslearning an stadtteil- und jugendrelevanten Themen zu beteiligen. In den Jugendbeiräten und Jugendforen treffen sich Jugendliche re-

gelmäßig und entscheiden über Themen und Projekte, die sie im Stadtteil unterstützen oder auch selber durchführen möchten.

Wir haben auch hier in Bremen Jugendglobalmittel eingesetzt. Neu, seit 2020. Das heißt also, über die Stadtteile besteht die Möglichkeit, dass Jugendbeiräte dort ein eigenes Budget haben und darüber auch selbst verfügen können.

Wir haben, das ist jetzt mehrfach gesagt worden, das Jugend- und Kinderrechtebüro eingerichtet in Trägerschaft des deutschen Kinderjugendbundes im Landesverband Bremen. Das ist eine sehr ganz wichtige Einrichtung, so sehen wir das jedenfalls, und wir müssen diese Einrichtung auch dringend absichern, um gerade Kinderrechte noch weiter transportieren zu können.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Zu wollen, auch.

So. Und neu haben wir jetzt gerade eine Ombudsstelle eingerichtet, die Kinder- und Jugendliche bei Streitigkeiten mit der Jugendhilfe parteiisch berät und unterstützt. Die jungen Leute sollen über ihre Rechte aufgeklärt werden und sie sollen Unterstützung bekommen bei der Konfliktlösung. Diese Auflistung zeigt: Im Land Bremen findet Kinder- und Jugendbeteiligung umfangreich, umfänglich und an vielen verschiedenen Orten statt.

Was müssen wir noch tun? Wir müssen – –. Die Kinderrechte, in der Praxis muss weiterhin – –. Das ist eine große Herausforderung und wir müssen auch schauen, dass dies eine Querschnittsaufgabe über alle Ressorts hinweg ist. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hat weiterhin die zentrale Bedeutung. Da müssen wir gucken, dass das Jugend- und Kinderrechtebüro dies auch verstärkt mitmacht.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich kann nur ein ganz kurzes Beispiel bringen. Ich bin in Stockholm, nein, nicht in Stockholm, in Göteborg bin ich gewesen, im Willi Wiberg Museum. In jedem Museum und auch in öffentlichen Einrichtungen hängen die Kinderrechte aus. Das heißt, sie werden immer für alle Menschen visualisiert. Ich glaube, wir können anhand dieses Beispiels einfach gucken, wo wir Kinderrechte auch für Erwachsene zeigen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zurufe Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]) In jeder Einrichtung, in jeder Einrichtung, in der Kinder und Jugendliche sich aufhalten, müssten diese aushängen, damit die immer wieder – –. Und natürlich auch gelebt werden. So.

Viele Sachen sind jetzt schon gesagt worden. Ich freue mich jedenfalls, wenn wir gemeinsam mit dem Jugend- und Kinderrechtebüro an weiteren Ideen arbeiten, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt weiterhin zu stärken. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Ahrens das Wort.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Leonidakis, ich weiß, es sind 35 Seiten und wir sind am Donnerstagnachmittag. Uns aber zu unterstellen, wir hätten uns nicht konkret auf die 35 Seiten bezogen: Lesen Sie noch mal nach, die Sachen stehen drin. Aber ich bin nett, ich erzähle Ihnen jetzt zu dem jeweiligen Punkt die genaue Seite und die Antwort mit der Fragenummer, sodass Sie es nachgucken können.

Wir sprechen jetzt über das Thema. Kinder und Jugendliche mit Behinderung sind besonders von Rechtsverletzungen betroffen, ihre Teilhabe ist oft eingeschränkt. Antwort Nummer 16, Seite 29, 30 im 35-seitigen Bericht: Wir stellen fest, dass die sonderpädagogischen Förderquoten in Gröpelingen, Blumenthal und Osterholz mit 11 bis 15 Prozent sechs- bis siebenfach so hoch liegen wie in der Östlichen Vorstadt oder in Borgfeld. Hier findet also tatsächlich der Hauptteil der Inklusion statt.

Wenn man sich dann anguckt, dass wir im Jahr 2013 den ersten Brandbrief der Gröpelinger Kitas bekommen habe, die gesagt haben, ab 2016 wird es richtig knallen in den Schulen - jetzt werde ich den Brandbrief aller Gröpelinger Grundschulen und des ReBUZ im Bremer Westen aus dem Jahre 2016 zitieren, der nicht an Aktualität verloren hat, weil er im Dezember 2022 erneut als Hilferuf in der Zeitung stand mit genau den gleichen Worten -, dann stelle ich fest, dass die Fachleute nicht wir als CDU-Fraktion, die Fachleute! -, die jeden Tag am Kind arbeiten, die von Ihnen dafür eingestellt worden sind, sagen: "Die bestehenden Bedingungen in der Umsetzung der inklusiven Beschulung erweisen sich bei den Kindern, die im besonderen Maße davon profitieren sollten, als nicht ausreichend."

Uns fehlen Sonderpädagogen, und zwar nicht einer oder zwei. Wir haben gerade von den sogenannten Bedarfsschulen eine Liste mit mehr als zehn Schulen zur Kenntnis nehmen müssen, an denen mehr als fünf Sonderpädagogen fehlen. Wir haben nur bis zu 70 Prozent voll ausgebildete Lehrerkolleg:innen in genau diesen von sozialer Benachteiligung besonders herausgeforderten Stadtteilen. Der Rest wird mit der Stadtteilschule, mit Lehramtsstudenten et cetera abgebildet.

Das heißt, wir lassen hier in Bremen die, die es am meisten bräuchten, beim Thema Kinderschutz, beim Thema Kinderrechte, beim Thema Inklusion, alleine, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Die Tami-Oelfken-Schule war eine der Schulen, die in Zeiten der großen Koalition in Blumenthal die Vorzeigeschule Inklusion war,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das hatten wir schon mal hier in der Debatte!)

2004 von Herrn Lemke eröffnet, 2004! Man hat bewusst in einen vierzügigen Bau eine zweizügige Schule hineingesetzt, weil man wusste, dass an dieser Stelle bei fast 50 Prozent Inklusion genau diese Kinder Raum brauchen, damit sie nicht so stark bereizt werden, dass sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, dem Schulalltag zu folgen. Das hat man bewusst gemacht, dafür sind wir bundesweit ausgezeichnet worden!

Und was machen Sie, liebe Koalition von SPD und Grünen, liebe rot-grün-rote Koalition? Seit fünf Jahren wird diese Schule überbelastet, seit fünf Jahren wird da jedes Jahr reingestopft, was geht. Wir sind in einer durchgängigen Dreizügigkeit. Ein Jahr vierzügig, jetzt demnächst fünfzügig. Das ist Ihre Antwort "Inklusion in sozial benachteiligten Quartieren", meine Damen und Herren, und das geht nicht!

(Beifall CDU)

Dann sind Sie beigegangen- –. Die Schule hat gesagt, wir brauchen – –, hat einen Forderungskatalog aufgestellt.

(Zuruf)

Am 30. November wurde uns an der Stelle versprochen, was für diese Kinder kommen soll. Nicht ein einziger Punkt davon wird jetzt umgesetzt, meine

Damen und Herren, wie uns schriftlich mitgeteilt wurde.

Dann stelle ich fest, dass es mit der Inklusion hier in Bremen – und die Tami-Oelfken-Schule ist doch nur ein Synonym, die Gröpelinger Schulen haben genau die gleichen Probleme, teilweise bei noch größeren Problemen in der Ausstattung, die da formuliert worden sind –, dass wir hier das Recht auf Teilhabe gar nicht entsprechend umsetzen, meine Damen und Herren. Der Antwort kann man das nicht 100 Prozent entnehmen.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, steht auf Seite 30 auf der Rückseite, da steht das zum Thema "Kita". Wir haben Kinder, die eine Anerkennung haben –

(Zuruf)

ja, aber ich habe noch 25 Minuten -,

(Heiterkeit)

die tatsächlich an dieser Stelle – 25 Sekunden – Inklusionsbedarf schon in der Kita festgestellt bekommen haben. Da braucht es eineinhalb Jahre, bis sie dann mit einer Autismus-Spektrum-Störung tatsächlich einen Platz im Autismuszentrum erhalten. Das liegt unter anderem auch daran, dass das Autismuszentrum

(Glocke)

nach wie vor nicht in der Lage ist,

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

alle Tarifsteigerungen zu finanzieren, weil seit 2004 die Zuwendungen des Senats nicht erhöht worden sind. Finde den Fehler, meine Damen und Herren. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Als nächste Rednerin hat das Wort die Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben hier eine sehr engagierte Debatte zu Kinderrechten gehört. Ja, es geht tatsächlich um nichts weniger als um universelle

Rechte für Kinder in unserer Gesellschaft. Das betrifft Kita und Schule, das betrifft Jugendhilfe und Jugendförderung, das betrifft – und das ist in dieser Debatte ja auch sehr deutlich geworden – alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, einfach, weil Kinder und Jugendliche von allen gesellschaftlichen Bereichen betroffen sind.

Es ist auch deutlich geworden, dass wir gesamtgesellschaftliche Anstrengungen brauchen. Kinderarmut ist hier auch noch mal deutlich betont worden und der, übrigens bundesweit, leider tatsächlich nachzuweisende Zusammenhang von sozialer Lage und Bildungserfolg. Wie Kinderarmut wirksam angegangen werden kann, das habe ich in der gestrigen Debatte zur Aktuellen Stunden dargelegt. Herr Professor Dr. Hilz hat mir Klassenkampf, weiß ich nicht, vorgeworfen,

(Abgeordneter Prof. Dr. Hauke Hilz [FDP]: Wenn Sie das so verstanden haben!)

bescheinigt, mir ein Sternchen dafür gegeben. Was aber deutlich ist, ist, dass Kinderrechte eben nicht nur in eine Verfassung gehören, sondern sich das in der Lebenswirklichkeit von Kindern abbilden muss.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Grundvoraussetzung dafür, dass wir das, was wir in die Landesverfassung aufgenommen haben – ich habe erst überlegt, ob ich sagen kann: "was wir aufgenommen haben", aber da war ich tatsächlich noch als Abgeordnete tätig, also kann ich das hier sagen, das hat Voraussetzungen, um das mit Lebenswirklichkeit zu erfüllen. Ja, die Voraussetzung ist: Teilhabe von Kindern, auch Teilhabe von Kindern in Einrichtungen frühkindlicher Bildung, wo sie lernen, miteinander umzugehen, unterschiedliche Interessen wahrzunehmen, zu diskutieren, Konflikte zu lösen. Beispiele dafür sind hier auch schon genannt worden.

Das setzt sich natürlich in der Schule fort, weil die Frage "Haben Kinder Rechte und wie setzen sie sie durch?" natürlich immer und insbesondere da, wo es um Macht geht, eine ganz besonders wichtige Rolle spielt. Das hat etwas mit Kitas, mit Schulen, mit Justiz, mit Polizei und natürlich auch mit dem Elternhaus zu tun.

Ich möchte an einer Stelle, weil das gerade im letzten Redebeitrag auch noch mal betont worden ist, sagen: Ja, wir haben bei der Frage "Wie können wir die Kinder in unserem Bundesland optimal unterstützen?" immer noch Aufgaben zu erledigen, aber gerade im Bereich der Inklusion – und ich glaube, dass kann man nicht oft genug betonen – haben wir dadurch, dass wir sie in Bremen als universellen Anspruch in der Schule eingeführt haben, erreicht, dass sich der Anteil der jungen Menschen, die mit Förderbedarf Abschlüsse erreichen, von 20 Prozent auf über 60 Prozent gesteigert hat. Das, finde ich, muss man hier an der Stelle auch noch mal betonen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, zu Kinderrechten gehört Partizipation, das gehört auch Schutz des Wohls der Kinder dazu, Schutz vor Gewalt und auch die Möglichkeit, mitzuentscheiden. Wir wissen, dass, wenn Kinder in Sachen Teilhabe Bescheid wissen und ihre Rechte kennen und die auch schon ausprobiert haben, dass sie dann auch selbst den Mund aufmachen können. Dann können sie selbstbewusst ihre Meinung vertreten, Selbstwirksamkeit erleben und nehmen dann auch in Kita und Schule mehr mit für ihr Leben und auch auf dem Weg ihrer Bildungsbiografien. Darin begleiten wir sie in Kita, in Schule, das ist gerade schon deutlich geworden.

Das hat auch etwas mit den formalen Rechten zu tun, Deswegen ist es gut, dass wir im Schulverwaltungsgesetz entsprechende Rechte verankert haben. Dazu gehört aber vor allen Dingen auch, Kinder und Jugendliche in ihren Positionen, in ihren Interessen ernst zu nehmen. Darin, was sie im Unterricht thematisieren wollen, worüber sie sprechen wollen, die Themen, die sie anmelden, und nicht zu sagen: "Ja, das interessiert uns jetzt aber nicht" oder "Wir haben aber etwas anderes auf dem Lehrplan stehen."

Wenn Kinder und Jugendliche selbstbewusst einfordern, zu diesem Thema wollen wir sprechen, und da auch Meinungen vertreten, die vielleicht mit denen der Lehrkraft nicht übereinstimmen, dann gehört das eben auch zur Wahrnehmung der Kinderrechte dazu.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deswegen ist es auch wichtig, Kinder und Jugendliche zu motivieren, sich zu engagieren, politisch aktiv zu sein in der Schüler:innenvertretung.

Ich bin ziemlich stolz auf das, was in der Zusammenarbeit des Bremer Jugendrings mit der Gesamtschüler:innenvertretung hier in Bremen und mit dem Stadtschüler:innenring in Bremerhaven entstanden ist: Die Broschüre "SV machen". Die erklärt auch, was Delegierte sind und wie das funktioniert und Schulkonferenzen und so, aber an erster Stelle steht das Kapitel "Schüler:innen haben Rechte!" Deswegen ist eine richtig gute Broschüre.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dass Kinder über sich hinauswachsen, wenn sie teilhaben, wenn sie sich überlegen, welche Projekte sie vorantreiben wollen, welche Ideen sie für unterschiedliche Dinge, für Pausenhofgestaltung, für Unterrichtsgestaltung haben, das haben einige von Ihnen, viele von Ihnen, ja auch im Oktober hier in der Präsentation von "Demokratisch Handeln" miterleben dürfen. Ich glaube, Sie waren da ähnlich beeindruckt wie ich.

Dadurch bringt man Kinder und Jugendliche dazu, dass sie sich engagieren, dass sie sich für sich und andere einsetzen, Demokratie stärken und, ja, sich auch politisch in konkreten Zusammenhängen engagieren und sich hoffentlich – –. Ich glaube, das kann ich für alle demokratischen Parteien hier sagen, man muss ja nicht sagen, in welcher Partei sie sich engagieren sollen, aber dass es wichtig ist, dass sich junge Menschen auch in politischen Parteien engagieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, Kinder- und Jugendbeteiligung ist anstrengend, vor allen Dingen weil da manchmal Ergebnisse rauskommen, die wir gar nicht erwartet haben, aber – man höre und staune – wir haben gar nicht immer Recht, bloß weil wir erwachsen sind, sondern manchmal wissen Kinder und Jugendliche sogar besser, was für die Gesellschaft gut ist. Ja, Prozesse dauern länger, aber das hat, nicht nur, aber auch, Hans Koschnick gesagt: "Demokratie macht Arbeit, ist anstrengend, aber am Ende, wenn Entscheidungen unter Beteiligung der Betroffenen getroffen werden, sind die Ergebnisse meistens besser."

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Deswegen wollen wir Kinder und Jugendliche stärker beteiligen. Dazu gehört es, dass wir in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens reingucken, wie wir das machen können. Dazu gehört Zugang zu Informationen und das betrifft, und das ist hier auch deutlich geworden, natürlich Kita und Schule. Das betrifft auch die Justiz und die Polizei und, ja, da geht es auch um Aufklärung und um Klarstellung gegenüber Eltern und auch um Empowerment aller, die mit Kinderrechten zu tun haben.

Keine Frage, das ist nicht einfach, aber die Lernprozesse werden wir alle angehen. Wir müssen die gesamte Gesellschaft dazu in die Lage versetzen und deutlich machen, Kinderrechte sind nicht verhandelbar, sondern müssen Grundlage unseres Entscheidens und unseres Handelns sein. Kinder gehören in den Mittelpunkt gestellt. Aus der Debatte heute nehme ich mit, dass wir alle gemeinsam in diese Richtung handeln werden. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Çolak: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 20/1572, auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE Kenntnis.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Feierabend und schließe damit Landtagssitzung.

(Schluss der Sitzung 18:13 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 26. Januar 2023

Anfrage 7: Steuergeldverschwendung durch Personalunterbesetzungen in der Zentralen Aufnahmestelle des Landes Bremen, ZASt, und im Migrationsamt

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

- 1. Welche zusätzlichen Kosten sind dem Land Bremen seit Sommer 2021 entstanden, weil bei steigenden Bedarfen notwendige Personalaufstockungen in ZASt und Migrationsamt unterblieben?
- 2. Warum wurden durch zu langes Zögern im Sozial- und Innenressort Bearbeitungszeiten nicht reduziert?
- 3. Wer trägt die Verantwortung für diese Vorgänge und Fehlentscheidungen in diesem Bereich?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet:

Der Senat teilt nicht die Auffassung, dass notwendige Personalanpassungen unterblieben sind. Der Senat hat – im Gegenteil – sehr schnell mit personellen Maßnahmen auf den sprunghaften Anstieg von Asyl- und Duldungssuchenden reagiert.

Zunächst wurden interne Lösungen gefunden, wie zum Beispiel die Weiterbeschäftigung von Personen im rentenfähigen Alter. In einem zweiten Schritt wurden Zeitarbeitskräfte beschäftigt. Um die in sehr kurzer Zeit angestiegene Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine angemessen und zeitnah aufnehmen zu können, wurde ein zusätzlicher Standort zur Registrierung in der Flughafenallee eingerichtet. Er war besetzt mit Mitarbeitenden der ZASt und des Migrationsamts sowie mit Mitarbeitenden des Deutschen Roten Kreuzes. Zusätzlich sind Mitarbeitende der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport an den Wochenenden unterstützend eingesprungen.

Mit diesen Maßnahmen konnten die räumlichen und insbesondere die technischen Kapazitäten, die stets auch begrenzt waren, bestmöglich ausgeschöpft werden. Da sich nun seit einiger Zeit abzeichnet, dass die Zugangszahlen nicht nur vorübergehend angestiegen sind, sondern auf einem hohen Niveau verbleiben werden, hat der Senat die grundlegende personelle Verstärkung der ZASt und des Migrationsamts beschlossen.

Der Erfolg der bisherigen Maßnahmen spiegelt sich unter anderem in einem Schreiben des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat vom 24. November 2022. Danach lag das Bundesland Bremen bei der vollständigen Registrierung der Geflüchteten aus der Ukraine im Ländervergleich mit 93,66 Prozent auf Platz zwei unter den Ländern.

Anfrage 8: Einfache und schwere Diebstähle in/aus

Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter

Beck

(BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der einfachen und schweren Diebstähle in/aus Banken, Sparkassen, Postfilialen und -agenturen und ähnlichen Einrichtungen – Schlüssel Nr. 305*00 sowie 405*00 – laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden, einfachen und schweren Diebstahl sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 65 Fälle von einfachem Diebstahl insgesamt in/aus Banken, Sparkassen, Postfilialen und -agenturen und dergleichen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 75 Fälle und im Jahr 2021 41 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 33 Fälle, im Jahr 2020 22 Fälle und im Jahr 2021 elf Fälle erfasst.

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 zwölf Fälle von schwerem Diebstahl insgesamt in den genannten Einrichtungen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden neun Fälle und im Jahr 2021 38 Fälle erfasst. In Bremerhaven wurden im Jahr 2019 zwei Fälle und in den Jahren 2020 und 2021 jeweils ein Fall erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich für beide Delikte eine Steigerung für die Stadt Bremen feststellen. Für Bremerhaven trifft dies in Bezug auf die einfachen Diebstahlsdelikte ebenso zu. Für den Bereich des schweren Diebstahls zeichnet sich für das erste Halbjahr 2022 hingegen keine Veränderung der Fallzahlen ab.

Anfrage 9: Einfache und schwere Diebstähle in/aus Böden Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der einfachen und schweren Diebstähle in/aus Boden-, Kellerräumen und Waschküchen – Schlüssel Nr. 340*00 sowie 440*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden, einfachen und schweren Diebstahl sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 69 Fälle von einfachem Diebstahl insgesamt in/aus Boden-, Kellerräumen und Waschküchen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 79 Fälle und im Jahr 2021 62 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 26 Fälle erfasst. Im Jahr 2020 wurden 23 Fälle und im Jahr 2021 39 Fälle erfasst.

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 866 Fälle von schwerem Diebstahls insgesamt in die genannten Räume in der PKS erfasst. Im Jahr 2019 wurden 944 Fälle und im Jahr 2021 1 407 Fälle erfasst. In Bremerhaven wurden im Jahr 2019 128 Fälle erfasst. Im Jahr 2020 wurden 805 und im Jahr 2021 928 Fälle erfasst.

Im ersten Halbjahr 2022 wurde für die Stadt Bremen eine vergleichbare Anzahl an einfachen Diebstählen insgesamt in die genannten Räume wie im ersten Halbjahr 2021 erfasst. Die Anzahl an schweren Diebstählen dieser Art insgesamt war im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum 2021 geringer.

In Bremerhaven ist für das erste Halbjahr 2022 ein Rückgang der Fallzahlen sowohl von einfachem als auch vom schweren Diebstahl im Sinne der Fragestellung festzustellen. Anfrage 10: Einfache und schwere Diebstähle in/aus Kiosken Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der einfachen und schweren Diebstähle in/aus Kiosken, Warenhäusern, Verkaufsräumen, Selbstbedienungsläden, Schaufenstern und Schaukästen – Schlüssel Nr. 325*00 sowie 425*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden, einfachen und schweren Diebstahl sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 4 986 Fälle von einfachem Diebstahl insgesamt in/aus Kiosken, Warenhäusern, Verkaufsräumen, Selbstbedienungsläden, Schaufenstern und Schaukästen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 4 847 Fälle und im Jahr 2021 3 429 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 1 233 Fälle, im Jahr 2020 1 165 Fälle und im Jahr 2021 1 085 Fälle erfasst.

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 994 Fälle von schwerem Diebstahl insgesamt im Sinne der Fragestellung in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 895 Fälle und im Jahr 2021 618 Fälle erfasst. In Bremerhaven wurden im Jahr 2019 87 Fälle, im Jahr 2020 140 Fälle und im Jahr 2021 112 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Bereich des einfachen Diebstahls im Sinne der Fragestellung eine Steigerung für die Stadt Bremen feststellen, während sich die Fallzahlen im Bereich des schweren Diebstahls auf einem etwa gleichbleibenden Niveau befinden.

Für Bremerhaven zeichnet sich für den Bereich des einfachen Diebstahls für das erste Halbjahr 2022 keine wesentliche Veränderung der Fallzahlen ab, während im Bereich des schweren Diebstahls ein leichter Rückgang festzustellen ist.

Anfrage 11: Einfache und schwere Diebstähle in/aus Gaststätten Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und

Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der einfachen und schweren Diebstähle in/aus Gaststätten, Kantinen, Hotels und Pensionen – Schlüssel Nr. 315*00 sowie 415*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden, einfachen und schweren Diebstahl sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 386 Fälle von einfachem Diebstahl insgesamt in/aus Gaststätten, Kantinen, Hotels und Pensionen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 195 Fälle und im Jahr 2021 103 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 76 Fälle, im Jahr 2020 38 Fälle und im Jahr 2021 26 Fälle erfasst.

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 203 Fälle von schwerem Diebstahl insgesamt im Sinne der Fragestellung in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 181 Fälle und im Jahr 2021 172 Fälle erfasst. In Bremerhaven wurden in den Jahren 2019 und 2020 jeweils 39 Fälle und im Jahr 2021 32 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 jeweils im Bereich des einfachen und schweren Diebstahls im Sinne der Fragestellung eine Steigerung für die Stadt Bremen feststellen.

Für Bremerhaven zeichnet sich für den Bereich des einfachen und des schweren Diebstahls für das erste Halbjahr 2022 ebenfalls jeweils eine Steigerung der Fallzahlen ab.

Anfrage 12: Einfache und schwere Diebstähle in/aus

Büroräumen
Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und
Peter

Beck

(BIW)
vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der einfachen und schweren Diebstähle in/aus Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräumen – Schlüssel Nr. 310*00 sowie 410*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt (bitte getrennt nach Stadtgemeinden, einfachen und schweren Diebstahl sowie Jahren ausweisen)?

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 764 Fälle von einfachem Diebstahl insgesamt in/aus Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräumen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 727 Fälle und im Jahr 2021 427 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 156 Fälle, im Jahr 2020 92 Fälle und im Jahr 2021 94 Fälle erfasst.

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 1 020 Fälle von schwerem Diebstahl insgesamt im Sinne der Fragestellung in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 1 368 Fälle und im Jahr 2021 1 779 Fälle erfasst. In Bremerhaven wurden im Jahr 2019 270 Fälle, im Jahr 2020 427 Fälle und im Jahr 2021 344 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Bereich des einfachen Diebstahls im Sinne der Fragestellung eine Steigerung für die Stadt Bremen feststellen, während die Fallzahlen im Bereich des schweren Diebstahls tendenziell zurückgehen.

Für Bremerhaven zeichnet sich für den Bereich des einfachen und des schweren Diebstahls für das erste Halbjahr 2022 jeweils eine Steigerung der Fallzahlen ab.

Anfrage 13: Gefahren durch Reichsbürger im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele und welche Reichsbürgergruppen sind in Bremen in welcher Weise Scheinpapiere, Veranstaltungen, Kundgebungen, gegebenenfalls Diskussion und Planung politischer Gewalt aktiv und ist dem Senat eine "Mission" oder sonstige Aktivitäten der "Germaniten" im Land Bremen bekannt, und wenn ja, welche?
- 2. Welche Verbindungen sind dem Senat in das restliche extrem rechte Milieu bekannt personelle Überschneidungen, persönliche Kontakte, politische Zusammenarbeit, (Waffen-)Handel –, und

welche Verbindungen existieren über Bremen hinaus?

3. Betreiben Reichsbürger:innen oder andere extrem Rechte Gewerbe in Bremen oder im Umland und wie hoch ist in etwa der kumulierte Gewinn für die Jahre 2019 fortfolgende? Bitte nach Jahren darstellen.

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Das Bremer Spektrum der "Reichsbürger" und "Selbstverwalter", umfasst aktuell über 100 Personen. Es besteht größtenteils aus Einzelpersonen und diversen Kleingruppen, die insbesondere über das Internet und die Sozialen Medien vernetzt sind. Das Spektrum ist durch eine hohe Dynamik und Fluktuation geprägt und grundsätzlich weniger in festen Strukturen organisiert.

Einzelne bundesweit aktive Gruppierungen versuchen derzeit, in Bremen u.a. mit Informationsveranstaltungen Anschlussfähigkeit für ihre verfassungsfeindliche Ideologie zu generieren. Zu den aktiven Gruppierungen gehören u.a. das "Indigene Volk Germaniten", das "Königreich Deutschland" sowie Einzelpersonen, die der im Jahr 2020 verbotenen Reichsbürgergruppierung "Geeinte deutsche Stämme und Völker" nahestehen.

Aktivitäten der "Germaniten" konzentrieren sich auf das Versenden reichsbürgertypischer Schreiben an Meldebehörden des Landes Bremen.

Zu Frage 2: In Bremen gibt es vereinzelte Reichsbürger, die ideologisch dem Phänomenbereich des Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Überschneidungen ergeben sich vor allem durch ähnliche Weltanschauungen, wie zum Beispiel den Gebietsoder Geschichtsrevisionismus oder antisemitische Verschwörungsnarrative. Anlass- und themenbezogen kommt es zu lokalen sowie bundesweiten Kooperationen, beispielsweise in Form gemeinsamer Kundgebungen.

Zu Frage 3: Teile der rechtsextremistischen Szene Bremens verbreiten ihre rechtsextremistische Ideologie unter anderem mit Hilfe von Versandläden. In Bremen werden beispielsweise unter dem Label "SF-Extremsport" und "Sport-Frei" Bekleidung und Accessoires angeboten, die insbesondere von Angehörigen der aktions- und gewaltorientierten "Mischszene" erworben werden. Der Fanshop "ESE Sound Shop" der rechtsextremistischen Band "Endstufe" vertreibt diverse rechtsextremistische

Kleidungsartikel, Band-Merchandise, CDs, Zeitschriften et cetera.

Weiterhin sind in Bremen zwei von Bremer Rechtsextremisten betriebene Verlage ansässig: Über die Webseite "Soldatenbiografien" werden geschichtsrevisionistische Zeitzeugenbiographien und Bücher mit Bezug zum Zweiten Weltkrieg vertrieben. Gleichzeitig ist der Inhaber der Seite Herausgeber der rechtsextremistischen Halbjahresschrift "Ein Fähnlein". Ein weiterer rechtsextremistischer Verlagshandel, die Atlas & König Versandbuchhandlung GmbH, ehemals "Wieland Körner Verlag"/"Hanse Verlag"), vertreibt antisemitische und geschichtsrevisionistische Literatur.

Da eine Pflicht zur Veröffentlichung der Jahresbilanz bei diesen Unternehmen in der Regel nicht besteht und die steuerlichen Angaben dem Steuergeheimnis unterliegen, sind genaue Zahlen nicht bekannt.

Im Spektrum der Reichsbürger:innen und "Selbstverwalter:innen" existieren in Bremen keine vergleichbaren Gewerbe.

Anfrage 14: Schwere Diebstähle an/aus Kraftfahrzeugen

Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der schweren Diebstähle an/aus Kraftfahrzeugen – Schlüssel Nr. 450*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 3 113 Fälle von schwerem Diebstahl insgesamt an beziehungsweise aus Kraftfahrzeugen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 2 140 Fälle und im Jahr 2021 2 333 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 192 Fälle, im Jahr 2020 295 Fälle und im Jahr 2021 231 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Sinne der Fragestellung eine Steigerung für die Stadt Bremen feststellen, während sich die Fallzahlen in Bremerhaven auf einem etwa gleichbleibenden Niveau befinden.

Anfrage 15: Einfache Diebstähle in/aus Wohnungen

Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der einfachen Diebstähle in/aus Wohnungen – Schlüssel Nr. 335*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 394 Fälle von einfachem Diebstahl insgesamt in beziehungsweise aus Wohnungen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 423 Fälle und im Jahr 2021 374 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 130 Fälle, im Jahr 2020 116 Fälle und im Jahr 2021 155 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Sinne der Fragestellung ein etwa gleichbleibendes Niveau für die Stadt Bremen feststellen, während hinsichtlich der Fallzahlen in Bremerhaven eine tendenzielle Steigerung festzustellen ist.

Anfrage 16: Schwere Diebstähle in/aus Neu- und Rohbauten

Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der schweren Diebstähle in/aus überwiegend unbezogenen Neu- und Rohbauten sowie Baustellen – Schlüssel Nr. 445*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 278 Fälle von schwerem Diebstahl in beziehungsweise aus überwiegend unbezogenen Neu- und Rohbauten und Baustellen in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 248 Fälle und im Jahr 2021 211 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 17 Fälle, im Jahr 2020 39 Fälle und im Jahr 2021 59 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Sinne der Fragestellung ein etwa gleichbleibendes Niveau für beide Stadtgemeinden feststellen.

Anfrage 17: Schwere Ladendiebstähle im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW)

vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der schweren Ladendiebstähle – Schlüssel Nr. 426*00 – laut PKS in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 591 Fälle von schwerem Ladendiebstahl in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 522 Fälle und im Jahr 2021 364 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 26 Fälle, im Jahr 2020 40 Fälle und im Jahr 2021 48 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Sinne der Fragestellung ein etwa gleichbleibendes Niveau für beide Stadtgemeinden feststellen.

Anfrage 18: Tageswohnungseinbruchdiebstahl Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der Tageswohnungseinbruchdiebstähle gemäß § 244 Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 4 sowie § 244a StGB laut PKS – Schlüssel Nr. 436*00 – in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 459 Fälle von Tageswohnungseinbruchdiebstahl in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 237 Fälle und im Jahr 2021 182 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 69 Fälle, im Jahr 2020 73 Fälle und im Jahr 2021 79 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Sinne der Fragestellung für beide Stadtgemeinden eine Steigerung feststellen.

Anfrage 19: Wohnungseinbruchdiebstahl Anfrage der Abgeordneten Jan Timke (BIW) und Peter Beck (BIW) vom 8. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle gemäß § 244 Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 4 sowie § 244a StGB laut PKS – Schlüssel Nr. 435*00 – in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie dem ersten Halbjahr 2022 in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte getrennt nach Stadtgemeinden sowie Jahren ausweisen.

Antwort des Senats:

In der Stadt Bremen wurden im Jahr 2019 1 582 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl in der PKS erfasst. Im Jahr 2020 wurden 1 254 Fälle und im Jahr 2021 977 Fälle erfasst. Für Bremerhaven wurden im Jahr 2019 279 Fälle, im Jahr 2020 252 Fälle und im Jahr 2021 291 Fälle erfasst.

Für das erste Halbjahr 2022 lässt sich in der PKS in Relation zum ersten Halbjahr 2021 im Sinne der Fragestellung für beide Stadtgemeinden eine Steigerung feststellen.

Anfrage 20: Wird die Rentenbenachteiligung jüdischer Kontingentflüchtlinge durch Stiftung des Bundes wirklich beendet? Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Valentina Tuchel, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

- 1. Wird der Senat der Stiftung des Bundes zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler beitreten?
- 2. Hält der Senat die angestrebte Lösung für ausreichend, um die Rentenbenachteiligung jüdischer Kontingentflüchtlinge zu beenden?
- 3. Falls nicht, welche Maßnahmen plant der Senat, um doch noch eine Beendigung der Rentenbenachteiligung für jüdische Kontingentflüchtlinge, wie sie die Bürgerschaft (Landtag) zum Beispiel mit Beschluss vom 11. Juni 2020 forderte, zu erreichen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Zu der Frage, ob die Freie Hansestadt Bremen der Stiftung des Bundes mit dem Namen "Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler" beitreten wird, hat der Senat noch keinen Beschluss gefasst. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz bereitet derzeit eine Senatsbefassung vor. Die Länder können der Stiftung bis zum 31. März 2023 beitreten.

Die Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet.

Jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion sind aufgrund zu niedriger beziehungsweise nicht realisierbarer ausländischer und zu geringer deutscher Rentenansprüche im Alter vielfach auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen. Dies wird von den im Herkunftsgebiet langjährig erwerbstätig gewesenen und vielfach hochqualifizierten Personen als Härte empfunden.

In Umsetzung des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 12. Sitzung am 10. bis 11. Juni 2020 (Beschluss Nr. 20/232) hat der Senat in seiner Sitzung am 08. Dezember 2020 den Beschluss für einen Entwurf eines Entschließungsantrags des Bundesrates mit dem Ziel der Beendigung der Rentenbenachteiligung jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer gefasst und diesen dem Bundesrat zugeleitet. Der Bundesrat hat in seiner 1 000. Sitzung am 12. Februar 2021 die Entschließung gefasst (BR-Drs. 754/20 (B)). Neben einem Fonds für Härtefälle schließt dies nach Ansicht des Bundesrates auch notwendige Sozialversicherungsabkommen mit den betroffenen Nachfolge-

staaten der Sowjetunion mit dem Ziel eines rückwirkenden Ausgleichs der Alterssicherungsleistungen ein.

Ergänzend oder bei Nichtzustandekommen des Härtefallfonds und der Sozialversicherungsabkommen sollte eine rentenrechtliche Gleichstellung der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und eine entsprechende Änderung des Fremdrentengesetzes vorgenommen werden.

Das Bundeskabinett hat am 18. November 2022 die Eckpunkte zur Errichtung der Stiftung des Bundes "Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler" beschlossen, um den im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vereinbarten Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler umzusetzen. Den Betroffenen soll dabei ermöglicht werden, zur Abmilderung ihrer empfundenen Härten eine antragsabhängige pauschale Einmalzahlung in Höhe von 2 500 Euro zu erhalten. Treten Länder der Stiftung bei, soll sich die Leistung für Personen, für die das jeweils beigetretene Land einen finanziellen Anteil erbracht hat und die dort zum Zeitpunkt der Stiftungsgründung ihren Wohnsitz haben, 2 500 Euro erhöhen. Mit der Errichtung der Stiftung übernehmen der Bund und die beitretenden Länder sozialpolitische Verantwortung.

Entsprechende Änderungen des Fremdrentengesetzes sind vonseiten des Bundes bislang nicht vorgenommen worden. Die Gründe, die einer rentenrechtlichen Gleichstellung jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durch eine Änderung des Fremdrentengesetzes gegebenenfalls entgegenstehen könnten, wurden vom Senat bereits im Rahmen der Antwort zu Frage 3 in der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Rentenbenachteiligung jüdischer Zuwander:innen" vom 18. Oktober 2021 (Drucksache 20/1247 zu Drucksache 20/1134) dargestellt, auf die verwiesen wird.

Ungeachtet dessen wird sich der Senat auch weiterhin für eine rentenrechtliche Gleichstellung jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Spätaussiederinnen und Spätaussiedlern durch eine Änderung des Fremdrentengesetzes einsetzen und entsprechende Vorhaben auf Bundesebene unterstützen.

Anfrage 21: Wer kontrolliert Abmahnvereine? Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 23. Dezember 2022

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie bewertet der Senat die Tätigkeit von sogenannten Abmahnvereinen und Rechtsanwält:innen, die zum Teil kleine Einzelhändler:innen wegen kleinerer Vergehen in Existenznöte bringen?
- 2. Hält der Senat die Kontrolle jener Vereine für ausreichend, um sicherzustellen, dass diese Abmahnungen nicht das alleinige Geschäftsmodell dubioser Organisationen oder Anwält:innen darstellen?
- 3. Welche Maßnahmen plant der Senat, um das einträgliche Geschäftsmodell dieser dubiosen Vereine einzuschränken?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Für Abmahnvereine, die als rechtsfähige Verbände tätig sind, ist in bundesgesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie dem Unterlassungsklagengesetz ausdrücklich eine Berechtigung zur Geltendmachung von Unterlassungsansprüchen vorgesehen. Diese Geltendmachung ist jeweils an die Einhaltung bestimmter Voraussetzungen gebunden. Abmahnvereine können bei wettbewerbswidrigem Verhalten sodann erforderlichenfalls im Wege der Verbandsklage entsprechende Ansprüche gerichtlich geltend machen.

Die Tätigkeit von Abmahnvereinen ist somit vom Gesetzgeber gewünscht und dient neben der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs nicht zuletzt auch dem Interesse der Allgemeinheit an einem unverfälschten Wettbewerb. Insbesondere aufgrund des zum Teil hohen Kostenrisikos scheuen kleine und mittlere Unternehmen wettbewerbsrechtliche Auseinandersetzungen vor Gericht. Vor diesem Hintergrund kann die Tätigkeit von Abmahnvereinen in berechtigten Fällen daher auch kleineren Unternehmen und Einzelhändlern zugutekommen, um beispielsweise Wettbewerbsverfälschungen durch marktmächtigere Unternehmen entgegentreten zu können.

Soweit es um Rechtsanwält:innen geht, die in der Regel von Mitbewerbenden mit der Geltendmachung von Unterlassungsansprüchen beauftragt werden, gelten die bereits dargestellten Erwägungen.

Selbstverständlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die vom Bundesgesetzgeber mit dem Ziel der Sicherstellung eines lauteren Wettbewerbs eingeräumten Abmahnbefugnisse von Abmahnvereinen missbraucht werden, beispielsweise indem Rechtsanwält:inne die Möglichkeiten der Geltendmachung von Unterlassungsansprüchen missbräuchlich nutzen. Auf diese Weise kann gerade kleinen und mittleren Unternehmenauch ein erheblicher finanzieller Schaden und zudem ein erheblicher Reputationsschaden entstehen.

Solche Vorgehensweisen sind aus Sicht des Senats zu unterbinden. Insoweit wird auf die Antworten zu den Fragen 2 und 3 verwiesen; der Bundesgesetzgeber hat mit dem Ziel der Bekämpfung des Missbrauchs von Abmahnungen im Jahr 2020 die gesetzlichen Anforderungen an die Tätigkeit von Abmahnung verschärft und die Berechtigung zur Abmahnung verschärft und die Möglichkeiten zur Abwehr missbräuchlicher Abmahnungen differenzierter gefasst.

Zu Frage 2: Der Bundesgesetzgeber hat die erwünschte Tätigkeit der Abmahnvereine bewusst keiner gesonderten behördlichen Kontrolle unterstellt. Als Reaktion auf die sich entwickelnde Problematik missbräuchlicher Abmahnungen hat der Bundesgesetzgeber jedoch mit dem am 2. Dezember 2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs zahlreiche Änderungen, darunter insbesondere im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, zur Eindämmung des Abmahnmissbrauchs vorgenommen.

Um die Abmahntätigkeit als alleiniges Geschäftsmodel zu unterbinden, wurde eingeführt, dass eine Anspruchsberechtigung nur noch den Verbänden zusteht, die in eine Liste sogenannter qualifizierter Wirtschaftsverbände eingetragen sind. Diese Liste wird bei dem Bundesamt für Justiz geführt und auf der dortigen Internetseite in aktueller Fassung veröffentlicht.

Vor Aufnahme in diese Liste prüft das Bundesamt für Justiz das Vorliegen der in § 8b des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb normierten Eintragungsvoraussetzungen, unter anderem die satzungsmäßigen Aufgaben, eine Eintragung ins Vereinsregister, eine längerfristige Tätigkeit des Vereins, eine Mindestanzahl an Mitgliedern sowie eine ausreichende personelle, sachliche und finanzielle Ausstattung des Vereins. Das Bundesamt für Justiz prüft zudem turnusmäßig – zunächst zwei Jahre nach Ersteintragung, dann alle fünf Jahre – oder fristenunabhängig bei begründeten Zweifeln, ob der Verband die Eintragungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt.

In Bezug auf Mitbewerbende, die zur Anspruchsdurchsetzung häufig Rechtsanwält:innen beauftragen, wird die Anspruchsberechtigung nunmehr davon abhängig gemacht, dass diese tatsächlich in nicht unerheblichem Maße und nicht nur gelegentlich Waren oder Dienstleistungen vertreiben oder nachfragen wie derjenige, der die unzulässige geschäftliche Handlung vorgenommen hat. Auf diese Weise soll insbesondere Mitbewerbenden die Anspruchsberechtigung entzogen werden, die tatsächlich nicht am Markt tätig sind und die primär finanzielle Interessen durch Generierung von Abmahnungen verfolgen.

Zu Frage 3: Wie bereits in Beantwortung der Frage 2 erläutert, hat der zuständige Bundesgesetzgeber zum Schutz vor missbräuchlichen Abmahnungen mit dem Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs zahlreiche Änderungen, darunter insbesondere im Bereich des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, vorgenommen und dabei die Anforderungen an die Anspruchsberechtigung von Abmahnvereinen und Mitbewerbenden verschärft. Dies dürfte dazu beitragen, dass nur tatsächlich Anspruchsberechtigte Forderungen aufgrund von Wettbewerbsverstößen geltend machen und damit die Gefahr verringert wird, dass Abmahnungen primär aus finanziellen Gründen erfolgen.

Für betroffene Unternehmen und Betriebe bestehen Möglichkeiten zur Abwehr missbräuchlicher Abmahnungen. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb enthält nunmehr in § 8c eine Aufzählung mit Regelbeispielen, bei denen das Vorliegen einer missbräuchlichen Abmahnung vermutet wird. Zudem wird der Abmahnungsanspruch an bestimmte formelle Voraussetzungen gebunden, und ein Anspruch auf Aufwendungsersatz für eine Abmahnung durch Mitbewerbende ist bei bestimmten Verstößen ausgeschlossen.

Das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs soll fünf Jahre nach dem Inkrafttreten evaluiert werden, um festzustellen, ob die Zahl der missbräuchlichen Abmahnungen gesunken ist. Es erscheint sinnvoll, die Ergebnisse der Evaluation abzuwarten. Insoweit werden weitere Maßnahmen zur Einschränkung dubioser Geschäftsmodelle derzeit nicht für sinnvoll erachtet.

Anfrage 22: Barrierefreiheit der Ladeinfrastruktur in Bremen und Bremerhaven gewährleistet? Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Was unternimmt der Senat, um eine flächendeckende barrierefreie Ladeinfrastruktur sowie Planung und Ausschreibung sicherzustellen, und wie und in welcher Art wird der Behindertenbeauftragte zukünftig in alle Schritte mit einbezogen?
- 2. Wie wird ein ausreichender Bewegungsspielraum für Rollstuhlfahrer sowie die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Bedienelemente für motorisch eingeschränkte Personen möglichst zeitnah sichergestellt?
- 3. Wie werden zukünftig die Displays bei neuen Ladesäulen und Ladepunkten gestaltet, um die Lesbarkeit und Bedienbarkeit zu verbessern, und wann wird die bestehende Ladeinfrastruktur in diese Richtung angepasst?

Antwort des Senats:

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Sowohl für Bremen als auch für Bremerhaven werden aktuell Ladeinfrastrukturkonzepte erstellt, da es sich dabei um eine kommunale Aufgabe handelt. Im September 2022 fand diesbezüglich ein Austausch mit dem Landesbehindertenbeauftragten statt. Im Anschluss nahm der Landesbehindertenbeauftragte dazu Stellung. Die Anforderungen an die Barrierefreiheit von Ladeinfrastruktur sind unter Berücksichtigung der Eingaben des Landesbehindertenbeauftragten in beiden Konzepten zu definieren und in der späteren Umsetzung zu gestalten. Dabei sind zwei wesentliche Aspekte zu beachten: Zum einen muss ausreichend Ladeinfrastruktur barrierefrei erreichbar und nutzbar sein, und zum anderen darf Ladeinfrastruktur insbesondere für blinde und stark sehbehinderte Passant:innen kein Hindernis darstellen.

Des Weiteren ist zeitnah ein Leitfaden des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zur Barrierefreiheit der Ladeinfrastruktur angekündigt. Auch dieser soll in den Konzepten berücksichtigt werden. Mit einem Abschluss beider Konzepte aus Bremen und Bremerhaven ist in der ersten Jahreshälfte 2023 zu rechnen.

Anfrage 23: Angriffe auf Polizisten Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnten in mehreren Fällen von Angriffen und Widerstandshandlungen auf Polzisten um den 12. Dezember 2021 unter anderem in der Bahnhofsvorstadt, als sich mehrere Täter bei verschiedenen Taten beispielsweise versuchten, Polizisten gegen den Kopf zu treten, ins Gesicht schlugen und randalierten (Polizeimeldung 0907) alle Tatverdächtigen von der Polizei ermittelt werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnten mögliche Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig sind eventuell Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Mit Stand vom 17. Januar 2023 konnten im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen zu fünf Sachverhalten insgesamt fünf Beschuldigte ermittelt werden.

Einem Beschuldigten wird zur Last gelegt, am 12. Dezember 2021 gegen 6 Uhr, nachdem er unter erheblichem Alkoholeinfluss randaliert und gegen ein Werbeschild getreten hatte, im Rahmen seiner Ingewahrsamnahme versucht zu haben, die eingesetzten Polizeibeamten durch wiederholte Tritte zu verletzen. Das Ermittlungsverfahren ist noch anhängig. Der Beschuldigte ist zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben. Er ist nach der Tat erneut wegen Diebstahlsdelikten, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und eines Verkehrsdelikts strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Einem weiteren Beschuldigten wird zur Last gelegt, am 12. Dezember 2021 gegen 18:30 Uhr im Rahmen einer Personalienfeststellung nach vorangegangener Beleidigung gegenüber einer anderen Person die eingesetzten Polizeibeamt:innen als "Motherfucker" beleidigt und einem Beamten mit der flachen Hand einen Schlag in das Gesicht versetzt zu haben. Das Verfahren ist noch bei der Staatsanwaltschaft anhängig. Der Beschuldigte ist im Anschluss an die Tat erneut wegen Betäubungsmittel-, Bedrohungs-, Betrugs- und Körperverletzungsdelikten sowie eines Hausfriedensbruchs strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Einem anderen Beschuldigten wird zur Last gelegt, am 11. Dezember 2021 gegen 0:40 Uhr im Rahmen der Kontrolle von Impfnachweisen gegenüber den eingesetzten Mitarbeiter:innen des Ordnungsamtes Widerstand geleistet zu haben und dabei einen Mitarbeiter am Kragen gepackt zu haben. Am 8. Juni 2022 wurde Anklage beim Amtsgericht Bremen erhoben. Der Beschuldigte ist nach der Tat nicht erneut strafrechtlich in Bremen in Erscheinung getreten.

Wegen einer gefährlichen Körperverletzung und einem anschließenden Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte am 12. Dezember 2021 wurden gegen einen zur Tatzeit heranwachsenden Beschuldigten zwei Ermittlungsverfahren geführt. Es wurde jeweils Anklage zum Jugendrichter beim Amtsgericht Bremen erhoben. Die Verfahren wurden gerichtlich miteinander verbunden. In der Hauptverhandlung am 9. November 2022 wurde das verbundene Verfahren gemäß § 47 JGG unter Auflagen – Betreuungsweisung/Nachweis von Therapiebemühungen – vorläufig eingestellt. Der Beschuldigte ist nachfolgend in Bremen nicht erneut polizeilich in Erscheinung getreten.

In einem weiteren Fall kam eine weibliche, zum Zeitpunkt der Tat 35 Jahre alte Person einem Platzverweis nicht nach und wurde zur Durchsetzung des Platzverweises in Gewahrsam genommen. Während der Ingewahrsamnahme leistete die Beschuldigte Widerstand. Weder die Beschuldigte noch die fünf eingesetzten Polizeivollzugsbeamt:innen wurden dabei verletzt. Ein Verfahrensausgang zu dem betreffenden Verfahren ist bisher nicht verzeichnet worden. Die Beschuldigte ist nach der Tat nicht erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Anfrage 24: Jugendlicher bedroht Taxifahrer Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko

Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnten im Fall der Bedrohung eines Taxifahrers mit einem Messer in der Bahnhofsvorstadt am 8. Dezember 2021, als sich ein 17-jähriger Marokkaner nach dem Übergriff auf einen Taxifahrer vehement gegen seine Festnahme zur Wehr setzte und die Polizisten als Rassisten beschimpfte (Polizeimeldung 0899), der Tatverdacht gegen den vorläufig festgenommenen Täter von der Polizei erhärtet werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnte der Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert und/oder abgeschoben werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Der zum Zeitpunkt der Tat 17-jährige Beschuldigte soll den Geschädigten mit einem Messer bedroht haben. Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen spuckte der Beschuldigte zwei einschreitende Beamte an und beleidigte sie. Das Verfahren gegen den Jugendlichen wurde am 28. Juli 2022 mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 Absatz 2 StPO eingestellt. Der Beschuldigte ist nach der in Rede stehenden Tat erneut als Beschuldigter eines Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie einer Körperverletzung strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Anfrage 25: Gewalttäter durch Videoüberwachung überführt Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit konnte der Tatverdacht im Fall einer Körperverletzung in der Bahnhofsvorstadt am 15. September 2021, als ein Streit zwischen zwei Männern eskalierte und ein 51-Jähriger seinem am Boden liegenden Kontrahenten gegen den Kopf trat (Polizeimeldung 0697), von der Polizei erhärtet werden?

- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnte der Tatverdächtige inhaftiert werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Die Ermittlungen führten zu einem dringenden Tatverdacht gegen den Beschuldigten. Gegen ihn wurde durch die Staatsanwaltschaft Anklage beim Landgericht erhoben. Durch Urteil vom 15. Februar 2022 wurde der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Diese ist seit dem 20. Juli 2022 rechtskräftig.

Der Beschuldigte ist nach der Tat als Beschuldigter einer Körperverletzung und einer Bedrohung strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Anfrage 26: Tanzte der Antänzer ab? Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10 Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnten im Fall eines Trickbetruges am 14. November 2021 in der Bahnhofsvorstadt, als zwei 23 und 25 Jahre alte Männer von zwei Jugendlichen am Loriotplatz ausgeraubt worden waren, dabei zunächst angetanzt, dann umgeschubst und festgehalten wurden, um ihnen Portemonnaie und Mobiltelefon abzunehmen (Polizeimeldung 0837), der Tatverdacht gegen die beiden vorläufig festgenommen Marokkaner von der Polizei erhärtet werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnten mögliche Tatverdächtige inhaftiert und gegebenenfalls abgeschoben werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig sind eventuell Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Die Ermittlungen führten zu einem dringenden Tatverdacht gegen einen zur Tatzeit 16- und einen zur Tatzeit 17-jährigen Beschuldigten. Gegen den zur Tatzeit 17-jährigen Beschuldigten wurde mit Verfügung vom 21. Juni 2022 Anklage wegen gemeinschaftlichen Raubes zum Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Bremen erhoben. Aufgrund weiterer Straftaten befand sich der Beschuldigte seit dem 24. März 2022 bis zum Eintritt der Rechtskraft der erfolgten Verurteilung am 23. September 2022 in Untersuchungshaft. Durch Urteil vom 15. September 2022 wurde der Angeklagte zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt. Die Strafvollstreckung dauert noch an. Der Beschuldigte war zwischenzeitlich 44 Mal erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten. Dies betrifft überwiegend Diebstahls-, Betäubungsmittel- und Raubdelikte, aber auch Körperverletzung und weitere Vergehenstatbestände.

Der zweite jugendliche Beschuldigte ist unbekannten Aufenthalts, sodass das Verfahren gegen ihn vorläufig gemäß § 154f StPO eingestellt wurde. Die Voraussetzungen für einen Haftbefehl liegen nicht vor. Nach der Tat vom 14. November 2021 ist dieser Beschuldigte in Bremen bislang mit einem Fall des Erschleichens von Leistungen strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Anfrage 27: Auseinandersetzung am Hauptbahnhof

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnten im Fall des Übergriffs auf einen jungen Mann am 22. September 2021 in der Bahnhofsvorstadt, als zwei Personengruppen aneinandergerieten und bei dem Tumult ein am Boden liegender 21-Jähriger mehrfach gegen den Kopf getreten wurde (Polizeimeldung 0710), alle Tatverdächtige von der Polizei ermittelt werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnten mögliche Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert werden?

3. Inwieweit und wie häufig sind eventuell Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnten drei Beschuldigte ermittelt und vorläufig festgenommen werden. Ein möglicher weiterer Tatverdächtiger konnte im Anschluss an die Tat unerkannt flüchten.

Das Verfahren gegen den zur Tatzeit 19-jährigen Beschuldigten ist gegenwärtig noch bei der Staatsanwaltschaft anhängig. Die Voraussetzungen für einen Haftbefehl liegen nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft nicht vor. Der Beschuldigte ist seit der Tat 20-mal im Zusammenhang mit Diebstahl, Verstößen gegen das BtMG, Erschleichen von Leistungen, einfacher und gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung und Bedrohung als Beschuldigter strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Hinsichtlich eines zur Tatzeit 27-jährigen Beschuldigten wurde das Ermittlungsverfahren gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt, da ihm eine Tatbeteiligung anhand der Videoaufzeichnungen nicht nachzuweisen war. Er ist seither nicht mehr strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Gegen einen 29-jährigen Beschuldigten wurde durch die Staatsanwaltschaft Anklage zum Amtsgericht Bremen – Strafrichter – erhoben. Er ist im Anschluss an die Tat erneut als Beschuldigter mit einer Körperverletzung, einer gefährlichen Körperverletzung sowie einem Verstoß gegen das BtMG in Erscheinung getreten.

Anfrage 28: Räuber verurteilt? Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit konnten im Fall eines Raubes am 22. März 2022 in der Bahnhofsvorstadt, als ein 25-Jähriger mit Pfefferspray attackiert und ihm sein Bargeld weggenommen wurde (Polizeimeldung 0174), der Tatverdacht gegen den vorläufig festgenommenen Täter von der Polizei erhärtet werden?

- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnte der Tatverdächtige inhaftiert werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnte ein Beschuldigter vorläufig festgenommen werden. Die Beantragung eines Haftbefehls kam mangels dringenden Tatverdachts nicht in Betracht. Mit Verfügung vom 7. Juni 2022 wurde gegen den Beschuldigten Anklage zum Schöffengericht beim Amtsgericht Bremen wegen besonders schweren Raubes im minderschweren Fall in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung erhoben. Ein Hauptverhandlungstermin wurde bisher nicht anberaumt.

Der als sogenannter "Intensivtäter" geführte Beschuldigte ist im Anschluss an die Tat 29-mal als Beschuldigter polizeilich in Erscheinung getreten. Dies betrifft überwiegend Diebstahls-, Betäubungsmittel- und Raubdelikte.

Anfrage 29: Lebensgefährlich verletzt Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnte der Tatverdacht im Falle eines versuchten Tötungsdeliktes am 7. September 2021, als es zwischen zwei Männern auf einem Spielplatz zu einer privaten Aussprache kommen sollte, der Angreifer das 28-jährige Opfer geschlagen und mehrfach mit einem Messer auf es eingestochen hat, dieser sich daraufhin in Richtung Hauptbahnhof schleppte und dort den Rettungswagen alarmierte (Polizeimeldung 0670), gegen den Tatverdächtigen von der Polizei erhärtet werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnte der Tatverdächtige inhaftiert werden?

3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnte ein Beschuldigter ermittelt und vorläufig festgenommen werden. Gegen ihn wurde durch die Staatsanwaltschaft am 27. Oktober 2021 Anklage zum Landgericht – Schwurgericht – erhoben. Der Beschuldigte wurde am 11. März 2022 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Er trat nach der Tat zwischenzeitlich mit einem Betäubungsmitteldelikt und einem Raub erneut als Beschuldigter strafrechtlich in Erscheinung.

Anfrage 30: Räuber noch in Haft? Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnte der Tatverdacht im Fall eines Raubes am Bremer Hauptbahnhof am 7. September 2021, als ein 19-Jähriger einem 29-Jährigen den Rucksack unter Gewaltanwendung wegnahm und ihn mit einem Flaschenhals bedrohte (Polizeimeldung 0673), gegen den Tatverdächtigen von der Polizei erhärtet werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnte der Tatverdächtiger inhaftiert werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnte ein Beschuldigter ermittelt und vorläufig festgenommen werden. Mit Verfügung vom 17. Oktober 2021 wurde gegen den seit der Tat in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten Anklage wegen besonders schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zum Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Bremen erhoben. Durch Urteil vom 13. Dezember 2021 wurde der Beschuldigte zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Die Strafvollstreckung ist inzwischen abgeschlossen.

Der Beschuldigte ist im Anschluss an die hier in Rede stehende Tat zwischenzeitlich 19-mal in Bremen als Beschuldigter in Erscheinung getreten. Bei den ihm zur Last gelegten Taten handelt es sich überwiegend um Straftaten gegen das BtMG sowie vereinzelt um Eigentums- und Gewaltdelikte. Der Beschuldigte ist gegenwärtig unbekannten Aufenthalts.

Anfrage 31: Streit auf dem Bahnhofsvorplatz Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnten im Fall einer Schlägerei auf dem Bahnhofsvorplatz am 27. Juli 2021, als ein 18und ein 23-Jähriger aufeinander einschlugen und einer von beiden in ein Geschäft im Bahnhof flüchtete (Polizeimeldung 0561), beide Tatverdächtigen von der Polizei ermittelt werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnten mögliche Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig sind eventuell Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnten beide Beschuldigten ermittelt werden.

Das Verfahren gegen den zur Tatzeit 18-jährigen Beschuldigten wegen des Vorwurfs der Körperverletzung wurde mangels Strafantrags und mangels besonderen öffentlichen Interesses an einer strafrechtlichen Verfolgung mit Verfügung vom 16. November 2021 gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt. Im Anschluss an die Tat ist der Beschuldigte jedoch sechsmal im Zusammenhang mit schwerem Raub, Körperverletzung, Diebstahl und Verstößen

gegen das BtMG als Beschuldigter strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Das Verfahren gegen den zur Tatzeit 23-jährigen Beschuldigten wurde zu einem weiteren Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung verbunden und mit Verfügung vom 8. Dezember 2021 wegen unbekannten Aufenthalts des Beschuldigten vorläufig nach § 154f Absatz 1 StPO eingestellt.

Der Beschuldigte ist nach den dargestellten weiteren Taten über 30-mal, insbesondere im Zusammenhang mit Raub, räuberischem Diebstahl, Verstößen gegen das BtMG, einfacher und gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruch erneut als Beschuldigter strafrechtlich in Erscheinung getreten. Sein Aufenthalt ist weiterhin unbekannt und er ist zur Fahndung ausgeschrieben.

Anfrage 32: Mann mit Messerstichen schwer verletzt

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit konnte der Tatverdacht im Falle eines Angriffes mittels eines Messers am 29. Juli 2021 in der Bahnhofsvorstadt, als bei einer Auseinandersetzung zwischen zwei 19- und 24-jährigen Bekannten, die an den Straßenbahngleisen in Streit gerieten und der Jüngere auf den Älteren einstach und ihn damit schwer verletzte (Polizeimeldung 0567), gegen den aus Tunesien stammenden Tatverdächtigen von der Polizei erhärtet werden?
- 2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera und konnte der Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert und/oder angeschoben werden?
- 3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnte der dringende Tatverdacht gegen den Beschuldigten erhärtet werden. Durch die Staatsanwaltschaft Bremen wurde ein Haftbefehl angeregt, der durch das zuständige Amtsgericht Bremen erlassen wurde. Gegen den Beschuldigten wurde am 12. August 2021 Anklage zum Landgericht – Jugendkammer – erhoben. Er wurde mit Urteil vom 27. Januar 2022 zu einer Einheitsjugendstrafe von zwei Jahren zur Bewährung verurteilt und verbüßt derzeit seine Haft.

Der Beschuldigte war nach der Tat insgesamt weitere viermal mit Diebstahlsdelikten und zweimal wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte als Beschuldigter strafrechtlich in Erscheinung getreten

Anfrage 33: Beteiligung Bremer Polizeibeamte:r an der Räumung Lützeraths Anfrage des Abgeordneten Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 10. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Beamt:innen der Bremer und Bremerhavener Polizei sind für welchen Zeitraum an der anstehenden Räumung Lützeraths unter dem Einsatz wie vieler absehbarer Arbeitsstunden beteiligt?
- 2. Wie viele Arbeitsstunden wurden bei der letzten konzertierten Aktion zur Reduzierung des Bearbeitungsrückstandes der Polizei mit welchem Ergebnis aufgewandt und welche Auswirkungen hat die Entsendung der Bremer Beamt:innen nach Lützerath, etwa auf den Bearbeitungsrückstand?
- 3. Wie beurteilt der Senat vor dem Hintergrund der Bremer Bemühungen um die Klimaneutralität und die Generationengerechtigkeit die Räumung eines Dorfes zur Verstromung von einer Menge Braunkohle, die das Erreichen des 1,5-Grad-Zieles de facto unmöglich macht?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Polizei Bremen war mit insgesamt 46 Polizeivollzugsbeamt:innen zweier Einheiten der Bereitschaftspolizei im Einsatz zur Räumung des Weilers Lützerath. Hierbei waren eine Einheit am 14. und 15. Januar 2023 und die zweite am 17. Januar 2023 mit täglich zwölf Stunden Dienst sowie zusätzlichen Bereitschaftsstunden im Umfang von insgesamt 2 134 Arbeitsstunden im Einsatz.

Zu Frage 2: Zur Reduzierung der Bearbeitungsrückstände wurden seit April 2022, neben den originär zuständigen Mitarbeiter:innen im Landeskriminalamt, zusätzlich zehn Mitarbeiter:innen in Vollzeit und 23 Mitarbeiter:innen in Teilzeit aus verschiedenen Arbeitsbereichen der Polizei Bremen eingesetzt. Die Kräfte wurden in individuell unterschiedlichen Zeiträumen mit unterschiedlichen und auch wechselnden Arbeitsvolumina eingesetzt. Eine präzise Berechnung der nur für den Abbau des Bearbeitungsrückstandes eingesetzten Dienstzeiten ist mit vertretbarem Aufwand nicht umsetzbar.

Die Maßnahme zur Bearbeitung der Rückstände ist noch nicht abgeschlossen. Entsprechend ist die Anzahl der über die Abbauaktion bearbeiteten Vorgänge dynamisch. Bis Ende 2022 konnten jedoch durch die bei der Maßnahme eingesetzten Kräfte Vorgänge im hohen vierstelligen Bereich abgearbeitet werden.

Die Entsendung Bremer Polizeibeamt:innen nach Lützerath hatte sehr geringfügige Auswirkungen auf die Bearbeitungsrückstände.

Zu Frage 3: Der Kohleausstieg wäre durch die ursprünglichen bundesrechtlichen Regelungen auch im Rheinischen Revier erst 2038 erfolgt. Dieser konnte durch neue, gesetzliche Regelungen nun um acht Jahre auf 2030 vorgezogen werden. Damit verbleiben rund 280 Millionen Tonnen Braunkohle gesichert im Boden, fünf Dörfer und drei Höfe werden entgegen den vorherigen Planungen nicht vernichtet und deren Bewohner:innen nicht zwangsumgesiedelt. Kurzfristig wird es bei den Blöcken Neurath D und E durch mehr Kohleverbrennung zu temporären Mehremissionen kommen.

Für alle entstehenden Emissionen wird RWE CO₂-Zertifikate abgeben müssen, die dann entwertet werden. Dadurch stehen den Kraftwerksbetreibern im Rahmen des Europäischen Emissionshandels bis 2030 entsprechend weniger Zertifikate zur Verfügung. Dies bedeutet, dass in der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre weniger emittiert werden wird, sodass es insgesamt bis 2030 nicht zu mehr Emissionen kommt.

Der Energiesektor ist in Deutschland für einen erheblichen Teil der $\mathrm{CO_2}\text{-}\mathrm{Emissionen}$ verantwortlich. Jede der rund 280 Millionen Tonnen, die nun unter der Erde bleiben, ist somit zentral für das Erreichen des Klimaziels im Energiesektor – und somit für den Klimaschutz im Allgemeinen.

Anfrage 34: Fachwechsel an Bremer Hochschulen Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 16. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Studierende haben in den Jahren 2018 bis 2022 an der Universität Bremen mehr als zweimal das Fach in einem Lehramtsstudium gewechselt? Bitte nach Kalenderjahren aufführen.
- 2. Wie viele Studierende haben an den Bremer Hochschulen in den Jahren 2018 bis 2022 mehr als zweimal einen nicht lehramtsbezogenen Studiengang gewechselt? Bitte nach Hochschulen und Kalenderjahren aufführen.
- 3. Liegen dem Senat Erkenntnisse über Studienabbrüche bei Personen mit mehreren Wechseln von Fächern vor und unterscheiden sich diese signifikant von Abbrüchen bei Personen ohne vorherige Wechsel?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und 2: Die erbetenen statistischen Daten liegen an den landesbremischen Hochschulen nicht vor. Die Ermittlung dieser Daten setzt eine amtliche Studienverlaufsstatistik voraus, mit der die individuellen Studienverläufe aller Studierenden erfasst werden können.

Das Statistische Bundesamt hat seit der Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes im Jahr 2016 mit dem Aufbau einer derartigen Studienverlaufsstatistik begonnen, diese wird es aber erst in Zukunft ermöglichen, Studienabbruch- und Studienerfolgsquoten auf Basis individueller Studienverläufe zu erfassen. Momentan umfassen die Studierendendaten in der Studienverlaufsstatistik noch zu wenige Semester, um Studienverläufe komplett abzubilden.

Zu Frage 3: Der Senatorin für Wissenschaft und Häfen liegen keine Erkenntnisse über Personen mit mehreren Wechseln von Fächern vor, da diese Daten nicht statistisch erhoben werden.

Anfrage 35: Unterstützung von polizeilichen Maßnahmen in anderen Bundesländern mit Kräften aus Bremen Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 17. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit teilt der Senat die Auffassung des Senators für Inneres, der die auf Urteilen und richterlichen Anordnungen beruhende Räumung des von Klimaaktivisten besetzten Ortes Lützerath für falsch hält?
- 2. Inwieweit berücksichtigt der Senat die Sympathie von einzelnen Senatsmitgliedern oder des gesamten Senats mit den Störern bei polizeilichen Großeinsatzlagen bei der Entscheidung, ob Bremen bei der Anfrage anderer Bundesländer Unterstützungskräfte entsendet?
- 3. Welchen Zweck verfolgt der Senat mit der Äußerung der Sympathie des Innensenators mit den Demonstranten in Lützerath im Hinblick auf den polizeilichen Einsatz vor Ort?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Die Äußerungen des Innensenators sind nicht korrekt wiedergegeben. Der Senator für Inneres hat mit der zitierten Äußerung lediglich die politische Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum weiteren Abbau der Braunkohle bis zum Jahre 2030 kritisiert, die letztendlich zur Räumung geführt hat.

Für die Entscheidung über das Entsenden von angeforderten Kräften ist grundsätzlich die Verfügbarkeit und damit einhergehend die Einsatzlage im eigenen Bundesland das einzige Kriterium.

Anfrage 36: Anzahl der jugendlichen Raucher:innen steigt – wie steht es um die Prävention in den Schulen des Landes Bremen? Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Christopher Hupe, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Form und in welchen Klassenstufen werden in Bremer und Bremerhavener Schulen standardisiert Präventionsangebote durchgeführt, die Schüler:innen über die Gefahren des Rauchens aufklären?

- 2. Wie wird an Schulen gezielt über die Gefahren von E-Zigaretten und E-Shishas sowie über die Gefahren des passiven Rauchens in Shishabars informiert?
- 3. Welche Maßnahme hat das Land Bremen in den vergangenen fünf Jahren unternommen, um Tabakwerbung in Bremen zu unterbinden und welche Maßnahmen plant der Senat darüber hinaus, um sich für ein generelles Tabakwerbeverbot, einschließlich für E-Zigaretten und Tabakerhitzer, einzusetzen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Suchtprävention des Landesinstituts für Schule führt Präventionsangebote sowohl im Rahmen ihres Basisprogramms "Sprung ins Leben" als auch in unterschiedlichen lebenskompetenzorientierten Projekten an Bremer Schulen durch

Im Rahmen dieser suchtpräventiven Maßnahmen wird auch über die Gefahren des Rauchens aufgeklärt, wenngleich nicht suchtmittelspezifisch, sondern stets universell gearbeitet wird. Eine Aufklärung über die Gefahren des Rauchens findet im Basis-programm jedoch immer statt.

Das Basisprogramm "Sprung ins Leben" erreicht die Jahrgangsstufen sieben bis zwölf, mehrheitlich finden diese vierstündigen Workshops in den Jahrgängen acht und neun statt. Im laufenden Schuljahr 22/23 wird diese Maßnahme an 30 weiterführenden Bremer Schulen jeweils in Jahrgangsbreite durchgeführt und erreicht damit circa 3 500 Bremer Schüler:innen.

Die Suchtprävention koordiniert außerdem für die Bremer Schulen den BZgA-Wettbewerb zur Nikotinprävention "Be Smart – Don't Start!". Dieser Wettbewerb richtet sich auch an die jüngeren Jahrgangsstufen (fünf und sechs).

Die suchtpräventiven Maßnahmen und das Basisprogramm kommen auch in den Schulen Bremerhavens zur Anwendung.

Zu Frage 2: Die Suchtprävention des Landesinstituts für Schule informiert im Rahmen des Basisprogramms "Sprung ins Leben" und im Rahmen ihrer Projekte Schüler:innen im Land Bremen über die Gefahren des Verdampfens und Rauchens in jedweder Applikationsform sowie über die Gefahren beim Gebrauch von Nikotinbeuteln oder "Snus". Bedarfsorientiert und je nach Altersstufe wird auch

über die Gefahren des passiven Rauchens in Shishabars informiert. Die Zuständigen des LIS sind regelhaft im Austausch mit der Schulaufsicht und informieren über Angebote auf Schulleitungsdienstbesprechungen.

Zu Frage 3: Der Senat setzt sich für ein vollumfängliches Tabakwerbeverbot ein. Das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Eindämmung des Tabakgebrauchs muss umgesetzt werden, um Risiken für die Gesundheit zu senken und eine wirksame Suchtprävention zu fördern. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz hat im Mai 2020 den damaligen Bundesminister für Gesundheit und die damalige Bundesdrogenbeauftragte angeschrieben mit der Aufforderung das Rahmenüberder Weltgesundheitsorganisation einkommen (WHO) zur Eindämmung des Tabakgebrauchs beziehungsweise der Tabakwerbung auch in Deutschland umzusetzen.

Die angestrebte Veränderung des zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Deutschen Telekom im Jahr 2011 geschlossenen Gestattungsvertrags zur Ausübung von Werberechten auf Öffentlichen Flächen der Freien Hansestadt Bremen mit einer Laufzeit von 15 Jahren erübrigte sich weitgehend durch eine Veränderung der Bundesgesetzgebung: Seit dem 1. Januar 2021 ist Kinowerbung für das Rauchen nicht mehr zulässig, wenn der gezeigte Film für unter 18-Jährige freigegeben ist. Auch das Verteilen von Gratisproben außerhalb von Fachgeschäften, etwa bei Musikfestivals ist seitdem nicht mehr erlaubt. Seit dem 1. Januar 2022 gilt ein Werbeverbot auf Außenflächen wie Plakatwänden, Litfaßsäulen der Haltestellenhäuschen für herkömmliche Tabakprodukte und seit dem 1. Januar 2023 für Tabakerhitzer. Ab Januar 2024 gilt dieses Werbeverbot auch für Elektrozigaretten.

Der Senat wird sich jedoch weiterhin für die Umsetzung eines vollumfänglichen Tabakwerbeverbots auf Bundesebene einsetzen, den Schulterschluss mit anderen Ländern suchen und entsprechende Initiativen im Bundesrat beziehungsweise Beschlussvorschläge auf Fachminister:innenkonferenzen unterstützen.

Anfrage 37: Polizeizielzahl für das Land Bremen – realistische Absichtserklärung oder politische Utopie des Innensenators? Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Stellen (in Köpfen) waren zum Stichtag 1. Januar 2023 bei der Polizei Bremern und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven jeweils besetzt?
- 2. Wie viele altersbedingte Abgänge gab es in den vergangenen fünf Jahren jeweils jährlich bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, und wie viele wird es in den kommenden vier Jahren jeweils jährlich geben?
- 3. Inwieweit wird der Senat die im Koalitionsvertrag von 2019 festgeschriebene Zielzahl von 2 900 Polizeibeamten in Bremen und 520 in Bremerhaven noch bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode erreichen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Zum Stichtag 1. Januar 2023 waren bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven folgende "Köpfe" vorhanden. Zur besseren Vergleichbarkeit sind zudem jeweils die in Vollzeiteinheiten (VZE) umgerechneten Arbeitszeitanteile ergänzend angegeben; bei den Mitarbeiter:innen der Ortspolizeibehörde Bremerhaven sind fünf Funktionsstellen enthalten, die zusätzlich zum Haushalt aus Landesmitteln finanziert sind.

Stichtag 01.01.2023		
	Köpfe	VZE
Polizei Bremen	2.877	2.678
OPB	539	505

Zu Frage 2: Die nachfolgende Tabelle zeigt die altersbedingten Abgänge der vergangenen fünf und der zukünftigen vier Jahre. Neben den planbaren Regelaltersabgängen bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven sind auch regelmäßig unvorhergesehene Abgänge zu verzeichnen und auch zukünftig zu prognostizieren. Diese haben neben den planbaren Fluktuationen ebenfalls einen hohen Einfluss auf die Entwicklung des IST-Volumens. Sie sind daher für die Polizei Bremen ergänzend angegeben.

Personalabgänge in VZE

Polizei Bremen	Realdaten			Prognose					
Abgänge	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Pensionierungen/Verrentung/ Beendigung des Arbeitsverhältnis- ses	80	96	103	94	102	112	105	82	57
Vorzeitiger Abgang HfÖV/Anwärter:innen	13	11	19	17	18	28	29	29	29
Unvorhersehbare Abgänge	53	32	16	16	34	35	31	35	32
Summe	146	139	138	127	154	175	164	145	118
ОРВ									
Abgänge	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Pensionierungen/Verrentung/ Beendigung des Arbeitsverhältnis- ses	11	12	18	10	18	35	16	7	17
Unvorhersehbare Abgänge	3	1	1	0	0	3	3	3	3
Summe	14	13	19	10	18	36	19	10	20

Zu Frage 3: Die perspektivischen Zielzahlen von 2 900 für die Polizei Bremen und 520 für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven sind mit den erfolgten Einstellungen abgesichert und werden nach dem dreijährigen Studium der in diesem Jahr einzustellenden Polizeikommissaranwärter:innen im Jahr 2026 erreicht. Durch weitere Einstellungen im Nichtvollzug könnte das Ziel schon früher übertroffen werden.

Anfrage 38: Schulentlassene im Land Bremen ohne allgemeinbildenden Abschluss Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwerser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2023

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Schülerinnen und Schüler verließen im Jahr 2022 eine öffentliche allgemeinbildende Schule im Land Bremen, ohne einen allgemeinbildenden Abschluss zumindest die einfache Berufsbildungsreife erworben zu haben? Bitte die Gesamtanzahl sowie den prozentualen Anteil an der Jahrgangskohorte ausweisen und dabei nach Bremerhaven sowie Bremen differenzieren.
- 2. Wie viele dieser Schulentlassenen ohne allgemeinbildenden Abschluss hatten dabei ausweislich einen sonderpädagogischen Förderbedarf? Bitte die Gesamtanzahl sowie den prozentualen Anteil an der Kohorte der Schulentlassenen des Jahres 2022 ohne allgemeinbildenden Abschluss ausweisen und dabei nach Bremerhaven sowie Bremen differenzieren.
- 3. Wie ordnet der Senat den Anteil der Schulentlassenen des Landes Bremen ohne allgemeinbildenden Abschluss im Bundesvergleich ein und was unternimmt er, damit zukünftig mehr Schülerinnen und Schüler einen entsprechenden Abschluss erwerben?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und 2: Rein statistisch handelt es sich hierbei um die Abgänger:innen aus allgemeinbildenden Schulen ohne Berufsbildungsreife nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht. Die Quoten werden in Bezug zur altersgleichen Bevölkerung berechnet. Nicht einbezogen sind nach dem Übergang in den berufsbildenden Bereich erworbene Abschlüsse. Absolvent:innen und Abgänger:innendaten werden erst nach den Schüler:innendaten verarbeitet. Hier sind umfangreiche Nachfragen und Prüfungen notwendig.

Die Prüfung der Abgänger:innen ohne Berufsbildungsreife ist aufgrund der teilweise schwierigen Datenlage – zum Beispiel Abgänge im laufenden Jahr, fehlende Abschlusseinträge, Verknüpfung mit den Daten der berufsbildenden Schulen notwendig – und Definition – Erfüllung der Vollzeitschulpflicht, diese aber irrelevant bei Übergang in die beruflichen Schulen – besonders aufwendig, sodass hier verlässliche Daten immer erst gegen Ende Januar des Folgejahres vorliegen.

Zu Frage 3: Die Daten im Ländervergleich 2021 sind vom Sekretariat der Kultusministerkonferenz am 12. Januar 2023 veröffentlicht worden. Ein Bundesländervergleich ist somit auch nur bis 2021 möglich.

2021 wies das Land Bremen hier mit einem Wert von 10,3 – die Anzahl an Abgehenden ohne Abschluss betrug 612 – den höchsten Wert im Bundesländervergleich auf, der Bundesdurchschnitt lag bei 6,2. Im Land Bremen steigt dieser Wert seit 2016 tendenziell an und bewegt sich seit 2019 um die zehn. Dabei lag der Wert in Bremen 2021 mit 9,5 unter dem Bremerhavener Wert mit 13,6. Während in Bremen ab 2019 diese Kennzahl wieder leicht sank, stieg sie in Bremerhaven weiter an.

Zentraler Faktor für den Bildungserfolg sind die sprachlichen Kompetenzen der Schüler:innen sowie ein gelingender Prozess der Alphabetisierung und des Schriftspracherwerbs. Dies gilt auf allen Ebenen des Eintritts in das Bildungssystem. Entsprechend fokussiert der Senat seine Maßnahmen darauf, hier ein durchgängig funktionierendes System aufzubauen und weiterzuentwickeln. Des Weiteren wird daran gearbeitet, diagnosegestützte Förderung zu etablieren und durch eine entsprechende Qualifikation des Fachpersonals zu sichern. Zudem trägt der Senat über ein vielfältiges Maßnahmenpaket dafür Sorge, dass dieses Fachpersonal trotz des bundesweit erheblichen Fachkräftemangels über vielfältige Formen des Quer- und Seiteneinstiegs gewonnen wird.

Zwischen fast einem Viertel (2017) und über einem Drittel (2019) der Schulentlassenen ohne Abschluss holt in maximal drei Schuljahren im berufsbildenden Bereich einen allgemeinbildenden Abschluss nach. Dies zeigt, dass die Maßnahmen, die Schüler:innen durch Schulmeiderprojekte, die allgemeine Kooperation der Allgemeinbildung mit der Berufsschule und durch den Einsatz von den sogenannten "Transition Guides" erfolgreich sind und wie geplant ausgeweitet werden sollten. Die Bera-

tungstätigkeiten durch die ReBUZ werden ebenfalls durch die neu zu etablierenden Maßnahmen im Rahmen des Gesamtkonzeptes "Schüler:innen in sozial-emotionalen Problemlagen" erhöht und

somit direkt dieser Gruppe von Schüler:innen zugutekommen. Die kleinschrittige individuelle Begleitung und Betreuung dieser Jugendlichen auf unterschiedlichen Wegen ist ein wesentlicher Faktor auf dem Weg zum Schulabschluss.

Konsensliste

Von der Bürgerschaft (Landtag) in der 43. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
22.	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen - Abwehr von Antisemitismus, Rassismus und nationalsozialistischem Gedankengut Bericht und Antrag des 1. Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung – 20. WP vom 6. Dezember 2022 (Drucksache 20/1710)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
26.	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof Mitteilung des Senats vom 13. Dezember 2022 (Drucksache 20/1714)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
28.	Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2021, Doppischer Jahresabschluss, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt des Landes Bremen 2021 Mitteilung des Senats vom 13. Dezember 2022 (Drucksache 20/1716)	Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.
31.	Rechnungslegung der Fraktionen und der Gruppen für das Jahr 2021 Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bür- gerschaft vom 12. Januar 2023 (Drucksache 20/1731)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.
34.	Gesetz zur Änderung des Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetzes Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/1736)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
36.	Zweite Verordnung zur Änderung und Aufhebung der Dritten Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2023 (Drucksache 20/1738)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass an der Verordnung kein Änderungs- oder Aufhe- bungsbedarf besteht.

Frank Imhoff Präsident der Bremischen Bürgerschaft